R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: Karl H o n a y 374

Wien, am Samstag, den 1.Dezember 1928

-.-

Sitzungen im Rathaus.In der kommenden Woche setzen am Montag,Dienstag und Mittwoch um 16 Uhr der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss in gemeinsamer Sitzung die Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929 fort.Der Wiener Stadtsenat als solcher tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittag zusammen.Der Wiener Gemeinderat wird am Freitag um 17 Uhr in die Beratung des Rechnungsabschlusses für 1927 eingehen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Verteilung von Aufrufen an Schulen.Der Stadtschulrat für Wien hat aus Anlass bestimmter Vorfälle die Schulleitungen neuerdings strenge angewiesen,auf das schärfste dagegen aufzutreten,dass Schülern von Lehrpersonen oder Elternvereinigungen,sonstigen Körperschaften oder Einzelpersonen Druckschriften,Aufrufe,Propagandaschriften und dergleichen welcher Art immer zum eigenen Gebrauch oder zur Uebermittlung an die Eltern im Schulhause ausgefolgt werden,sofern nicht eine ausdrückliche schulbehördliche Genehmigung hiezu vorliegt.Ausgenommen hievon sind wie bisher lediglich Einladungen der schulbehördlich anerkannten Elternräte an die Eltern zu den Veranstaltungen des Elternvereines.Uebertretungen dieser Vorschrift müssen dem Stadtschulrat angezeigt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ideenwettbewerb für das Wiener Stadion.Die Gemeinde Wien hat bekanntlich im Prater das Gelände zwischen Trabrennplatz und Hauptallee zur Errichtung des Wiener Stadions gewidmet und hat auch die Aufbringung der Baukosten übernommen.Um eine möglichst einwandfreie Lösung des Stadionbauproblems zu erzielen,wurde im Anschlusse an den Sportbeirat der Gemeinde Wien ein eigenes Stadionkomitee gebildet.Dem Komitee, dessen Vorsitzender Stadtrat Professor Dr.Tandler ist,gehören anerkannte Fachleute,Sportler sowie Techniker an.Das Stadionkomitee hat im Juni das in Aussicht genommene Gelände für geeignet erklärt und die Ausschreibung eines beschränkten Wettbewerbes zur Erlangung von Entwürfen für das Stadion auf Grund eingehender Vorschläge des Stadtbauamtes und der Sportstelle der Gemeinde Wien beschlossen.Zur Teilnahme an diesen Ideenwettbewerb,der keine fertigen Pläne,sondern nur Entwürfe und Ideen für die Raumgestaltung und Raumverteilung bringen sollte, wurden der Erbauer des Frankfurter Stadions Gartendirektor Bromme und Oberbaurat Schweitzer aus Nürnberg sowie die Wiener Architekten Hoppe , Schönthal und Gessner eingeladen.Mitte Oktober liefen die ersten Projekte ein,die am 31.Oktober vom Sportbeirat,dem Stadionkomitee,von den Vertretern der Baudirektion und des Verkehrsamtes der städtischen Strassenbahnen gesichtet werden sollten.Angesichts der Verschiedenartigkeit der Projekte wies Stadtrat Professor Dr.Tandler darauf hin, dass vor Eingehen in die Beratungen ein persönliches,eingehendes Studium der Entwürfe nötig sei.Es wurden deshalb jedem Beratungsmitglied die notwendigen Lichtbilder,sowie je eine Abschrift der Erläuterungsberichte der Projektanten übermittelt.Erst nach dieser gründlichen Vorbereitung werden die Beratungen fortgesetzt.Selbstverständlich wird auch dann den einzelnen Sportverbänden Gelegenheit gegeben werden,in Unterausschüssen zu den sie interessierenden Teilprojekten Stellung zu nehmen.Nach Abschluss der Beratungen erfolgt dann erst die eigentliche Planverfassung.Es ist zu erwarten,dass durch die gartenkünstlerisch glückliche Verbindung von Au und Sportplatz,die die Projekte zeigen, eine landschaftlich reizvolle Lösung erzielt wird,die nicht nur dem Prater,sondern auch der Stadt Wien zur Zierde gereichen wird.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

61 Wartehallen beleuchtet.Wie die Direktion der städtischen Strassenbahnen berichtet,werden von heute an weitere acht Wartehallen halbnächtig beleuchtet.Insgesamt sind nun 61 Wartehallen mit halbnächtiger Beleuchtung ausgestattet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Der Münchener Oberbürgermeister über Wien.Anlässlich der Schubertzentenarfeier weilte auch der Oberbürgermeister von München Scharnagl als Gast der Stadt in Wien.Bürgermeister Seitz hat nun von ihm folgendes Schreiben erhalten: Von der Schubertfeier zurückgekehrt,drängt es mich,Ihnen und Ihrer Stadtverwaltung nochmals den herzlichsten Dank auszusprechen für die freundliche Einladung Ihrer Stadt zu dieser bedeutungsvollen Feier,für die liebenswürdige Aufnahme und für die wirklich ausgezeichnet wirkenden Vorbereitungen,die von Ihnen nach jeder Richtung getroffen waren.Ich habe wiederholt Gelegenheit genommen,bereits in Wien zum Ausdruck zu bringen,dass wohl noch keine deutsche Stadt sich ihrer Repräsentationsverpflichtungen in so grosszügiger Weise entledigt hat,wie es Ihre Stadtverwaltung in diesem Falle verstand.Die aufrichtige und in allen Einzelheiten der Vorbereitungen erkennbare Herzlichkeit der Gesinnung hat uns nicht nur angenehm berührt,sondern auch bleibende Wirkungen hervorgerufen.Wir haben erkannt,wie sehr Ihre Stadtverwaltung bestrebt ist,in engster Verbindung mit den deutschen Gemeindeverwaltungen zu arbeiten und dadurch jenen Zusammenhang herbeizuführen,der heute in politischer Hinsicht leider noch nicht möglich ist.Das ehrliche Bestreben,das auf Ihrer Seite wie auch bei uns besteht,durch die Gemeindeverwaltung den Interessen und Bedürfnissen unserer Mitbürger in bester Weise zu dienen,wird uns gegenseitig Veranlassung sein,unsere Erfahrungen auszutauschen, um die enge Fühlung,die jetzt hergestellt ist,dauernd aufrecht zu erhalten.Wir dürfen wohl sagen,dass wir den Eindruck bekommen haben,dass wir gegenseitig durch dieses Zusammenarbeiten gewinnen können;die reichen Besichtigungen Ihrer Einrichtungen,die Sie uns ermöglichten, haben uns diese Erkenntnis deutlich vor Augen geführt.Damit unser Besuch und die schönen Tage,die wir in Ihrer Stadt verlebt haben,auch in unserer Erinnerung wacherhalten bleiben,hatten Sie die Freundlichkeit,uns eine Lebensgeschichte und Würdigung Schuberts als Angebinde mitzugeben.Auch hiefür möchte ich Ihnen als einem würdigen Beschluss all der gebotenen Liebenswürdigkeiten meinen herzlichsten Dank aussprechen.Es würde mich und den Stadtrat München ausserordentlich freuen,wenn die Wiener Stadtverwaltung der Stadt München auch recht bald die Ehre eines Besuches geben würde.Dass sie der herzlichsten Aufnahme sicher sein dürfte,brauche ich nicht zu versichern,hiefür bürgt das enge Verhältnis,dass seit jeher gerade zwischen unseren Städten besteht.

-.-

Die Wiener Strassenpolizei.Bekanntlich hat der Verfassungsgerichtshof das Strassenpolizeigesetz,soweit es sich nicht auf Bundesstrassen bezieht,als verfassungswidrig erklärt.Im Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes wurde ausdrücklich ausgesprochen,dass die Aufhebungdes Wiener Strassenpolizeigesetzes im Landesgesetzblatt für Wien zu veröffentlichen ist.Das bezügliche Landesgesetzblatt ist heute erschienen

-.-

Spende.Die Firma Josef Takacs und Co.hat für die Armen Wiens zu Handen des Bürgermeisters 1500 Schilling gespendet. In der letzten Gemeinderatssitzung hat Bürgermeister Seitz den Spendern den Dank ausgesprochen.

-.-

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.Am 1.Jänner beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien,VI., Brückengasse 3, neue Kurse,die dreiMonate dauern.So ein täglicher Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche,zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich ein Servierkurs und zweimal wöchentlich ein Abendschneiderkurs und Weissnähkurs.Der Abendkochkurs wird in Abteilungen für Anfänger und Vorgeschrittene geführt.Ein Anfängerkurs findet auch in der Zweigstelle,III.,Petrusgasse 10,statt.Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr,an Samstagen von 10 bis 13 Uhr.Prospekte sind beim Schulwart erhältlich.

-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: Karl H o n a y 375

Wien, am Sonntag, den 2. Dezember 1928

-.

Festtag in Ottakring.

Eröffnung der Strassenbahnlinie Sandleiten, der Wohnhausanlage Sandleiten und der neuen Gartenanlage auf dem Kongressplatz.

Der grosse Arbeiterbezirk Ottakring feierte heute Sonntag einen Festtag ganz besonderer Art. Nicht weniger als drei neue Gemeindeschöpfungen wurden heute vormittag der Öffentlichkeit übergeben. Zuerst wurde die neue Strassenbahnlinie J2 eröffnet. Die Linie führt von der Neulerchenfelderstrasse über den Johann Nepomuk Bergerplatz durch die Rosensteingasse-Mayssengasse-Wilhelminenstrasse-Sandleitengasse-Güpferlingstrasse-Dornbacherstrasse zur Endstelle Dornbach bei der Vollbadgasse. Durch die neue Linie wurde die Wohnhausanlage der Stadt Wien Sandleiten dem Strassenbahnverkehr angeschlossen. Dann wurde die neue Stadt Sandleiten eröffnet. Der umfangreiche Bau zerfällt in mehrer Häusergruppen, die von Strassen durchzogen werden und zwischen denen auch grössere Plätze liegen. So führt durch die Wohnhausanlage die Liebknechtgasse, in der Mitte der gesamten Ankage liegt der Matteottiplatz, von dem wieder die Luxemburggasse abzweigt. Die ganze Anlage enthält 1.576 Wohnungen, von den 236 auf den Teil der offenen Verbauung entfallen. Die Wohnhausanlage ist schon längere Zeit besiedelt. Schliesslich wurde der neuangelegte Park zwischen der grossen Bäderanlage auf dem Kongressplatz und der Wohnhausgruppe Sandleiten der Oeffentlichkeit übergeben. Der neue Park ist etwa 60.000 Quadratmeter gross. Inmitten der Anlage steht eine gefällig ausgestattete Milchtrinkhalle, beim Parkeingang in der Sandleitengasse die Bronzeplastik "Die Unbesiegbaren", ein Werk der Bildhauerin Feodorowna Riess.

Zur Eröffnung der neuen Strassenbahnlinie hatten sich die Festgäste auf dem Johann Nepomuk Bergerplatz versammelt. Es waren unter anderen erschienen: Bürgermeister Seitz, Vizebürgermeister Emmerling, alle amtsführenden Stadträte, Präsident Glöckel, Landeshauptmann a.D. Nationalrat Sever, die Nationalräte Volkert und Hohenberg, in Vertretung des Bundesministeriums für Handel und Verkehr Ministerialrat Ingenieur Kaan, Sektionsrat Ingenieur Klump, viele Gemeinderäte, die Bezirksräte politischen Mandatare von Ottakring und Hernals, Magistratsdirektor Dr. Hartl und Direktor Ingenieur Spängler mit den Funktionären der Direktion der städtischen Strassenbahnen. Kurz nach 10 Uhr vormittags fuhren mehrere Sonderzüge auf dem Johann Nepomuk Bergerplatzvor, die die Festgäste auf der neuen Linie zur Wohnhausanlage Sandleiten brachten. Die Mayssengasse, Wilhelminenstrasse und Sandleitengasse waren überaus reich beflaggt; viele Fenster waren mit Girlanden und Transparenten geschmückt. Als die Sonderwagen durch die Strassen fuhren, wurden die Festgäste von tausenden von Menschen stürmisch begrüsst, die der Strecke entlang zu beiden Seiten des Gleises ein dichtes Spalier bildeten.

Die Eröffnungsfeier in der Wohnhausanlage Sandleiten wurde auf dem Matteottiplatz abgehalten. Die ganze Wohnhausanlagewar mit vielen Fahnen geschmückt, alle Fenster und Balkone zierten Fähnchen und Girlanden. Tausende von Menschen wohnten der Feier bei, die mit der Bundeshymne eingeleitet wurde. Dann trug der Volkschor Wien-West den Chor "Wir sind Menschen, wir sind frei" vor worauf Bezirksvorsteher Pollitzer die Festgäste begrüsste. Durch die Errichtung der Wohnhausanlage Sandleiten hat die Gemeinde Wien der Siedlung ein grosses Gebiet erschlossen. Die Wohnhausanlage Sandleiten, die grösste ihrer Art in Wien, ist eine neue Stadt, in der Tausende von Menschen nun ein glückliches Heim gefunden haben. Ein dreissigjähriger Wunsch der Ottakringer Bevölkerung ist mit der Schaffung der neuen Strassenbahnlinie erfüllt worden. Der Wohnhausanlage vorgelagert ist der prächtige Park, eine neue Zierde der Gartenstadt Wien. Im Namen der Ottakringer Bevölkerung danke ich der Gemeinde Wien, dass sie alle diese prächtigen Werke geschaffen hat. (Lebhafter Beifall). Für die Bewohner übermittelte Obmann Brötzenberger an die Gemeindeverwaltung den herzlichsten Dank für die neue Schöpfung. Viele hunderte Familien sind durch diese Wohnhausgruppe aus ihrem Wohnungselend erlöst worden. Ein neues und besseres Dasein ist ihnen durch die allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Räume gesichert. Es ist eine Stadt der Frohen und Glücklichen geschaffen worden und insbesondere die Kinder geniessen hier die Früchte der segensreichen Arbeit der Wiener Stadtverwaltung. Den Männern, die dieses grosse Werk geschaffen haben, gebührt Anerkennung und Dank, und ich bin namens aller Mieter, ohne Unterschied der Parteirichtung, ermächtigt, der Gemeinde für dieses stolze Werk des Aufbaues zu danken. (Stürmischer Beifall). Nunmehr trug ein Schulmädchen ein Festgedicht vor, indem der Dank der Kinder für die hellen Heime und die zahlreichen sozialen Schöpfungen zum Ausdruck gebracht wurde. Nachdem ein zweites Schulmädchen dem Bürgermeister einen Blumenstrauss überreicht hatte, betrat, stürmisch begrüsst, Bürgermeister Seitz die Rednertribüne und führte aus:

Jahrelange harte Arbeit im Dienste des Wiener Wohnbaues wird mit dem heutigen Tage durch die Eröffnung des grössten Wohnbauwerkesgekrönt. Mit Recht sagt man, eine neue Stadt sei erstanden; auf Oedland, auf einer trostlosen Stätte hat man eine neue Stadt gebaut. Die Eigenart des Terrains hat eine aus richtigen Gründen gebotene vielfältige Gestaltung ermöglicht und doch ist es der Kunst der Architekten gelungen, ein Ganzes zu schaffen. So bewirkt die Mannigfaltigkeit und Abwechslung, dass man im ersten Augenblick den Eindruck gewinnt, als sei das Ganze erst allmählich im Laufe der Zeit geworden und dass doch wieder andererseits der einheitliche Gedanke des Ganzen durchdringt. Dieses grosse Wohnbauwerk wird noch in später Zeit stehen und Zeugnis ablegen für die vollendete Kunst der Wiener Architektur, aber auch für den sozialen Sinn des WienerVolkes, für die grösste Kulturtat unserer Generation, für die Kulturtatdes Wohnbaues. (Beifall). Gewiss, auch diese 1600 neuen Wohnungen, die rund 8000 Menschen Unterkunft bieten, können noch nicht dem Bedarf genügen und immer noch harren zehntausende und aber zehntausende Menschen in Elendswohnungen, die aller Hygiene spotten, der Unterbringung in modernen, lichten Wohnungen. Es wird daher die Pflicht der Gemeindeverwaltung sein, ihr Wohnbauprogramm mir unerschütterlicher Energie fortzuführen. (Stürmischer Beifall). Nicht der Beifall, den wir heute hier finden, kann uns genügen, nicht der Jubel derer, die in den neuen Wohnungen wohnen, nein, wir bedürfen der Unterstützung der ganzen Bevölkerung Wiens, wir bedürfen der Erkenntnis aller von der hohen kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des Volkswohnhausbaues. Deshalb darf sich niemand damit begnügen, einfach an einem Festtag Beifall zu spenden; jeder einzelne und vor allem jede einzelne Bürgerin hat die Pflicht, in Wort und Schrift und wo immer es möglich ist, die Notwendigkeit des Wohnbaues zu erweisen und immer weitere Volkskreise von dieser Notwendigkeit zu überzeugen, bis die ganze Wiener Bevölkerung, vielleicht bis auf Wenige Einsichtslose und Unbelehrbare, die niemals alle werden, sich zu dem Werk bekennt, dass geradezu geschichtlich notwendig ist. (Lebhafte Zustimmung). Zwei Systeme stehen einander gegenüber: Das System der Gemeinde Wien, durch Steuern vor allem durch die Wohnbausteuer die Mittel zum Wohnbau zu gewinnen, und das andere System, das nunmehr durch eine Erklärung der Bundesregierung in den letzten Tagen konkrete Formen angenommen hat, das System, durch eine Erhöhung des Mietzinses überhaupt privates Kapital aufzubringen und dieses zum Bauen zu verwenden. (Grosse Entrüstung). Wir werden alle-und wir sind dazu verpflichtet- ohne jede Leidenschaft, mit der Kühle des Rechenmeisters, mit dem Bleistift in der Hand, wie es bei der Erörterung jeder volkswirtschaftlichen Frage notwendig ist, beide Systeme zu prüfen haben. Die Wohnbausteuer beträgt heute für Wohnungen dieser Art das Dreihundertfache des Friedensmietzinses, für bessere Mittelstandswohnungen das Sechshundertfache. Das heisst, es werden von Wohnungen, wie wir sie hier sehen, 1 bis 2 Schilling Wohnbausteuer bezahlt, nur die grösseren Wohnungen zahlen etwas mehr. Trotz

dem haben wir durch lange Zeit ernste Bedenken gehabt,die Wohnbausteuer zu erhöhen.Es wäre der Gedanke nahegelegen gewesen,eine solche Erhöhung vorzunehmen,damit aus dem Erträgnis der Wohnbausteuer allein die Kosten des Volkswohnungsbaues hereingebracht werden.Wir haben es nicht getan, weil der Finanzreferent der Gemeinde,unser Stadtrat Breitner (Lebhafte Hochrufe) der immer als Steuersardist verschrieen ist,schwere Bedenken dagegen erhoben hat.Der Finanzreferent des Bundes aber erklärt,die Verantwortung übernehmen zu können,dass nebst den Kosten für die Herstellungs- und Instandhaltungsarbeiten nicht das Dreihundertfache,sondern das Zweitausendfache bis Sechstausendfache des Friedenszinses bezahlt werde .Davon soll ein Teil für volkswirtschaftlich nicht sehr wichtige Zwecke verwendet werden,(Stürmische Entrüstung) für Renten und für die hohe Verzinsung von Kapitalien,mit denen Kriegsgewinnee armen Sparern oft ihren einzigen Besitz,das Haus,abgekauft haben.Nur ein verschwindender Teil,das Hundertfache,eventuell Zweihundertfache soll für Wohnbauten verwendet werden.Damit könnten ungefähr in den nächsten drei Jahren in ganz Oesterreich 18.000 Wohnungen gebaut werden,das heisst,dass bei einer gerechten Aufteilung der Wohnungen nach Massgabe der aufgebrachten Mittel in Wien zwei Drittel,davon,das sind 12.000 Wohnungen gebaut werden.Wir würden einen weiteren Zuwachs von 12.000 Wohnungen in Wien mit aufrichtiger Freude begrüssen,wenn der Bau dieser Wohnungen so vor sich ginge,dass die Gemeinde oder gemeinnützige Institute und Genossenschaften die Bauten aufführten,aber ein 2000facher bis 6000facher Friedenszins wäre selbstverständlich geradezu eine unerträgliche,eine volkswirtschaftliche Gefahr.(Grosser Beifall).Das ist der Gegensatz,der uns trennt,das ist die grosse Frage,zu der das Volk aufzurufen sein wird,zu entscheiden,ob die Bevölkerung in der Lage ist,einen 2000fachen bis 6000fachen Friedenszins zu zahlen,oder ob wir uns mit dem Mietzins bescheiden müssen, der heute entrichtet wird.Das ist die grosse Frage,die schon in kurzer Zeit zu entscheiden sein wird.Da darf es keine Schlagworte geben,da darf die öffentliche Meinung nicht durch Leidenschaften verfälscht werden,da muss jeder Familienvater,jeder Lohn-und Gehaltsempfänger nüchtern prüfen und sein Urteil abgeben.Was er entbehren kann,wird jeder geben;was unerträglich ist,wird abzuwenden sein-wie immer aber die Entscheidung ausfallen wird,die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien wird fortgesetzt werden.(Anhaltender Beifall).
Wir sehen in diesen Wohnungen,wie tausende Menschen,dem Elend und der Dumpfheit der alten Wohnungen entrissen,aufleben,wie sie hier andere Menschen werden in ihrem Gemüt,in ihrer ganzen Lebensführung, wie sie in diesen sonnigen,luftigen Wohnungen die Welt ganz anders sehen,neuen Lebensmut und neue Lebenskraft gewinnen,wie sie ihre Kinder ganz anders erziehen und daraus neue Hoffnung schöpfen für eine schönere Zukunft.(Lebhafter Beifall).Ich danke den Männern der Stadtverwaltung,die an diesem Werk mitgewirkt haben,dem Stadtrat für Wohnungswesen,unserem Freund Weber,dem Finanzreferenten Breitner der immer wieder Wege findet,um zu den notwendigen Mitteln zu kommen,ich danke dem Stadtbauamt,vor allem seinem Direktor Dr.Musil und allen seinen Mitarbeitern,insbesondere dem Oberbaurat Ingenieus Bittner und dem Ingenieur Leischner,der den Plan für den Kindergarten entworfen hat,ich danke den Künstlern und Architekten,die in einem einträchtigen Zusammenwirken,wie es sonst nicht immer bei Künstlern der Fall ist (Heiterkeit) dieses schöne Werk geschaffen hat.Ich danke den Architekten Hoppe,Schönthal,Matouschek,Theiss,Jaksch,Kraus und Tölk, die durch dieses Werk hier gezeigt haben,dass die Wiener Architektur auf der Höhe steht,sich in der Welt sehen lassen kann.Wen immer wir an Fachmännern hierher geführt haben,der war erstaunt über die glückliche Lösung des schwierigen Problems,das den Architekten gestellt war.Ich danke auch den Baufirmen,allen voran der Firma Rella, ich danke jeden einzelnen geistigen und jedem einzelnen manuellen Arbeiter,der in seiner Art und nach seinen Kräften dazu beigetragen hat,das dieses grosse schöne Werk geschaffen werden konnte.Wir grüssen alle,die das Glück haben,in diesen Bauten zuwohnen,wir wünschen, dass sie hier aufleben in Glück und Frieden,und wir bitten sie,dass sie uns ihre Kinder erziehen zu tüchtigen Bürgern der Stadt Wien, die einst das Erbe übernehmen sollen,das wir ihnen hinterlassen.In dem Gedanken, dass hier ein starkes Geschlecht heranwachsen wird, das einst unserer Stadt in Treue dienen wird,erkläre ich den Wohnhausbau Sandleiten für eröffnet.(Brausender, anhaltender Beifall).

Nach der Rede des Bürgermeisters ergriff Nationalrat Albert Sever das Wort.Er dankte dem Bürgermeister im Namen von 180 hier in Sandleiten schon geborenen Kindern und den 1119 anderen Kindern,die sich in dem schönen Bau undin dessen prächtigen Anlagen überaus wohl fühlen.Diese grosse Kinderschar wird sich Ihnen,Herr Bürgermeister,nun selbst vorstellen.(Lauter Beifall).

Die Kinder zogen dann vor den Festgästen unter Musikbegleitung vorüber,was ungeheuren Jubel auslöste.

Die Festgäste machten sodann durch die ausgedehnte Anlage einen Rundgang,wobei auch einige Wohnungen besichtigt wurden, die von dem Direktor des Bureau international des ecoles in Genf Professor Dr.Adolphe Ferriere,der ebenfalls der Feier beigewohnt hat, als vorbildlich bezeichnet wurden.Die Festgäste besichtigten dann den Kindergarten,der nunmehr vor der Vollendung steht,die Zentralwäscherei und die Badeanlagen,die Bibliothek,den Vortrags-und Theatersaal und schliesslich die technisch modernst ausgestattete Kehrichtsammelstelle.

Nach der Eröffnungsfeier in der Wohnhausanlage Sandleiten nahm Bürgermeister Seitz die Eröffnung des gegenüberliegenden grossen neuen Parks vor.Die Festgäste besichtigten zuerst das beim Eingang der Anlage aufgestellte Monument "Die Unbesiegbaren",ein Werk der Bildhauerin Feodorowna Riess,die vom Bürgermeister begrüsst wurde.Nach einem Rundgang durch den Park ersuchte amtsführender Stadtrat Richter den Bürgermeister die neue Anlage offiziell zu eröffnen. Bürgermeister Seitz hielt nun vor dem den ganzen Park füllenden Gasten eine kurze Ansprache,in der er zunächst allen,die sich um die Schaffung der prächtigen Gartenanlage verdient gemacht haben,dankte.Hoffentlich wird sie eine Stätte wahrer Lust für die Kinder,aber auch die Alten mögen hier ein stiles Ruheplätzchen finden.Mit diesem Wunsch erklärte der Bürgermeister den neuen Park für eröffnet.(Begeisterte Hochrufe).

Mit dem Lied der Arbeit,das von den Musikkapellen nunmehr vorgetragen wurde,schloss die grosse Feier,an der fast die ganze Ottakringer Bevölkerung mit Begeisterung teilgenommen hatte.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: Karl H o n a y

376

Wien, am Montag, den 3.Dezember 1928

-.-

Ausstellung der Schuberthandschriften der Stadt Wien. Anlässlich des internationalen Kongresses für Schubertforschung wurde im Historischen Museum der Stadt Wien im Neuen Rathaus eine Ausstellung sämtlicher im Besitz der Stadt Wien befindlichen Schuberthandschriften veranstaltet.Wenngleich schon die Schubertzentenarausstellung Gelegenheit geboten hatte,die Städtischen Sammlungen als das bedeutendste Schubertarchiv überhaupt zu erkennen,kommt der Reichtum dieses Bestandes mit seinen etwa 270 Handschriften nunmehr erst recht zur Geltung,da diesmal keine Objekte aus fremden Besitz beigefügt sind.Schon ein kurzes Rundgang durch die systematisch-chronologiech angeordnete Ausstellung bietet ein lebendes Bild vom Schaffen Franz Schuberts von frühen Studien-und Gelegenheitsarbeiten an bis zum letzten unvollendeten grossen Werk,dem "Graf von Gleichen".Die Ausstellung ist noch morgen Dienstag und übermorgen Donnerstag von 9 Uhr bis 13 Uhr frei zugänglich.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1928.Der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss setzten heute in gemeinsamer Sitzung die Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 fort.Zur Beratung gelangte die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung.Amtsführender Stadtrat Professor Dr.Tandler leitetedie Verhandlungen mit einer ausführlichen Bericht ein.Die Gesamtbruttoausgaben für das Wohlfahrtswesen betragen über 109,000.000 Schilling.Die Gesamtnettoausgabe macht 91'6 Millionen Schilling aus.Das sind 29'87 Prozent aller Nettoausgaben der Gemeinde überhaupt.In seinem Bericht betonte Stadtrat Professor Dr.Tandler,dass der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung heuer ein ganz befriedigender war.Es ist insbesondere bei den Jugendlichen eine starke Abnahme der Verbreitung der Tuberkulose zu verzeichnen.Während im Jahre 1923 auf je zehntausend 15 bis 20jährigen weiblichen Personen 27'1 Prozent Todesfälle entfielen,waren im Jahre 1927 nur mehr 17'8 Prozent zu verzeichnen.Ebenso verhält es sich bei Kindern im Alter von einem bis zu 5 Jahren.Auf je zehntausend entfielen im Jahre 1923 noch 26'6 Prozent,im Jahre 1927 nur mehr 14'4 Prozent.Stadtrat Professor Dr.Tandler betont die Wichtigkeit der Tuberkulosefürsorgestellen.In diesen wurden im Jahre 1924 rund 47.000 Untersuchungen vorgenommen, 1927 aber schon nicht weniger als 106.000.In der Syphilisbekämpfung hat Wien ebenfalls einen grossen Erfolg aufzuweisen.Die Syphilis ist überall zurückgegangen,in Wien aber am meisten.Einen starke Rückgang in Wien hat insbesondere die Zahl der syphilitischen Kindererkrankungen zu verzeichnen.Während im Zentralkinderheim der Gemeinde Wien im Jahre 1924 noch 81 Fälle von Erbsyphilis gezählt wurden,wurden heuer bis zum 15.Juli nur mehr 35 Fälle aufgenommen. Mit dem Gesundheitszustand hängt sehr die Wasserversorgung der Grosstadt zusammen.Hier wurden im Wassereinzugsgebiet der Hochquellenleitungen kontinuierliche Untersuchungen auf die Ergiebigkeit der Quellen und ihren Keimgehalt vorgenommen.Die Ergebnisse dieser Untersuchungen setzen uns nun in die Lage,gewisse Quellen,die nach Regengüssen neben einer grösseren Ergiebigkeit auch einen grösseren Keimgehalt aufweisen,absperren zu können.Eine weitere Besiedelung des Raxplateaus ist imInteresse unserer Wasserversorgung nicht geboten. Von allen Wiener Spitälern hat das Spital der Stadt Wien die kürzeste Heilungsdauer,obgleich ein Viertel seines Belagraumes Tuberkulosebetten sind. Stadtrat Rummelhardt/die Anfrage,mit welchem Recht die Gemeinde den Bürgerspitalfonds als ihr Eigentum erklärt hat und das Bürgerversorgungshaus niederreissen lässt.Das ist eine vollkommen ungerechtfertigte Enteignung des Bürgerspitalfonds.Stadtrat Dr.Alma Motzko erklärt,dass der Bürgerspitalfond eine eigene Rechtspersönlichkeit war.Vor Jahren wurde eine eigene Bürgerspitalwirtschaftskommission gegründet,die seinerzeit dann aufgelöst wurde.Die Gemeinde hat sich damals als treuhändige Verwalterin betrachtet.Die Rechtslage ist also unbedingt zu klären.Die Rednerin verlangt die Freigabe der individuellen Behandlung im Fürsorgewesen und eine gründliche Reformierung der Richtlinien.Sie beantragt die Erhöhung der Anfallspfründe von neun Schilling auf zwölf Schilling und die Verkürzung der Wartezeit von einem Jahr auf einhalbes Jahr.Gemeinderat Binder beantragt die Zuerkennung der höchsten Pfründe an die Siebzigjährigen. Magistratsdirektor Dr.Hartl erwidert auf die Anfrage des Stadtrates Rummelhardt,dass die Transaktion mit dem Bürgerspitalfonds vollständig legal durchgeführt wurde.Die Anträge werden abgelehnt Stadträtin Dr.Motzko wendet sich gegen einen Runderlass des Jugendamtes,der den Leitungen der städtischen Kindergärten den Auftrag erteilt,die Kinder über den Mummenschanz des Nikolaus und Krampus aufzuklären.Sie bezeichnet diesen Ausdruck als ungehörig.Ferner beantragt sie,dass dem Caritasverband eine Subvention von 80.000 Schilling gewährt werde.Stadtrat Professor Dr.Tandler entgegnet, dass der Caritasverband wiederholt aufgefordert wurde,dem Verband für Freiwillige Jugendfürsorge beizutreten,damit die Möglichkeit einer Gemeindesubvention gegeben sei.Der Antrag wird abgelehnt.Gemeinderat Binder bemerkt,dass die Reinhaltung der Wiener Gemeindefriedhöfe viel zu wünschen übrig lasse.Gemeinderat Uebelhör wünscht, Aufklärung über den Umfang der Zahl der ausgespeisten Schulkinder, worauf Stadtrat Tandler mitteilt, dass gegenwärtig im Tagesdurchschnitt 15.000 Kinder ausgespeist werden.Gemeinderat Zimmerl wendet sichdagegen,dass die Säuglingswäsche an alle Mütter unentgeltlich abgegeben wird,weil die Besitzenden diese Wäsche bezahlen können. Vizebürgermeister Hoss wünscht eine Erhöhung der mit 75.000 Schilling in den Voranschlag eingesetzten Subvention für Sportund Körperpflege.

Nach verschiedenen Aufklärungen des amtsführender Stadtrates Professor Dr.Tandler wird die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrts wesen und soziale Verwaltung mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt. Morgen Dienstag nachmittag wird die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen beraten werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ladenschluss im Handelsgewerbe und am Silbernen Sonntag.Auf Grund der Verhandlungen mit den Vertretern der Unternehmer und Angestellten des Handelsgewerbes wird nunmehr der Ladenschluss im Handelsgewerbe für Wien wie folgt festgesetzt:Der Ladenschluss der für den Kundenverkehr offenen Geschäftsräumlichkeiten samt den dazu gehörigen Kontoren und Magazinen wird für den Kleinhandel mit anderen Waren als Lebensmittel regelmässig mit 6 Uhr abends festgesetzt.An den zwölf Werktagen der Frühjahrs-und Herbstmesse,am Charsamstag,Pfingstsamstag,am letzten Werktag des Jahres und an den Werktagen in der Zeit vom 1.bis 24. Dezember gilt als Ladenschluss sieben Uhr abends.Lebensmittelgeschäfte dürfen an Samstagen sowie an den Werktagen unmittelbar vor Feiertagen, an denen dem Herkommen nach das Ladengeschäft ruht, um zwei Stunden, an allen sonstigen Tagen um eine Stunde länger offenhalten. Ausserdem können Lebensmittelgeschäfte in der Zeit vom 15.Mai bis 15. September bis acht Uhr abends, an Samstagen bis neun Uhr abends offenhalten.Für den sogenannten Silbernen Sonntag(16.Dezember 1928)wurde die Bewilligungerteilt, die Geschäfte während derselben Stunden offen zu halten,wie am Goldenen Sonntag,das ist für die Lebensmittelgeschäfte von 8 bis 11 Uhr vormittag und von 4 bis 7 Uhr abends,im sonstigen Kleinhandel von 10 Uhr vormittag bis 1 Uhr nachmittag und von 3 bis 6 Uhrabends.Es ist selbstverständlich, dass durch diese Verordnungen, die am 4.Dezember 1928 im Landesgesetzblatt für Wien erscheinen werden, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über den Achtstundentag und den Ersatzruhetag nicht berührt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Strassenabsperrungen.Wegen dringender Gleisarbeiten werden von heute an die Gumpendorferstrasse zwischen der Eisvogelgasse und dem Gürtel und die Wallgasse von der Mittelgasse bis zur Mollardgasse auf die Dauer von etwa zwei Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

-.-

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929. Der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss setzten heute in gemeinsamer Sitzung die Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929 fort. Zur Verhandlung gelangte die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen. Die Verhandlungen leitete Stadtrat Weber mit einem Bericht ein. Für Wohnhaus- und Siedlungsbauten sind wie heuer auch für das nächste Jahr 76 Millionen Schilling veranschlagt. Das ermöglicht die Herstellung von 6000 Wohnungen. Für die Kleingartenbewegung sind 200.000 Schilling sichergestellt. Die städtische Wohnhäuserverwaltung wird mit Ende des Jahres 45.461 Wohnungen und 2471 Geschäfte verwalten. In den städtischen Wohnhausanlagen bestehen derzeit zwanzig Zentralwaschanlagen mit 488 Waschständen, 164 Waschmaschinen, 115 Zentrifugen, 623 Trockenkulissen, 15 Bügelmaschinen, 143 Bügelständen, 26 elektrische Rollen und 30 Handrollen, ferner 50 Badeanlagen mit 320 Brausebadzellen und 300 Wannen. Die Verwaltung des ungeheuren Wohnungsbestandes geht reibungslos vor sich. Am 1. November standen beim Wohnugsamt 9650 wohnungssuchende und 7406 Tauschwerber in Evidenz. Gegenwärtig stehen 8134 Wohnungen im Bau. In der Debatte erklärte Vizebürgermeister Hoss, dass eine Aeusserung der Gemeinde Wien zu dem Wohnbauförderungsprogramm der Regierung sehr wünschenswert wäre. Er bemängelt, dass die Besiedelung der neuen städtischen Wohnhausanlagen sehr schleppend vor sich geht. Gemeinderat Binder macht darauf aufmerksam, dass es sehr notwendig wäre, insbesondere den vielen Baugebrechen auf der Landstrasse nachzugehen. Gemeinderat Zimmerl beantragt, dass die Aufbringung der Mittel zur Bestreitung der Kosten der Wohnhaus- und Siedlungsbauten nicht aus laufenden Einnahmen, sondern durch Aufnahme einer Anleihe zu erfolgen hat. Ferner ist dem Gemeinderat noch vor der Beratung des Voranschlages ein Ausweis vorzulegen, der die Ausgaben für die Wohnhaus- und Siedlungsbauten getrennt nachweist. Schliesslich sind die Einnahmen und Ausgaben für Siedlungen, Zinshäuser (Gemeinde- und Bürgerspitalfondshäuser) und Wohnhausanlagen getrennt auszuweisen. In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Weber, dass der Wohnbauförderungsplan der Regierung schon aus dem Grunde unannehmbar ist, weil kein Lohn- und Gehaltsempfänger einen zehn- bis zwölftausendfachen Zins aufbringen kann. Der Volkswohnbau kann nicht nach kapitalistischen Grundsätzen durchgeführt werden. Die Gemeinde Wien wird ihre Wohnbautätigkeit fortsetzen zum Wohle der Wohnkultur der breiten Massen. Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen werden genehmigt, der Antrag Zimmerl auf Aufnahme einer Anleihe abgelehnt. Stadtrat Richter leitet die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten mit einem Bericht ein. Aus dem ist hervorzuheben, dass für Strassenerhaltung und Strassenumbauten über 16 Millionen Schilling veranschlagt sind. Im nächsten Jahr werden 239 Strassenzüge mit elektrischem Licht ausgestattet. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die heutige Stromstörung. In der Quecksilberdampfgleichrichteranlage im Unterwerk Mariahilf trat heute vormittags eine Störung ein. Die dadurch hervorgerufene Einstellung des Strassenbahnverkehrs in Teilgebieten des dem Unterwerk Mariahilf angeschlossenen Bahnnetzes dauerte 19 Minuten. Nach Einschaltung von Reservemaschinen wurde der Strassenbahnbetrieb wirder aufgenommen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Brand in der Erziehungsanstalt Eggenburg. Durch einen schadhaften Kamin entstand heute nachts im Pavillon IV der Erziehungsanstalt der Gemeinde Wien in Eggenburg ein Dachfeuer. Der Brand, der um 2 Uhr früh entdeckt wurde, dauerte bis 7 Uhr früh. Zu den Löscharbeiten wurde auch der Fernlöschzug der Wiener Berufsfeuerwehr gerufen. Der Betrieb in der Anstalt ist durch das Feuer nicht gestört.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

-.-

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Wien. Bekanntlich hat die Gemeinde Wien für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wissenschaft und der Kunst, die sich besondere Verdienste um die Stadt Wien erworben haben, einen Ehrenring gestiftet. Dieser wurde in den letzten Jahren einigen Persönlichkeiten verliehen. In der vertraulichen Sitzung des Wiener Gemeinderates vom Freitag wurde nach einem Referat des Gemeinderates Beisser die Verleihung des Ehrenringes an vier Fürsorgeräte beschlossen. Es sind dies Ignaz Hörnisch, Franz Bucher, Alois Seidl und Hans Willander, die bereitsmehr als 25 Jahre auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege verdienstvoll wirken.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Kinobesitzer gegen die Abgabenteilung. Die Wiener Kinobesitzer haben an das Bundeskanzleramt und an die Parteiklubs des Nationalrates eine Eingabe gerichtet, in der sie auf die grosse Steuerbelastung ihrer Betriebe verweisen. Durch die neue Abgabenteilung besteht nun auch die Gefahr des Entzuges der ermässigten Lustbarkeitsabgabe. Die Kinos müssen auch von den Beträgen der Lustbarkeitsabgabe die Warenumsatzsteuer bezahlen. In der Eingabe wird geklagt, dass der Wunsch nach einer Pauschalierung der Warenumsatzsteuer bis jetzt nicht berücksichtigt worden ist. Es wird weiters nachdrücklichst erklärt, dass die Kinobetriebe eine weitere direkte oder indirekte Belastung auf keinen Fall mehr aushalten könnten. Es würden dadurch viele Kinobetriebe dem Untergang preisgegeben und die Entwicklung des Filmwesens in Oesterreich gehemmt werden. Aus allen diesen Gründen richten die Wiener Kinobesitzer an die Regierung das Ersuchen, bei den weiteren Verhandlungen über das Abgabenteilungsgesetz die Interessen und die Zwangslage ihrer Betriebe zu berücksichtigen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Schweinepest erloschen. Da die Schweinepest in den von der Donau, der Wagramerstrasse, der Alten Donau und von der Floridsdorfer Brükke umgrenzten Gebieten der Leopoldstadt und von Floridsdorf erloschen ist, hat das Amt der Wiener Landesregierung am 30. November die seinerzeit verfügten Massnahmen wieder aufgehoben.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Werktagsfahrpreis am Maria Empfängnistag auf den Strassenbahnen. Am kommenden Samstag (Maria Empfängnistag) wird auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagsfahrpreis eingehoben. Die Frühfahrscheine, Hin- und Rückfahrscheine, Wochenkarten, Fürsorgefahrscheine und Arbeitslosenfahrscheine sind giltig. Die Hin- und Rückfahrscheine sowie Wochenkarten können für die Rückfahrt schon von 11 Uhr vormittags verwendet werden. Dagegen sind die Schüleranweisungen nicht giltig.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ernennung. Der Wiener Stadtsenat hat kürzlich den Zentralinspektor der städtischen Strassenbahnen Ingenieur Heinrich Werner zum Vizedirektor ernannt. Ingenieur Werner war 16 Jahre bei der Betriebsleitung, zuletzt als Betriebsleiter Stellvertreter tätig und leitet in den letzten fünf Jahren die Hauptwerkstätte der städtischen Strassenbahnen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Pierre Pouillot in Wien. Anlässlich seines Wiener Besuches besichtigte der Chef des französischen Einwanderungsdienstes für Auslandsarbeiter Pierre Pouillot unter Führung des Magistratsrates Dr. Asperger einige städtische Wohnhausanlagen und Siedlungen, sowie die neuen Schöpfungen der Gemeinde Wien in der Kinderfürsorge, Jugendpflege und auf dem Gebiete des Bäderwesens und schliesslich die zweite gewerbliche Fortbildungsschule. Der Gast äusserte sich überaus anerkennend über die Leistungen der Stadt Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 379
Karl H o m a y

Wien, am Mittwoch, den 5. Dezember 1928 Zweite Ausgabe

-.-

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929.Der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss setzten heute in gemeinsamer Sitzung die gestern abgebrochene Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten fort.Die Redner der Minderheit führen Beschwerde über die Unzulänglichkeit der Strassenbesprengung,über Mängel bei Strassenölungen,über Unregelmässigkeiten in der Kehrichteinsammlung,über die Unzulänglichkeit der Schneesäuberung und verlangen schliesslich eine Vermehrung der Abfallskörbe. Die Anträge des Gemeinderates Zimmerl,die Betriebsrechnung der einzelnen Bäder gesondert zu legen und für den Bau der Hafenbrücke über den Donaukanal im Voranschlag als erste Baurate 1'4 Millionen Schilling einzustellen,werden abgelehnt.Vizebürgermeister Hoss stellt folgenden Antrag:Die Reichsbrücke entspricht schon seit Jahren nicht den Anforderungen und die Verhältnisse der Brückenbenützung werden immer ungünstiger.Sie sind auch ein Hemmnis für den doppelgleisigen Ausbau der Strassenbahn,der mit Rücksicht auf die Entwicklung von Floridsdorf und auf die städtischen Sommerbäder dringend notwendig ist.Ein Versäumnis in dieser wichtigen Frage könnte in absehbarer Zeit für den Grossteil der Bewohner Wiens auf dem Gebiete der Verkehrsmöglichkeit zu den unangenehmen Folgen,vielleicht sogar zu einer Katastrophe führen.Die Gemeinde Wien soll daher mit dem zuständigen Bundesministerium sofort Verhandlungen einleiten und alles daransetzen,dass diese für die Allgemeinheit so wichtige Frage raschestens günstig gelöst wird.Nach der Erwiderung des amtsführenden Stadtrates Richter,dass der Bund durch systematische Sabotage der Gemeinde entgegenarbeite,wird der Antrag Hoss abgelehnt.Schliesslich wird ein Antrag des Stadtrates Rummelhardt angenommen,der die Aufstellung einer öffentlichen Uhr an der Kreuzung der Währingerstrasse und Nussdorferstrasse vorsieht. Einzweiter Antrag des Stadtrates Rummelhardt auf Erhöhung der Post "Erprobung von Radioanlagen" von 1200 Schilling auf 6000 Schilling wird abgelehnt.Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten ist somit erledigt.Die Positionen der Verwaltungsgruppe werden von der Mehrheit genehmigt.Stadtrat Kokrda leitet die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten mit einem Bericht ein.Die Nettoausgaben der Verwaltungsgruppe machen über 85 Millionen Schilling aus.Für Investitionen werden davon über 4 Millionen Schilling ausgegeben.Bei den Märkten und Schlachthöfen sind unter anderen die Fortführung der Modernisierung der Grossmarkthalle,die Vergrösserung der Vorkühlhalle des Schlachthofes St.Marx und Arbeiten am Gemüsegrossmarkt auf dem Volkswehrplatz vorgesehen.Trotz der ungünstigen Verhältnisse schreiten die städtischen Lagerhäuser in der Konsolidierung vorwärts.Der Nettoaufwand für den laufenden Schulbetrieb macht über 73 Millionen Schilling aus.Dazu kommen noch 700.000 Schilling für einen Schulbau in Kagran,der sich infolge der dort aufgeführten Wohnhausbauten und Siedlungen als unbedingt notwendig erwiesen hat.In der Spezialdebatte machen Vizebürgermeister Hoss und Gemeinderat Binder auf Mängel in der Kühlanlage in der Grossmarkthalle aufmerksam.Stadtrat Rummelhardt stellt den Antrag,die freiwerdenden Fleischstände in der Grossmarkthalle nur an bodenständige Wiener zu vergeben.Stadtrat Kokrda erwidert,dass bei der Vergebung der Stände niemand vorgezogen wird.Der Antrag Rummelhardt wird abgelehnt.In längeren Ausführungen nimmt nun Stadtrat Rummelhardt zum Wiener Schulwesen Stellung.Obwohl dafür 74 Millionen Schilling ausgegeben werden,ist sowohl in der Wiener Landesregierung,als auch im Wiener Stadtsenat niemand für das Schulreferat verantwortlich.Die Minderheit muss daher nachdrücklichst einen Stadtrat als Schulreferenten für die Landesregierung und für die Stadt Wien verlangen.Die Bevölkerung ist ganz im Unklaren,was im Schulwesen geschieht.Präsident Glöckel ist der Exponent der sozialdemokratischen Schulpolitik und veröffentlicht nur,was im Recht ist. Der Stadtschulrat,der eigentlich eine Bundesbehörde ist,wird vom Freidenkerbund beherrscht und ist ganz parteipolitisch zusammengesetzt.Das neugeschaffene Pädagogische Institut ist ein Privatinstitut und der Zwang auf die Lehrer,das Pädagogische Institutzu besuchen,ist vollkommen ungesetzlich,da schon im Reichsvolksschulgesetz die Lehrbefähigung eines Lehrers festgelegt ist.Im Fortbildungsschulrat sind die Gewerbetreibenden,die 55 Prozent des Aufwandes beitragen,in solcher Minderheit vertreten,dass sie überhaupt nichts zu reden haben. Es ist eine gründliche Reform des Fortbildungsschulwesens dringendst geboten.Die Werkstätten sind zur Berufsberatung heranzuziehen.Mit welchem Recht wurden den Freidenkern 28 Schullokale für Kurse für Lebenskunde zur Verfügung gestellt.Das ist eine jüdisch-freimaurerische Sache,für die nach Ihrem Wünschen nicht nur die konfessionslosen Kinder,sondern alle interessiert werden sollen.Der Redner beantragt schliesslich die Auflassung des Pädagogischen Institutes.Gemeinderat Zimmerl stellt den Antrag auf Vorlage einer Aufstellung über den Aufwand des Pädagogischen Institutes und einer Liste der Lehrer,die an ihm wirken.Stadtrat Dr.Alma Motzko und die Gemeinderäte Uebelhör und Angermayer unterziehen die jüngst ausgegebenen Republikbücher einer eingehenden Kritik.Stadtrat Dr,Motzko erklärt,dass die Auswahl der Klassenlektüre nicht immer auf der Höhe der Pädagogik steht.Die Republikbücher sind vom Klassenhass durchsetzt.Damit wird kein arbeitsfreudiges Geschlecht herangezogen werden können. Solche Bücher sind geradezu ein Verbrechen.Die Verteilung der Lernmittel sowohl an die Kinder reicher Leute,als auch armer Eltern ist ein Diebstahl an den Armen.Die Gemeinderäte Uebelhör und Angermayer bezeichnen die Republikbücher als gröbste Demagogie und Geschmacklosigkeit.Nach der Erwiderung des Stadtrates Kokrda,dass die Zuweisung von Schullokalen für die Lebenskundekurse von einer Kommission des Stadtschulrates approbiert worden sind,wird der Antrag Rummelhardt abgelehnt,die Anträge Zimmerl angenommen und die Positionen der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten genehmigt.Die Verhandlungen werden Montag fortgesetzt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Freiplätze an der Hochschule für Welthandel in Wien.Für das Studienjahr 1928/29 wird ein Freiplatz der Gemeinde Wien an einen Hörer der ersten zwei Semester der Hochschule für Welthandel in Wien verliehen. Zur Bewerbung sind in Wien heimatsberechtigte,bedürftige Absolventen der Gymnasien,Realschulen und Staatsgewerbeschulen berufen,die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und ein tadelloses sittliches Betragen aufweisen.Die an den Wiener Magistrat,Abteilung 8,zu richtenden Gesuche sind bis längsten 15.Dezember bei der Hochschule für Welthandel,XIX.,Felix Mottlstrasse 1c,einzureichen.Anzuschliessen sind der Geburts-(Tauf-)und Heimatsschein,ein Mittellosigkeitszeugnis, aus dem die Erwerbs-,Vermögens-und Familienverhältnisse des Bewerbers und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen,insbesondere auch der allfällige Genuss von Stipendien oder Freiplätzen des Einschreiters oder seiner Geschwister zu ersehen sind,ferner die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.In den nächsten Tagen wird in der Leopoldstadt in der Weintraubengasse,Nepomukgasse, Afrikanergasse,Kleine Stadtgutgasse,Holzhausergasse,Mühlfeldgasse und Fugbachgasse,in Margareten in einem Teil der Brandmayergasse in der Einsiedlergasse,auf dem Einsiedlerplatz und in der Siebenbrunnenfeldgasse und schliesslich in Ottakring in der Weissgasse,Hellgasse und auf dem Parhamerplatz die elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe.In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Franz und Anna Brauneder,Paul und Marie Kauba und Ferdinand und Barbara Kolarz anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 380
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 6. Dezember 1928

-.-

Die Klage gegen die " W a g " abgewiesen.

Das Urteil des Obersten Gerichtshofes.

Heute wurde der Gemeinde Wien und der "Wag" das Urteil des Obersten Gerichtshofes über die bekannte Klage der Besitzer von Prioritätsobligationen der"Wag", erste Emission vom Februar 1922, zugestellt. Gestützt auf die Tatsache, dass sowohl im Obligationstext, als auch im Prospekt und in der Werbeschrift von Kronen der mit Gesetz vom 2. August 1892, R .G.Bl. Nr.126, festgesetzten Kronenwährung gesprochen wird und nach der Auffassung der Kläger in der Werbeschrift auch eine Haftung gegen Geldentwertung übernommen worden ist, haben die Prioritäre ursprünglich von der "Wag" die Einlösung der Fälligkeiten in Goldkronen begehrt. In der Klage wurde späterhin die Forderung dahin eingeschränkt, dass die Verzinsung und Rückzahlung nach der Kauf-und Zahlkraft der Krone während der Zeit der Zeichnung vom 1. Februar bis 20. März 1922 erfolgen sollte. Es soll aber gleich hier betont werden, dass die auf die Zeichnung einbezahlten Beträge zum grössten Teil erst in einem viel späteren Zeitpunkt der "Wag" zugeflossen sind. Es verdient festgestellt zu werden, dass bei Abgabe der Zeichnungserklärung nur zehn Prozent des Nominales zu entrichten waren und die Zahlung des Restes erst bei der definitiven Zuteilung zur erfolgen brauchte. Aus den dem Gericht vorgelegten Beweisen ergibt sich aber, dass die Abrechnung die Zeit vom 27. März bis 31. Oktober 1922 umfasst hat, somit einen Zeitraum, in dem die Krone zeitweise sogar auf einem niedrigeren Wertniveau stand, als heute. Betrug doch die Goldparität in der Zeit vom 21. bis 27. August 15.200, vom 28. August bis 3. September 17.000, vom 4. bis 10. September 15.460, vom 11. bis 17. September 15.200 und so weiter. Erst in der Woche vom 4. bis 10. Dezember 1922 hat die Goldparität wieder 14.500 erreicht.

Die Klage wurde in der ersten und zweiten Instanz abgewiesen. Nunmehr hat auch der Oberste Gerichtshof die dagegen eingebrachte Revision verworfen. Aus der Begründung sei folgendes hervorgehoben:

"Es ist nicht richtig, dass die im Gesetz vom 2. August 1892, R .G.Bl.Nr.126, festgesetzte Kronenwährung durch die Vollzugsanweisung vom 19. März 1919, St.G.Bl.Nr.191, abgeändert worden ist. Dieses Gesetz bestimmte lediglich, dass von seinem Inkrafttreten an nur mehr denjenigen Noten der österreichischen-ungarischen Bank gesetzliche Zahlkraft zukomme, die durch den amtlichen Stempelaufdruck Deutschösterreich gekennzeichnet sind, und dass alls in Kronenwährung, also in der mit dem Gesetz vom 2. August 1892 festgesetzten Währung erfüllbaren Verbindlichkeiten, wenn nicht die Leistung in anderen Zahlungsmitteln bedungen ist, in deutschösterreichisch gestempelten Banknoten nach dem Nennbetrag zahlbar sind. Es sollten vorläufig ohne eine Aenderung der Währung-im Sinne des Artikels 206 des Staatsvertrages von St. Germain- die in Oesterreich befindlichen Banknoten zum Unterschied von den in den Nachfolgestaaten befindlichen gekennzeichnet werden."

Bezüglich der angeblichen Uebernahme einer Haftung gegenüber der Geldentwertung führtder Oberste Gerichtshof aus, dass aus den Prospekten nur eine Garantie für die Zinsenzahlung und Tilgung aus dem Ertrag der Werke hervorgehe. "Die Werbeschrift rechnet aber auch mit der Möglichkeit einer weiteren Entwertung der österreichischen Krone und weist für diesen Fall daraufhin, dass der Zeichner der Anleihe die Stadt Wien von der Einfuhr teurer ausländischer Kohle unabhängig macht und so bei sinkendem Geldwert auf der anderen Seite durch den billigeren Preis des elektrischen Lichtes, der Strassenbahn und der Erzeugnisse des Wiener Gewerbes gewinnt und dass er durch diese Befreiung Wiens, das ein Drittel der Einwohner Oesterreichs zählt, vom ausl-ändischen Kohlenmarkt die gesamte Wirtschaft Oesterreichs fördert und die weitere Geldentwertung wirksam bekämpft. Dieser Hinweis wäre überflüssig, wenn die Werbeschrift die Bezahlung der Zinsen nach dem inneren Werte der Krone am Tage der Kapitalshingabe oder nach dem Ertrage des Unternehmens in Aussicht gestellt hätte. Diejenigen, die die weder in Gold, noch in einer beständigen Währung, sondern in österreichischen Kronen aufgelegte Anleihe zeichneten, taten dies offenbar in der Meinung, dass die österreichische Währung den tiefsten Stand schon erreicht habe, und in der Hoffnung, dass durch die Minderung der Kohleneinfuhr sich die wirtschaftliche Lage Oesterreichs bessere und so am ehesten eine weitere Geldentwertung aufgehalten werden kann.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausstellung der Schuberthandschriften der Stadt Wien. Anlässlich des Internationalen Kongresses für Schubertforschung wurde im historisch Museum der Stadt Wien im Neuen Rathaus eine Ausstellung sämtlicher im Besitz der Stadt Wien befindlichen Schuberthandschriften veranstaltet. Schon ein kurzer Rundgang durch die systematisch-chronologisch angeordnete Ausstellung bietet ein lebendes Bild vom Schaffen Franz Schuberts von frühen Studien-und Gelegenheitsarbeiten an bis zum letzten unvollendeten grossen Werk "Graf von Gleichen". Die Ausstellung ist noch bis Sonntag von 9 Uhr bis 13 Uhr freizugänglich.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung. Dieser Tage ist das zweite Sonderheft des Jahrganges 1928 der Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien erschienen, die von der Magistratsabteilung für Statistik herausgegeben werden. Der Textteil enthält eine umfassende Schilderung der Berufsverhältnisse in Wien und ihrer Entwicklung von Professor Dr. Walter Schiff. Der tabellarische Teil enthält ein überaus ausführliches ~~statistisches~~ Material, das den vorangehenden Aufsatz von Professor Schiff wirksam unterstützt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Bevölkerungsbewegung im Oktober. Nach einer Mitteilung der Magistratsabteilung für Statistik wurde die Bevölkerung Wiens Ende Oktober mit 1,856.824 Personen berechnet. Davon sind 857.228 Männer und 999.596 Frauen. Trauungen haben im Oktober in Wien 1.225 stattgefunden. 814 wurden vor römisch katholischen Seelsorgern und 203 vor der politischen Behörde geschlossen. Konfessionsänderungen wurden 1.699 gezählt. Aus der römisch katholischen Kirche sind 1.456 Personen ausgetreten. Die Zahl der Sterbefälle betrug im Oktober in Wien 1.992. Davon waren tausend Frauen und 992 Männer. Die häufigsten Todesursachen waren der Krebs, dann die Lungen-und Kehlkopftuberkulose, schliesslich Gehirnschlag und endlich epidemische Erkrankungen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit wird in Döbling die Obkirchnergasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Von den Bezirksvertretungen. Am Donnerstag, den 13. Dezember, um 18 Uhr halten die Bezirksvertretungen Neubau und Rudolfsheim ihre nächste Plenarsitzung ab. Die Bezirksvertretung Hietzing tritt am Samstag, den 15. Dezember, um 16 Uhr zusammen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Am 1. Jänner beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse Nr. 3, neue dreimonatige Kurse. Ein täglicher Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, ein Abendschneiderkurs und ein Weissnähkurs und einmal wöchentlich ein Servierkurs. Der Abendkochkurs wird in Abteilungen für Anfänger und Vorgeschrittene geführt. Ein Anfängerkurs findet auch in der Zweigstelle III., Petrusgasse 10, statt. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr, an Samstagen von 10 bis 13 Uhr. Prospekte beim Schulwart.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 381
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 7. Dezember 1928

-.-

Ausserordentliche Notstandsaktion für Arbeitslose. Mit Rücksicht auf die noch immer bestehende ausserordentliche Notlage der Arbeitslosen hat die Wiener Gemeindeverwaltung auch heuer eine einmalige ausserordentliche Notstandsunterstützung für Arbeitslose vorgesehen. Für diese Unterstützung kommen Familienerhalter, deren Arbeitslosigkeit erwiesenermassen mindestens zwanzig Wochen dauert, und Ausgesteuerte, die nicht im Familienverbande leben, in Betracht. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen haben sich an ihre zuständige Gewerkschaft alle übrigen ausschliesslich an ihren Fürsorgerat zu wenden. Diese einmalige ausserordentliche Unterstützung ist nicht als Fürsorgemassnahme für Weihnachten oder sonstige Feiertage gedacht. Die Aktion erstreckt sich vom 10. Dezember 1928 bis 15. Februar 1929.

-.-

Die neuen Wählerlisten. Nach Paragraph 35 der Nationalratswahlordnung können die Parteien spätestens am 1. Jänner jeden Jahres die Ausfolgung von Abschriften der Wählerverzeichnisse gegen Ersatz der Herstellungskosten verlangen. Da im Jänner 1929 neue Wählerverzeichnisse angelegt werden, so müsste ein etwaiges Verlangen auf Ausfolgung von Abschriften bis spätestens 1. Jänner 1929 geltend gemacht werden. Das Begehren ist an die Magistratsabteilung 49, WienI., Neues Rathaus, zu richten, wo auch Auskünfte über die bis spä testens 8. Jänner 1929 zu leistende Anzahlung eingeholt werden können.

-.-

Irreführende Reklame für Möbel. Eine Firma "Volkswohnungen-Einrichtungs-Vertriebsgesellschaft Ludwig Kelber & Co." kündigt sich durch Reklamzettel und grosse Plakate an. Diese Druckschriften sind in der Form eines amtlichen Steuerbogens gehalten. Sie werden auch in vielen Privathäusern angeschlagen. Durch die äussere Form dieser Ankündigungen wird der Anschein erweckt, dass die Gemeindeverwaltung mit dieser Aktion in irgendeiner Verbindung stehe. Der Magistrat erklärt, dass dies nicht zutrifft; er hat auch den Anschlag der Plakate dieses Unternehmens in den städtischen Wohnhäusern nicht zugelassen.

-.-

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929. In der kommenden Woche treten am Montag um 16 Uhr der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss zur Beendigung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929 zusammen. Der Wiener Gemeinderat wird sich am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag mit dem Voranschlag beschäftigen. Die Sitzungen beginnen um 16 Uhr. Der Wiener Stadtsenat tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags zusammen.

-.-

Das Wiener Gesellschafts-und Wirtschaftsmuseum in Deutschland. Der Berliner Bezirk Kreuzberg hat beschlossen, eine Dauerausstellung "Gesellschaft-und Wirtschaft im statistischen Bilde" durch das Wiener Gesellschafts-und Wirtschaftsmuseum einrichten zu lassen. Mit Unterstützung der Stadt Berlin wird für die Ausstellung das "Gesundheitshaus" zur Verfügung gestellt. Anfangs März soll in Verbindung mit einer Wanderausstellung die erste Abteilung des neuen Museums eröffnet werden. Die Museumsgruppe "Berlin" wird auf Grund der Arbeiten des statistischen Amts der Stadt Berlin aufgebaut.

-.-

Entfallende Sprechstunde. Am Mittwoch entfällt wegen der Beratung des Voranschlages die Sprechstunde beim städtischen finanzreferenten Stadtrat Breitner.

-.-

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Gegenüber dem Vormonate sind die Kanalräumungsgebühren für Dezember unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses vom August 1914, beziehungsweise des Monatszinses, der der Berechnung der Wohnbausteuer zugrunde gelegt worden ist.

-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: Karl H o n a y

382

Wien, am Freitag, den 7. Dezember 1928 Zweite Ausgabe.

-.-

Schwere Finanzsorgen der Gemeinden.

Ein Hilferuf an die Parteien des Nationalrates.

Der Städtebund hat im November ein Komitee, bestehend aus den Bürgermeister der grösseren Städte gewählt, das mit dem Bundesfinanzminister die Verhandlungen über die Möglichkeiten der finanziellen Hilfe für die Gemeinden führen soll. Dieses Komitee hielt heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Bercht (Klagenfurt) im Wiener Rathaus eine Sitzung ab. Es wurde eine von Sekretär Honay vorgelegte Entschliessung beraten, in der die Forderungen der Städte an die Regierung festgelegt sind und die von allen Städten und Industrieorten anlässlich der Beratung des Gemeinde-Voranschlages einstimmig in den Gemeindevertretungen beschlossen werden soll. Nach einer längeren Aussprache wurde diese Entschliessung mit einigen Aenderungen, die von Bürgermeister-Stellvertreter Hofrat Zeiner (Baden) beantragt worden waren, genehmigt. Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Parteien des Nationalrates über die schwierige Finanzlage der Gemeinden zu informieren. Es wurden die wichtigsten Forderungen der Gemeinden in einer Denkschrift zusammengefasst, die folgenden Wortlaut hat:

Die grösseren österreichischen Gemeinden ringen seit einer Reihe von Jahren mit sehr ernsten finanziellen Schwierigkeiten. Trotz der strengsten Sparsamkeit, die in vielen Fällen schon an Unwirtschaftlichkeit grenzt, weisen die Rechnungsabschlüsse und Voranschläge vor allem der grösseren Städte ein immer mehr ansteigendes Defizit aus. Wichtige wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeiten müssen zurückgestellt werden, weil dafür oft nicht die entsprechenden Beträge aufgebracht werden können. Durch die Abgabenteilung haben die Gemeinden ihre Steuerhoheit verloren. Sie sind auf die Ertragsanteile, die ihnen der Bund überweist, angewiesen. Aber auch diese wichtigste Einnahme wird in vielen Fällen durch die Landesregierungen den Städten empfindlich gekürzt. Diese bisherige Hintansetzung der auch im Interesse des Bundes und der Länder gelegenen Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten der Gemeinden muss insbesondere bei den Städten und Industrieorten in absehbarer Zeit zum wirtschaftlichen Zusammebruch führen.

Nun hat es den Anschein, als ob die Regierung und die Parteien des Nationalrates über diese tristen Verhältnisse der Gemeinden nicht unterrichtet wären; sonst wäre es ganz unbegreiflich, dass Regierung und Nationalrat immer wieder den Gemeinden neue Lasten aufbürden, ohne ihnen auch nur die bescheidensten Einnahmen zusichern, ja vielfach noch die kargen Einnahmen beschränken.

Aus diesen Gründen richtet der österreichische Städtebund, als die überparteiliche Vertretung der Gemeindeinteressen, den dringenden Hilferuf an alle Parteien des Nationalrates den Gemeinden rasch und wirksam zuhelfen, um eine Katastrophe mit all ihren für die Wirtschaft schrecklichen Folgen zu vermeiden.

Es sind keine unbescheidenen, sondern durch die Wirtschaftslage durchaus begründete Forderungen, die die österreichischen Gemeinden an den Nationalrat stellen.

In erster Linie begehren die Gemeinden die Einstellung des Bundespräzipuums und die Aufteilung des dann freigewordenen Betrages von zwanzig Millionen Schilling jährlich auf die Gemeinden mit mehr als 2500 Einwohner. Es ist unleugbar, dass dieses Präzipuum, das die Gemeinden dem Bund, als er in schwerer Finanznot war, zugestanden haben, heute in Anbetracht der günstigen finanziellen Lage des Bundes nicht mehr gerechtfertigt ist. Den Gemeinden würde daher durch die Freigabe des Bundespräzipuums eine sehr wesentliche Hilfe geboten werden.

Eine weitere Forderung der Städte ist die Teilung der Vermögensteuer zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Diese Abgabe ist nach dem Gesetz eine geteilte und trotzdem ist bis heute der Teilungsschlüssel gesetzlich nicht festgelegt. Wiederholte Vorsprachen der Städtevertreter beim Bundesfinanzminister blieben vollständig ergebnislos. Noch immer behält der Bund den ganzen Ertrag der Vermögenssteuer für sich, was nach einstimmiger Meinung der Städtevertreter ungesetzlich ist. Schon längst hätte ein Teilungsschlüssel, wie er bei der Einkommensteuer besteht, festgelegt werden müssen.

Die Gemeinden fordern auch eine Beteiligung an dem Ertrag der Landesbiersteuer. Das Gesetz über die Landesbiersteuer ist bis 31. Dezember 1928 befristet und es entspräche der Gerechtigkeit, auch den Gemeinden, in denen der Konsum erfolgt, einen Anteil an dieser Abgabe zugewähren.

Die Gemeinden verwahren sich auch entschiedenst gegen die von der Regierung geplante neue Belastung durch das Kleinrentnergesetz. Es werden ihnen neue Lasten auferlegt, die für manche Städte als ausserordentlich schwer bezeichnet werden müssen, ohne dass auch nur der geringste Ersatz geboten wird.

Die Städtevertreter appellieren an alle Mitglieder des Nationalrates, endlich einmal gesetzliche Sicherungen zu schaffen, durch die es den Landesregierungen unmöglich wird, immer wieder den Gemeinden Bundessteuerertragsanteile zu entziehen. Dadurch wird den Gemeinden jede Bewegungsmöglichkeit genommen und auch jede Stabilisierung des Budgets unmöglich gemacht.

Es ist ein Hilferuf in schwerer Not, den die österreichischen Gemeinden erheben. Sie erwarten, dass die Volksvertreter die schwierige Lage der Gemeinden erkennen und im Nationalrat die Forderungen der Gemeinden mit jenem Nachdruck vertreten, der notwendig ist, um die Keimzellen der Republik vor dem Untergang zu schützen. Leiden die Gemeinden, dann können auch der Bund und die Länder nicht gedeihen. Im Interesse unserer ganzen Wirtschaft und unserer Kultur ist dringende Hilfe für die Gemeinden ein Gebot der Klugheit und Gerechtigkeit.

Diese Denkschrift wurde nachmittags zuerst dem Klub der christlichsozialen Abgeordneten und Bundesräte im Parlament überreicht. Die Abordnung wurde von den Nationalräten Fink, Dr. Gürtler und Kunschak empfangen, die die Denkschrift zur Weiterleitung an den Klub entgegennahmen. Für den grossdeutschen Klub im Parlament übernahm Nationalrat Dr. Straffner die Denkschrift und für den Klub der Abgeordneten des Landbundes Nationalrat Tauschitz. Schliesslich wurde die Denkschrift auch dem Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten überreicht. Das Komitee des Städtebundes wird voraussichtlich noch in der kommenden Woche die Forderungen der Gemeinden mit dem Bundesfinanzminister Dr. Kienböck besprechen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantwe Redakteur: Karl H o n a y

383

Wien, am Freitag, den 7. Dezember 1928 Dritte Ausgabe.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 7.Dezember 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung.Es wird der Rechnungsabschluss für das Jahr 1927 in Verhandlung gezogen.Stadtrat Breitner leitet die Generaldebatte ein, indem er darauf hinweist, dass man sich bei Beurteilung des Haushaltsplanes einer so grossen Körperschaft wie es die Gemeinde Wien ist,die ausserordentlichen Schwierigkeiten die sich der Aufstellung eines solchen Planes entgegenstellen berücksichtigen müsse.Tut man das, wird man zugeben müssen,dass wir bei Aufstellung des Voranschlages für das Jahr 1927 es an der nötigen Voraussicht und Einschätzung nicht haben fehlen lassen.Bei den Einnahmen ergibt sich eine Differenz zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss von nicht ganz zehn Prozent,angesichts der Vielfältigkeit der Steuern und der Unberechenbarkeit mancher dieser Steuern gewiss kein hoher Grad von Fehlerhaftigkeit.Berücksichtigt man,dass in dieser Differenz auch jene Summe steckt, die auf die Ertragsanteile auf die Einhebung der Gebühren, die wir vom Bunde erhalten und auf die Immobiliargebühren entfällt, Beträge, die wir aus dem Bundesvoanschlag einfach übernehmen müssen, ohne sie überprüfen zu können,so reduziert sich die Differenz auf nicht ganz vier Prozent.Noch günstiger ist das Verhältnis bei den Ausgaben, wo sich die Differenz zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss auf nicht ganz eineinhalb Prozent stellt.Diese Ziffern zeigen, dass unserem Budget wirklich innere Wahrhaftigkeit zukommt.

Im Rechnungsjahr 1927 haben sich bei den Gemeindesteuern Mehreinnahmen von 12'1 Millionen Schilling ergeben,das ist ein Plus von 7 Prozent gegenüber dem Voranschlage.Die grösste Differenz ergibt sich bei der Wertzuwachsabgabe, die wir mit 6 ein halb Millionen eingesetzt und bei der wir 11'3 Millionen vereinnahmt haben.Diese Differenz ist aber bei dem Zufallscharakter dieser Abgabe erklärlich.Bei der grösstan Steuer der Fürsorgeabgabe hat sich eine Steigerung von nur zwei Prozent ergeben, woraus sich angesichts des Rückganges der Arbeitslosigkeit der Schluss ableiten lässt, dass die Lohnbewegungen in Industrie, Handel und Gewerbe im Rechnungsjahre nur geringe Erfolge gehabt haben.

Stadtrat Breitner bespricht sodann die Ziffern des Rechnungsabschlusses für die einzelnen Verwaltungsgruppen und weist dabei insbesondere darauf hin,dass sich die einzige wirkliche einschneidende Verminderung der Ausgaben im Wohnungswesen ergeben hat, weil im Zusammenhang mit den Witterungsverhältnissen die Erfüllung des vorgesehenen Wohnbauprogrammes sich als unmöglich erwiesen hat.Statt der präliminierten 118'4 Millionen Schilling wurden nur rund 94 Millionen verausgabt.Damit im Zusammenhang steht, dass statt der 150'9 Millionen die für Investitionen veranschlagt wurden nur 124'3 Millionen für Investitionen verwendet wurden.

Der Kassabestand mit dem das Verwaltungsjahr 1927 abschliesst beträgt 65,924.100 Schilling.Das Rechnuggsjahr hat mit einem Kassabestand von 64,482.985 Schilling begonnen.Es ist also scheinbar ein Zuwachs zu verzeichnen. Wenn aber man die üblichen Bankzinsen zurechnet, so ergibt sich, dass in Wirklichkeit eine Verminderung eingetreten ist.

Zum Schlusse erklärte Stadtrat Breitner, dass mit Rücksicht auf die sehr geringfügigen Differenzen zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss wohl behauptet werden könne, dass der Voranschlag seinerzeit mit der notwendigen Sorgfalt und Vorsicht aufgestellt worden ist(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

GR.Zimmerl (E.L.) anerkennt zunächst, dass der Rechnungsabschluss rechtzeitig vorgelegt, die verlangten Ausweise geliefert wurden und dass gegenwärtig auch an dem Inventar gearbeitet wird, so dass es im nächsten Jahr vorgelegt werden kann.Aus dem Rechnungsabschluss ergibt sich, dass trotz der kleinen gewährten Ermässigungen weder bei den betreffenden Steuern selbst noch im Ganzen eine Minderausgabe eingetreten ist.Im Abbau der sozialisierten Wirtschaftsführung in den einzelnen Betrieben gehen sie radikal vor, indem Sie einzelne der Betriebe der privatkapitalistischen Wirtschaft überantworten um die Arbeiter und Angestellten los zu werden.Unsere Erfolge sind da noch recht bescheidene, aber wir werden diesen Kampf mit Zähigkeit fortführen.Gemeinderat Zimmerl bespricht sodann die Ziffern des Rechnungsabschlusses im Einzelnen. Der Voranschlag weist ein Defizit von 56'6 Millionen auf die wirkliche Kassagebarung ergibt einen Ueberschuss von 1'4 Millionen, und zieht man den Ueberschuss von 12'7 Millionen hinsichtlich der Einnahmen-Rückstände und der Ausgabenrückstände in Betracht das heisst nimmt man an, dass Ende 1927 alles abgewickelt worden wäre,so würden die Kassabestände 78'6 Millionen ergeben.

Der Rechnungsabschluss bietet aber keine Gewähr für eine Kontrolle Ihrer Gebarung,da er durch ein paar Gemeinderatsbeschlüsse nach Belieben konstruiert werden kann.Sie führen zwei Buchhaltungen,die eine für den Gemeinderat,die zweite für Stdtrat Breitner.Breitner und das Kontrollamt ist mit dem Rechnungsabschluss zufrieden,die Tatsache aber, dass der Voranschlag mit einem Defizit abschloss,der Rechnungsabschluss aber bedeutende Ueberschüsse aufweist,ist der schlagenste Beweis dafür, dass der Voranschlag nicht mit der notwendigen Sorgfalt erstellt worden ist.Die nächsten Ausführungen des Redners beschäftigen sich mit dem Kontrollamtsbericht.Dieser ist sehr unklar gehalten,soweit er über Wahrnehmungen zu berichten gehabt hätte.Ueber Wahrnehmungen bezüglich der Steuereintreibung und über die Entwicklung des Steuerwesens weist das Kontrollamt überhaupt nichts zu sagen.Der Bericht über den Wohnhausbau ist mehr als dürftig,über die Schlussrechnungen schweigt sich der Bericht überhaupt aus.Ebenso dürftig sind auchdie Wahrnehmungen über die städtischen Betriebe.Es ist klar,dass bei diesen Bericht ein Zensor missgewirkt hat.Wir anerkennen die erfolgreiche Tätigkeit des Kontrollamtes,die aber durch ein schlechtes System,durch das System der Unaufrichtigkeit der Mehrheit dieses Hauses,gehemmt wird.Alle Beamten stehen unter einem Druck,so auch die Beamten des Kontrollamtes.Der Chef des Kontrollamtes ist nicht der Kontrollamtsdirektor,sondern Stadtrat Breitner.Solange sich das Land Wien weigert,sich der Kontrolle durch den Obersten Rechnungshof zu unterziehen,müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen,dass Ihre Gebarung keine Ueberprüfung verträgt.

In den letzten sechs Jahren hat sich die Gemeinde Wien um eine Milliarde Schilling oder zehntausend Milliarden Kronen bereichert.Wien ist reich, die Bevölkerung aber ist arm,Ihre Wirtschaftbedeutet einen allgemeinen Ruin.Der Rückgang des Brotkonsums ist dafür ein trauriger Beweis.Der Redner besprich sodann die Bilanzen der städtischen Unternehmungen.Die Wipag hat mit einem Stammkapital von hunderttausend Schilling einen Reingewinn von 444.000 Schilling erzielt.Wir haben seinerzeit darauf verwiesen,dass es angezeigt wäre,bei solchen Riesigen Reingewinnen auch für die Angestellten etwas zu tun.Unsere Anregung hat Erfolg gehabt,denn es wurde für die Angestellten und Arbeiter der Wipag ein Wohlfahrtsfonds von zehntausend Schilling gewidmet,dem dann jährlich zweitausend Schilling,gewiss ein viel zu kleiner Betrag,zugeführt werden.

Zweiter Bogen,

Bei den Ybbstaler Steinkohlenwerken ergibt sich ein Abgang von 9'3 Millionen, ein Betrag der auf dem Umwege über die Elektrizitätswerke von der Gemeinde erstattet wurde, um aus der Sache herauszukommen. Dem Herrn de Majo, der eine Forderung von 2'8 Milliarden hatte, wurden Werte von 6 Milliarden ersetzt. Diese Liquidation ist der aufgelegteste Skandal. Der Betrieb der Wiener Ost- und Gemüse A.G. wird trotz eines Verlustes von 4'8 Milliarden weitergeführt. Der Rathauskeller ist sang- und klanglos begraben worden. Ganz unsinnige Verluste von 2'2 Milliarden haben sich bei dem Weingeschäft ergeben, da die Begünstigung der sozialdemokratischen Weinhauer durch den Herrn Manntasti dazu geführt hat, dass die sauersten Ladenhüter geliefert wurden. Man könnte die Firma "Gemeinde Wien, städtische Kasererwerke protokollieren" (Lebhafte Heiterkeit bei der E.L.) Wenn man all das bedenkt und auch den Umstand, dass sich eine Bereicherung der Gemeinde um eine Milliarde Schilling in 6 Jahren ergibt, so kann man nur fragen: Bevölkerung Wiens wie lange kannst Du eine solche Wirtschaft ertragen. (Lebhafter Beifall bei der E.L. Redner wird beglückwünscht.

GR. Dr. Wagner (E.L.) weist die Behauptung des Finanzreferenten, dass das Budget innere Wahrhaftigkeit aufweise unter Hinweis darauf zurück, dass der Abgang des Jahres 1927 der mit etwas über 56'5 Millionen Schilling veranschlagt war, tatsächlich nur 7'4 Millionen betragen ergeben hat. Der Voranschlag des Jahres 1927 ist offensichtlich mit Rücksicht auf die damals bevorstehenden Wahlen erstellt und darum die Einnahmen ausserordentlich niedrig und die Ausgaben ausserordentlich hoch präliminiert worden. Dr. Wagner bestreitet die Behauptung des Finanzreferenten, dass die Einnahmeüberschreitungen nur 4 Prozent betragen, in dem er bemerkt, dass für den Finanzreferenten gar kein Zwang bestanden hat die Ertragsanteile der Gemeinde sohin zu nehmen wie sie im Bundeshaushalt enthalten sind. In Wirklichkeit machen diese Ueberschreitungen mehr als zehn Prozent aus. Sodann beschäftigt sich Dr. Wagner mit den einzelnen Ziffern des Rechnungsabschlusses, Bei der Wertzuwachsabgabe einer ganz widersinnigen Steuer, weil sie statt von einem Wertzuwachs von einer Wertverminderung eingehoben wird beträgt die Einnahmeüberschreitung 42'5 Prozent. Interessant ist, angesichts der Tatsache, dass sich die Sozialdemokraten immer als Gegner des Arbeitslosen einkommens hinstellen der Umstand, dass sich Einnahmen von 152'3 Milliarden aus Zinsen von aushaftenden Darlehen und aus den den Betriebe zur Verfügung gestellten Krediten ergibt. Welch geringes Interesse die Mehrheit an der Förderung des Fremdenverkehrs hat zeigt die Tatsache, dass die den Fremdenverkehr belastenden drei Abgaben 364'7 Milliarden betragen, während nur Ausgaben von 3'5 Milliarden gegenüberstehen. Mit der Steuer auf Ankündigungen und Anzeigen im Ausmass von 50'7 Milliarden werden Handel und Gewerbe ausserordentlich belastet. In Besprechung der Ausgabeziffern des Rechnungsabschlusses weist Redner auf die erheblichen Minderausgaben für die wirkliche soziale Fürsorge hin. In Wirklichkeit wird nur der Bevölkerung gegenüber mit den ungeheuren Ausgaben des Wohlfahrtsbudgets geprunkt, das zwar eine sehr grosse Anzahl von Rubriken aufweist, in den wirklichen Wohlfahrtspositionen aber sehr geringe Beträge enthält. Während in dem Wahlwerbungsbudget des Jahres 1927 die grosszügige Wohnbaupolitik der Gemeinde plakatiert wurde, hat sich im Jahre 1927 eine fast dreissigprozentige Verminderung der Ausgaben für Wohnungszwecke ergeben und nach dem Eingeständnis, dass dass in einer überstürzten Weise nicht weitergebaut werden und dass durch die normale Bautätigkeit der Wohnungsbedarf nicht befriedigt werden kann, wird, wenn die Mehrheit die Wohnbaupolitik wirklich ehrlich führen will, das Jahr 1928 einen Wendepunkt in der Wohnbaupolitik und auch in der Ertragspolitik der Häuser darstellen müssen. Bezeichnend ist es, dass für die städtischen Bäder um etwa 417.000 Schilling weniger ausgegeben wurde. Dr. Wagner verlangt auch, dass alles getan werde um den Donauhafen auf den Stand voller Konkurrenzfähigkeit zu bringen und dass zu diesem Zweck auch die Erbauung der Donaukanalbrücke im XI. Bezirk über alle kleinlichen Zänkereien zwischen Bund und Gemeinde dienen müsste. Er kritisiert dann die grossen Ueberschreitungen bei den Grundankäufen und verlangt eine Erhöhung der Ausgabepost für die Verbesserung der Approvisionierung. Während für die vollständig überflüssige und nur politischen Unfrieden stiftende Gemeindewache 1'7 Millionen hinausgeworfen worden sind, sind für die wichtige Institution der städtischen Feuerwehr im ganzen 330.000 Schilling ausgegeben worden. Dr. Wagner beschäftigt sich sodann mit der Bilanz der städtischen Unternehmungen und stellt fest, dass die Abschreibungen bei den 6 Unternehmungen rund 89 Millionen, die gesamten Rücklagen etwas mehr als 22 Millionen Schilling betragen und dass sowohl darin sowie in der Unterpräliminierung des Anlagewertes der Unternehmungen ungeheure Reserven versteckt sind. Zum Schlusse stellt Dr. Wagner fest, dass wie sich aus dem Rechnungsabschluss ergebe, die Budgetpolitik des Jahres 1927 im Stile einer billigen Wahlpropaganda vor sich gegangen sei, und dass dem Voranschlag für dieses Jahr Voraussicht und innere Wahrhaftigkeit fehle (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Vierter Bogen.

GRtin. Schlösinger (E.L.) führt nun aus:Ich will mich mit den Ursachen beschäftigen,die zu den Zuständen in Eggenburg geführt haben.Mit der Uebernahme der Anstalt durch die Gemeinde setzte ein grosses Reformwerk ein. Es begann ein harter und erbitterter Kampf gegen die Religion.Die Klosterfrauen wurden aus der Anstalt gewiesen, die Kruzifixe entfernt.Ein Bediensteter namens Horneck,der heute nicht mehr in der Anstalt ist,trat die Kruzufixe gar mit Füssen. (Lebhafte Hört!Hörtfufe bei der Minderheit).Es wird zwar noch Religionsunterricht erteilt,aber er ist ins Austragstüberl verwiesen worden.Der Katechet ist von jedem tieferen Einfluss auf die Jugend ausgeschaltet.Wiederholt wurde dem Katecheten von den Zögligen zugerufen: Wir brauchen keine Religion, wir sind Sozialdemokraten!(Pfuirufe bei der Minderheit).Es kommt sogar zu Gotteslästerungen.Der Katechet stellte einmal an die Zöglinge die Frage:Wer war Christus? Als Antwort tönte ihm entgegen:Das war genau so ein Falott wie Du!(Grosser Lärm bei der Minderheit).Diese Antwort zeigt nicht nur, wie die Zöglinge über die Religion denken,sondern auch welcher Ton gegenüber den Erziehern herrscht.Erzieher werden von den Zöglingen geschlagen.Der Direktor gibt denErziehern die Schuld und sagt,sie verstünden es nicht mit den Zöglingen umzugehen.Er gibt den Zöglingen nur sanfte Ermahnungen.Die Güte darf aber nicht in Schwäche ausarten.Der sittlich Haltlose verlangt nach einer Autorität.Direktor Heeger ist ein Utopist der in einem Wolkenkuckusheim schwebt.Er ist ein Theoretiker.Wenn Diebstähle vorkommen , begründet er sie mit Neugierde der Zöglinge (Heiterkeit).Zuviel Freiheit erzeugt eben Frechheit und Zügellosigkeit Es ist auch ein Unding,diese Zöglinge freiherumlaufen zu lassen.Darüber beschwert sich die Eggenburger Bevölkerung am allermeisten.Freilich,parteipolitisch werden ganz schöne Erfolge erzielt.Zöglinge und Erzieher ziehen mit dem Sowjetstern geschmückt herum.Stets Erzihung wird politische Verhetzung geleistet.Stadtrat Tandler hat auch bereits eine Untersuchung durch einen Beamten vornehmen lassen und dem Gemeinderat würde der Bericht sehr interessieren.Wir haben aber kein Vertrauen zu einer solchen Untersuchung und beantragen daher,dass eine parteimässig zusammengesetzte Kommission des Gemeinderates die Zustände an Ort und Stelle untersucht und dem Gemeinderat darüber berichtet.(Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR.Pfeiffer (E.L.)erklärt,dass Stadtrat Tandler in liebenswürdiger Weise den Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses Legitimationennzum Besuch der Anstalten gegeben hat.Wenn aber jeder einzelne Gemeinderat diese Besuche machen will,so würde das die Beamten der Anstalt zu sehr in Anspruch nehmen.Niemand könne dies verlangen.Aber es ist nicht nur ein Wunsch der Opposition, sondern auch vieler Mitglieder der Mehrheit,dass diese Anstalten korporativ besucht werden.Der Antrag auf Einsetzung einer gemeinderätlichen Untersuchungskommission sei wärmstens zu begrüssen, weil erst dann der Gemeinderat die Möglichkeit hat,festzustellen, ob das,was in dem Dringlichkeitsantrag gesagt wird, den Tatsachen entspricht.

St.R,Dr.Tandler bemerkt, dass zu einer Sorge und zu einer dringlichen Behandlung der Angelgenheit gar kein Grund vorliege, Die Anstalt hat sichals wir sie übernahmen, des denkbar schlechtesten Rufes erfreut.Sie war eine typische geschlossene Anstalt im alten Sinn des Wortes. Nach den Dienstvorschriften machte der Aufseher den Dienst mit Stock und Revolver(Hört! Hört! bei der Mehrheit).Ein Erziehungssystem moderner Art ist in dem alten Geist nicht durchführbar.Wir haben den Stock und Revolver abgeschafft,wir haben die Aufseher abgeschafft, deren Qualifikation zur Jugenderziehung in einer 12jährigen Militärdienstzeit bestand, wir haben für die Erziehung Fürsorger und Fürsorgerinnen, Lehrer und Lehrerinnen bestellt

.Wir haben ein anderes System eingeführt,wir sind davon ausgegangen,dass wenn aus den dort untergebrchten Jugendlichen Menschen werden sollen, sie eine gewisse Freiheit haben müssen.Das jede Form der Freiheit ihre Mängel und Auswüchse hat, ist selbstverständlich.Aber wenn hie und da ein Fehler vorgekommen ist, so bedeutet der nichts im Vergleich zum erzielten Fortschritt.In der Anstalt sind lauter Jugendliche untergebracht, die uns vom Jugendgericht übergeben wurden,sie scheinen sich aber vorgestellt zu haben, dass dort ein Gentlemenklub eröffnet wird.Wir hätten uns gedacht, dass erwachsene Menschen ,dass Volksvertreter nicht nur eine Papierdeckel- liebe für diese jugen Menschen haben, sondern dass sie wirklich wissen, um welche Summe von Elend es sich handelt(Stürmis cher Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).Es heisst, dass Kästen erbrochen wurden.Aus der früheren Zeit haben wir ganze Bände von Strafprotokollen
Dienst-
Es sind auch zwei alte/Revolver gestohlen worden, es ist aber gar nicht erwiesen, dass das Anstaltsjungen waren.Die Kassa von der in der Enterppellation die Rede war, ist in Wirklichkeit eine kleine Kasette. In der Anstalt ist für Unterrichtszwecke ein einziges Giftpräparat vorhanden das nicht gestohlen worden sein kann, weil das Glas uneröffnet in der Anstalt ist.Dann sind Feldfrüchte und Obst gestohlen worden, Dass soll auch sonst vorgekommen sein.Wenn alle von uns die je Obst gestohlen haben nach Eggenburg kommen müssten, müsste diese Sitzung in Eggenburg stattfinden.(Schallende Heiterkeit).Dafür ist die Anstalt dreimal aufgekommen.Was würden Sie sagen, wenn die Anstalt das nicht gezahlt hätte?Was die in der Interp ellat ion behaupteten politischen Umtriebe betrifft, so liegt eine Verfügung des Anstaltsleiters über ein Ausgangsverbot für die Zeit vom 6. bis 8. Oktober vor,und dieses Verbot ist unter strenger Kontrolle eingehalten worden.
Militärische
Uebungen von Anstaltszöglingen haben nie stattgefunden dagegen wohl Uebungen der Heimwehr Eggenburgs und sonstiger Selbstschutzformationen weshalb auch der Bürgermeister von Eggenburg ersucht wurde, derartige Uebungen in der Nähe der Anstalt zu verbieten.Es wurde auch die Behauptung aufgestellt, dass der Direktor mit der Bevölkerung im Konflikt steht.Vor mir liegt ein Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Eggenburg, in dem er ausdrücklich betont,dass das Verhältnis der Anstalt zur Stadt ein ausgezeichnetes ist.Auch das Einvernehmen mit der Gendarmerie ist ein gutes.Der Vorstand des Bezirksgerichtes bestätigt ebenfalls,dass das Verhältnis zwischen Bezirksgericht und Anstalt ein sehr gutes ist.Was die Behauptete Religionsstörung anlangt, so liegt die Aussage des Katecheten vor,der angibt,dass weder der Direktor, noch sonst ein Bediensteter irgendwelche antireligiöse Tendenzen verfolgt hat.Ja,der Katechet schreibt,dass er auf allen Seiten jederzeit grösstes Entgegenkommen findet.Der Sowjetstern,von dem hier in so aufsehenerregender Weise berichtet wurde, hat sich bei näherer Betrachtung als ein Abzeichen der Esperantisten entpuppt(Grosse Heiterkeit).So,wie in diesem Dringlichkeitsantrag über die Anstalt geredet würde, darf nicht gesprochen werden.Wir haben garvkein Geheimnis und bekennen Fehler ganz offen.Gegen diese Art von Interppellationen muss sich aber jeder ernste Mensch entschieden verwahren.Wir führen dort eine Erziehungsanstalt unter den schwierigsten Verhältnissen.Das weiss jedermann.Wir können auch den Antrag auf Einsetzung einer Kommission nicht zustämmen,weil der Gemeinderat in diese Anstalt kein Tribunal entsenden kann.Es handelt sich um depravierte junge Menschen. die durch eine solche Art der Untersuchung in ihrer Phantasie zur Lügenhaftigkeit erzogen werden würden.Wir sind bereit das ganze Material vorzulegen und wollen gerne,wenn noch etwas zu untersuchen sein sollte,dies tun.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR.Gschladt (E.L.) bespricht eingehend die Erträgnisse der einzelnen Steuern,wobei er erklärt,dass alle ruinöse Wirkungen zeigen.Sie sind klassische Zeugen dafür,welcher Verwesungsgeruch von den Steuerblüten Breitners ausgeht.Der Redner spricht dann über die Personalpolitik.Die Angestellten müssen die Gemeinde bestürmen,damit diese nur die Notdurft des Lebens halbwegs befriedigt.Für die Personalpolitik ist nur das parteipolitische Geschäft massgebend.Es ist eine Schande,dass sich die Gemeindeverwaltung nicht gescheut hat,ganze Gruppen von Angestellten zu Konfidenten herabzudrücken.Die Angestellten werden gezwungen in Stundenhotels und in Tingeltangels zu gehen, um Spitzeldienste zu leisten.Ein eigenes Kapitel ist die Wohlfahrtspolitik.Insbesondere im Subventionswesen kann festgestellt werden,dass grosse Summen von Steuergeldern ausschliesslich fast für parteipolitische Zwecke verausgabt werden.Was da geschieht,ist Missbrauch der Amtsgewalt.Auch das Schulwesen der heutigen Gemeindeverwaltung verträgt sich nicht mehr mit der Kulturmission unseres Volkes.Die jüngst ausgegebenen Republikbücher sind das geschmackloseste,das man sich vorstellen kann.Der Redner nimmt nun zum Kontrollamtsbericht Stellung. Als das Kontrollamt seinerzeit geschaffen wurde,hat sich der Verband der städtischen Angestellten und seine Führer gegen die Aufstellung des Kontrollamtes sehr gewehrt. Schulz und seine Trabanten versuchten die Aufstellung des Kontrollamtes systematisch zu hintertreiben.Das Kontrollamt kann seine Aufgabe nicht erfüllen, wenn sich auch seine Funktionäre in der Arbeit erschöpfen.Wir müssen daher verlangen,dass sich auch das Land Wien der Kontrolle durch den Obersten Rechnungshof unterwerfen.Der Rechnungsabschluss ist eine Schande und eine Befleckung der Geschichte unserer Vaterstadt.(Beifall bei der Minderheit).

Die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss wird nun abgebrochen. Es wird ein Dringlichkeitsantrag der Gemeinderätin Schlösinger (E.L.) verhandelt,der sich mit der Erziehungsanstalt Eggenburg beschäftigt.Der Antrag wendet sich gegen das Erziehungssystem in dieser Anstalt,das die sittlichen Defekte der schwer Erziehbaren und gefährdeten Jugendlichen statt zu beheben,in missverstandener Freiheit in die Zügel schiessen lässt.Die von der Direktion hochgepriessene "Selbstverwaltung" der Zöglinge,äussert sich in Diebstählen,Einbrüchen,politischen Umtrieben, Ueberfällen in einem Ausmass,das die Anstalt heute zum Schrecken von Eggenburg und Umgebung geworden ist.Der Antrag führt nun aus,dass während der Hauptferien eine Reihe von Kasten in den Lehrzimmern von Zöglingen erbrochen und die darin gefundenen Bücher verkauft wurden.Vor einigen Wochen verschwand auch eine grosse Partie von Decken, Wäsche und Kleidern.Zur Erntezeit sind Diebstähle von Obst und Feldfrüchten auf der Tagesordnung und wiederholt wurden von den Zöglingen die Kapellen verwüstet.Der Antrag spricht ferner von einer in der Anstalt herrschenden marxistischen Erziehung und von Ueberfällen der Zöglinge auf die Bevölkerung von Eggenburg.Es wird verlangt,dass der Gemeinderat zur Untersuchung der Verhältnisse eine sechsgliedrige,nach dem Proporz aus der Mitte des Gemeinderates zu wählende Kommission einsetzt, die an Ort und Stelle Erhebungen pflegen soll und dem Gemeinderat zu berichten hat.

Gemeinderatin Schlösinger begründet die Dringlichkeit.Sie selbst habe in Eggenburg Informationen eingezogen.Vertrauenswürdige Menschen sagten übereinstimmend aus,dass die Zöglinge von Eggenburg geradezu schon den Schrecken der Stadt Eggenburg bilden. Eine Verwahrloste gefährdete Jugend zu erziehen ,ist eine schwere,aber auch undankbare Aufgabe,Dass die meisten Jugendlichen Besserungsfähig sind, das hat die alte Besserungsanstalt Eggenburg gezeigt.Die Erziehungsanstalt Eggenburg aber weist heute beispiellose Misserfolge auf.Die Zöglinge stehlen, plündern, zerstören,bedrohen wehrlose Menschen in ihrer Sicherheit,ja die Eggnburger Frauen wagen es nicht einmal mehr, abends auf die Strasse zu gehen.Im Laboratorium wurde Gift gestohlen, in der Schlosserei fertigen sich die Zöglinge Nachschlüssel und Dolche an und beim Turnen üben sie Fassadenklettern.So hilflos der Direktor in pädagogischer Hinsicht den Zöglingen gegenübersteht,so generös ist er in der Auszahlung von Schweigegeldern,damit ja nichts in die Oeffent-

lichkeit kommen soll.Die tiefe Sorge um die Jugend,die Furcht,dass diese als Verbrecher die Anstalt verlassen ,haben uns bewogen,diesen Dringlichkeitsantrag einzubringen. (Beifall bei der Minderheit).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

GRtin .Dr.Motzko erwidert auf die Ausführungen des Stadtrates Professor Dr.Tandler.Sie stellt fest,dass auch in den Ausführungen des Stadtrates Professor Dr.Tandler die Fakten in der Hauptsache nicht geleugnet worden sind.Die Diebstähle wurden nicht geleugnet,es wurde sogar zugegeben,dass zwei Revolver gestohlen worden sind,und auch die Ueberfälle wurden nicht geleugnet.Es wurde auch nicht der Beweis erbracht, dass der Ueberfall auf die Frau Silberbauer nicht von Zöglingen ausgeführt worden ist.Das eben hätte die Untersuchungskommission aufklären sollen.Es kommt ja darauf an,was die Frau Silberbauer selbst aussagt,wenn sie nicht,was zu befürchten ist,weil Familienangehörige von ihr Angestellte der Anstalt sind,sie selbst auch unter Schweigepflicht steht .Ich bedaure es,dass der Bürgermeister von Eggenburg ein Christlichsozialer ist, und wir werden noch an anderer Stelle darauf zurückkommen.Dieser Bürgermeister von Eggenburg hat es nicht für notwendig gefunden,auf die verschiedenen Anklagen,die in der Presse aufgeschienen sind,einzugehen und zu sagen,sie seien nicht richtig,ich weiss es besser,es ist nicht wahr.Auch der Ueberfall auf ein Kind mit einem Dolch hat stattgefunden ,das Kind wurde verletzt und es hat sogar zu einer Gerichtsverhandlung gekommen. Was den Sowjetstern anlangt,so sage ich Ihnen,Herr Stadtrat Tandler,dass Sie selbst auch nicht an den Sowjetstern glauben.Der Herr Professor Tandler hat betont,dass das alte System durch Reformen geändert worden ist,dass früher die Jugendlichen gefesselt der Anstalt überstellt worden sind und die Aufseher mit Stock und Revolver ausgerüstet waren.Er hat aber dabei übersehen,dass diese Jugend von damals eine kriminelle war. Damals waren auch in der Anstalt 900 Zöglinge.Ich gebe zu,dass vieles vom alten System heute schon vielleicht veraltet ist,das eine aber steht fest,dass die Zöglinge von damals in das bürgerliche Leben hineingefunden haben,dass sie gebessert worden sind,was man von den heutigen Zöglingen nicht behaupten kann.Sie haben durch die Taktik des Direktors Heeger jedes Autoritätsempfänden in der Anstalt zertrümmert.Das System der Bezahlung gibt ebenfalls zu grossen Bedenken Anlass.Wenn die Dinge so harmlos wären,würde und hätte der Direktor die Betrüge ohne die Diebstähle zu untersuchen nicht so leicht hergegeben.Die religiösen Uebungen in der Anstalt bedeuten sogut wie nichts, Sie setzen an Stelle religiöse Erziehung den religiösen Hass. Die Erziehungskosten in den Anstalten sind unsinnig hoch.Sperren Sie Ihre Anstalten zu und geben Sie die Kinder in unsere charitativen Anstalten.(Lachen bei der Mehrheit).Zu Berichten haben wir nach unseren Erfahrungen kein Vertrauen,es muss eine genaue Untersuchung durchgeführt werden(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Rummelhardt (E.L.) gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass sich Stadtrat Tandler gegen die Untersuchungskommission ausgesprochen hat pädagogische Gründe können die Sozialdemokraten dagegen nicht anführen,da sie im Jahre 1920 durch Kommissionnen an einer Reihe von Anstalten Untersuchungen durchgeführt und an die Leute Fragen gestellt haben.Durch Ihre Weigerung erwecken Sie den Eindruck als ob noch mehr vorgekommen wäre, als behauptet wird, und sie bringen dadurch die Verwaltung in ein schiefes Licht. Ihre Aufgabe müsste es sein, die irregeführte Jugend auf den Weg des Rechtes zu führen und sie zur Achtung dem Gesetze Gottes zu erziehen (Beifall bei der E.L.)

ST.R.Tandler stellt in seinem Schlusswort fest,dyss er eine hochnotpeinliche Untersuchung durch Kommissionen für verfehlt halte,dagegen bereit sei, Magistratsbeamte, die solche Untersuchungen gewöhnt sind,die Untersuchung zu übertragen und das ganze Material dem zuständigen Ausschuss zu übertragen.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird abgelehnt.Schluss der Sitzung 22:30 Uhr.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: Karl H o n a y

381

Wien, am Montag, den 10.Dezember 1928

-.-

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929. Der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss verabschiedeten heute in gemeinsamer Sitzung den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929, die Verwaltungsberichte und Bilanzen der städtischen Unternehmungen über das Geschäftsjahr 1927 sowie deren Wirtschaftspläne für das Jahr 1929. In der Fortsetzung der Spezialdebatte gelangte heute zunächst die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Angelegenheiten zur Verhandlung, über die Stadtrat Linder berichtete. Die Verwaltungsgruppe erfordert einen Nettoaufwand von 13'8 Millionen Schilling. Rund 70 Prozent davon werden für das Feuerlöschwesen ausgegeben. Die Nettoausgabe dafür macht 8'3 Millionen Schilling aus, wozu noch 1'2 Millionen Schilling für Investitionen kommen. Die Ausgaben für die Wiener Gemeindewache betragen einschliesslich der Investitionen 3'7 Millionen Schilling. In der Debatte verlangte Vizebürgermeister Hoss die schleunigste Revision der baupolizeilichen Vorschriften hinsichtlich des Bauzustandes vieler alter Häuser. Gemeinderat Angermayer macht auf den Bauzustand eines Hauses in der Nikolsdorfergasse aufmerksam, das dem Hartmannkloster gehört. Das Haus wäre zu demolieren und zehn Parteien entsprechend unterzubringen. Gemeinderat Binder wünscht eine Vermehrung und entsprechende Reinigung der Strassenaufschriftstafeln. Gemeinderat Uebelhör verlangt einen grösseren Betrag für die Förderung von Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte. 80.000 Schilling scheinen ihm dafür zu wenig. Desgleichen wäre der Betrag von 9000 Schilling für Kunstpreise der Stadt Wien entweder zu erhöhen oder die Zahl der Kunstpreise zu vermehren. Gemeinderat Zimmerl beantragte die Streichung der Post "Gemeindewache", welcher Antrag abgelehnt wurde. Ein zweiter Antrag des Gemeinderates Zimmerl verlangt die Veröffentlichung der Liste der in den Wiener Heimatverband Aufgenommenen. Die Veröffentlichung soll jeweils im Amtsblatt erfolgen. Schliesslich beantragt Gemeinderat Zimmerl die Drucklegung der Gemeinderatsprotokolle. In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Linder, dass eine strenge Ueberprüfung der baufälligen Häuser eingeleitet worden sei. Alle diese Häuser werden begangen. Es sei alles vorgesorgt, um weitere Bauunfälle hintanzuhalten. Die Anträge Zimmerl werden abgelehnt und die Positionen der Verwaltungsgruppe für Allgemeine Angelegenheiten genehmigt. Vizebürgermeister Emmerling berichtet nunüber die Positionen der Verwaltungsgruppe für städtische Unternehmungen. Der Voranschlag enthält nur die Abfuhren des Brauhauses der Stadt Wien und der städtischen Ankündigungsunternehmung. Diese sowie die Positionen der Bilanz und Bedeckung werden ohne Wortmeldung beschlossen. Ueber die Verwaltungsberichte und Bilanzen sowie Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen referiert ebenfalls Vizebgm. Emmerling. Die Voranschläge zeigen beim Gaswerk, Elektrizitätswerk und Leichenbestattung ganz bescheidene Ueberschüsse, die-wie stets-den Unternehmungen verbleiben. Hingegen haben die Strassenbahnen auf Grund des derzeit geltenden Tarifes nach wie vor einen sehr erheblichen Gebarungsabgang; ohne Abschreibungen ist ermit rund 2'5 Millionen Schilling vorgesehen. Dabei ist auch nochkeine Rücksicht auf die Tilgung der Verlustvorträge aus früheren Jahren genommen. Die städtischen Unternehmungen werden im kommenden Jahr für Investitionen über 80 ~~////~~ Millionen Schilling teils auf Grund der Dollaranleihe, teils zu Lasten der Betriebe ~~verausgaben~~. Gemeinderat Zimmerl stellt folgenden Antrag: Die von den Konsumenten von Gas und Elektrizität geleisteten Vorauszahlungen werden denselben in der Weise rückvergütet, dass ihnen jene Mengen von Gas und elektrischen Strom unentgeltlich geliefert werden, die sie um den Betrag der geleisteten Vorauszahlung nach den seinerzeitigen Preisen hätten beziehen können. Nun beantwortet Stadtrat Speiser die seinerzeit von Stadtrat Kunschak gestellte Anfrage wegen der Vorfälle auf dem Hernalser Bahnhof nach den letzten Personalvertretungswahlen. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen hat am 24.November eine Verfügung hinausgegeben, die nicht dienstliche Handlungen in Diensträumen neuerlich verbietet. Er selbst habe verfügt, dass die Teilnehmer an dieser Kundgebung festgestellt werden und gegen diejenigen Teilnehmer, die dienstliche Vorschriften übertreten haben, die Untersuchung eingeleitet werde. Ebenso soll auch untersucht werden, ob Vorgesetzte eine dienstwidrige Handlung zugelassen haben. Gemeinderat Zimmerl erklärt, dass es unrichtig ist, dass die Strassenbahnen ein Defizit haben. Dieses wird nur durch die überaus hohen Abschreibungen erstellt. Was die Zustände im Strassenbahnverkehr anlang so sind diese unerträglich. Direktor Spängler hält den amtsführenden Stadtrat und die ganze Bevölkerung zum Besten. Stadtrat Kunschak weist darauf hin, dass die Strassenbahn an vielen Verkehrspunkten geradezu zu einem Verkehrshindernis geworden ist. Das ist zum Beispiel bei der Bellaria und insbesondere beim Schottentor der Fall, wo ein Uebergang über den Ring ein lebensgefährliches Experiment ist. Um diese Zustände abzuschaffen soll ein generelles Projekt vorgelegt werden. Vizebürgermeister Hoss beantragt die Fortführung der Linien 32 und 132 bis zum Kai, Esslinggasse, und die eheste Ausführung der Autobuslinie nach Floridsdorf. Gemeinderat Angermayer stellt den Antrag, die Linien 61 und 63 in der verkehrsreichen Zeit durch eingeschobene Züge zu verstärken, die zwischen der Reinprechtsdorferstrasse und Oper verkehren sollen. Stadtrat Rummelhardt kritisiert, dass bei der Strassenbahn nur jene Leute aufgenommen werden, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ung der roten Verkehrsgewerkschaft sind. In letzter Zeit wurden wieder solche "Weigl-Rekruten" eingestellt. Diese legen besonders gegen die bürgerlich Aussehenden Fahrgäste eine herrisches Benehmen zur Schau. Schliesslich stellt Stadtrat Rummelhardt den Antrag, die Haltestelle Alserstrasse-Langegasse in der Fahrtrichtung vom Ring zum Gürtelzur Dreifaltigkeitskirche zu verlegen. Gemeinderat Uebelhör führt darüber Beschwerde, dass noch sehr viele alte Wagen in Verkehr stehen, die fast schon unbrauchbar sind. Auch wäre es schon sehr angezeigt, endlich einmalgegen die Ueberfüllung auf der Strassenbahn entsprechend einzugreifen. In seiner Erwiderung stellt Vizebürgermeister Emmerling fest, dass die Abschreibungen bei der städtischen Strassenbahn ganz regulär sind. Bezüglich der Beschwerde über die alten Wagen erklärt der Referent, dass Woche für Woche neue Wagen in Betrieb genommen werden. Bis Mitte Februar werden 260 neue, ganz moderne Wagen in Verkehr gesetzt werden. Die gestellten Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und die Verwaltungsberichte und Bilanzen der städtischen Unternehmungen über das Geschäftsjahr 1927 sowie deren Wirtschaftspläne für das Jahr 1929 genehmigt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Entfallende Sprechstunde. Uebermorgen Mittwoch entfällt wegen der Beratung des städtischen Voranschlages die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Von den Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Wieden tritt am Dienstag, den 18.Dezember, um 16'30 Uhr zusammen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt findet am Samstag, den 15.Dezember um 18 Uhr statt.

-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 11.Dezember 1928

-.-

Weihnachtsbücherausstellungen an den öffentlichen Schulen Wiens.Mit Rücksicht auf die bisher gemachten günstigen Erfahrungen werden auch heuer wieder an den öffentlichen Volks-,Haupt-(Bürger-)und Sonderschulen Wiens Weihnachtsbücherausstellungen veranstaltet.Die Ausstellungen sind bis zum 2o.Dezember mit Ausnahme der Sonntage täglich frei zugänglich.In den Ausstellungen liegen nur solche Bücher auf, die in den von der Jugendschriftenprüfungsstelle des Stadtschulrates zusammengestälten "Verzeichnissen empfehlenswerter Jugendschriften" enthalten sind.Ein Verkauf von Büchern in den Ausstellungen ist nicht gestattet,doch können bei der Schulleitung oder bei einer von dieser namhaft gemachten Lehrperson Bestellungen aufgenommen werden.
Ferner findet von heute bis 22.Dezember eine Ausstellung von Jugendschriften in der Ausstellungshalle des Stadtschulrates,I.,Burgring 9, statt,die an Werktagen von 9 bis 18 Uhr und an Sonntagen von 9 bis 12 Uhr besichtigt werden kann.

-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.In der nächsten Zeit werden in Mariahilf die Hornbostelgasse und Sonnenuhrgasse,in der Josefstadt der Friedrich Schmidplatz und die Landesgerichtsstrasse,auf dem Alsergrund die Garnisongasse,Beethovengasse,Lackierergasse und die Van Swietengasse, in Hietzing der Verbindungsweg von der Bujattigasse zur Hüttelbergstrasse und schliesslich in der Brigittenau die Engerthstrasse von der Innstrasse bis zum Engelplatz,die Leystrasse von der Innstrasse bis zur Nordbahnbrücke und von der Stromstrasse bis zur Adalbert Stiftergasse,die Stromstrasse vom Hochstädtplatz bis zum Handelskai und die Pappenheimgasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

-.-

200.000 Besucher in der Schubertausstellung der Stadt Wien.Die Gemeinde Wien hat anlässlich des hunderdsten Todestages Franz Schuberts eine Ausstellung veranstaltet,in der der Lebenslauf und das Schaffen des grössten Sohnes dieser Stadt in Bildern,Dokumenten,Briefen,Musikhandschriften,Reliquien und sonstigen Erinnerungsgegenständen sehr anschaulich gezeigt worden ist.Die Ausstellung wurde in den Räumen der Wiener Messe eingerichtet,weil im Historischen Museum der Stadt Wien entsprechende Säle nicht zur Verfügung standen.Die Ausstellung, die am 16.Mai eröffnet wurde,umfasste ungefähr 700 Schauobjekte aus dem Besitz der städtischen Sammlungen und aus bereitswilligst zur Verfügung gestelltem Privatbesitz.In der heutägen Sitzung des Stadtsenates berichtete amtsführender Stadtrat Linder,dass die Ausstellung während ihrer zehnwöchigen Dauer von mehr als 200.000 Besuchern besichtigt worden ist.Besonders beifällig wurde dervon den Städtischen Sammlungen verfasste,166 Seiten starke Katalog aufgenommen.
Der Stadtsanat nahm den Bericht zur Kenntnis und dankte allen bei den Vorbereitungsarbeiten und der Durchführung der Schubertausstellung beschäftigten Beamten und Angestellten der Städtischen Sammlungen,deren hingebungsvolles Zusammenwirken das Zustandekommen dieser eindrucksvollen und vom In -und Ausland durchwegs anerkennend beurteilten Gedächtnisschau ermöglicht hat.Stadtrat Linder teilte auch mit,dass heuer die Geburtsstätte Franz Schuberts und das von der Gemeinde geschaffene Schubertmuseum einen besonders starken Besuch, auch von auswärtigen Gästen,verzeichnete.Es wurden nicht weniger als 55.655 Besucher gezählt.

-.-

Frauengewerbeschule der Stadt Wien.Anfangs Jänner beginnen an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien,V., Margaretenstrasse 152, folgende neue Abend- und Nachmittagskurse:Weissnähen,Kleidermachen,Schnittzeichnen,Frisieren und Modistenarbeiten.Einschreibung und Einzahlung bis einschliesslich 22.Dezember an Werktagen täglich von 8 Uhr bis 2 Uhr.Fernsprecher B 27-0-76.

-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

3863

Wien, am Dienstag, den 11. Dezember 1928 Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 11. Dezember 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Wiener Gemeinderat setzt die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss für das Jahr 1927 fort. Zum Wort gelangt Gemeinderat Pfeiffer (E.L.). Seine Ausführungen beschäftigen sich vor allem mit dem Bericht des Kontrollamtes über die wichtigeren Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1927. Gemeinderat Pfeiffer weist zunächst darauf hin, dass das Kontrollamt jedem Kritiker gegenüber ein stummer Gegner ist. Dieser Zustand ist ungesund und bedarf der dringendsten Abhilfe. Bei aller Anerkennung des Wertes einer Gebarungskontrolle, hat das Kontrollamt dennoch weitgehendere Aufgaben. Es hat neue Wege zu zeigen und Anregungen zu geben, das Kontrollamt muss auf alle Wirtschaftsführungen der Gemeinde Wien Einfluss nehmen. Das Kontrollamt muss mit der grössten Autorität ausgestattet sein. Welches System eines Kontrollamtes ist nun für die Gemeinde Wien das wünschenswerteste? Was heute das Kontrollamt darstellt ist nicht das, was wir wünschen. Ein auffallender Mangel ist schon, dass das Kontrollamt ausschliesslich nur aus Beamten besteht. Der Kontrollausschuss des Landes Niederösterreich hingegen setzt sich aus sechs gewählten Funktionären und einen Beamten zusammen. Dem Kontrollausschuss ist auch das Landeskontrollamt beigegeben. Der Vorteil eines solchen Kontrollapparates besteht darin, dass die gewählten Funktionäre des Kontrollausschusses jederzeit berechtigt sind, dem niederösterreichischen Landtag Bericht zu erstatten, was natürlich sehr viel wert ist. Die beste Art der Kontrolle der Gebarung der Gemeinde Wien wäre aber schliesslich die Kontrolle, die durch den Bundesrechnungshof ausgeübt wird. Das Kontrollamt berichtet nur über solche Wahrnehmungen, deren Bemängelung schon längst erledigt ist. Es mangelt auch an einem schriftlichen Verkehr des Kontrollamtes mit den einzelnen Abteilungen. Auffallend ist es auch, dass das Kontrollamt noch nicht den Weg zum Finanzausschuss gefunden hat. Die Berichterstattung des Kontaollamtes einmal im Jahr ist von ganz geringer Bedeutung, sehr notwendig hingegen wäre, dass das Kontrollamt im Laufe des Jahres wiederholt berichtete. Der Bericht des Kontrollamtes über die Kassengebarung ist mehr als dürftig. Nur bei einer gewissenhaften Prüfung des Berichtes des Kontrollamtes kommt man auf Dinge, von denen man sonst nichts erfährt. Die Feststellung einer Ueberschreitung darf nicht allgemein, sondern muss bei jeder einzelnen Ueberschreitung erfolgen, da dem Gemeinderat ja nur dann gedient ist, wenn er von jeder Ueberschreitung in Kenntnis gesetzt wird. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass solche Berichte des Kontrollamtes, wie uns heute einer vorliegt, nur einen rein historischen Wert haben. Die Arbeit des Kontrollamtes hinsichtlich der Berichterstattung an den Gemeinderat muss eine ganz andere werden. Schliesslich stellt Gem. Rat Pfeiffer den Antrag, die Stellung des Kontrollamtes der Bundeshauptstadt Wien den Grundsätzen anzupassen, die für die Stellung des Bundesrechnungshofes massgebend sind. (Beifall).

GR. Haider (E.L.) wendet sich zunächst dagegen, dass im Voranschlag die für den Religionsunterricht vorgesehene Post um ein bedeutendes unterschritten wurde, was auf eine Animosität gegen den Religionsunterricht zurückzuführen sei. Auf dem Gebiet der Kleinrentnerfürsorge hätten ganz leicht höhere Beträge verwendet werden können. Der Kleinrentnerausschuss arbeitet ausserordentlich langsam. Es wird auch gar kein Versuch unternommen, die Minorität, die mehr als es abgelehnt hat, in diesem Ausschuss mit dem moralisch belasteten Dr. Zalmann zusammenzuarbeiten, zur Mitarbeit in dem Ausschuss heranzuziehen. Bei einer ganzen Reihe von Steuern wurden ganz gewaltige Summen mehr eingenommen als präliminiert. Insbesondere muss man sich dagegen wenden, dass sozialdemokratische Vertrauensleute bei den Gewerbetreibenden herumgehen und ihnen raten sich rot zu organisieren, da sie dann aus der Nahrungs- und Genussmittelabgabe herauskommen. Unwürdig der Gemeindeverwaltung ist die Steuerkontrolle in den Stundenhotels. Den Mangel an charitativem Empfinden zeigt die Verwaltungsgruppe III wo um 1'2 Millionen Mehreinnahmen erzielt wurden. Auch bei den Schulzahnkliniken wurde erheblich gespart. GR. Haider beschwert sich darüber, dass in der letzten Zeit einer ganzen Reihe von 70 bis 80jährigen Pfründnern die Pfründen um verhältnissmässig bedeutende Summen gekürzt wurden. Auch für die Strassenerhaltung und den Strassenbau zeigt die Gemeindeverwaltung nicht das richtige Verständnis. Der Redner ersucht den Stadtrat Breitner um Aufklärung über die Differenz zwischen Präliminare und laufender Gebarung bei der Post Gemeindewälder und spricht die Vermutung aus, dass die Mehreinnahme auf Strafsummen zurückzuführen seien, die von den Holzglaubern eingehoben werden. Insbesondere wendet sich Gemeinderat Haider gegen die gewaltigen Ausgaben für die Gemeindewache, die im Jahre 1927 eineinhalb Millionen betragen haben, im Jahre 1928 auf drei Millionen und im Jahre 1929 gar auf vier Millionen gestiegen sind. Daraus ersieht man, was noch alles die Gemeinde mit dieser Gemeindewache vor hat. Wir fragen, wozu die Gemeindewache überhaupt auf der Welt ist. Offenbar nur zu dem Zweck, um mit Steuergeldern eine sozialdemokratische Armee zu erhalten. Dabei ist nirgens der Stand der Gemeindewache angegeben. Unerklärlich ist auch die Mehreinnahme bei der Post "Gebühren für die Aufnahme in den Gemeindeverband". Diese Post soll sich daraus erklären, dass die Gemeinde Hunderte und Tausende polnischer Juden in den Heimatverband aufnimmt und sich dafür hohe Aufnahmegebühren bezahlen lässt. Einer Aufklärung bedarf auch der Mehrbetrag bei den Posten "Rückersatz von Wahlkosten" und "Verschiedene Ausgaben für Wahlangelegenheiten". Für diese Zwecke ist die ungeheure Summe von 360.000 Schilling ausgegeben worden. Der Redner protestiert schliesslich dagegen, dass in Amtsgebäuden die aus Steuergeldern erhalten werden, sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden, wie zum Beipisl unlängst im Gebäude der städtischen Elektrizitätswerke eine Versammlung sozialdemokratischer Jugendlicher abgehalten wurde und erklärt gegen den Rechnungsabschluss zu stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

St.R. Breitner befasst sich in seinem Schlusswort mit den Ausführungen der einzelnen Debatteredner. Er stellt zunächst gegenüber dem Gemeinderat Zimmerl fest, dass die heutige Mehrheit dem grossen Sozialisierungswerk, dass die frühere Gemeindeverwaltung durch Ueberführung von Gas, Strom und Verkehrswesen in die Hand der Gemeinde schuf, niemals ihre Anerkennung versagt habe. Und es wäre nur zu wünschen wenn die heutige Minderheit mit derselben Objektivität die Arbeiten der Mehrheit würdigen wollte. Von einem Zusammenbruch des städtischen Wohnbauprogrammes kann nicht gesprochen werden. Richtig ist, dass in den Jahren 1926 und 1927 für den Wohnbau grössere Summen verwendet werden konnten, als dies im Jahre 1928 geschehen ist und im Jahre 1929 geschehen wird. Die hiefür eingesetzten Beträge reichen aber aus, um das in den Wahlen von der Mehrheit aufgestellte Wohnbauprogramm durchführen zu können und ich kann die bindende Erklärung abgeben, dass wir, mögen die Schwierigkeiten auch noch so gross sein, von diesem Programm nicht ein Tüpfelchen unerfüllt lassen werden (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Gegenüber den Aeusserungen der Minderheitsredner stellt Stadtrat Breitner fest, dass für Grundankäufe eine bescheidene Summe nur verwendet worden, und dass sich im Gegenteil das Fehlen eines vernünftigen Enteignungsgesetzes immer fühlbarer macht, eine Schwierigkeit, mit der auch jede Bundesaktion auf dem Gebiete der Wohnbauförderung zu kämpfen haben wird. Dem Kontrollamte von

den Minderheitsrednern gezollten Lob schliesst sich Stadtrat Breitner restlos an. Nicht so der Auffassung, die aus den Reden der Minderheit herausklingt, man möge das Kontrollamt auflassen und dem Rechnungshofe die Kontrolle über die Gemeindegebrung überlassen. Die Verlockung, uns der Kontrolle des Rechnungsamteszu unterstellen, ist nicht überaus gross. Nicht etwa weil wir fürchten, diese oder jene kleine Pikanterie könnte aufgezeigt werden. Aber wir legen uns da die Frage vor: wo war zum Beispiel der Rechnungshof bei der Postsparkassenangelegenheit? (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Damals hat man dem Rechnungshof , alser den Versuch einer Revision machte, erklärt, die Postsparkasse sei ein gemischtes Institut, auf das auch die Nachfolgestaaten Einfluss hätten Den Nachfolgestaaten fällt es aber nicht ein einen einzigen Groschen der Verluste bei der Postsparkasse zu ersetzen(Heiterkeit und Sehr gut! bei der Mehrheit). Das Kontrollamt versieht seine Aufgaben inganz verhorragender Weise und von der Unabhängigkeit deinervBeamten und insbesondere seines Chefs ist zu erwarten, dass es von seinem Rechte Beliebig oft Bericht zu erstatten, notwendigen Falls Gebrauch machen wird. Wenn man den ausserordentlich umfassenden Tätigkeitsbereich des Kontrollamtes kennt und weiss, dass es ununterbrochen die Arbeit von 40 Beamten in Anspruch nimmt, wird man sich für den vom Gemeinderat Pfeiffer gemachten Vorschlag, auch gewählte Mandatare mit der Kontrolle zu befassen, nicht entscheiden können. Diese Mandatare müssten ganz sich ausschliesslich der Kontrolltätigkeit widmen.

Stadtrat Breitner gedenkt sodann des auch von der Minderheit erwähnten einträchtigen und erfolgreichen Zusammenwirkens von Vertretern der Mehrheit und Minderheit in einer Reihe von Gemeindeinstitutionen, so in der Verwaltung der Zentralsparkasse und der städtischen Versicherungsanstalt, und leitet daraus die Folgerung ab, dass die Auffassung der Sozialdemokraten, die Minderheit an der Verwaltung im weitestgehenden Masse teilnehmen zu lassen die richtige sei, eine Auffassung, der man im anderen Hause auch nicht im entferntesten huldigt. Dabei braucht nicht geleugnet zu werden, dass trotz allem bei dem einen oder anderen Unternehmungen gewisse vorübergehende Misserfolge die aber finanziell ganz bedeutungslos sind, zuverzeichnen waren. Die Obst und Gemüse A.G. zum Beispiel, eine Unternehmung die im Krieg geschaffen wurde, hat unter den allgemeinen Schwierigkeiten der Obstbranche,- plötzlich schwere Fröste im Mai- unter denen eine Reihe alter Firmen dieser Branche zusammengebrochen sind und unter Personalfragen zu leiden gehabt. Die Gesellschaft hat jetzt eine neue Leitung und wird im Jahre 1928 aller Voraussicht nach schon wieder aktiv sein. Die Ybbstaler Kohlenwerke sind in der Zeit der ärgsten Kohlennot unter Beteiligung des Bundes, der Gemeinde St. Pölten und Waidhofen und mehrerer Grossindustrien des Gebietes gegründet worden. Als sich zeigte, dass die grossen Investitionen, die im Jahre 1922 und 1923 vollkommen berechtigt waren, infolge der Rückkehr normaler Zustände sich nicht mehr amortisieren lassen, haben wir statt jeder Verschleierung die Liquidierung vorgenommen. In beiden Unternehmungen haben auch Vertreter der Minderheit mitgewirkt. Die Anwürfe der Minderheit gegen die Personalpolitik der Gemeinde weist Stadtrat Breitner unter Hinweis darauf zurück, dass es bei der Gemeinde keine Altpensionisten gibt, dass für die städtischen Angestellten die Pensionbbemessungsgrundlage von 90 Prozent besteht und dass die Gemeindeangestellten bereits seit dem Jahre 1927 dem 13. Monatsgehalt beziehen.

Wenn man all das mit den Verhältnissen der Bundesangestellten vergleicht, so ist eine Kritik gewiss nicht am Platze. Stadtrat Breitner beschäftigt sich sodann im Einzelnen noch mit den Ausführungen der einzelnen Redner und stellt zum Schlusse mit Bedauern fest, dass die Minderheit den Rechnungsabschluss gegenüber einen so schroff ablehnenden Standpunkt einnimmt.

Obwohl sich die Mehrheit bemüht, der Minderheit nicht nur die volle Kontrolle zu ermöglichen sondern auch ihr Gelegenheit zu wirksamer Mitarbeit zu geben. Die Tatsache, dass im Jahre 1927 drei Schulzahnkliniken, fünf Kinderfreibäder, die Kinderherberge am Wilhelminenberg, eine Mütterberatungsstelle, eine Reihe von Kindergärten und Horten geschaffen wurden, dass in diesem Jahre 7619 Familien Wohnungen in den neuerbauten Gemeindehäusern zugewiesen wurden, ist eine gewaltige Leistung. Das sollte nicht nur die Mehrheit sondern auch die Minderheit bestimmen, den Rechnungsabschluss gutzuheissen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 ist damit beendet. Der Gemeinderat tritt nun in die Spezialdebatte über die einzelnen Verwaltungsgruppen ein. Zur Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform spricht Gemeinderat Gschladt(E.L.) Er kritisiert zunächst, dass den Pensionisten der Gemeinde Wien, denen im Jahre 1921 die Automatik versprochen wurde, diese im Jahre 1925 weggenommen worden ist. Das ist ein schweres Unrecht, das unbedingt gutgemacht werden muss. Wenn hier immer wieder hervorgehoben wird, dass die Gemeindeangestellten einen 13. Monatsbezug haben, so ist das eine Irreführung der gesamten Bevölkerung. Die damalige Bezugsregelung ist hinter der für die Bundesangestellten zurückgeblieben. Die Personalverwaltung ist ein sehr trauriges Kapitel. Der Geist, der sie beherrscht, ist ein rein parteipolitischer. Die Angestellten werden durch das System "Zuckerbrot und Peitsche" niedergehalten. Der Redner bespricht dann sehr ausführlich die Beförderungen im Stande der rechtskundigen Gemeindebeamten. Von 274 Rechtskundigen Beamten sind 156 auszeichnungsweise vorgerückt. Von diesen sind alle Mitglieder des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien, eine Tatsache, die das Märchen ad absurdum führt, dass das Personalreferat unparteiisch verwaltet wird. Durch dieses System wird vor allem die Verwaltung geschädigt, da die Arbeitsfreudigkeit der anderen Angestellten durch solche Ungerechtigkeiten herabgedrückt wird. Die Ernennungen auf Vorschlag der Personalvertretungen sind das reine Lotteriespiel. Diese Zustände, die das Ansehen der Stadt Wien und des Wiener Gemeinderates schwer schädigen, müssen schleunigst aus der Welt geschafft werden. (Beifall bei der Minderheit).

ST.R. Speiser erwidert zunächst auf die Ausführungen des Gemeinderates Gschladt, dass der 13. Monatsbezug kein Märchen, sondern eine feste Tatsache sei. Der 13. Monatsbezug ist ein Plus auf die Bezugsregelung der Bundesangestellten, die um zwei Prozent hinter der Bezugsregelung für die Angestellten der Gemeinde Wien zurückgeblieben ist. Weiters ist es auch Tatsache, dass die Gemeinde Wien ihre Angestellten besser bezahlt als der Bund. Von einem System "Zuckerbrot und Peitsche" kann in der Personalverwaltung unter keinen Umständen gesprochen werden. Der Vorwurf der Parteilichkeit kann ebenfalls nicht erhoben werden, dass die ausgezeichneten rechtskundigen Beamten dem Verbande der städtischen Angestellten angehören, ist gar nicht verwunderlich, weil von allen 274 Juristen nur 8 dem Verbande nicht angehören. Das Personalreferat wird rein sachlich geführt, weshalb auch keine Handhabe zu einer parteiischen Verwaltung gegeben ist. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Kunschak (E.L.) stellt gegenüber den Ausführungen des Finanzreferenten und des Personalreferenten fest, dass der Bund im Jahre 1926 seinen Beamten eine 12 ein halb prozentige, im Jahre 1927 eine durchschnittlich acht ein Viertelprozentige Erhöhung der Bezüge und daneben auch die Kinder- und Frauenzulage gewährt hat. Dem steht seitens der Gemeinde der sogenannte 13. Monatsgehalt gegenüber mit dem die zwölf ein halb Prozent plus den acht ein Viertelprozent konsumiert werden. Der 13. Monatsgehalt bei der Gemeinde Wien ist daher nur eine andere und zwar eine nicht zulängliche Form für dasm was der Bund seinen Angestellten gegeben hat. Wenn man es rein fiskalisch betrachtet, kann sich die Gemeinde auf diese andere Form nicht beru-

fen,da die Gemeinde hiebei ganz bedeutende Interkalarien lukriert.
Was die Bemerkung betrifft, dass die Gemeindeangestellten besser gezahlt sind als die Bundesangestellten,so sei demgegenüber festgestellt, dass die Gemeindeangestellten seit der Gehaltsregulierung vom Jahre 1898 in ihren Bezügen immer besser daran waren als die Bundesangestellten und dass die Spannung zwischen den Bezügen dieser beiden Beamtengruppen jetzt geringer als sie früher war.(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Damit ist die Debatte über die Gruppe I beendet.Zur Verwaltungsgruppe "Finanzangelegenheiten" ist kein Redner vorgemerkt.

Zur Gruppe Wohlfahrtseinrichtungen Jugendfürsorge und Gesundheitswesen verweist GR.Dr.Pfeiffer (E.L.) darauf, dass ungefähr 50 Millionen für Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien ausgegeben werden.Bei diesen hohen Kosten wäre es notwendig, dass die Mitglieder des Gemeinderates Einblick in die Führung dieser Anstalten erhalten.Dr.Pfeiffer bezeichnet es als einen Mangel, dass in den Anstalten nur die Kassa, nicht aber auch die Vorräte, die unter Umständen einen weitaus höheren Wert als die Kassenbestände haben, skontriert werden.Es ist zu wünschen, dass sich die Skontrierung auf alle Werte der Anstalten erstreckt und dass dazu auch Mitglieder des Gemeinderates beigezogen werden.Dr.Pfeiffer bemängelt es, dass nicht sämtliche Mittel der Fürsorgeabgabe für Fürsorgezwecke verwendet werden und stellt den Betrag von 7,180.000 Schilling, der bei dieser Verwaltungsgruppe erspart wurde, dem Betrag von 168.000 Schilling gegenüber, der für die Armen Wiens auf den Strassen Wiene erbettelt worden sei.Diese Strassenbettelei für die Armen Wiens muss aufhören wie überhaupt in einer so reichen Stadt die ganze Strassenbettelei verschwinden muss (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Körber (E.L.) findet es sehr bedauerlich, dass sich das Kontrollamt über das Vermögen des Bürgerspitalfonds überhaupt nicht geäussert hat.Der Fond ist ausserordentlich bedeutend, er verfügt in Wien allein über 33 sehr bedeutende Häuser Die Einnahmen und Ausgaben sind sehr hoch und schon deshalb wäre eine Aufklärung dringend nötig.Wir haben wiederholt verlangt,dass über das Vermögen des Bürgerspitalsfonds ein Bericht vorgelegt wird, was aber bis heute nicht geschehen ist.Auf der einen Seite sind kolossale Ausgaben zuverezeichnen auf der anderen Seite werden den armen Leuten, die 16 Schilling Rente beziehen die ausserordentlichsten Schwierigkeiten gemacht.GR. Körber verlangt auch, dass den Pfleglingen des aufgelassenen Bürgerversorgungshauses in der Währingerstrasse bei ihrer Unterbringung in Lainz mehr Entgegenkommen bezeugt werde als dies geschehen ist und spricht die Erwartung aus, dass in der allernächsten Zeit dem Gemeinderatein genauer Bericht über das Vermögen des Bürgerspitalfonds erstattet werden wird(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St.R.Tandler sichert zu, dass sobald es die Witterung erlaubt die Mitglieder des Ausschusses III in den Anstalten der Gemeinden zwecks Besichtigung werden herumgeführt werden.Er tritt der Behauptung des Gemeinderates Pfeiffer entgegen, dass sich die Skontrierung in den Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde nur auf die Kassenbeträge bezieht und stellt fest, dass genaue, vielleicht zu genaue Inventur-aufnahmen in allen diesen Anstalten durchgeführt wurden. Das dort bestehende Rechnungsverfahren wird von Sachverständigen als ganz ausgezeichnet erklärt.Stadtrat Tandler berichtigt sodann die Auffasung des GR.Pfeiffer hinsichtlich der Verwendung der Fürsorgeabgabe, indem er darauf verweist, dass auch die Personalquote der Gruppe III und ein in der Gruppe IV verrechneter Betrag unter diesem Titel verrechnet werden müssen.Was den Bürgerspitalsfonds anlangt so handelt es sich hier um eine schwer zu klärende juristische Angelegenheit,Der Fond ist durch die Zuwendungen an so ausserordentlich viele Bürger passiv geworden.Den aus dem Bürgerversorgungshaus auf der Währingerstrasse in Lainz untergebrachten Bürgern ist in jeder Richtung entgegengekommen und es sind alle ihnen gegebenen Versprechungen erfüllt worden.

Zur Verwaltungsgruppe Sozialpolitik und Wohnungswesen spricht zunächst Gemeinderat Stöger (E.L.),der darauf verweist,dass die Hauspersonalabgabe tausende von Hausgehilfinnen um ihre Existenz gebracht hat.Hinsichtlich der von der Gemeinde Wien befolgten Wohnungspolitik erklärt der Redner ,dass sich die Gemeinde beim Bau der Wohnungen übernommen hat.Stadtrat Weber hat vor Jahren erklärt, in drei bis vier Jahren die Wiener Wohnungsnot zu beseitigen.Wir leiden noch heute unter der grössten Wohnungsnot und Obdachlose müssen im Freien kampieren.Schliesslich verlangt der Redner die Förderung des Siedlungswesens .Es wäre auch höchste Zeit,endlich einmal mit dem Bau von Zwingburgen Schluss zu machen.(Beifall bei der Minderheit).

GR.Untermüller(E.L.)stellt fest,dass die stellensuchenden Hausgehilfinnen immer mehr die städtischen Dienstvermittlungen meiden.Es wäre daher wünschenswert,wenn für die städtischen Dienstvermittlungen mehr Reklame gemacht werden würde.Die Ausgestaltung der Auszahlungsstellen für Arbeitslose wäre ebenfalls ehestens am Platze.

GR.Dr.Wagner (E.L.) bemerkt, die Behauptung die Stadtrat Weber im vorigen Jahre aufgestellt hat, dass die Wohnungsnot in Wien durch die Bautätigkeit der Gemeinde beseitigt werden wird heute nach den Aeusserungen hervorragender sozialdemokratischer Parteileute nicht mehr aufrechterhalten werden kann.Tatsächlich werden auch täglich 1158 Personen im Obdachlosenheim und 551 Personenin Dauerheimen untergebracht.Ein weiterer Beweis für das Wohnungselend in Wien sind die ausserordentlichen Instandhaltungskosten für den Abbruch der Kriegsbaracken und der abbruchreifen Häuser Trotz aller finanziellen und verwaltungstechnischen Anstrengungen der Gemeinde ist der Zustand im Wiener Wohnungswesen ausserordentlich unbefriedigend.Dr.Wagner verweist in diesem Zusammenhange darauf,dass es im Jahre 1914 in der Hochsaison 55.000 Bauarbeiter gegeben hat,heute nur rund 24.000 von denen durchschnittlich 10.000 arbeitslos sind. lediglich 8,000 Bauarbeiter werden bei den Gemeindebauten beschäftigt,eine verschwindende Ziffer im Verhältnis zur Gesamtarbeitslosenziffer.Wenn man bedenkt, dass in den Jahren 1912 und 1913 je 14.000 Wohnungen gebaut wurden so muss der Erfolg der Wohnbautätigkeit der Gemeinde als ein miserabler bezeichnet werden.Für die Instandhaltung der Häuser werden jetzt verhältnismässig geringe Kosten verrechnet, in einigen Jahren werden diese Kosten aber bedeutend höher sein und dann erst werden sich die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik so recht zeigen. Der Redner kritisiert sodann das Verhalten des Wohnungsamtes, dass durch gekündigte Parteien zwingt den Kündigungsprozess in allen Instanzen bid zum Delogierungsauftrag führen und dadurch armen Leuten hohe Kosten verursacht und erhebt den Vorwurf, dass die Gemeinde auch nichts zur Verbesserung des Verkehrs tue.Die Betriebsaufnahme der 109 Autobusse muss angeblich deshalbverschoben werden, weil das Rathaus die Strassenbahndirektion zwingt, nur sozialdemokratisches Personal anzustellen, das die sie sich aber bei der Ausbildung als untauglich erweist.Der Redner erklärt, dass er gegen den Rechnungsabschluss stimmen wird(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St.R.Weber bemerkt zunächst, er verschiebe die Aussprache über das Mietenproblem und Wohnungsproblem auf die in einigen Tagen stattfindende Budgetdebatte.
Was die Arbeitsvermittlungen anbelangt durch die Vermittlung in der Rosinagasse bereits in das Stephaniespital übersiedelt, die Vermittlung beim Wimberger wird demnächst in die Stämpergasse übersiedeln.Der Umstand, dass heute von den städtischen Vermittlungsämter weniger vermittelt wird, erklärt sich aus dem Ausbau der paritätischen Arbeitsnachweisstellen.Stadtrat Weber tritt sodann der Behauptung des GR.Dr.Wagner entgegen, dass die grosse Zahl der Arbeitslosigkeit irgendwie mit der Wohnbaupolitik der Gemeinde im Zusammenhang gebracht werden könne, indem er die Frage aufwirft

worauf die grosse Zahl der Metallarbeiter der Schneider und der Kellner zurückzuführen ist.Sodann verweist er darauf, dass in den zehn Jahren vor dem Kriege der Wohnungszuwachs in Wien rund 8300 Wohnungen betrug während heute,da kein Bevölkerungszuwachs erfolgt jährlich 6000 Wohnungen also nur um 2000 weniger gebaut werden.Die grosse Obdachlosigkeit die in allen Grossstädten besteht ist nicht auf die geringere Bautätigkeit sondern auf das Defizit an Wohnungen zurückzuführen,dass durch die Unterbrechung der Bautätigkeit während des Krieges eingetreten ist.

Ein Spaziergang durch das alte Wien zeigt Ihnen Dinge,die eine Schande für das frühere Wiener Wohnungswesensind.Diese alten Häuser stammen aus Ihrer glorreichen Zeit(Widerspruch bei der Minderheit).Herr Gemeinderat Rummelhardt hätte damals schon viel zur Assanierung des Lichtentals beitragen können,es ist aber nichts geschehen.Auch in England,ja sogar auch in Staaten,wo ein Wohnungsüberschuss vorhanden ist,werden die alten Häuser nicht niedergerissen,da nicht ebensoviele neue Wohnungen gebaut werden können,als alte demoliert werden. (Zwischenrufe bei der Minderheit:Der private Hausbau hat die alten Häuser immer erneuert!) Auch wir erneuern alte Häuser(Widerspruch bei der Minderheit Dr Kolassa : Wir brauchen viele Bauherren,aber dafür, kein Monopol!).Dass es noch Demolierungshäuser gibt,ist ein Beweis, wie sehr uns das Enteignungsgesetz fehlt.Erst unlängst haben sich ein Haager Baufachmann und ein französischer Minister gewundert,dass der Gemeinde kein entsprechendes Gesetz zur Verfügung steht.Es ist zu begrüssen,dass die Unter ter eigene Wohnungen anstreben,alle Wohnungssuchenden aber zu befriedigen,ist unmöglich,da noch zu wenig gebaut wird.(Zwischenrufe bei der Minderheit:Ermöglichen Sie den privaten Bau!).Mit 1.Jänner 1926 haben Sie den freien Wohnungsmarkt geschaffen und seit dieser Zeit ist das Wohnungsamt nicht mehr in der Lage,alle Parteien Wohnungen zu geben,die gekündigt worden sind. Wenn wir die jährlich durchschnittlich 3000 bis 4000 freiwerdenden Wohnungen vergeben könnten,würden wenigstens die bedürftigsten Wohnungssuchenden untergebracht werden.Will aber jemand auf dem freien Wohnungsmarkt zu einer Wohnung kommen,muss er eine fast unerschwingliche Ablöse und dazu noch eine hohe Miete zahlen.Der Unterschied zwischen Ihrer Wohnbaupolitik und der unsrigen ist,dass wir bauen und Sie reden.(Beifall bei der Mehrheit,Widerspruch bei der Minderheit).

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe Sozialpolitik und Wohnungswesen ist damit abgeschlossen.Der Vorsitzende GR.Hofbauer bricht um 22 Uhr die Sitzung ab.Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.Zur Verhandlung kommt in der Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 die Verwaltungsgruppe für Technische Angelegenheiten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 387
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 12.Dezember 1928

-.-

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 12.Dezember 1928.

Bürgermeister Seitzeröffnet um 16 Uhr nachmittags die Sitzung.Es wird die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss des Jahres 1927 fortgesetzt.Zur Verwaltungsgruppe "Technische Angelegenheiten" führt GR.Prinke (E.L.) Beschwerde über die mangelhafte Strassenreinigung.Ganze Strassenzüge,ja ganze Bezirksteile, wie in Kaiserebersdorfsind unpassierbar.Ebenso mangelhaft ist, wie das letzte Frühjahr gezeigt hat, die Schneesäuberung.Das Verfahren bei der Strassenölung müsste verbessert werden, da heute nur ein Teil der Strassen geölt wird.Im Strassenbau werden Gemeindemittel vergeudet.Die Oberzelle.ngasse im III. Bezirk wu4de zum Beispiel in kurzer Zeit dreimal hergerichtet und ist jetzt wieder schadhaft.GR.Prinke richtet an STR. Richter das dringende Ersuchen, dafür zu sorgen, dass endlich Kaiserebensdorf in die Wiener Wasserversorgung einbezogen wird, und urgiert ebenso dringend den Bau der Hafenbrücke im XI.Bezirk.Dem Einfluss der Christlichsozialen ist es gelungen zu erreichen , dass das Ministe ium dem Gemeindeprojekt zugestimmt hat und es wurde tatsächlich auch in allen Fragen zwischen Gemeinde und Ministerium das Einvernehmen hergestellt mit Ausnahme der Frage des Seritutsentgelts. Auf eine in dieser Angelegenheit an die Gemeinde schon im September gerichtete Anfrage hat das Ministerium keine Antwort erhalten. In Wirklichkeit macht also die Gemeinde da Schwierigkeiten (Lebhafter Beifal bei der E.L.)

GR.Erban (E.L.) drückt sein Bedauern darüber aus, dass dem Bericht des Kontrollamts sich zu der Gruppe technische Angelegenheiten in der Hauptsache nur auf buchhalterische Bemängelungen beschränkt habe und nicht in die Sache eingegangen sei.So ergibt sich aus diesem Bericht nicht, dass die Gartenpflege mangelhaft ist.Es wäre auch interessant zu erfahren, ob die technischen Werkstätten überhaupt für die Gemeinde liefern, was sie liefern und ob die bei Offertausschreibungen in Konkurrenz gezogen werden. Im Kontrollamtsbericht ist auch nichts darüber enthalten, wie desolat die Strassenerhaltung ist und dass die Strassenbauten wie sich zum Beispiel bei der Strassenherstellung Säulengasse- Schubertgasse - Lustkandlgasse zeigt in viel zu langsamen Tempo vor sich gehen.Insbesondere bemängelt es der Redner, dass der Kontrollamtsbericht nichts über das Granitwerk in Mauthausen und das Ziegelwerk in Oberlaa enthält, obzwar im Jahre 1927 die missliche Lage dieser beiden Unternehmungen bereits bekannt sein müsste(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Stöger (E.L.)beschäftigt sich ausführlich mit dem Amalienbad.Wie sich aus den Rechnungsabschlüssen der Jahre 1923 bis 1927 ergibt, belaufen sich die Gesamtkosten für dieses Bad auf über hundert Milliarden.Eine so erschreckende Summe wurde in der bitteren Zeit 1923 bis 1927 und noch dazu von einer Gemeindeverwaltung ausgegeben,deren Mehrheit für sich in Anspruch nimmt, Proletarierinteressen zu vertreten.Das Amalienbad kostet mehr als 12 Volksbäder der Art, wie etwa das Floridsdorfer Bad gekostet hat und es wäre der Bevölkerung viel mehr gedient gewesen, wenn an Stelle des Amalienbads etwa zwei Badeanstalten in der Grösse des Jörgerbads gebaut worden wären.Dabei bleibt der Besuch des Amalienbads hinter dem der anderen Dampf- und Wannenbäder weit zurück und darauf ist es auch zurückzuführen, dass trotz der Erhöhung der Badepreise, der Badekartenerlös der Dampf-und Wannenbäder hinter dem Voranschlag zurückgeblieben ist.Auch bei der Ausgestaltung und Vergrösserung der Sommerbäder sollte die Gemeindeverwaltung vorsichtiger zu Werke gehen. Trotz der mit grossen Kosten drüchgeführten Erweiterungen des Bades Krapfenwaldl ist der Besuch dieses Bades im Jahre 1927 um mehr als ein Drittel gegenüber dem Jahre 1926 zurückgegangen.(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St.R.Richter bemerkt,dasssich die Minderheit mit Recht über die Wiener Strassen beklage, den tatsächlich sind sie das böseste Vermächtnis aus der alten Zeit und aus dem Krieg(Widerspruch bei der Minderheit)§Aber was zur Verbesserung der Strassen geschehn kann, geschieht, Alljährlich ist eine vollständige Erneuerung von 250.000 Quadratmeter und die Ausbesserung und Herrichtung von ungefähr 400.000 Quadratmetern vorgesehen. Trotzdem bleiben noch immer 540.000 Quadratmeter wassergebundene Makadamstrassen zurück, die wir, bis ein Umbau dieser Strassen möglich ist, durch die Strassenölung zu erhalten trachten.Hinsichtlich der Schneesäuberung hat die Gemeinde durch die Einstellung einer Schneeablademaschine und durch die Versuche mit den Schneeverzehrungsöfen bewiesen, dass sie wirklich alles tut, was hier eine Verbesserung bringen kann.Auch die Gartenpflege wird, was der Voranschlag 1929 beweist, verbessert§Was die Wasserleitung in Kaiserebersdorf betrifft so liegen in einer ganzen Reihe von Strassenzügen Wasserleitungsrohre aber die Hausbesitzer weigern sich trotz Aufforderung die Rohre anzuschliessen.Bezüglich der Hafenbrücke im XI.Bezirk haben wir bisher auf unsere Ausstellungen wegen des Seritutsentgelts vom Ministerium keine Antwort erhalten, da die Verhandlungen über diese Brücke zu keinem Erfolg geführt haben,wurde der Bau der Augartenbrücke in den Voranschlag eingestellt.Schliesslich erklärt Stadtrat Richter,dass die Werke Mauthausen und Oberlaa lediglich deshalb abgestossen wurden, um einen Verkauf der Erzeugnisse,der bisher nicht möglich war,was die Entwicklung dieser Betriebe hemmte, zu ermöglichen und diese Betriebe so rentabler zu gestalten.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Damit ist die Debatte über die Gruppe Technische Angelegenheiten beendet.

Es folgt die Debatte über die Gruppe Ernährung- und Wirtschaftswesen.

GR.Dr.Wagner (E.L.) beschäftigt sicheingehend mit den Verhältnissen im Wiener Lagerhaus. Obwohl die Gemeinde alles Mögliche unternimmt, sind die Abgangsziffern noch immer erschreckend gross. Es ergibt sich ein tatsächlicher Gebarungsabgang von 378.600 Schilling, der zwar geringer ist als im Vorjahr, aber immer noch erschreckend genannt werden muss. In den letzten drei Jahren haben die städtischen Lagerhäuser nahezu zwei Millionen Schilling Abgänge zu verzeichnen. Im Lagerhaus wird auch eine sehr merkwürdige Personalpolitik getrieben. Die Gemeinde selbst macht eigentlich sehr wenig um einen Aufschwung des Lagerhauses herbeizuführen. Es müsste aber alles getan werden, um mit Rücksicht auf die grosse Konkurrenz Pressburgs die Bedeutung des Wiener Hafens zu heben. Stadtrat Breitner ht hat gestern hier erklärt, dass an den Bau der Hafenbrücke überhaupt nicht gedacht werden könne, solange der Streit um die Abgabenteilung nicht beendet ssei. Diese Brücke hat aber auch für das Lagerhaus eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Der Redner beschäftigt sich dann noch eingehend mit dem Verkauf des Rathauskellerbetriebes und mit der städtischen Bäckerei.

Stadtrat Kokrda erwidert, dass die Konkurrenz mit Pressburg vom Lagerhaus stark empfunden werde. Eine gerechte Kritik müsste auch feststellen, dass die tschechoslovakische Regierung Jahr für Jahr grosse Subventionen an Pressburg gibt, um diese Konkurrenz zu fördern. Die österreichische Regierung kümmere sich aber um solche Fragen überhaupt nicht.

GR.Dr.Wagner: Wir haben einen Antrag im Parlament eingebracht!

Stadtrat Kokrda: Sie sind drüben Regierungspartei und es ist zu hoffen, dass dieser Antrag, wenn Sie ihn ernst meinen, ah auch angenommen wird. Wir haben berechtigte Hoffnung, dass unser Lagerhausbetrieb, wenn nicht sehr ungünstige Verhältnisse eintreten, bald ohne Defizit gebaren wird. Die Gemeinde hat den Rathauskellerbetrieb verkauft, weil sie die Methoden, die zur Führung eines solchen Betriebes notwendig sind, nicht anwenden wollte. Es ist zu hoffen dass die Privatwirtschaft, die jetzt den Rathauskeller führt, alles unternimmt, um auch den österreichischen Weinbau zu fördern. Die städtische Bäckerei versorgt die Humanitätsanstalten mit Gebäck. Es ist ein sehr rationeller Betrieb und die Gemeinde hat davon einen grossen Nutzen. Würde dieser Betrieb der Gemeinde Verluste bringen, dann müsste er ebenfalls abgestossen werden. Davon kann aber heute keine Rede sein.

Stadtrat Kokrda bittet schliesslich, dem Rechnungsabschluss für die Gruppe VI zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Bei Gruppe VII "Allgemeine Angelegenheiten" stellt GR. Dr. Wagner fest, dass die Ueberschreitungen bei dieser Gruppe hauptsächlich auf die Ausgaben für die Gemeindewache zurückgehen. Wir werden nicht aufhören, dagegen zu protestieren, dass für eine so überflüssige Institution in einer so bitteren Zeit Gemeindemittel verschwendet werden. Im Uebrigen freue er sich festzustellen, dass sich die unglückseligen Zustände, die früher im Verwaltungsausschuss VII geherrscht haben, gebessert haben, so dass nunmehr ein klagloses Arbeiten in diesem Ausschuss möglich ist. Das ist ein Verdienst des gegenwärtigen amtsführenden Stadtrates Linder. Es ist sicher dem Entgegenkommen und Takt des Stadtrates Linder zuzuschreiben, dass die Arbeiten hinsichtlich der stark gestiegenen Heimatangelegenheiten so vor sich gehen, dass man niemals auf einen Irrtum oder gar auf eine Bosheit gegen die Minderheit stösst. (Beifall bei der Einheitsliste).

StR Linder spricht die Hoffnung aus, dass auch die Vertreter der Minderheit einmal Gelegenheit nehmen werde, die Gemeindewache bei ihrer Arbeit zu sehen. Dann wird sich die Meinung über die Gemeindewache ändern und es wird dann vielleicht auch eine Zeit kommen, wo diese Frage entpolitisiert wird. Stadtrat Linder spricht dem Gemeinderat Wagner den Dank für seine anerkennenden Worte aus und bemerkt, er habe sich immer bemüht, sein Referat rein sachlich frei von aller Politik zu führen. (Beifall bei der Mehrheit).

Damit ist auch die Debatte über die Gruppe "Allgemeine Angelegenheiten" beendet. Da zu Gruppe "Städtische Unternehmungen" kein Redner zum Wort gemeldet ist, ist die Debatte über den Rechnungsabschluss für das Jahr 1927 beendet.

Vorsitzender Gemeinderat Hofbauer teilt mit, dass sich der Finanzreferent wegen Unpässlichkeit entschuldigt und bekanntgegeben habe, dass er auf das Schlusswort verzichtet.

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 1927 wird genehmigt, der Antrag Dr. Pfeiffer und Dr. Wagner, die Stellung des Wiener Kontrollamtes möge den Grundsätzen angepasst werden, welche für die Stellung des Rechnungshofes massgebend sind, wird abgelehnt.

Sodann werden die Bilanzen der städtischen Unternehmungen in Verhandlung gezogen.

Vizebürgermeister Emmerling bemerkt, im Jahr 1927 sind gegenüber dem Jahr 1926 bei allen Unternehmungen jene Fortschritte zu verzeichnen, die im Voranschlag angenommen wurden. Beim städtischen Gaswerk ist die Steigerung keine so sprunghafte mehr, weil mit einem Stand von 426.000 Gasmessern ein gewisser Sättigungsgrad bereits erreicht ist. Der Ausbauder Werke ist auch im Jahre 1927 fortgeschritten. Stärker beschäftigt ist namentlich auch das Werk in Leopoldau, das das Modernste ist und die mustergültige sozialpolitische Einrichtungen besitzt, so dass alle Besucher dieses Werks dort den Eindruck gewinne, als ob es sich um ein eben erst neu errichtetes Werk handelt. Die Zahl der Gasmesser hat sich um 39 000 vermehrt, die Länge des Rohrnetzes ist entsprechend grösser geworden. Der Ueberschuss hat dieselbe Höhe, wie im Jahre 1926. Wenn aber ein Gebarungsabgang ausgewiesen wird, so ist dies ebenso wie bei dem Elektrizitätswerk darauf zurückzuführen, dass wir bei diesen Unternehmungen die Vorteile der Investitionsbegünstigungsgesetzes in Anspruch nehmen. Das städtische Elektrizitätswerk hat egegenüber dem Jahr 1926 um mehr als 36 Millionen Kilowattstunden erzeugt. Auch die Stromabgabe ist gestiegen. Wir haben alles getan, um die Stromabgabe klaglos zu gestalten. Nehmen wir auch darauf Bedacht, dass die städtischen Unternehmungen pro Jahr mit einer Zunahme von 15 bis 20 Prozent zu rechnen haben und befassen uns deshalb eingehend einerseits mit den Projekten, die die Errichtung von Elektrizitätswerken in der Nähe von Wien zum Ziele haben, ebenso wie wir alles tun, um unsere Anlagen möglichst leistungsfähig zu gestalten. Wir haben in Simmering eine grosse Kraftstation errichtet und unsere Einrichtungen so gestaltet, dass Störungen, die von Aussen kommen, auf ein Mindestmass herabgedrückt werden könnne.

Wir haben um 45.000 Anschlüsse in einem einzigen Jahre mehr zu verzeichnen. Im Jahre 1919 hatten nur ein Drittel aller Wiener Wohnungen Gas und elektrische Beleuchtung, während heute umgekehrt nur ein schwaches Drittel aller Wiener Wohnungen ohne Gas und elektrisches Licht ist. Vizebürgermeister Emmerling gedenkt sodann der ausgreifenden Werbetätigkeit der Elektrizitätswerke für ihre Erzeugnisse und stellt fest, dass in der Richtung die städtische Ankündigungsanstalt sehr viel geleistet hat.

Aus den Bergwerksbetrieb Zillingdorf haben wir 46.000 Waggons Kohle herausgeholt. Dadurch sind wir nicht mehr auf die Auslandskohle angewiesen und beziehen heute nur mehr einen Bruchteil von draussen. Bei der Strassenbahn komme eine Steigerung von 2·3 Millionen Betriebswagenkilometer und eine Steigerung von 3·6 Millionen Anhägewagenkilometer im Jahre 1927 verzeichnet werden. Die Zahl der im Wagen gelösten Fahrscheine geht ständig zurück. Der Vorverkauf, die Strecken- und Netzkarten werden immer mehr benützt. Bei diesem Betrieb ergibt sich ein Abgang von 12·5 Millionen Schilling, davon entfallen 12·2 Millionen auf die Strassenbahn und der Rest auf den Kraftstellwagenbetrieb. Es muss auch gesagt werden, dass unsere Strassenbahn zu gewissen Tagesstunden nicht mehr im Stande ist, den Verkehr klaglos zu bewältigen. Wir haben das stärkste Strassenbahnnetz von allen Grosstädten. Es wird jetzt versucht durch die Einführung von Autobuslinien eine klaglose Bewältigung des Verkehrs herbeizuführen. Es zeigt sich eben sehr deutlich der Mangel einer Untergrundbahn.

Der Redner bespricht dann noch die Bilanz der städtischen Leichenbestattung, die einen Ueberschuss aufweist, der dem Umsatz entspricht, wenn man berücksichtigt, dass dieses Unternehmen die Gratisleichen zu besorgen hat.

GR. Zimmerl (E.L.) stellt fest, dass die Minderheit immer verlangt hat, dass zu den Bilanzen auch die Unterlagen gegeben werden. Dazu gehört vor allem das Inventar. Ein bezüglicher Antrag wurde aber abgelehnt. Wir sind auf das angewiesen, was uns hier gedruckt als Bilanz der städtischen Unternehmungen vorliegt.

Dritter Bogen.

Die Abschreibungsposten entscheiden sehr die Bilanzen. Was sie sich auf diesem Gebiet leisten, kann man schon Abschreibungskoller nennen. Ihre Abschreibungsquoten sind unerhört. Der Grund für diese hohen Abgaben ist der Wunsch nach einer Tariferhöhung. Sie ziehen heute einen viel grösseren Nutzen aus den Unternehmungen als die frühere Verwaltung. Während im Jahre 1913 der Nutzen der damaligen Gemeindeverwaltung an den Elektrizitätswerken, Gaswerken und an der Strassenbahn 26.2 Millionen Schilling ausmachte, ziehen Sie heute aus diesen Werken einen direkten oder indirekten Nutzen von 34 3 Millionen. Die Abschreibungen, wie Sie sie durchführen, sind nicht nur unsinnig, sie sind sogar sträflich. Bei anderem Betrieben schreiben Sie wieder zu niedrig ab. Das ist z.B. beim Amalienbad der Fall. Dieses hat zehn Millionen Schilling gekostet, davon Sie nur 2 5 Prozent abschreiben, denn wenn Sie beim Amalienbed so wie bei den grossen Unternehmungen abschreiben würden, könnten Sie mit dem Amalienbad baden gehen, da niemand dann wegen der hohen Bäderpreise das Amalienbad aufsuchen könnte. Aus all dem ergibt sich für uns die zwingende Tatsache, dass wir für die Bilanzen nicht stimmen können. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Scheiz (E.L.) erklärt, dass mit den hohen Abschreibungen eine politische Absicht verbunden sei, nämlich die, nicht mit den hohen Tarifen herunter gehen zu wollen. Die Ziffern des Rechnungsabschlusses sind ganz ungewichtig. Das heiterste beim Elektrizitätswerk ist das Braunkohlenbergwerk Zillingdorf, wo Sie geradezu Kardinalfehler gemacht haben. GR Scheiz spricht sodann von den Störungen bei den Strassenbahnen und weist darauf hin, dass im Jahre 1927 915 Ausfahrten notwendig waren um die Störungen zu beheben. Bei einer Zunahme der Frequenz von 615 auf 638 sind im ganzen 30 neue Strassenbahnwagen und 70 neue Stadtbahnwagen eingestellt worden. Der Redner beschwert sich schliesslich darüber, dass trotz der Bestellung der Autobusse und der Genehmigung der Touren und Tarife sind noch immer nicht in Betrieb gestellt worden sind. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR Lehninger (E.L.) spricht die Hoffnung aus, dass sich diesmal die Versprechungen des Vizebgm. Emmerling bewahrheiten werden. Er befasst sich ausführlich mit den Strassenbahnen und erklärt, dass die Bilanzen nur dazu bestimmt sind, die Bevölkerung über das wirkliche Betriebsergebnid hinwegzutäuschen. Die Zahl der Fahrtleistungen, die Zahl der beförderten Personen ist gestiegen, nur die Einnahmen sollen kleiner geworden sein. Die Tarife wurden um 56 Prozent erhöht, die Personalzuwendungen seit dem Jahre 1926 nur um 10 Prozent. Die Sozialdemokraten haben in ihrer zehnjährigen Herrschaft kaum 15 Kilometer Strassenbahngeleise gelegt. Der Redner führt sodann Beschwerde über die grosse Zahl der Unfälle bei der Strassenbahn und gibt als Ursachen hiefür die mangelhafte Revision, die Ersparnis an Personal, die Ueberlastung des Personals und die Ueberfüllung der Strassenbahn der Wagen an. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

VIZebgm. Emmerling bestreitet die Richtigkeit der vom Gemeinderat Zimmerl hinsichtlich der Abschreibungen angeführten Daten und bemerkt, die vom Gemeinderat Zimmerl angeführte Methode würde einen Kaufmann auf den Weg der Krida bringen. Wir haben eine Kontrolle der Bilanzen, auf die sich gerade die Minderheit sehr gut verlassen kann, nämlich die Steuerbehörde. Vizebgm. Emmerling weist sodann nach, dass die Gaspreise in Wien niedriger sind, als in Linz, Graz, Salzburg und in den deutschen Städten und weist in einer Besprechung der Störungen bei der Strassenbahn und der Strassenbahnunfälle darauf hin, dass daran nicht etwa nur die Anlage sondern vielfach auch Zufälle sowie die Sorglosigkeit der Fahrer der Fuhrwerke schuld sind. Die Zahl der Unfälle in London ist beispielsweise auf den Kopf der Bevölkerung angleichgrösser als in Wien. Was die Vermehrung des Wagenparks betrifft, so sind heuer im Frühjahr eine Reihe Wagen in Betrieb genommen worden und werden in kurzer Zeit 200 neue Wagen eingestellt werden. Vizebgm. Emmerling ersucht schliesslich den Bilanzen der Unternehmungen zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 12. Dezember 1928. Zweite Ausgabe.

Bürgermeister Seitz über den Tod der kleinen Stodolak. Heute Vormittag sprachen bei Bürgermeister Seitz und beim amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler einige sozialdemokratische Gemeinderätinnen vor und machten unter Hinweis auf den Prozess gegen das Ehepaar Halaksa darauf aufmerksam, dass die Bevölkerung vielfach der Ansicht ist, es haben nicht nur der Apparat der Polizei, sondern auch der Apparat der Gemeinde im Falle Stodolak zu schwerfällig funktioniert, wodurch vielleicht die Rettung des unglücklichen Kindes verhindert worden sei. Der Bürgermeister erwiderte, es sei unendlich traurig und müsse zu den schwersten Bedenken veranlassen, dass ein solcher Fall inmitten der Grosstadt überhaupt möglich ist. Man hat daher schon damals, als das Kind ermordet worden ist, sofort die genauesten und gewissenhaftesten Untersuchungen dahin geführt, ob nicht etwa behördliche Organe durch Unterlassungen eine persönliche Schuld treffe. Das ist nicht der Fall. Das ganze Milieu, in dem sich der traurige Fall abgespielt hat, ist undurchsichtig und alle Bemühungen, Licht zu schaffen, waren vergebens. Wie schwierig die notwendigen Erhebungen und Einvernahmen durch die Organe des Jugendamtes waren, zeigt ja auch der bisherige Verlauf des Prozesses, in dem die Angeklagten trotz der grossen Machtmittel, die dem Gerichte zur Verfügung stehen, bewusst jede Aufklärung der Geheimnisse der Mordnacht verhindern. Umso schwerer war es für eine wenig einflussreiche Fürsorgerin, Klarheit zu geben. Die Institution der amtlichen Fürsorge besteht bekanntlich erst seit kurzer Zeit. Noch vor zehn Jahren - ich erinnere an den Fall Hummel - hätte kein Mensch bei einem solchen Fall an die Gemeinde gedacht oder sie etwa gar verantwortlich gemacht. Erst die neue Aera hat den Grundsatz proklamiert, dass die Gemeinde berufen ist, das Kind in ihren besonderen Schutz zu nehmen. Die Gemeinde fühlt sich heute als die Mutter aller Kinder und Wien hat in dieser Hinsicht mehr als jede andere Stadt getan. Der vielgestaltete Apparat ist in erster Linie dem ungeheuren Organisationstalent des Stadtrates Professor Dr. Tandler zu verdanken. Wien ist stolz darauf, dass es in der Fürsorge für die schwangeren Frauen, in der Säuglingsfürsorge, im Kindergartenwesen, in der Berufsvormundschaft, in der Gesundheitsfürsorge, im Hortwesen, in der Erholungsfürsorge und dergleichen, vorbildliche Einrichtungen geschaffen hat. Dass nach wenigen Jahren ein solcher viel verzweigter Organismus noch nicht klaglos funktionieren kann, dass er vielleicht auch Mängel aufweist, dass für ihm auch vielfach erst die geeigneten Organe erzogen werden mussten, soll gar nicht bestritten, sondern offen einbekannt werden. Jedenfalls kann man heute überzeugt sein, dass sowohl ich, als auch Stadtrat Professor Dr. Tandler bestrebt sind, den Fürsorgeapparat noch weiter auszubauen, um jede bürokratische Erstarrung zu überwinden. Sicher ist, dass der Fall Stodolak sich nicht ereignet hätte, wenn es sich um ein sogenanntes städtisches Kostkind gehandelt hätte, also um ein Kind, das nicht bei den eigenen Eltern ist. Für diese unter der Obsorge der Gemeinde Wien befindlichen Kinder, die wir sogar als unsere "eigenen Kinder" bezeichnen, funktioniert die Fürsorge ausgezeichnet. Um eine ganz andere Frage handelt es sich bei jenen Kindern, die bei den eigenen Eltern wohnen. Ich will nicht davon sprechen, ob die heutige Gesetzesgebung es überhaupt gestattet, dass die Gemeinde jedes Kind der Stadt unter Aufsicht stellt, und wieviele Fürsorgebeamte ein solcher Apparat erfordern würde und welche Schwierigkeiten sich ihm entgegenstellten. Jedenfalls fehlt heute die rechtliche Voraussetzung für ein Eingreifen der Gemeinde, selbst in jenen Fällen, wo die Hasspsychose gegen die unehelichen und unter besonderem Begleitumständen geborenen Kinder und ihre Auswirkungen abzuwehren wären. Es wird Sache der Bundesgesetzgebung, der Fürsorge die nötigen Machtmitteln gegenüber entmenschten Eltern in die Hand zu geben, was ja hoffentlich demnächst im Grundsatzgesetz über die Jugendfürsorge geschehen wird. Die Gemeinde Wien wird auch weiterhin das Fürsorgewesen ausbauen, und soweit menschliches Vermögen reicht, solche Vorfälle zu verhinern suchen.
Die zirka 20.000 Kinder, die in der Fürsorge der Gemeinde Wien stehen, sind aller menschlichen Voraussicht nach gesichert. Die kleine Stodolak, die solange sie bei ihrer Grossmutter war, auch zu den befürsorgten Kindern gehörte, hatte das Unglück, dann zur eigenen Mutter zu kommen und dadurch aus der Gemeinde/fürsorge auszuscheiden. Bürgermeister Seitz dankte den Gemeinderätinnen, dass sie sich in erster Linie berufen fühlen, in der Fürsorge werktätig mitzuarbeiten, und bat sie auch fernerhin um ihre Unterstützung.

-.-.-.-.-.-.-

Schubertring statt Kolowratring. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltung hat kürzlich nach einem Bericht des Gemeinderates Beisser beschlossen, zum immerwährenden Gedenken an Franz Schubert den Kolowratring in Schubertring umzubenennen. Die Erläuterungstafel wird lauten: "Franz Schubert, 1797-1828. Der grosse Schöpfer des neuen deutschen Liedes."

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Starke Zunahme der Einäscherungen. Die Zahl der Einäscherungen in Wien ist in den letzten Jahren sehr gestiegen. Während im Oktober 1924 nur 121 Einäscherungen im Krematorium der Stadt Wien vorgenommen wurden, stieg die Zahl im Oktober 1925 schon auf 160, im Oktober 1926 auf 177, im Oktober 1927 schon auf 227 und erreichte im vergangenen Oktober die Höhe von 236. Im November dieses Jahres wurden 252 Verstorbene eingeäschert. Auch in diesem Monat ist gegeüber denen der früheren Jahre ein Ansteigen der Zahl der Einäscherungen zu verzeichnen. Im November wurden 142 männliche und 110 weibliche Verstorbene eingeäschert. Davon sind 142 römisch-katholischer, 30 evangelischer und 7 altkatholischer Religion gewesen. 2 waren Juden und 53 konfessionslos. In der Zeremonienhalle des Krematorium wurden im November 61 altkatholische und 22 evangelische Einsegnungen vorgenommen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung auf der Landstrasse in der Rüdengasse, Nikolausgasse und Rabengasse und auf der Wieden auf dem Nasch-Markt in Betrieb gesetzt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Bezirksvertretung Rudolfsheim. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim findet am Freitag, den 21. Dezember, um 18 Uhr statt.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honay

Wien, Donnerstag, den 13. Dezember 1928.

-.-

Fluchtversuch von drei Pfleglingen aus der Landes-Heil-und Pflegeanstalt Am Steinhof. Dienstag nachmittags versuchten drei schwere Alkoholiker der Landes-Heil-und Pflegeanstalt Am Steinhof die Umfassungsmauern zu übersteigen, um zu flüchten. Sie wurden bemerkt und festgenommen. Sie benahmen sich bei der Festnahme sehr renitent, da sie schwer alkoholisiert waren. Die Untersuchung hat ergeben, dass die drei Patienten von zwei sie besuchenden Frauen eine grosse Quantität Rum bekommen haben, den sie sofort austranken. Der Rum wurde von einer Frau, die sich als Mutter des einen Patienten ausgegeben hatte, in die Anstalt hineingeschmuggelt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

-.-.-.-.-.-.-.-

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 13. Dezember 1928.

Die Beratung des städtischen Voranschlages nahm in der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates ihren Anfang. Der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929 veranschlagt die Bruttoeinnahmen mit 463,853.240 Schilling und die Bruttoausgaben mit 493,652.940 Schilling. Es ergibt sich demnach ein Gebarungsabgang von 29,799.700 Schilling. Die Gesamteinnahmen der Gemeinde aus eigenen Steuern, Zuschlägen und Abgabenertragsanteilen belaufen sich auf 307,776.000 Schilling. Hievon entfallen auf den Nettoaufwand des Wohlfahrtswesens 91,647.000 Schilling, auf das Schulwesen 74,274.000 Schilling und auf die Wohnhausbauten nach Ausscheiden der Baukostenersätze 72,578.000 Schilling. Demnach werden 77 Prozent aller Steuereinnahmen für diese drei grossen der Volkswohlfahrt dienenden Zwecke ausgegeben.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung, worauf sofort der städtische Finanzreferent Stadtrat Hugo Breitner die Generaldebatte über den Voranschlag für 1929 mit einem ausführlichen Exposé einleitet. Er führte aus: Ueber die gewohnte politische Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit hinaus, zu der jeder Voranschlag Anlass bietet, ist es von Wichtigkeit, bei dieser Gelegenheit ein Bild über die Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse zu gewinnen. Ich hatte im Vorjahr die Möglichkeit, eine Reihe von Daten anzuführen, die für eine künftige Entwicklung, eine allmähliche Besserung Zeugnis ablegten und die Annahme gerechtfertigt erscheinen liessen, dass auch in dem damals bevorstehenden Gebarungsjahr 1928 der Gesundungsprozess seinen Fortgang nehmen werde. Die Angaben, die ich heute zu machen in der Lage bin, bestätigen die damalige Voraussage, die Zahl der unterstützten Arbeitslosen belief sich am 31. Oktober 1928 in ganz Oesterreich auf 122.557. Davon entfallen auf Wien 55.440. Am 31. Oktober 1927 war die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in ganz Oesterreich 127.352, davon in Wien 61.948. An beiden Stichtagen sind die Altersrentner bereits ausgeschieden. Die Vergleichsgrundlage ist also dieselbe. In ganz Oesterreich zeigt sich vom 31. Oktober 1927 zum 31. Oktober 1928 ein Rückgang in der Zahl der unterstützten Arbeitslosen um 4795. In Wien allein beträgt aber die Abnahme 6508. Der Anteil Wiens an der gesamten österreichischen Arbeitslosigkeit ist also im steten Rückgang.

Fortsetzung der Rede auf dem zweiten Bogen: Von hundert zur Vermittlung vorgemerkten Arbeitslosen entfielen 1926 auf Wien.....

In seinem Exposé über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929 führte amtsführender Stadtrat Breitner aus:

Über die gewohnte politische Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit hinaus, zu der jeder Voranschlag Anlaß bietet, ist es von Wichtigkeit, bei dieser Gelegenheit ein Bild über die Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse zu gewinnen. Ich hatte im Vorjahre die Möglichkeit, eine Reihe von Daten anzuführen, die für eine günstige Entwicklung, eine allmähliche Besserung Zeugnis ablegten und die Annahme gerechtfertigt erscheinen ließen, daß auch in dem damals bevorstehenden Gebarungsjahr 1928 der Gesundungsprozess seinen Fortgang nehmen werde. Die Angaben, die ich heute zu machen in der Lage bin, bestätigen die damalige Voraussage. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen belief sich am 31. Oktober 1928 in ganz Österreich auf 122.557. Davon entfallen auf Wien 55.440. So erschreckendes Elend diese Zahlen auch in sich bergen, so furchtbar sich insbesondere das Schicksal bei langandauernder Arbeitslosigkeit gestaltet, ist immerhin gegenüber dem Vorjahre eine Besserung zu verzeichnen. Das gilt insbesondere für Wien. Der Durchschnitt für die ersten zehn Monate des Jahres 1928 ergibt für Wien unter Hinzurechnung der Altersrentner 79.150, während es bis zum Jahre 1927 immer noch 83.010 gewesen sind. Der Anteil Wiens an der gesamten österreichischen Arbeitslosigkeit ist in stetem Rückgang. Von hundert zur Vermittlung vorgemerkten Arbeitslosen entfielen 1926 auf Wien 49'79, heuer nurmehr 44'17. Darin kommen unzweifelhaft die großen Bestellungen der Gemeinde Wien, die erfolgreichen Bemühungen zur Hebung des Fremdenverkehres und die Rußlandaktion zum Ausdruck. Letztere umfaßt bisher Geschäfte im Ausmaße von rund 27 Millionen Schilling, was dem Jahreslohn von mindestens 5.000 Arbeitern entspricht. Die Anzahl der noch auf den Wiener Wohnbauten unmittelbar beschäftigten Arbeiter betrug am 1. Dezember 6.800. Bei Nutzbauten, Straßen- und Kanalbauten der Gemeinde waren in der ersten Dezemberwoche weitere 1.700 Mann beschäftigt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist umso bemerkenswerter, als er trotz aller Personalersparnisse durch die Rationalisierung sich ergibt. Nimmt man die Zahl der gerichtlichen Ausgleiche und Konkurse als Merkzeichen der Wirtschaftslage, so zeigt sich eine ganz erhebliche Besserung. In den ersten elf Monaten des Jahres 1927 waren in Wien 1.159 gerichtliche Ausgleiche und 213 Konkurse zu verzeichnen. Heuer ist die Zahl der gerichtlichen Ausgleiche auf 832, die der Konkurse auf 160 gesunken. Während von allen Konkursen, die in den ersten elf Monaten des Jahres 1927 in Österreich vorkamen, 36 Prozent Wien betroffen haben, sind es im heurigen Jahre blos 29 Prozent. Es ist also absolut und auch im Verhältnis zu den Bundesländern die Konsolidierung eine offensichtliche. Zweifellos trägt dazu die Förderung des Kleingewerbes durch Gewährung überaus niedrig verzinslicher Kredite einen großen Teil bei. Insgesamt hat der Kreditverein der Zentralsparkasse bisher Kredite von rund 32 Millionen Schilling eingeräumt. Die Gemeinde hat bekanntlich die Bürgschaft dafür übernommen, daß kein höherer Satz als sechs Prozent netto bis Ende 1929 zur Anrechung kommen wird. Das bewirkt für tausende Kleingewerbetreibende und Kaufleute die Befreiung von sonst überschwinglichen Zinsen und ermöglicht Investitionen zu sehr günstigen Bedingungen.

Der Stand der Spareinlagen war bei allen Kreditinstituten Österreichs am 31. Oktober 1926: 855 Millionen Schilling, am 31. Oktober 1927: 1.040 Millionen Schilling und ist heuer 1.332 Millionen Schilling. Von 1926 auf 1927 hat die Zunahme 21 Prozent betragen. Je größer die Summe der Einlagen an sich ist, mit einem desto langsameren Wachstum ist naturgemäß zu rechnen. Es würde also schon sehr viel bedeuten, wenn die prozentuelle Steigerung von 1927 auf 1928 in dem gleichen Ausmaße erfolgt wäre. Die Zunahme beträgt aber 28 Prozent, wobei gewisse Angstabhebungen im Oktober das Bild einigermaßen ungünstig beeinflußen. Die vom Herrn Finanzminister in seiner Budgetrede erhobene Klage über die mangelnde Kapitalsbildung im Inland findet also durch die Tatsachen keine Bestätigung.

In diese Kette günstiger Symptome fügt sich auch die Feststellung, daß die städtischen Elektrizitätswerke bis zum 15. November dieses Jahres an Industrie und Gewerbe 133 Millionen Kilowattstunden Kraftstrom verkauft haben. In der gleichen Periode 1926 waren es 100 Millionen, 1927 waren es 108 Millionen Kilowattstunden. Die Steigerung von einem Jahr auf das andere beträgt also 23 Prozent, was als ganz außerordentlich zu bezeichnen ist.

In diesem Zusammenhang sei auch hervorgehoben, daß die Anzahl der Lastautomobile in Wien am 1. Dezember 6.008 betragen hat. Am 1. Jänner waren es 4.848. Innerhalb von elf Monaten ist ein Zuwachs um 25 Prozent eingetreten. Seit dem 1. Jänner 1926 hat sich die Zahl der Wiener Lastautomobile mehr als verdoppelt. Es beweist dies, daß Industrie und Gewerbe sich modernisieren, daß sie investieren können. Nimmt man dazu noch die Tatsache, daß in den ersten drei Quartalen des Jahres 1928 1.706 neue Personenautomobile zur Anmeldung gelangt sind, was einem Zuwachs um volle 40 Prozent entspricht, so widerlegt dies wohl auch in der eindringlichsten Weise die Klage über die fortschreitende Verarmung der Wirtschaft.

Ein überaus erfreuliches Bild bietet der Fremdenverkehr, der zweifellos für Wien eine der allerwichtigsten Lebensquellen bildet. Im ganzen Jahr 1913 sind 598.746 Fremde nach Wien gekommen. Ohne die Besucher des Sängerfestes, deren Meldungen polizeilich gesondert behandelt wurden, sind in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November dieses Jahres 595.890 Fremde nach Wien gekommen. Da noch der ganze Monat Dezember fehlt, so wird der Fremdenverkehr der Vorkriegszeit nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen werden. Mit den Besuchern des Sängerfestes waren in Wien vom 1. Jänner bis 30. November 709.218 Fremde gemeldet. Es muß an dieser Stelle der allgemein gewürdigten Arbeit der Fremdenverkehrskommission gedacht werden. Die umfassenden Verbesserungen, welche die Hotels und Pensionen mit Hilfe der von der Gemeinde gewährten Steuerbegünstigungen vorgenommen haben, tragen zu dem erzielten Erfolg bei. Selbstverständlich auch die unausgesetzten Verbesserungen in der ganzen Pflege der Stadt, der Straßenbeleuchtung, der Reinigung, der Anlage von Gärten und Bädern.

Unter an sich günstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen konnte also an die Aufstellung des Voranschlages 1929 geschritten werden.

Stadtrat Breitner bespricht sodann eingehend die Positionen des Voranschlages und stellt fest, daß von der Summe der Nettoausgaben per 306,837.000 Schilling rund 30 Prozent auf das Wohlfahrtswesen, 25 Prozent auf die Schule, 24 Prozent auf den Wohnungsbau entfallen, also eine Verwendung ausschließlich im Interesse des Volkswohles der breiten Massen der Bevölkerung finden. Ein derart zusammengesetzter Voranschlag sollte eigentlich, wenn die Beurteilung objektiv und nicht parteipolitisch voreingenommen geschieht, der allgemeinen Zustimmung sicher sein.

Schon seit einigen Jahren war es das Bestreben der Gemeindeverwaltung bei Aufstellung des neuen Voranschlages Steuerbegünstigungen zu schaffen, um so Erleichterungen im Wirtschaftsleben herbeizuführen. Es sei in dieser Beziehung nur auf die Ermäßigung der Fürsorgeabgabe, die Begünstigungen außerordentlicher Art bei der Fremdenzimmerabgabe, die Herabsetzung der Automobilabgabe und der Wertzuwachsabgabe, der Lustbarkeitsabgabe für Theater, der fallweisen Ermäßigung der Feilbietungsabgabe hingewiesen. Wenn heuer entgegen den ursprünglichen Absichten der Verwaltung, die sich in der Richtung von Erleichterungen für die Reklamsteuern bewegten, davon gar keine Rede sein kann, ja sogar mit der Aufhebung bereits zugestandener Begünstigungen gerechnet werden muß, so liegen die Gründe nicht in den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen, nicht in dem Streben der Gemeinde nach einer Ausdehnung der Fürsorge- und Wohnbautätigkeit, so viele Wünsche es auf diesem Gebiete auch gibt, sondern in drohenden Eingriffen von Außen.

Die Regierung hat eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen teils bereits eingebracht, teils angekündigt, deren Inkraftsetzung für die Gemeinde Wien einen Entgang von 40 Millionen Schilling bedeutet. Das ist keine Phantasieziffer, so phantastisch sie auch klingt. In einer Zuschrift, die der Herr Finanzminister am 4. November an den Herrn Bür-

germeister gerichtet hat.Gibt Dr.Kienböck selbst die budgetäre Auswirkung für Wien mit 34'19 Millionen Schilling an.Wir waren aber in der Lage nachzuweisen,daß diese Annahme noch hinter der Wirklichkeit um zumindest sechs Millionen Schilling zurückbleibt.

An der Spitze steht die Abgabenteilung,die nun zum sechsten Male eine Änderung erfahren soll.Selbstverständlich,wie schon bisher immer,zu Ungunsten Wiens.Nicht weniger als 23 Millionen Schilling will man Wien wegnehmen,um damit die angeblich notleidenden Bundesländer zu sanieren.Diese fortgesetzten Streitigkeiten um die Abgabenteilung beweisen,daß schon der seinerzeitige Widerstand Wiens gegen die grundstürzende Neuregelung der Finanzverfassung vollauf berechtigt war.

Die ganze Abgabenteilung ist ein Unglück und widerstreitet allen Begriffen von Selbstverwaltung und Verantwortlichkeit.Wenn jede Gebietskörperschaft,wie dies früher bei den Zuschlägen der Fall war, für jedes weitere Prozent Rechenschaft legen muß,dannwird auch jede Ausgabe genauestens überlegt werden.Durch seine Art der Budgetierung, die oft weit hinter der Wirklichkeit zurück blieb,hat der Finanzminister die Länder und Gemeinden daran gewöhnt,immer wieder auf besondere Überschüsse zu rechnen,was selbstverständlich kein Anreiz zur Sparsamkeit gewesen ist.Dazu kam,daß in kurzen Zwischenräumen sich die Angriffe sowohl des Bundes wie der Länder auf die Wiener Steueranteile erneuern. Es wurde zu dem bequemsten Auskunftsmittel,bei jeder Verlegenheit einfach eine neue Abgabenteilung zu verlangen.Deshalb steht Wien grundsätzlich auf dem Standpunkt,daß es am gerechtesten wäre,mit der ganzen Abgabenteilerei Schluß zu machen,denn Ländern und Gemeinden ihre Zuschlagsrechte zurückzugeben und Wien die von ihm geschaffene Luxuswarenabgabe einheben zu lassen.Dann wird es sich zeigen,ob Wien bisher einen ungebührlichen Vorteil genossen hat.Wir sind vom Gegenteil überzeugt.Man macht Wien den Vorwurf,daß es Anteile als Land und Gemeinde bekomme.Das ist ganz selbstverständlich.Wien ist eben Land und Gemeinde zugleich und hat auch die Pflichten von Land und Gemeinde zu erfüllen.Genau so bekommen alle anderen Bundesländer und die Gemeinden Anteile,wiewohl das Land auch solche erhält.Die Stellung Wiens kann am besten mit der von Hamburg verglichen werden. In Deutschland fällt es keinem ernsten Menschen ein,von einer Doppelbeteiligung Hamburg's zu sprechen.Die andere Behauptung geht dahin, daß die Anteile Wiens überhaupt zu hoch wären.Der gerechteste Schlüssel wäre der nach der Bevölkerung.Dem könnte man zustimmen,wenn es möglich wäre,Wien so zu verwalten,wie 2000 Dörfer zu 1000 Einwohnern. Die Großstadt hat aber ihre besonderen Bedürfnisse,ohne deren Befriedigung sie eben keine Großstadt sein kann.Es ist unbestreitbar und jederzeit nachzuweisen,daß 64 Prozent aller direkten Steuern in Wien eingehoben werden.Wien ist eben der Sitz der großen Gesellschaften, der Leute mit dem großen Einkommen,des größten Teiles der österreichischen Industrie,des Handels und des Gewerbes,die eben nur nach Wien gekommen sind,weil Wien eine Großstadt ist,und hier nur so lange bleiben,als der großstädtische Charakter gewahrt wird.Das Gleiche gilt im höchsten Maße vom Fremdenverkehr.Die Bewahrung des Großstadtcharakters kostet aber Geld und die Großstadt selbst bewirkt auf vielen Gebieten Erscheinungen,die man auf dem flachen Lande in diesem Masse gar nicht kennt.Darüber soll noch gesprochen werden.

Deshalb war es ein durchaus begründetes Verlangen,daß Wien von dengemeinsamen Abgaben,insbesondere bei den direkten Steuern 64 Prozent erhalte,wie dies bei Einhebung der Zuschläge selbstverständlich und ohneweiters das Ergebnis gewesen wäre.Diese Forderung konnte aber nicht durchgesetzt werden,weil zur Zeit der Abgabenteilung im Nationalrat bereits eine rein bürgerliche,sich auf die Bauernschaft stützende Mehrheit zu entscheiden hatte.Finanzminister war damals Dr.Gürtler aus Graz,der selbstverständlich die Interessen der Länder gegenüber Wien bis auf das Äußerste wahrgenommen hat.Das allein zeigt schon,daß alle seither erfolgten Änderungen und der jetzt geplante schwere Eingriff nicht etwa die Korrektur eines von den Sozialdemokraten zugunsten Wiens beschlossenen Finanzgesetzes ist,sondern das ein Abgabenteilungsgesetz immer wieder zum Nachteile Wiens verschlechtert wird,das ursprünglich schon Wien benachteiligte und auf die Länder zugeschnitten war.Durch die dritte Abgabenteilungsnovelle wurden dem Bund vorweg 50 Millionen,für die späteren Jahre 40 Millionen Schilling zugewiesen.Davon sind dann 21 Millionen Schilling an alle Bundesländer mit Ausnahme Wiens gegangen und gehen auch heute noch. Wien allein ist davon ausgeschlossen geblieben.Ebenso besteht das Bundespräzipuum von 19 Millionen Schilling noch fort,obwohl dazu nach der derzeitigen Lage der Staatsfinanzen nicht der geringste Anlaß mehr ist.Wie wenig Wien kleinlich denkt,erhärtet die Tatsache,daß Wien einverstanden war,es mögen diese 19 Millionen Schilling bis Ende 1930 den Gemeinden mit Ausschaltung Wiens zufließen.Damit könnte der dort herrschenden Not ohneweiters ein Ende gesetzt werden.Der alte,schon in der Vorkriegszeit bestandene Streit um die Sitzquote lebte trotz Abgabenteilung wieder auf.Wien hat neuerlich Entgegenkommen gezeigt und zugestimmt,daß sein Anteil an der besonderen Körperschaftssteuer und Erwerbsteuer um 3'2 Prozent vermindert werde.Ebenso ist eine Kürzung bei Aufteilung der Warenumsatzsteuer eingetreten. So reiht sichVerschlechterung an Verschlechterung.Das gleiche System der Benachteiligung Wiens läßt sich an einer ganzen Reihe von Maßnahmen der Bundesregierung nachweisen.Seit dem Jahre 1926 soll nach gesetzlichen Bestimmungen die Vermögensabgabe eine geteilte sein. Der größte Teil des Ertrages dieser Steuer fließt aus Wien.Das ist für die Regierung Grund genug,sich rücksichtslos selbst über ein geltendes Gesetz hinwegzusetzen und deshalb wurde die vorgeschriebene Aufteilung bisher nicht vorgenommen.Bei der Einführung der Landesbiersteuer ist Wien unter Mißachtung aller damaligen Proteste auf das Empfindlichste benachteiligt worden.Wien ist das einzige Bundesland das vom ersten Tage an die Ausgaben für die Arbeitslosen und Altersrentner aus der Landesbiersteuer nicht zu decken vermag und erhebliche Zuschüsse leisten muß,während andere Länder Gewinne bis zum Zehnfachen erzielen.Die Herabsetzung der Schaumweinsteuer von 100 auf 30 Prozent die mehrmalige Ermäßigung der Wettgebühren,die Wegnahme der Strafgelder durch das Jugendgerichtsgesetz haben nahezu restlos nur Wien getroffen.

Was führt die Bundesregierung als Begründung für die neue Abgabenteilung an ? Das es den Ländern finanziell nicht gut gehe. In dieser Allgemeinheit ist dies überhaupt den Tatsachen nicht entsprechend.Vorarlberg,ein gut verwaltetes Land,hat überhaupt in seinem Landesbudget keinen Abgang sondern Überschüsse.28 Prozent der Einnahmen konnten in Reservefonde gelegt werden,wie dies beispielsweise bei Banken üblich ist.Dennoch soll der Anteil Wiens gekürzt und Vorarlberg eine noch höhere Summe als bisher zugewiesen werden.Bei anderen Ländern bestehen Defizite.Die Ursache ist aber höchst einfach darin gelegen,daß in den Ländern eine überaus milde Steuerpraxis herrscht.Die Finanzreferenten haben anscheinend den Ehrgeiz sehr beliebt zu sein, was mit einem Defizit gleichbedeutend ist.Selbstverständlich ist es eine viel bequemere Methode über den Steuersadismus zu schimpfen,selbst wenig Steuern einzuheben,dann auf die günstigere Lage Wiens hinzuweisen und von den Wiener Steuerertragsanteilen immer wieder ein Stück wegzureißen.Das ist bequem,aber höchst ungerecht und es ist zu erwarten, daß die Wiener Bevölkerung einmütigen Widerstand gegen diese Sonderbare Art ausgleichender Gerechtigkeit leisten wird.

In Wien entfallen gegenwärtig genau 100 Schilling an Landes und Gemeindesteuern auf den Kopf der Bevölkerung.Außerhalb Wiens ist die Belastung eine ganz unvergleichlich geringe.Gibt es doch sogar eine ganze Reihe von Gemeinden in Österreich,die den Begriff der Gemeindesteuer überhaupt nicht kennen.In diesen Ortschaften werden vielfach selbst die Anteile an den gemeinsamen Abgaben nicht aufgebraucht, ja es ist sogar da und dort der Gedanke aufgetaucht, eine Art Dividendenverteilung an die Gemeindeinsassen vorzunehmen. An diesen Dingen, die jeder geordneten Wirtschaftsführung Hohn sprechen, geht die Bundesregierung achtlos vorüber.

Gewiss hat jedes Land zunächst das Recht, seine Steuerpraxis im Rahmen des geltenden Finanzverfassungsgesetzes selbstständig zu regeln. Es mögen Länder der Meinung sein, dass es besser ist, nach dem Krieg nur wenig Steuern einzuheben und dafür auch die Leistungen bescheiden zu gestalten. Solange man uns in Ruhe lässt, von uns nichts fordert, haben wirgewiss kein Recht, an der Gebarung anderer Gebietskörperschaften Kritik zu üben. Wenn aber unter Hinweis auf die ungünstige Lage der Bundesländer eine Kürzung der Wien gesetzlich zustehenden Ertragsanteile eintreten soll, dann liegen die Dinge völlig anders. Dann ist es nicht nur unser Recht, sondern geradezu unsere Pflicht nachzuprüfen, ob die angegebene Begründung wirklich stichhältig ist. Da istzunächst festzustellen, dass eine ganze Reihe von Steuern, die es in Wien gibt, nur von einzelnen Ländern eingehoben werden. Andere gehen daran achtlos vorüber. Es ist ihnen vielleicht zu geringfügig, sie sind zu nobel dazu oder sie wollen keine Missstimmung hervorrufen. Es ist natürlich viel leichter und im eigenen Lande populärer, wieder einmal etwas von den Wiener Anteilen wegzureissen. Ein paar Beispiele hiefür: Die Konzessionsabgabe ist gewiss eine der allergerechtesten Steuern. Nahezu sämtliche Gewerbe sind frei und können von jedwedem der die berufliche Eignung nachweist, betrieben werden. Niemand kümmert sich darum, ob es schon genug Schneider, Tischler, Schuster, Gemischtwarenhändler, Aerzte oder Rechtsanwälte gibt. Jeden Augenblick etabliert sich ein neuer Konkurrent und tritt in den svhärfsten Wettbewerb um die Kunden des anderen ein. Hingegen gibt es einige ganz wenige Berufszweige, bei denen die Ausübung an eine ganz besondere behördliche Genehmigung, an die Konzession oder Lizenz gebunden ist. Die Neuverleihung kann nur unter Rücksichtnahme auf den Lokalbedarf erfolgen. Das bedeutet einen ganz gewaltigen Schutz gegen übermässige Konkurrenz. Von diesen bevorzugten Gewerben eine Sonderabgabe zu verlangen, ist gewiss höchst gerecht. Es handelt sich im wesentlichen um das Gast- und Schankgewerbe, Apotheken, Buchdruckereien, Pfandleihanstalten und Kinos. Wenn man den Angehörigen der freien gewerblichen Berufe die Frage vorlegen würde, ob sie bei Einführung des Konzessionszwanges nicht gerne bereit wären, eine Sonderabgabe zu bezahlen, so würde wohl die erdrückende Masse sich zustimmend äussern. Wenn man die Gastwirte, Cafesieder, Apotheker, Pfandleiher, Kinobesitzer zusammenberufen und ihnen die Frage vorlegen würde, was ihnen lieber ist, die Erklärung ihrer Berufe als freie Gewerbe oder die Fortzahlung der Konzessionsabgabe, so wäre dies sicherlich das seltene Schauspiel, dass sich alle ganz energisch für das Steuerzahlen aussprächen. Die Vorteile sind ja ganz offensichtlich. Davon gar nicht zusprechen, dass wenn ein solches konzessioniertes Gewerbe zugrundegeht, bei den Apotheken ist dies wohl noch nicht vorgekommen, zum Schlusse wenigstens die Konzession, die ursprünglich ganz unentgeltlich verliehen worden ist, als erheblicher Wertgegenstand übrigbleibt. Die Konzessionsabgabe ist also gewiss keine bolschewistische Steuer, sondern hat innere Gerechtigkeit. Dennoch findet sie sich ausserhalb Wiens nur in Linz, Steyr, Innsbruck und einigen steirischen Gemeinden. Sonst wird an dieser Einnahmemöglichkeit gemütsruhig vorübergegangen, obwohl die Gast- und Cafehäuser, die Kinos, die Apotheken draussen oft noch ein besseres Geschäft sind als in Wien. Man kann es verstehen, dass bei der Wertzuwachsabgabe die Besteuerung des Altbesitzes unter Ausserachtlassung der Goldrechnung von den bürgerlichen Verwaltungen abgelehnt wird, wiewohl bei der Rückzahlung der Hypotheken bekanntlich auch Krone für Krone gilt. Aber seit der Stabilisierung der Währung handelt es sich ja um wirklichen Wertzuwachs im Sinne von Goldschilling. Es gibt eine Wertzuwachsabgabe in Wien, Niederösterreich und Tirol. Alle übrigen Länder haben keine Wertzuwachsabgabe und könnten daraus doch ansehnliche Einnahmen schöpfen.

Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe wurde von Graz und Innsbruck, von einzelnen Gemeinden in Steiermark und Tirol nach den Wiener System eingeführt. Niederösterreich aber erlaubt sich beispielsweise den Luxus, seine Luxusgaststätten vollkommen abgabefrei zu lassen. Wenn jemand in Wien zum Heurigen geht, hat er eine fünfzehnprozentige Abgabe zu leisten. Wenn er zum Heurigen nach Mauer, Gumpoldskirchen fährt, wenn jemand das vornehmste Restaurant am Semmering, in Baden oder Vöslau oder sonst wo aufsucht, wird er nicht mit einem Groschen zu den Ausgaben des Landes oder der Gemeinde herangezogen. Mit welchem Rechte dann aber zum Ausgleiche die Wiener Abgabenertragsanteile gekürzt werden wollen, um die anderen Landesdefizite zu beseitigen, ist unverständlich. Die uralte Abneigung der Bauern gegen das Steuerzahlen kommt bei der Fürsorgeabgabe drastisch zum Ausdruck. Der Abgabesatz soll in ganz Oesterreich gleichmässig vier Prozent ausmachen. Die Länder haben aber durch Pauschalierungen es dahin gebracht, dass die Landwirtschaft nur Bruchteile und oft nur ganz lächerliche zu entrichten hat. In Niederösterreich ist die Pauschalierung mit Gesetz vom 1. Juli 1925 erfolgt. Alle seither stattgehabten Lohnerhöhungen kommen überhaupt nicht mehr im Ertrag zum Ausdruck. Wenn sich dann eine Erhöhung der Bezüge bei den niederösterreichischen Landesangestellten als notwendig erweist, fehlt es selbstverständlich an jener automatischen Steigerung der Einnahmen, die sonst aus der Fürsorgeabgabe fliessen, weil ja schliesslich die Gehaltsbewegungen der öffentlichen Angestellten doch immer in einem gewissen Zusammenhang mit allgemeinen Lohnsteigerungen stehen. Noch krasser liegen die Dinge in Tirol. Ich spreche jetzt nicht von den armseligen Gebirgsbauern, die ohnehin keine fremdem Arbeitskräfte beschäftigen. Ich spreche von den grossen Gutsbesitzern, von den Eigentümern der Forste. Für sie gilt eine Pauschalierung, die von der Annahme ausgeht, dass die gesamte Entschädigung, die ein landwirtschaftlicher Arbeiter für ein ganzes Jahr erhält, Geldlohn und Naturalverpflegung zusammengenommen 120 Schilling ausmacht. Davon werden 4'80 Schilling als Fürsorgeabgabe entrichtet. So kommt es, dass die Gesamtheit der Tiroler Landwirtschaft im Jahre 1927 ein Pauschale von Schilling 75'562 bezahlt hat. Im ganzen Land Salzburg 78.000 Schilling. Dagegen macht die Fürsorgeabgabe der ganz verschwindend kleinen Landwirtschaft, die es im Wiener Stadtgebiet noch gibt, 146.000 Schilling aus. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, sondern ganz selbstverständlich, dass die Bundesländer Defizite haben. Aber gerade deshalb muss jede Schädigung Wiens abgewehrt werden. Umso mehr, als nach diesem System der sechsten Abgabenteilungsnovelle bald eine siebente und achte folgen würde. Stadtrat Breitner legt noch dar, wie bei einer ganzen Reihe von Ausgabeposten, so beim Irrenwesen, bei der Arbeitslosenfürsorge die Ausgaben der Grosstadt unvergleichlich stärker sind als in den landwirtschaftlichen Gebieten mit ihren einfacheren, ruhigeren Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Der Finanzreferent schliesst seine Budgetrede mit der Aufforderung, dass in dieser lebenswichtigen Frage alle Wiener ohne Unterschied der Partei zusammenstehen mögen. Sollte es nicht gelingen, diese schweren und völlig unbegründeten Eingriffe abzuwehren, so würden sich zweifellos für die Wiener Bevölkerung die unangenehmsten Folgen ergeben müssen, Fürsorgeeinrichtungen zu sperren, daran könne nicht gedacht werden. Die Wohnbauten noch weiter einzuschränken lehne die verwaltende Mehrheit unbedingt ab. Ebensowenig werde sie sich, nur weil man die Steueranteile Wiens zugunsten der Bundesländer kürzen wolle auf den Weg der Schuldenmacherei drängen lassen. Wenn dieses System vertretbar sei, dann mögen es die Bundesländer selbst anwenden. Es werde also nichts anders übrig bleiben, als Steuerbegünstigungen rückgängig zu machen, so weit es das Vetorecht des Finanzministers nicht hindert, neue Steuerbelastungen einzuführen oder sogar von dem bewährten System der Tarifpolitik der städtischen Monopole abzugehen und durch Erhöhungen der Preise Reingewinne daraus zu holen. Das müsste selbstverständlich allgemeine Teuerungswellen auslösen und die bisherige wenn auch langsame, aber doch unausgesetzte Besserung der Wirtschaftsverhältnisse in der ungünstigsten Weise beeinflussen. Deshalb sei es unbedingt notwendig, die ganze Wiener Bevölkerung auf diese drohende Gefahr eindringslichst aufmerksam zu machen und sie in ihrer Gesamtheit aufzufordern, in ihrem eigendsten Interesse und unter Zurückstellung aller Meinungsverschiedenheiten zur Stadt zu stehen.

ST.R.Kunschak (E.L.) bezeichnet es mit dem Finanzreferenten als unbestritten,dass die Gesundung unseres Wirtschaftslebens fortschreitet.Freilich ist die Verminderung der Zahl der Arbeitslosen nicht allein darauf zurückzuführen,dass ein grosser Teil von ihnen in die Arbeit zurückgeführt wurde, sondern darauf, dass ein sehr beträchtlicher Teil durch die Altersrente aus der Aufzählung der Arbeitslosen herausgezogen ist.Es ist auch richtig, dass gewisse Massnahmen der Gemeindeverwaltung zueiner Besserung der Wirtschaftslage beigetragen haben.Insbesondere hat die Investitionsbegünstigung im Rahmen der Fremdenzimmerabgabe Anlass zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit gegeben.Aber diese Massnahme der Gemeindeverwaltung hätte allein nicht den Erfolg erzielt,wenn sie nicht gepaart wäre mit dem Investitionsbegünstigungsgesetz des Bundes.Wir wollen auch nicht bestreiten, dass der Kreditverein der Zentralsparkassen zur Verminderung der Zahl der Ausgleiche und Konkurse beigetragen hat, aberwenn manbedenkt, dass im Laufe der vielen Jahre von diesem Institut,das im übrigen noch aus der Zeit Lueggrs stammt, insgesamt nur 32 Millionen Schilling an Krediten für Gewerbetreibende ausgegeben worden sind,so muss man sagen, dass das ein Tropfen auf den heissen Stein ist.Stellt man dieser Summe die Summe von 27 Millionen Schilling gegenüber,die für das sogenannte Russlandgeschäft verbürgt worden ist,bedenkt man also,dass den eigenen Bürgern nur um fünf Millionen mehr im Laufe der vielen Jahre gewährt worden sind,so muss man sagen,dass das Herz des Finanzreferenten viel wärmer für das russische Regierungssystem als für die eigenen Bürger der Stadt schlägt.Wir haben seinerzeit der Russlandaktion mit sehr gemischten Gefühlenzugestimmt, da wir das Gefühl nicht unterdrücken konnten,dass diese Kreditverbürgungen, wie die Verhältnisse derzeit in Russland liegen, sich in erster Linie als eine Notstandsmassnahme zugunsten des bolschewikischen Russlands darstellen(Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Es ist zweifellos zu begrüssen,dass die Spareinlagen von Jahr zu Jahr zunehmen und dass das Vertrauen zur Sicherheit der Spareinlagen gestiegen ist.Der Finanzreferent hat bei einer Besprechung des Spareinlagenstands auch die Angstbehebungen die bei der Zentralsparkasse vorgekommen sind hingewiesen.Er hat damit auf eine Wunde hingedeutet, die uns am 7.Oktober geschlagen worden ist und damit die grosse Gefahr bestätigt, die in solchen Dingen gelegen ist.Darin zeigt sich wie grosse die Verantwortlichkeit aller derer ist, die bei solchen Kundgebungen die Hand im Spiele haben und vielleicht genügt der Hinweis auf diese Angstabhebungen um eine Ernüchterung in den Reihender Parteigenossen des Finanzreferenten herbeizuführen und dem Blick für die Beurteilung solcher Ereignisse zu eröffnen, wie sie uns rund um den 7.Oktober geboten worden sind.GR.Kunschak beschäftigt sich sodann mit den Ausführungen des Finanzreferenten über die Abgabenteilung.Wir sind uns selbstverständlich bewusst, dass wir als Mitglieder des Wiener Gemeinderates verpflichtet sind, in erster Linie die Interessen dieser Stadt und seiner Bewohner zu wahren.Auch wenn dies in einem Ringen mit dem Finanzminister und mit anderen an der Abgabenteilung interessierten Faktoren geschehen muss.Wir sind auch gar nicht Willens,uns dieser Verpflichtung zu entziehen, sondern wollen auch hier, wie wir es wiederholt in anderen Belangen bewiesen haben, zeigen,dass uns das Interesse der Gemeinde Wien und ihrer Bevölkerung durchus nicht gleichgültig und dassuns dieses Interesse auch nicht feil ist unter irgendwelchen parteipolitischen Aspekten.(Lebhafter Beifall bei der E.L.) Aber wir müssen die Frage ganz nüchtern und leidenschaftslos behandeln und uns darübervklar werden, was eigentlich das Interesse der Gemeinde Wien ist.Es handelt sich hier durchaus nicht um eine rein fiskalische Frage, nicht um ein Rechenexempel.Vor allem darf man die Gemeinde Wien nicht mit irgendeiner beliebigen Gemeinde vergleichen. Eine Bundeshauptstadt hat Verpflichtungen,die sich in Budgetposten nicht einkleiden lassen, sie hat Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit des Reiches schon deshalb,weil sie mit ihrem Interesse in hohem Grade an das Gedeihen und die Entwicklung der üblichen Länder und Gemeinden gebunden ist.Der Gemeinde Wien kommen als Bundeshauptstadt Vorteile zu,die einem anderen Gemeindwesen nicht zufliessen. Von den Vertretern den üblichen Länder und Gemeinden wird darauf verwiesen, dass der Sitz der Zentralregierung und der Zentrelbehörden für die Stadt Wien von ungeheurem Vorteil ist.Nicht nur weil der Aufwand für diese Stellen,in Wien verbraucht wird,sondern weil diese Zentralstellen auch zwangsläufig einen grossen Teil des Fremdenverkehrs in Wien herbeiführen.Es wird daraufverwiesen, dass die Gemeinde Wien Kulturgüter besitzt, wie keine andere Gemeinde .Museen, Kunstinstitute,die zwei Staatstheater und die vielen Sehenswürdigkeiten baulicher Art. Das alles wirbt für die Stadt gibt ihr immer wieder neue Anziehungskraft und erschliesst ihr grosse Einnahmsquellen.Es wird darauf verwiesen, dass ein grosser Teil dieser Kulturgüter aus den Mitteln des Bundes erhalten werden muss und es ist immer peinlich, wenn darauf hingewiesen wird, dass diebeiden Bundestheater mit ihrem grossen Defizit nur aus allgemeinen Steuermitteln erhalten werden, dass aber die Gemeinde von diesen schwer passiven Instituten die Lustbarkeitsabgabe einhebt.Die Niederösterreicher gar verweisen darauf, dass Wien gleichzeitig auch die Hauptstadt Niederösterreichs ist, der Sitz der niederösterreichischen Landesregierung und aller niederösterreichischen Zentralbehörden, woraus sich ein Aufwand zugunsten von Wien ergibt,der dem übrigen flachen Land verloren geht.Wien ist aber auch in tausend anderen Fragen an den Verhältnissen draussen interessiert.Wenn man rings um Wien eine Verwilderung eintreten liesse, dann würde Wien viel,von seiner Anziehungskraft verlieren.Was insbesondere Niederösterreich betrifft ,so muss man bedenken, wieviel diesem Lande durch die Loslösung Wiens an Einnahmen verloren gegangen ist.Glaubt man, dass das das Land ohne weiteres ertragen kann?Gar nicht gefallen hat mir an den Ausführungen des Finanzreferenten seine Untersuchung der Finanz- und Steuergebarung der Länder und Gemeinden ausserhalb Wiens.Wir müssen es schon den Wählern draussen überlassen, wie sie sich mit ihren Landes- und Gemeindevertretungen auseinandersetzen.Der Finanzreferent möge die Rede die er hier gehalten hat, etwa dem Gemeinderat von Steyr erzählen oder den Linzer Gemeinderäten sagen, dass sie zu wenig Steuern einheben. Man muss ferner bedenken,dass die Steuergesetzgebung ausserhalb Wiens eine ganz andere ist, als in Wien,dass die Steuerträger draussen im Kreuzfeuer von zwei Steuerinteressenten von Land und Gemeinde stehen.Das Land Oberösterreich kann zum Beispiel nicht, wie der Finanzreferent anrät, eine Konzessionsabgabe einheben,weil diese Konzessionsabgabe von der Gemeinde Linz und Steyr eingehoben wird.Oder der Finanzreferent stellt die Frage,warum in Grinzing die Nahrungs- und Genussmittelabgabe gezahlt werden muss, in Semmering aber nicht.Warum greift die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung vom Semmering nicht zu dieser Abgabe? Weil sie weiss,dass das eine Verteuerung der Hotelpreise und damit den Ruin des Semmering zur Folge hätte.Ausserdem ist die Steuerkraft in der Grosstadt immer natürlicherweise grösser als auf dem flachen Lande.All das muss man bedenken wenn man zu einer richtigen Beurteilung der Frage der Abgabenteilung kommen will.

Stadtrat Kunschak beschäftigt sich dann mit den Möglichkeiten einer sparsameren Gemeindepolitik. Die Gemeindewache, führt er aus, ist nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch sehr umstritten. Zehn Jahre lang hat die Gemeinde auch unter sozialdemokratischer Verwaltung ohne eine Gemeindewache ihr Auslangen gefunden. Wir wissen, dass diese Gemeindewache ihr Entstehen nur dem politischen Parteiinteresse verdankt. (Rufe bei der Minderheit: Sehr richtig!) Man braucht

sie auch heute nicht. Sie versieht Agenden der Amtsgehilfen, aber es ist kein einziger Amtsgehilfe gegenwärtig bei der Gemeinde weniger angestellt, als vor der Schaffung der Gemeindewache. Sie soll Funktionen der Bundespolizei versehen, aber es wird kein einziger Bundespolizist weniger not-wendig sein, als früher. Es liegt eben gar kein innerliches Bedürfnis für die Gemeindewache vor. Wir bestreiten diese Einrichtung auch vom rein sachlichen Gesichtspunkt. Die Ausgabe hiefür ist sinnlos und willkürlich. Sie denken aber noch weiter an die Ausgestaltung und kämpfen um die Strassenpolizei. Sie wissen aber ganz genau, dass durch diese Vermehrung der Ausgaben bei der Gemeinde keine geringere Ausgabe beim Bund gegenübersteht. Es werden also hier grosse Summen verwirtschaftet. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit).

Der Referent hat auch auf eine andere Ausgabenpost, auf den Wohnhausbau verwiesen. Da hat er aber schon die Möglichkeit ins Auge gefasst, dass man die Mehrheit überzeugen könnte, dass auch der Weg einer Anleihe beschritten werden kann. Wir verzeichnen das mit Befriedigung. Der städtische Finanzreferent hat zugegeben, dass die Wirtschaft eine Atempause braucht, aber Sie haben die Hand von der Kehle der Steuerträger noch nicht weggegeben. Wir sind heute bezüglich des Wohnungsbaues in einer ganz anderen Situation als 1923, als Sie Ihr Wohnbauprogramm aufgestellt haben. Wenn die Ziffer richtig ist, dann wurden rund 35.000 neue Wohnungen geschaffen. Andererseits soll auch der Bund mit seiner Wohnbauförderungsaktion eingreifen und damit eine Erleichterung für die Gemeinde herbeiführen. Im Voranschlag sind nun 35.8 Millionen Schilling als Ertrag der Wohnbausteuer eingestellt. Das ist eine absolute Hausnummer, denn schon im Jahre 1926 haben wir 36.2 Millionen eingenommen. Da die Zahl der Wohnungen immer grösser wird, erhöht sich zwangsläufig die Einnahme aus der Wohnbausteuer. Bei einer achtprozentigen Verzinsung und Amortisation wäre es möglich eine Anleihe aufzunehmen, durch die das heutige Bauprogramm sieben Jahre lang im gleichen Umfang fortgeführt werden könnte. Wie sich die Dinge nach den sieben Jahren gestalten werden und was sich dann als Notwendigkeit ergeben wird, kann man heute nicht voraussagen. Aber zweifellos ist man in sieben Jahren schon in der Periode, in der sich der Geburtenrückgang ausdrückt, in der Zahl der Haushaltgründungen. Es wird sich dann zeigen, ob man das Wohnbauprogramm imselben Umfang weiter führen muss. Aber wir hätten der Wirtschaft eine wirkliche Atempause gesichert und 76 Millionen Schilling jährlich erhalten. Sollten meine Vermutungen nicht zutreffen, so könnte die Gemeinde noch immer bei der Berehnung der Mietzinse in ihren Häusern oder durch Erhöhung der Wohnbausteuer neue Mittel beschaffen.

Wir müssen die Frage der Abgabenteilung unter dem Gesichtswinkel betrachten, dass die Gemeinde Wien auf Gedeih und Verderb mit der anderen Ländern verbunden ist. Dann kommt man dazu, dass diese wirklich demagogische Art der Ausschrotung dieser Frage unzulässig ist. Stadtrat Breitner kündigt an, dass wenn ihm etwas weggenommen werden sollte, er sich durch vermehrten Steuerdruck schadlos halten werde. Das ist eine gehässige nicht vom Finanzinteresse, sondern vom Parteiinteresse diktierte Demagogie. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Dies wird auch bestätigt durch das Verhalten des Finanzreferenten ausserhalb dieses Hauses in seinen Versammlungen, wo er mit den Steuererhöhungen die Steuerträger beunruhigt. Dieses Geschäft möge er ruhig den Agitatoren seiner Partei überlassen. (Zustimmung bei der Minderheit).

Der Bund steht gegenwärtig in Verhandlungen wegen der Aufnahme der grossen Anleihe. Der Erfolg dieser Anleihe kommt zu einem grossen Teil der Gemeinde Wien zugute, weilder Bund auf Grund der neuen Mittel gewaltige Investitionen vornehmen wird, wobei insbesondere Wien grossen Nutzen zieht. Der Bund muss die Reliefschulden bezahlen. Es sind dies die Lebensmittelkredite, die in schwerster Zeit aufgenommen worden sind. Sie sind gewiss zu 70 Prozent der Wiener Bevölkerung zugute gekommen und man kann daher davon 70 Prozent als Schuld der Stadt Wien bezeichnen. Es ist jetzt ein Plan aufgestellt worden, dass diese Reliefschulden in 25 Jahresraten abgestattet werden sollen. Jahr für Jahr muss der Bund 1.3 Millionen Dollar zahlen. Wir sollten in diesem Augenblick an dieser Frage nicht vorübergehen. Die Frage der Abgabenteilung muss in ein ruhiges Fahrwasser gebracht werden, sie soll ohne Leidenschaft zu einer Lösung führen, die man als Wiener Gemeinderat verantworten kann. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Der Herr Referent hat am Schlusse seiner Ausführungen verlangt, dass man sein Budget objektiv behandeln möge. Er hat weiters verlangt, dass man diesem Budget zustimmen soll. Wir sind nur in der Lagediesen Voranschlag objektiv zu behandeln, was die ganze Debatte beweisen wird. Wir sind aber nicht in der Lage für den Voranschlag zu stimmen Wir haben es einmal, im Jahre 1919, beim ersten Budget der gegenwärtigen Mehrheit getan. Wir wollten damit herbeiführen, dass das Budget rein sachlich betrachtet und hinausgehoben wird über den Widerstreit der politischen Meinungen. Wir haben uns schwer getäuscht. Ich war damals als Obmann so naiv zu glauben, dass man einen solchen Standpunkt akzeptieren und Verständnis entgegenbringen wird. Sie haben aber alles getan, um es der Opposition unmöglich zu machen, für das Budget zu stimmen. Ein schwerer Mangel Ihrer Verwaltung ist der Sinn für politische Sauberkeit. Sie werden verlangen, dass ich dieses Urteil begründe. Ich will mich dieser Pflicht nicht entziehen. Im Jahre 1927, bei den allgemeinen Wahlen, haben wir die Feststellung gemacht, dass im Bezirk Währing eine notorische Wählerfälschungsburg aufgerichtet wurde. Das wurde anfangs bestritten, aber der Verfassungsgerichtshof hat die Wahl aufgehoben. Wir haben eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet und sie ist hineingestiegen. Seither haben die Gerichte gesprochen. Aber die gerichtliche Austragung ist noch lange nicht auf dem Höhepunkt angelangt. Wir werden noch mehr hören, als schon jetzt durch diese Gerichtsverhandlungen bekannt wurde. Der Staatsanwalt hat die städtischen Wohnbauten als Brutstätten des Wahlschwindels bezeichnet.Eine Reihe von Fällen haben auch zur bedingten und unbedingten Verurteilung geführt.Der Währinger Wahlschwindel war nicht ohne schwere Missbräuche möglich.In der Wählerliste waren viele Leute,die gar nicht im Bezirk gemeldet waren.So hat das Cottagesanatorium einem Angestellten bewusst eine falsche Wohnbestätigung gegeben.Ein Anton Kastner ist in die Wählerliste auf Grund einer Bestätigung des Cottagesanatoriums gekommen,dass er dort eine Dienstwohnung habe.Dieser Kastner ist am 22.Juli 1922 von Wien abgemeldet worden,er war im April 1927 gar nicht in Wien.Sein polizeilicher Meldezettel vom 23.Juli 1927 gibt als früheren Wohnort Baumgartenberg in Oberösetrreich an.Auf Grund der betrügerischen Bestätigung hat ih der Magistrat in die Wohnungsliste aufgenommen.(Stadtrat Rummelhardt: Wo sind denn die Herren aus Währing?Schämen Sie sich!Gemeinderat Bermann: Es sind einige Herren aus der Zeit Pawelkas da!)Solche Fälle sind aber nicht vereinzelt.Eine Marianne Korger,ein Paul Weiss und ein Leopold Panitschek wurden wegen Wahlschwindels zu strengen Arrest verurteilt.(Rufe bei den Sozialdemokraten:Die Wahlschwindler von 1907 wurden nicht bestraft!)Die waren alle aus dem Cottagesanatorium.Die Korger ist Ausländerin,der Weiss Ausländer und Panitschek war zur Wahl erst 19 Jahre alt.Die Leute hatten keinen Meldezettel und keinen Heimatschein und sind trotzdem in die Wählerliste gekommen.Es ist festgestellt worden,dass alle diese Leute,denen die wichtigsten Dokumente fehlten,auf Grund der Reklamation des Bezirksrates Papuschek in die Wählerliste gekommen sind.Wenn Sie auf die politische Sauberkeit Ihrer Partei etwas halten würden,könnte Papuschek heute nicht mehr ein öffentlicher Funktionär sein,und wenn Sie auf die Sauberkeit der Verwaltung etwas geben würden,hätten Sie die betreffende Magistratsabteilung, die die Aufnahme dieser Leute in die Wählerliste durchführte,längst zur Verantwortung ziehen müssen.So aber wurde gegen die Beamten nicht einmal eine Untersuchung eingelei-

tet.So ein effektiver Gesetzesbruch kann nicht gesühnt sein,wenn die Opfereingesperrt werden,die wahren Schuldigen sich aber jeder Freiheit erfreuen.Papuschek hat sich noch mehr geleistet.Seine Reklamationen zählen nach hunderten.Wir werden aber nicht locker lassen,bis nicht das ganze Nest gesäubert ist.Auch das Entbindungsheim in Währing zählt Wahlschwindel.Auf Grund einer Reklamation des Papuschek hat eine Klara Nettel in Währing gewählt.Die Erhebungen aber haben ergeben, dass die Nettel weder im Entbindungsheim gewohnt,noch dort gemeldet war.Sie war vielmehr im IV.Bezirk gemeldet,wo sie auch gewählt hat. Eine Auguste Fogt hat ebenfalls nie im Entbindungshei m gewohnt,sie wohnt vielmehr in Döbling in der Panzergasse,wo sie ebenfalls gewählt hat.Als Ersatz für den Meldezettel haben diese Leute betrügerische Wohnungsbestätigungen gehabt.(Rufe bei der Minderheit:Da kann man leicht Wahlen machen!) Auf Grund der Reklamation des Herren Papuschek wurden also Leute ohne Meldezettel und ohne Heimatschein in die Wählerliste aufgenommen.Unter der Zahl 900 war in der Wählerliste des städtischen Hauses in der Anastasius Grüngasse eine Juliane Grüner, die weder dort gemeldet war,noch jemals dort gewohnt hat,Der Magistrat,der zugegeben hat,dass die Grüner keine Dokumente vorgelegt hat, hat sich auf Namensverschreibung ausgeredet.Es sollte richtig Juliane Pinkafeld heissen,die aber sowieso unter der Nummer 74 in die Wähler-Liste aufgenommen worden war. In den Wohnhaus- und Siedlungsbauten hatten 27 falsche Eintragungen gegeben. Und der Bürgermeister hat in einem Akt, den er unterschieben hat, zugegeben, dassin diesen Fällen das Wahlrecht erschlichen worden ist. (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Minderheit). Da muss man fragen, ob und wie es möglich ist, dass man sich das Wahlr cht erschleichen kann. Des Rätsels Lösung ist, dass Herr Papuschek die Reklamationen gemacht hat. Die Gemeindeverwaltung kann das nicht ruhig hinnehmen. Es kann nicht dabei bleiben, dass nur die Opfer des Herrn Papuschek eingesperrt werden und dass der Gemeinde daraus Kosten erwachsen. Es muss festgestellt werden, welche Organe im sträflichen Einverständnis mit Papuschek falsche Angaben in die Wählerlisten aufgenommen haben und wird dafür gesorgt werden, dass auch diejenigen in die Untersuchung kommen, die die eigentlichen Schuldtragenden sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste)

In Ihrer Verwaltung wirkt sich Willkür und Inkonsequenz aus, namentlich auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung. Renoviert ein Hotelier, so bekommt er, was sehr vernünftig ist, weitgehende Steuerermässigungen. Andere Geschäftsleute aber nicht. In einzelnen Fällen wurden Stadtkaffeehäuser, die Renovierungen vorgenommen haben, zugesagt, dass ihre Nahrungs- und Genussmittelabgabe nicht erhöht werden wird.Einer Kaffeesiederin wurde dies von der Genossenschaft namens des Magistrats ebenfalls zugesagt, nach der Renovierung wurde ihr aber die Nahrungs- und Genussmittelabgabe von neun auf dreizehn Prozent erhöht. (Hört! Hörtrufe bei der Minderheit). Des Rätsels Lösung ist, dass es sich da um das Kaffee Prückl handelt. (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Einheitsliste und andauernde Zwischenrufe - GR Gschladt: Das Stammkaffeehaus des Herrn Schleifer. Das ist brutale Willkür. In der Steuerverwaltung betreiben Sie ein schäbiges Spitzelsystem. Es ist wirklich entwürdigend für einen Beamten, dass er sich in ein Lokal hinsetzen muss und sich durch grosse Zechen anbiedert um ungestört kontrollieren zu können. Die ganze gesittete Welt war einmal entrüstet über das schamlose System der agent provocateurs. Dieses System haben Sie im Zeichen der Freiheit auf das Gebiet der Steuerverwaltung übernommen und missbrauchen städtische Beamte dazu. 32.000 Schilling wurden für Rechnungen dieser Beamte verausgabt, Darunter befinden sich auch Rechnungen für Beamte, die nicht den Sinn dafür haben, die gemein es ist, ihre Frauen in ein Hotel zu schleppen, um den Nachweis zu erbringen, dass das betreffende Hotel ein Stundenhotel ist. (Stürmische Hört! Hörtrufe und Rufe: Schande! Skandal! bei der Einheitsliste).

GR.Kolassa (E.L.) Das ist Freiheit!

GR.Uebelhör (E.L.) Für solche Zutreiberdienste muss sich bedanken.

GR.Rummelhardt: Die Beamten können nichts dafür, aber die Auftraggeber!

GR.Kunschak: Bemerkt, er habe alle diese Dinge vorgebracht, um der Oeffentlichkeit darzutun, dass es seiner Partei unmöglich sei, diesem Budget zuzustimmen. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste).

GR Rummelhardt bemerkt, aus der Rede des Gemeinderates Kunschak ergebe sich, dass die Sozialdemokraten ihre Mehrheit nur einem vom Gericht gebrandmarkten Wahlschwindel und ihrer Demagogie verdanken. Wenn einmal die Papuscheks aus den 21 Wiener Bezirken weg sind und wenn Sie nicht mehr das Schlagwort des Mieterschutzes haben, werden Sie in dieser Majorität im Gemeinderat nicht mehr sitzen. Es ist begreiflich, dass Ihren Führern vor den Parteigenossen die derartige Dinge aufführen, schon ein bisschen schummelig ist. Stadtrat Rummelhardt bemängelt sodann, dass aus dem Voranschlag nicht die Bezüge der Vizebürgermeister und der nicht amtsführenden Stadträte in ersichtlich sind, was umso bedauerlicher ist, als in der Bevölkerung die Meinung verbreitet ist, dass die nichtamtsführenden Stadträte die gleichen Bezüge haben, die die amtsführenden, während die amtsführenden in Wirklichkeit 2300 S,die nichtamtsführen nur 373 S beziehen. Stadtrat Rummelhardt beschäftigt sich sodann mit der im Laufe des Jahres beschlossenen Verfassungsänderung und bezeichnet es als einen Hauptfehler, dass die Kumulierung von Gemeinde und Landesverwaltung durch diese Aenderung nicht beseitigt wurde. Es wird eine durchgreifende Revision der Wiener Verfassung stattfinden und die Verfassung so geklärt werden müssen, dass sie wirklich von allen Bürgern verstanden wird. Er bemängelt es ferner, dass der Rechnungsabschluss und der Voranschlag nicht separate Ausweisungen für Land und Gemeinde enthält und stellt den Antrag, dassder Gemeinderat das Erfordernis der Verwaltungsangelegenheit von Wien als Land und die betreffenden Ausgaben sowohl im Voranschlag wie im Rechnungsabschluss der Gemeinde von den übrigen Ausgaben gesondert anzuführen hat.

Nach dem Voranschlag beträgt der gesamte Personalaufwand 182,392.630 Schilling. Das sind um 12.529 700 Schilling mehr als im Vorjahr. Wir haben nichts dagegen, dass Personal aufgenommen wird. Wir können es aber als Vertreter der christlichen Bevölkerung nicht dulden, dass nur junge Leute aufgenommen werden, die den Nachweis erbringen, dass sie sozialdemokratisch organisiert sind. Es ist ein grosses Unrecht, dass hier an diesem Teil der Bevölkerung verübt wird. Aehnlich ist es auch im pädagogischen Institut der Gemeinde Wien. Wenn man die Namen und die Zahl der Vortragenden betrachtet und die Tendenz verfolgt, kann man dieses Institut ruhig als eine sozialdemokratische Bildungsanstalt bezeichnen. Wenn dort wirklich Andersdenkende aufgenommen werden, so können sie absolut keine Anstellung finden, wenn sie nach Beendigung der Schule nicht dem roten Zentralverein beigetreten sind. Auch in der Hoheitsverwaltung ist es mit den Anstellungen nicht anders. Auch dort werden nur solche Leute aufgenommen, die ihre Angehörigkeit zur sozialdemokratischen Organisation nachweisen können. Wir verlangen, dass auch unsere Söhne und Töchter angestellt werden, denn die Stadt Wien ist ebenso die Mutter unserer Kinder, wie die Mutter Ihrer Kinder. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Ich kann Ihnen auch einen Weg zeigen, wie man bei den Anstellungen gerecht

vorgehen kann. Nehmen Sie alle Gesuche und lassen Sie dieselben nach dem Termin der Einreichung ordnen. Dann prüfen Sie durch ein nach dem Proporz zusammengesetzte Kommission und niemand kann Ihnen dann mehr den Vorwurf einer parteipolitischen Vorgansweise machen. Auch bei den Vorrückungen der Angestellten haben Sie sich ein eigenes System zurecht gelegt. Die Zukunft des Beamtenstandes ist abhängig von den Parteivertrauensmännern. Es ist dies eine ganz verkehrte Auffassung der Personalvertretungen von ihren Pflichten. Sie haben die Pflicht die Rechte der Beamten dem Dienstgeber gegenüber zu vertreten, nicht aber den Willen des amtsführenden Stadtrates durchzusetzen. Beim Bund hat man niemals derartiges gehört. Dort liegt das Schicksal der Beamten beim Fünfundzwanzigerausschuss, der unparteiisch zusammengesetzt ist. Sie dürfen nicht glauben, dass Sie Ihre erschwindelte Mehrheit im Rathaus dazu benützen können, um auch auf die Angestellten parteipolitisch einzuwirken. Wir müssen darauf bestehen, dass sowohl bei den Anstellungen, als auch bei den Vorrückungen volle Gerechtigkeit geübt wird. Der Personalreferent hat zwar in öffentlicher Sitzung versprochen, dass er von seiner ungerechten Methode abgehen wird, allein uns fehlt der Glaube. Was für die Beamten gesagt wurde, das gilt auch für die Schulleiter. Die Schulleiterernennungen sind eine kulturelle Sache. Jeder Schulleiter drückt der Schule den Stempel seiner Mentalität auf. Nun ist ein Drittel der Bevölkerung christlich gesinnt. Aber dieses Drittel hat kein Recht, Schulleiter ihrer geistigen Mentalität zu besitzen. Wohl wurden in der letzten Zeit auch einige christliche Schulleiter ernannt. Aber das Ausmass ist zu gering. Wir müssen im Interesse unserer Lehrer und auch unserer Kinder eine stärkere Berücksichtigung fordern. Sie und Ihre Freidenker werden die katholische Kirche nicht umbringen. Die Freidenker wollen überhaupt alles abschaffen (GR. Untermüller: Nur die Juden nicht!) An Stelle des im Reichsvolksschulgesetz verankerten Religionsunterrichtes wollen sie einen freidenkerischen Moralunterricht einführen, aber nicht für die konfessionslosen Kinder allein, sondern für alle. Die Schulzimmer dürfen nicht ''' zu derartigen Zwecken missbraucht werden. Die Pflicht des Stadtschulrates wäre es, das zu verbieten. Ein Fehler ist es auch, dass die Angelegenheiten des Schulwesens der Gemeindeverwaltung zu sehr entzogen werden. Die Gemeinde darf vom Schulwesen nicht ausgeschaltet werden. Wir verlangen mit allem Nachdruck, dass der Wiener Gemeinderat als Landtag so wie jedes andere Land von den Schulbehörden über ihre Tätigkeit Rechenschaft fordert. Wir verlangen, dass ein eigener Stadtrat mit dem Referat über das Schulwesen betraut wird, der dem Wiener Landtag und Gemeinderat verantwortlich ist. Glöckel fühlt sich als Unterrichtsminister, weshalb zwischen ihn und dem Unterrichtsministerium immer Zänkereien bestehen. Diese hätten wohl im Interesse der Wiener Schulkinder endlich aufzuhören. Der Stadtschulrat ist dem Ministerium untergeordnet, er muss den Weisungen des Ministeriums folgen und darf daher kein parteipolitischer Exponent der sozialdemokratischen Partei sein. Die Schulinspektoren sind auch Organe des Bundes, sie dürfen sich ebenfalls nicht zuparteipolitischen Ausführungsorganen der sozialdemokratischen Partei hergeben. Wir haben uns die Methodische Schulreform, so weit sie vernünftig war, auch zu Eigen gemacht. Sie aber haben den reinen Gedanken der Schulreform durch Parteipolitik beschmutzt und es wäre höchste Zeit, die Schulreform endlich einmal der parteipolitischen Agitation zu entgleiden. Der Redner wendet sich dann der Besprechung der Kunstförderung der Gemeinde Wien zu und bespricht ausführlich das Theaterwesen. Wir haben in Wien sieben gesperrte Theater. Neben dem vom Bühnenverein geforderten 12 Monatvertrag ist an der Wiener Theatermisäre zum Teil auch die hohe Lustbarkeitsabgabe schuld. Da sollte sich Stadtrat Breitner ein Beispiel an dem Berliner Finanzreferenten nehmen, der für jene Kunstinstitute und Theater, die höhere Kunst betreiben, die Lustbarkeitsabgabe einfach gestrichen hat. Die Berliner Theater gehen sehr gut. Das grosse Schauspielhaus Berlin bringt seit Monaten "Casanova" und erzielt täglich 17.000 Mark. Das Metropoltheater bringt "Friedericke" von Lehar und P brzielt täglich 2000 Mark. Das Theater am Schiffbauerdamm bringt die "Dreigroschenoper" mit ungewöhnlichem Erfolg. Bei uns muss mit dem System gebrochen werden, dass derjenige , der ein Theater übernimmt um es zu heben, für einen anderen die Schuld bezahlen muss. Das System der Lustbarkeitsabgabe hat solche Auswüchse gezeitigt, dass dem Finanzreferenten nichts anders übrig bleiben wird, als einen diecken Strich durch alle Schulden zu machen. Es würde uns uns im übrigen auch interessieren, ob der Herr Beritsch dem Bühnenverein und der Gemeinde dieselben Kautionen hat leisten müssen, wie sie die bürgerlichen Theaterdirektoren leisten müssen. Die Erfahrungen die man mit der sozialistischen Bühne im Carltheater gemacht hat, zeigen, dass die Beritsch und Wachs in Wien keinen Platz haben. Die Wiener Kunst ist bodenständig, der Wiener Geschmack will mit solchen bolschewikischen Dingen nichts zu tun haben. Die Wiener Bevölkerung hat zum grössten Teil auch in der Kunst die christlich germanische Einstellung und hoffentlich wird sich diese Einstellung nie zum Schaden unserer Stadt ändern. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Dr. Wagner (E.L.) bemerkt Stadtrat Breitner könne die Behauptung nur ironisch gemeint haben, dass es sich bei dem Voranschlag 1929 um ein normales Budget handelt. Es ist in Wirklichkeit das normale Budget einer abnormalen Wirtschaftsauffassung. Es ist aber auch, wie die Voranschläge der frühren Jahre ein Budget des Unaufrichtigkeit. Schon aus den Ziffern die für die Abschreibungen in den städtischen Unternehmungen angegeben werden ergibt sich, dass das Defizit auch dieses Voranschlages nicht ernst zu nehmen ist , dass es vielmehr ebenso wie das Defizit der früheren Jahre ein rein politisches Defizi t ist. Der F Finanzreferent hat nichts erwähnt von den empfindlichen Steigerungen in den Eingängen der Fürsorgeabgabe, der Fremdenzimmerabgabe, der Automobilabgabe, der Lustbarkeitsabgabe, der Nahrungs- und Genussmittelabgabe und der Immobiliargebühren wohl aber, hat er erklärt, dass Steuerermässigungen nicht zu erwarten seien, ja er hat sogar Steuererhöhungen angedroht. Die Politik des Terrors scheint man nun auch in der wichtigen Frage der Abgabenteilung betreiben zu wollen. GR. Dr. Wagner schildert sodann ausführlich die Geschichte der Abgabenteilung und stellt fest, dass der Schlüssel, der dem heutigen Abgabenteilungssystem zugrunde liegt, ein Entgegenkommen gegenüber der Wiener Gemeindeverwaltung in einer Zeit der Enge des Wiener Haushalts bedeutet hat. W

In einer Polemik zu den Ausführungen des Finanzreferenten über die Abgabenteilung weist GR. Dr. Wagner darauf hin, dass die direkten Steuern zwar zu 74 Prozent in Wien vorgeschrieben werden, dass sie aber tatsächlich von einer Reihe von Betrieben gezahlt werden, die draussen in den Ländern liegen und es ist daher nur gerechtfertigt, dass ein grösserer Teil der Personaleinkommensteuer zufliesst als Wien. Was die Warenumsatzsteuer betrifft, so ist es zwar richtig, dass Wien die grösseren Umsätze erzielt, aber nur deshalb, weil die Leute aus den Ländern in Wien einkaufen, während sich der Konsum in den Bundesländern vollzieht. Im übrigen braucht man von den Entgängen aus der Abgabenteilung keine Erschütterung des Wiener Budgets zu befürchten, denn die Erfahrung zeigt, dass sich Stadtrat Breitner gerade bei den Ertragsanteilen immer eine sehr schöne Reserve gesichert hat. Zu berücksichtigen ist ferner, dass der Gemeinde Wien eine Reihe von Aufgaben nicht obliegen, die den anderen Bundesländern sehr schwere Sorgen machen. Dr. Wagner stellt sodann die Einnahmen gegenüber die einerseits das Land Niederösterreich und andererseits Wien als Land und als Gemeinde aus den Ertragsanteilen bezieht und stellt fest, dass Wien nach dem Bevölkerungsschlüssel als Land um 24 Millionen und als Gemeinde um 25 Millionen mehr bezieht. Es ist daher kein Verbrechen, gegenüber den Steuerträgern von Wien, wenn man den Finanzreferenten auffordert, sich den anderen Bundesländern gegenüber ebenso mild zu erweisen, wie sich die anderen Bundesländer im Jahre der ersten Ab-

gabenteilung Wien gegenüber erwiesen haben. Wir hoffen daher, dass die Drohung mit Steuererhöhungen nicht zur Wahrheit werden wird, dass vielmehr der Finanzreferent sich bereit findet, mit dem Finanzminister über die Frage der Abgabenteilung auseinander zu setzen. Schliesslich verweist GR.Dr.Wagner noch darauf, dass ein bedeutender Teil der Hilfskredite in Wien aufgezehrt wurde und dass auch die mit den Völkerbundkrediten vorgenommenen Investitionen, die die Legung des Kabelnetzes, der Ausbau der Telephons, die Elektrifizierung der Bundesbahnen zum weitaus grösseren Teile Wien und dem Wiener Verkehr zugute gekommen sind. So hat auch Wien schon aus Gründen der Unzerreissbarkeit die Pflicht, dem Lande Niederösterreich in seiner Defizitnot beizuspringen. Wien darf sich einfach nicht als ganz isoliertes Land betrachten. Der Redner spricht sodann zur Russlandhaftung der Gemeinde Wien, wobei er seiner Meinung Ausdruck gibt dass der Betrag von nur 27 Millionen Schilling für die Russlandhaftung auch ein Beweis dafür ist, dass in der Geschäftswelt ein absolutes Misstrauen gegen das kommunistische Russland obwaltet. Die nächsten Ausführungen des Gemeinderates Wagner beschäftigen sich mit dem österreichischen Fremdenverkehr. Der Redner erklärt, dass an diesem gerade Wien der grösste Nutzniesser ist. Die Belastung des Fremdenverkehrs durch die Fremdenzimmerabgabe, Nahrungs- und Genussmittelabgabe, Lustbarkeitsabgabe u.dgl. ist eine überaus drükkende. Zum Begriff einer Grosstadt gehört eben auch ein Luxus und ein Unterhaltungswesen. Durch die Lustbarkeitsabgabe haben Sie aber das Wiener Nachtleben erschlagen. Den Luftschiffverkehr, den die Bundesregierung mit allen Kräften fördert, drosseln Sie ebenfalls mit kleinlichen bürokratischen Schikanen. Bei der Besprechung der Wiener Wohnbaupolitik erklärt GR.Wagner, dass nur die private Wohnbautätigkeit das Wohnungselend drosseln könne. Deshalb müsse auch die private Bautätigkeit aus öffentlichen Mitteln gefördert werden. Der Voranschlag zeigt Ihre alten Tendenzen. Er ist parteipolitisch eingestellt und beweist, dass Sie Ihre kommunistischen Experimente fortsetzen wollen. Es ist daher einer bürgerlichen Partei nicht nur unmöglich, dem Voranschlag zuzustimmen, sondern der Voranschlag fordert jede bürgerliche Partei zum schärfsten Widerstand heraus. Eine aufreizende Post ist die der Wiener Gemeindewache, und wir fragen den Stadtrat Breitner, was ihn berechtigt, für das nächste Jahr einen Stand von 100 Mann Gemeindewache anzunehmen. Wenn die sozialdemokratische Partei wirklich ehrlich abrüsten wollte, müsste sie vor allem die Wiener Gemeindewache abrüsten. Die neuerliche Einstellung einer Post für die Gemeindewache zeigt, dass sie nicht gewillt sind, den Weg der Abrüstung zu gehen. Dr.Wagner erklärt zum Schlusse, seine Partei, wolle mit der Ablehnung dieses Budget ihren Protest gegen die Methoden bekunden, mit denen die Wiener Gemeinde verwaltet und einer schlechten Zukunft zugeführt wird. (Beifall bei der Minderheit).

Der Vorsitzende Gemeinderat Hofbauer schliesst um 22 Uhr die Sitzung. Die Beratungen werden morgen um 16 Uhr fortgesetzt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 390
Karl H o n a y

Wien am Freitag den 14.Dezember 1928

Erneuerung der Augartenbrücke.Bekanntlich beabsichtigt die Gemeinde Wien die nächst dem Schottenring über den Donaukanal führende Augartenbrücke zu erneuern.Mit der Abtragung des Brückentragwerkes wird am Donnetstag, den 27 Dezember begonnen.Gleichzeitig wird der flussabwärtige Gehsteig gesperrt,der bisher neben der anfangs November eröffneten Hilfsbrücke für den Fussgeherverkehr offengehalten worden ist.

Die Ausgabe der Autosteuertafeln für 1929.Um einen allzugrossen Andrang von Parteien im Laufe des Monates Jänner zu vermeiden,wird der Magistrat mit der Ausgabe der Steuertafeln für das Jahr 1929 für Autotaxi schon am Montag,den 17 Dezember,beginnen.Die Besitzer von Platzkraftwagen werden daher in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, von kommenden Montag an die Abholung der Steuertafeln gegen Bezahlung von je 18 Schilling für das erste Quartal 1929 zuveranlassen.Die Steuertafeln werden an allen Werktagen von 8 Uhr bis 14 Uhr und am 24.Dezember von 8 Uhr bis 12 Uhr im Neuen Rathaus,II Stock,Tür 16, ausgegeben Zur Behebung der Steuertafeln sind unbedingt das Typenprüfungszeugnis,die Kennzeichenausfertigung und die Lizenzurkunden erforderlich Ausserdem werden vom 17 Dezember an auch die Abgabekennzeichen für die von der Kraftwagenabgabe befreiten Körperschaften und Personen gegen Vorweisung des Typenprüfungszeugnisses und der Kennzeichenausfertigung ausgegeben.Exterritoriale haben auch ein Dokument beizubringen,aus dem die Abgabebefreiung unzweifelhaft hervorgeht.

Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck".Bekanntlich hat auch heuer die Gemeinde Wien den Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck"ausgeschrieben. Die Ueberreichungen der anlässlich des Wettbewerbes verliehenen Auszeichnungen finden übermorgen Sonntag um 10 Uhr und um 11 Uhr vormittags im Gemeinderatssitzungssaale des Neuen Rathauses statt.

Ausgestaltung des städtischen Volksbades Florianigasse.Heute wurde im städtischen Volksbad in der Josefstadt,Florianigasse 24,die neue errichtete Einzelbrausebadeabteilung für Frauen eröffnet.Es entfallen damit die abwechselnden Badetage für Frauen und Männer.Die Einzelbrausebadabteilungen stehen von heute an sowohl für Männer als auch für Frauen von Mittwoch bis Sonntag inBetrieb.

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.Am 1.Jänner beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien,VI.,Brückengasse 3, neue dreimonatige Kurse Ein täglicher Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche,zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs,ein Abendschneiderkurs und ein Weissnähkurs,und einmal wöchentlich ein Servierkurs.Der Abendkochkurs wird in Abteilungen für Anfänger und Vorgeschrittene geführt.Ein Anfängerkurs findet auch in der Zweigstelle III. Petrusgasse 1o statt.Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr, an Samstagen von 10 bis 13 Uhr.Prospekte beim Schulwart.

Autobussverkehr am Silbernen und Goldenen Sonntag.Zur Bequemlichkeit des Publikums findet am Silbernen und Goldenen Sonntag der Autobusstagverkehr wie an gewöhnlichen Werktagen statt.

451.653 Gaskonsumenten in Wien.Die Aufwärtsbewegung der Zahl der Gasabnehmer,die seit Jahren zu verzeichnen ist,hält unvermindert an.Während am 31.Dezember 1913 in Wien nur 211 815 Gaskonsumenten waren, zählten die Wiener städtischen Gaswerke am 3o.November dieses Jahres nicht weniger als 451.653.Die Zahl der Gaskonsumenten hat sich daher gegenüber dem Jahre 1913 nicht nur verdoppelt,sondern ist darüber hinaus noch um rund 28.000 [illegible] im November wurden insgesamt 2047 neue Gasmesser aufgestellt.

zu schleppen, um den Nachweis zu erbringen, dass das betreffende Hotel ein Stundenhotel ist. (Stürmische Hört! Hörtrufe und Rufe: Schande! Skandal! bei der Einheitsliste).

GR. Kolassa (E.L.) Das ist Freiheit!

GR. Uebelhör (E.L.) Für solche Zutreiberdienste muss sich bedanken.

GR. Rummelhardt: Die Beamten können nichts dafür, aber die Auftraggeber!

GR. Kunschak: Bemerkt, er habe alle diese Dinge vorgebracht, um der Oeffentlichkeit darzutun, dass es seiner Partei unmöglich sei, diesem Budget zuzustimmen. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste).

GR. Rummelhardt bemerkt, aus der Rede des Gemeinderates Kunschak ergebe sich, dass die Sozialdemokraten ihre Mehrheit nur einem vom Gericht gebrandmarkten Wahlschwindel und ihrer Demagogie verdanken. Wenn einmal die Papuscheks aus den 21 Wiener Bezirken weg sind und wenn Sie nicht mehr das Schlagwort des Mieterschutzes haben, werden Sie in dieser Majorität im Gemeinderat nicht mehr sitzen. Es ist begreiflich, dass Ihren Führern vor den Parteigenossen die derartige Dinge aufführen, schon ein bisschen schwummelig ist. Stadtrat Rummelhardt bemängelt sodann, dass aus dem Voranschlag nicht die Bezüge der Vizebürgermeister und der nicht amtsführenden Stadträte ersichtlich sind, was umso bedauerlicher ist, als in der Bevölkerung die Meinung verbreitet ist, dass die nichtamtsführenden Stadträte die gleichen Bezüge haben, wie die amtsführenden, während die amtsführenden in Wirklichkeit 2300 S, die nichtamtsführen nur 373 S beziehen. Stadtrat Rummelhardt beschäftigt sich sodann mit der im Laufe des Jahres beschlossenen Verfassungsänderung und bezeichnet es als einen Hauptfehler, dass die Kumulierung von Gemeinde und Landesverwaltung durch diese Aenderung nicht beseitigt wurde. Es wird eine durchgreifende Revision der Wiener Verfassung stattfinden und die Verfassung so geklärt werden müssen, dass sie wirklich von allen Bürgern verstanden wird. Er bemängelt ferner, dass der Rechnungsabschluss und der Voranschlag nicht separate Ausweisungen für Land und Gemeinde enthält und stellt den Antrag, dass der Gemeinderat das Erfordernis der Verwaltungsangelegenheit von Wien als Land und die betreffenden Ausgaben sowohl im Voranschlag wie im Rechnungsabschluss der Gemeinde von den übrigen Ausgaben gesondert anzuführen hat.

Nach dem Voranschlag betragt der gesamte Personalaufwand 182,392.630 Schilling. Das sind um 12,529.700 Schilling mehr als im Vorjahr. Wir haben nichts dagegen, dass Personal aufgenommen wird. Wir können es aber als Vertreter der christlichen Bevölkerung nicht dulden, dass nur junge Leute aufgenommen werden, die den Nachweis erbringen, dass sie sozialdemokratisch organisiert sind. Es ist ein grosses Unrecht, dass hier an diesem Teil der Bevölkerung verübt wird. Aehnlich ist es auch im pädagogischen Institut der Gemeinde Wien. Wenn man die Namen und die Zahl der Vortragenden betrachtet und die Tendenz verfolgt, kann man dieses Institut ruhig als eine sozialdemokratische Bildungsanstalt bezeichnen. Wenn dort wirklich Andersdenkende aufgenommen werden, so können sie absolut keine Anstellung finden, wenn sie nach Beendigung der Schule nicht dem roten Zentralverein beigetreten sind. Auch in der Hoheitsverwaltung ist es mit den Anstellungen nicht anders. Auch dort werden nur solche Leute aufgenommen, die ihre Angehörigkeit zur sozialdemokratischen Organisation nachweisen können. Wir verlangen, dass auch unsere Söhne und Töchter angestellt werden, dem die Stadt Wien ist ebenso die Mutter unserer Kinder, wie die Mutter Ihrer Kinder. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Ich kann Ihnen auch einen Weg zeigen, wie man bei den Anstellungen gerecht

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n e y 391

Wien, Freitag, den 14. Dezember 1928. Zweite Ausgabe.

W I E N E R G E M E I N D E R A T.

Beratung des Hauptvoranschlages.

Sitzung vom 14. Dezember 1928.

Der Wiener Gemeinderat setzte heute die Generaldebatte über den Voranschlag für das Jahr 1929 fort. Bürgermeister Seitz eröffnete um 16 Uhr die Sitzung. Zum Worte gelangte Gemeinderat Zimmerl (E.L.), der zunächst ausführte, dass von einer Besserung der Wirtschaftslage im Allgemeinen nicht gesprochen werden kann, solange sich nicht die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten gebessert hat und der Verproletarisierung gewisser Schichten Einhalt geboten wurde. Die Höhe der Spareinlagen ist kein absolutes Anzeichen für die Besserung der Wirtschaft. Der Wunsch des Finanzreferenten, die Gelder sollen sich lieber bei der Gemeinde, als in der Hand eines Einzelnen ansammeln, ist unverantwortlich und unsinnig. Ein Finanzreferent muss die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes anstreben, die Interessen der Bevölkerung wahren und darf keine Thesaurierungspolitik betreiben. Bereicherung und Thesaurierung sind Begriffe, die man in der öffentlichen Verwaltung nicht kennen darf. In der Wahlbewegung haben Sie den Gewerbetreibenden eine grosszügige Gewerbeförderung versprochen. Was Sie aber Gewerbeförderung nennen, ist geradezu eine Frozzelei der Gewerbeförderung. Im Voranschlag haben Sie 20.000 Schilling dafür eingesetzt, das ist gerade die Subvention für die Naturfreunde. Ihre Subventionspolitik ist rein parteipolitisch eingestellt, Sie verweigern uns deshalb den Einblick und die uns rechtmässig zustehende Kontrolle über die Subventionsgebarung. Ich habe den Voranschlag für das Jahr 1928 den des Eingeständnisses genannt. Der Voranschlag für 1929 ist der der Unverbesserlichkeit, weil Sie erstens die guten Erfolge, die Sie mit den Steuerreformen erzielt haben, nicht weiter fruktifizieren, zweitens weil Sie mit der bisherigen Finanzierung des Wohnhausbaues fortfahren, drittens weil Sie die verlustbringenden Betriebe erst dann abgeben, wenn schon ein grosser Schaden für die Gemeinde erwachsen ist, viertens weil Sie Ihre Thesaurierungspolitik weiterführen, fünftens weil Sie von der Entpolitisierung der Verwaltung nichts wissen wollen und sechstens, weil Ihnen die Verarmung der Bevölkerung ganz gleichgiltig ist, Ihnen aber dafür die Bereicherung der Gemeinde am Herzen liegt. Eine Reform des Wiener Steuerdruckes ist unerlässlich. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind 649 Steuerbeschwerden an die Beschwerdekommission gegangen. In 71 Fällen hat der Verwaltungsgerichtshof entschieden. Um Stundungsbewilligung wurde in 11.673 Fällen und um Nachlass des Verzögerungszuschlages in 7900 Fällen angesucht. Diese erschreckend hohen Ziffern sind der beste Beweis, dass der Steuerdruck zu hoch ist.

GR. Zimmerl bespricht dann die einzelnen Abgaben und bezeichnet es als eine missbräuchliche Anwendung des Gesetzes, dass die Konsumvereine von der Fürsorgeabgabe befreit sind. Er verlangt ferner, dass für die Dauer des Faschings die unsinnige Bestimmung aufgehoben wird, dass für über 1 Uhr nachts dauernde Unterhaltungen die doppelte Steuer zu entrichten ist und spricht die Hoffnung aus, dass das Gesetz, wonach Veranstaltungen deren Erträgnis für Jugendorganisation und deren Zwecke bestimmt ist von der Steuer befreit werden sollen möglichst bald erledigt wird. Die Lustbarkeitsabgabe ist trotz der Ermässigung noch immer viel zuhoch. Während im Ausland so zum Beipsiel in München Kunstinstitute nicht nur keine Steuer zahlen sondern sogar subventioniert werden, werden unsere Kunstinstitute durch die Steuer geradezu gedrückt. Die Ausreihungen aus der Nahrungs- und Genussmittelabgabe müssen doch in irgend einem Zusammenhange mit den Wahlen stehen, da es sonst nicht erklärlich wäre, dass von den im Wahljahr 1927 ausgereihten 854 Betrieben im Jahre 1928 263 wieder eingereiht werden sind. GR. Zimmerl bespricht sodann die Unzukömmlichkeiten bei den Steuerrevisionen die in einer solchen Art vorgenommen werden, dass den Leuten die Führung des Geschäftes geradezu unmöglich gemacht wird. Der Ausbau des Pauschalierungssystems würde diese schikanösen Steuerrevisionen entbehrlich machen. Der Redner stellt den Antrag, dass im Sinne der Gesetze über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe sowie der Lustbarkeitsabgabe das Prinzip der Pauschalierung beziehungsweise Abfindung in allen jenen Fällen in Anwendung zu bringen ist, die ihm geeignet erscheinen. Der Redner verweist sodann in einer Besprechung der Fremdenzimmerabgabe darauf, dass in anderen Fremdenverkehrsstätten diese Abgabe so gering ist, dass dadurch die Preisbildung gar nicht beeinflusst wird. Es müssten Erhebungen darüber angestellt werden, wie hoch in den anderen für den internationalen Fremdenverkehr in Betracht kommenden Städten die Fremdenzimmerabgabe ist. Wenn das im Ausland ausgestreute Gerücht von der besonderen Teuerung in Wien auch nicht auf Richtigkeit beruht, so müssten wir doch als eine junge Fremdenverkehrsstadt alles daran setzen, um billiger zu sein, als alle anderen Städte. Der Redner stellt schliesslich einen Antrag, der amtsführende Stadtrat sei zu beauftragen, eine Gesetzesvorlage einzubringen welche die mit Gesetz vom 20. Dezember 1923 bis 31. Dezember 1932 verlängerte Wirksamkeit des Gesetzes über die Einhebung einer Wasserkraftabgabe mit 31. März 1929 für erloschen erklärt, ferner einen Antrag, dass die Aufbringung der Mittel zur Bestreitung der Kosten der Wohnungs- und Siedlungsbauten nicht aus laufenden Einnahmen, sondern durch Aufnahme einer Anleihe zu erfolgen hat (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste).

GR Gschladt (E.L.) bezeichnet das heute geübte System als verkehrt, die Steuerschraube mit einer Härte, die an Grausamkeit grenzt, anzuziehen. Wir haben wiederholt nachgewiesen, das gerechtfertigte Steuerermässigungen nicht nur keine Minderung, sondern sogar eine Steigerung der Eingänge zur Folge hatten. Es kann nicht der Zweck einer Gemeindeverwaltung sein, ungeheure Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit zu erzielen, ihr Zweck kann nur sein, die Wohlfahrt aller herbeizuführen.

Der Redner nimmt dann ausführlich zu den Personalstat Stellung. Wenn die Angestellten mit der Not des Lebens zu kämpfen haben, kann man von ihnen keine volle Diensteserfüllung erwarten. Der Personalerat muss sich daher nach der wirtschaftlichen Lage richten. Der Voranschlag für 1928 sah für den Personalaufwand 169 Millionen Schilling vor. Für 1929 sind 182 Millionen Schilling veranschlagt. Das ist ein Mehr von über 12 Millionen Schilling. Wenn auch diese Mehrausgabe ihre Gründe in der letzten mässigen Regelung der Bezüge hat, so darf nicht vergessen werden, dass sich auch die Zahl der Angestellten vergrössert hat. Am 1. August 1927 zählten wir 26.029 Aktive und 9.783 Pensionisten, am 1. August d.J. hingegen 26.326 Aktive und 10.013 Pensionisten. Im Zuge der Standesvermehrung war wohl die Aufstellung der Gemeindewache der überflüssigste Luxus. Es ist unerfindlich. Warum Stadtrat Breitner nichts für eine entsprechende Steigerung der Bezüge der städtischen Angestellten vorgesehen hat, wo doch, da Forderun

gen der Angestellten in der Luft liegen, eine Gehaltserhöhung kommen muss. Es wird immer darauf verwiesen, dass die Angestellten der Stadt Wien besser als die Bundesangestellten gestellt sind, doch darf dabei nicht vergessen werden, dass diese Besserstellung von Jahr zu Jahr sinkt. Es wäre schon hoch an der Zeit, endlich einmal an eine etappenweise Valorisierung der städtischen Angestellten zu schreiten. Der Redner bespricht sodann die Auszeichnungsmethoden, von denen er behauptet, dass sie die Angestellten nur in das politische Lager der Sozialdemokraten locken sollen. Ein Unrecht, das gut gemacht werden muss, ist der an den Pensionisten verübte Raub der Automatik. Wir sind statt zu einer Demokratisierung der Verwaltung zur Verpolitisierung der Verwaltung gekommen. Auch der Geist der Angestelltenschaft ist von seinem hohen Piedestal der Unerschütterlichkeit und Ueberzeugungstreue herabgestürzt. Die Mehrheit hat es bisher immer verstanden, einer öffentlichen Enunziation über Personalpolitik aus dem Weg zu gehen. Der gegenwärtige Finanzreferent hat wohl gleich nach dem Umsturz in einer grossen Versammlung im Zirkus-Busch Gebäude erklärt, die Angestellten brauchten sich um die Bedeckung ihrer Forderungen nicht zu kümmern, dafür seien andere da. Für diese Aeusserung haben wir autentische Zeugen. Heute hat es den Anschein, als würde man versuchen, die öffentlichen Angestellten an die Privatbeamten anzugleichen. Sie wollen dadurch die Leute mehr in der Hand haben. Dabei scheinen Sie ganz zu vergessen, dass dadurch die ganzen Grundlagen der öffentlichen Verwaltung erschüttert werden, worunter alle zu leiden hätten. Sie gehen eben nur von einer rein materiellen Auffassung der Dinge aus. Es darf daher niemand wundern, dass der Kitt der Liebe zur Vaterstadt und zum Volk verloren geht und unter den Angestellten die Furcht vor der Peitsche und die Verlockung eines spärlich bestrichenen Zuckerbrotes vorherrschen. In der Führung der Personalpolitik der Gemeinde Wien werden Sie bei allen Ihren Bemühungen, bei all ihrer Gewalttätigkeit, den Tag kommen sehen, an dem Sie die Berechtigung unserer Forderungen anerkennen und sich mit uns an den Verhandlungstisch setzen werden. Nicht Klassenhass wird uns zusammenführen, sondern das Wohl aller, das wir wünschen zum Gedeihen unserer lieben Vaterstadt. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Pfeiffer (E.L.) führt aus, dass im Gemeinderat nur die Minderheit zu reden hat, während die Mehrheit nur herkommt, um die Beschlüsse des Klubs verifizieren zu lassen. Der richtige Vorgang wäre aber, wenn im Gemeinderat in sachlichen Beratungen das richtige gefunden wird. Aber es werden auch die vernünftigsten Einwendungen der Minderheit nicht beachtet und es geschieht nur das, was der sozialdemokratische Klub beschlossen hat. Alle Anträge und Vorschläge der Minderheit wandern in den Papierkorb.

Redner beschäftigt sich dann eingehend mit den Ursachen, die zur sozialdemokratischen Mehrheit im Gemeinderat geführt haben. Es ist vor allem der Krieg mit seinen Opfern gewesen, der die gegenwärtige Mehrheit zum Sieg geführt hat. Von den sozialdemokratischen Wählern haben aber die wenigsten von der marxistischen Weltanschauung tiefere Kenntnis. Es muss ausdrücklich festgestellt werden, dass es im Gemeinderat keine antisoziale Partei gibt. Höchstens die Wege sind andere, die wir gehen. Schon in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat Georg Schönerer mit seinem sozialen Programm grosse Erfolge erreicht. Freilich haben die Unternehmer für die Entwicklung der industriellen Arbeiterschaft und ihre sozialen Forderungen wenig Verständnis bewiesen, daher der starke Gegensatz. Dieser Standpunkt ist überwunden. Es gibt in diesem Saal heute niemanden, der nicht das soziale Streben der arbeitenden Klassen verstünde und bereit ist, es zu fördern.

Ich muss betonen, dass ich mit dem Aufbau des Voranschlages nicht einverstanden bin. Er müsste nach der Verwendung der Gelder und nicht nach Verwaltungsgruppen gegliedert sein. Durch die gegenwärtige Gliederung geht jede Uebersicht verloren. Der Voranschlag soll doch kein Buch mit sieben Siegeln sein, sondern er soll ein Nachschlagebuch darstellen, in dem jeder Mensch sich zurecht findet. So wie heute der Voranschlag aufgebaut ist, kennt man sich nicht aus.

GR. Pfeiffer bespricht sodann die einzelnen Gemeindeabgaben. Die Fürsorgeabgabe, die eigentlich Lohnzuschlagssteuer heissen müsste, ist eine Strafe für die produktive Arbeit, sie ist geradezu ein Anreiz dazu, die Arbeit zu drosseln. In Besprechung der Wohnbausteuer weist der Redner darauf hin, dass es für unsere Wirtschaft nicht das entscheidende Problem sei, ob die Mieter etwas mehr oder weniger an Zins bezahlen, das entscheidende Problem ist, wie die Arbeitslosigkeit behoben werden kann. Die Einstellung von Leuten in die Gemeindewache ist allerdings nicht das richtige Mittel die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir müssen überhaupt fragen, wozu die Gemeindewache noch besteht, nachdem ihr durch die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes die einzige ihr zugedachte Verwendung, die Verkehrspolizei zu regeln, genommen worden ist. Die Lustbarkeitsabgabe schafft Ungerechtigkeiten nach allen Seiten. Da ist einem Zirkus die Abgabe auf 150 Schilling im Tag ermässigt worden. Dagegen musste die Deutsche Hochschule für Leibesübungen, das höchststehende Unternehmen, das es in Europa auf diesem Gebiet gibt, für zwei Vorführungen im Konzerthaussaal die ausserordentlichen hohen erzieherischen Wert hatte, eine Lustbarkeitsabgabe von mehr als tausend Schilling bezahlen (Hört! Hörtrufe bei der E.L.). Es ist eine den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechende Novellierung des Gesetzes unbedingt notwendig.

Der Redner bespricht sodann die Schikanen, die bei der Eintreibung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe mit Vorliebe angewendet werden. Gemeinderat Pfeiffer schliesst seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass er dem Voranschlag seine Zustimmung nicht geben kann, weil nicht nur die Steuermethoden ganz falsch sind, sondern auch der Wiener Gemeinderat durch ein unwürdiges System zu einer Abstimmungsmaschine gemacht worden ist. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Ellend (E.L.) bespricht zunächst die Ansätze des Voranschlages. Stadtrat Breitner lässt jeden Voranschlag mit einem Defizit enden. Das ist nun einmal seine Finanztaktik. In Wirklichkeit entpuppt sich jedes Breitner'sche Defizit in einem ansehnlichen Ueberschuss. Der Steuerdruck der Gemeinde Wien ist nicht mehr erträglich und es muss mit ihm sobald als möglich Schluss gemacht werden, da wir sonst einer wirtschaftlichen Katastrophe entgegengehen. Statt das die Gewerkschaften das Wohnbauförderungsprogramm der Regierung als "gefundenes Fressen" angenommen haben, wurde es zur grössten Ueberraschung aller, die an dem wirtschaftlichen Aufbau unseres Staates Anteil nehmen, abgelehnt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden nicht weniger als 34 Millionen Schilling für Häuserreparatur in Wien angefordert. Das beweist, dass der Mieterschutz den Mietern eine ungeheure Mehrleistung auferlegt. Die Mieterschutzfrage ist für die sozialdemokratische Partei nur ein politisches Schlagwort, das zum Nachteil der Bevölkerung angewendet wird. Dass an dem Mieterschutz nicht gerüttelt wird, ist auch unser Wunsch. Sie aber haben schon 45.000 Parteien, die Sie in Ihren Gemeindehäusern untergebracht haben, aus dem Mieterschutz herausgenommen.

Reichsverband der Arbeitsinvaliden.Der Reichsverband der Arbeitsinvaliden,deren Witwen und Waisen Oesterreichs,gibt heute bekannt, dass es ihm gelungen ist,bei der Gemeinde Wien auch für Pfründner, Altersrentner und Unfallsrentner eine Weihnachtsunterstützung durchzusetzen.Die Pfründner,Alters- und Unfallsrentner sollen sich zwecks Gewährung einer Weihnachtsaushilfe an ihren zuständigen Fürsorgerat wenden.Demgegenüber wird festgestellt,dass der Reichsverband weder bei der Wiener Gemeindeverwaltung vorgesprochen,noch von dieser die Gewährung einer Weihnachtsunterstützung an Pfründner,Alters- und Unfallsrentner zugesichert erhalten hat.Es handelt sich wieder um eine ganz unverantwortliche Irreführung der armen Leute,die nicht nur eine Enttäuschung erfahren,sondern auch zu unnützen Auslagen und Wegen verleitet werden.Der gleiche Missbrauch hat sich auch heuer zu Ostern ereignet und wurde auch in der Oeffentlichkeit gebrandmarkt.

Gemeinderat Elend beschäftigt sich sodann mit dem Hauseinsturz auf der Alserbachstrasse und verweist auf die grosse Zahl von baufälligen Häusern, die es auch sonst in Wien gibt, und die nur deshalb nicht Instand gesetzt werden, weil es an jedem Anreiz für das private Baukapital fehlt. Er bespricht sodann das Bauförderungsprogramm der Regierung, in dem er ein Mittel sieht, der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot beizukommen. Von einer solchen Bauförderung des Bundes würde am meisten die Gemeinde Wien profitieren. Der Redner verlangt sodann eine Verlängerung des Baubegünstigungsgesetzes und beantragt auch, das Gesetz vom 18.März 1927 in dem Sinn abzuändern, dass der darin festgesetzte Endtermin, der die Voraussetzung für die Befreiung von der Wohnbausteuer aus dem Titel der Bauführung findet, bis 31.Dezember 1931 erstreckt wird. Zum Schlusse appelliert er an die Mehrheit, an Stelle der Parteipolitik praktische Wirtschaftspolitik treten zu lassen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR.Holaubek (E.L.) bemerkt, man müsse sich darüber staunen mit welcher Kühnheit der Finanzreferent der Erfolge der Gemeindepolitik gerühmt habe. In Wirklichkeit hat unter der Ueberbesteuerung, die das hervorragendste Kennzeichen, der städtischen Finanzpolitik ist, nicht nur Handel, Gewerbe und Industrie, sondern auch vor allem die Arbeiterschaft zu leiden. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und geringer Ertrag der Arbeitskraft, sind die Zeichen unserer Zeit. Nach den Mitteilungen des freien Gewerkschaftsbundes entfallen 47 Prozent des gesamten Arbeitslosenstandes auf Wien. In dieser Ziffer drückt sich die grosse Not der Arbeiterschaft aus. Die Gemeinde Wien hat sich zum Ziel gesetzt, durch ihre Steuern nur Luxus und Reichtum zu treffen, sie trifft aber in Wirklichkeit auch die Arbeiterschaft damit, Nicht alle Waren, die der Befriedigung höherer Luxusbedürfnisse dienen, dürfen als Luxus hingestellt werden. Auch darf man nicht vergessen, dass gerade in der Luxuswarenindustrie die Qualitätsarbeit Verwendung findet und es ist daher verkehrt, gerade diese Industrie, die im Auslande so hoch gewertet wird, durch die Ueberbesteuerung zu erschlagen. Alle Versicherungen des Finanzreferenten täusche nicht darüber hinweg, dass Not Elend und Entbehrungen in dieser Stadt zu Hause sind. Gerade in den Erwerbszweigen, die durch die Gemeindesteuern bedrückt werden, ist eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, in der Autoindustrie, in den graphischen Gewerben, in der Nahrungsmittelindustrie, im Schankgewerbe. Die Arbeitslosigkeit der Hausgehilfinnen ist erschreckend. GR.Holaubek bestreitet sodann, dass die Rückläufigkeit in der Zahl der Konkurse und Vergleiche so überwältigend sei, wie sie der Finanzreferent dargestellt habe, und bemerkt, dass die Investitionstätigkeit der Gemeinde in der Richtung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur einen bedingten Wert habe, da durch die Bautätigkeit immer nur dieselbe Schicht von Arbeitern und zwar über die normale Zeit hinaus beschäftigt wird, während es in einer Reihe von Berufen einen dauernden Stillstand gibt.

Redner beschäftigt sich dann eingehend mit der Fürsorge der Gemeinde.Er bemängelt,dass für die Wärmestuben nur 68.560 Schilling ausgegeben werden.Das müsse als eine Lopalisebezeichnet werden.Auch der Betrag von 10 Millionen Schilling für die Erhaltungsbeiträge ist viel zu gering.Jeder Gemeinderat kann berichten,wie viele arme Leute in seine Wohnung kommen,um Hilfe zu erbitten.Das sind die Personen die von der Gemeinde Sach-oder Geldaushilfen erhalten.Es sind aber nur 2'1Millionen Schilling für diesen Zweck im Voranschlag vorgesehen In diesem Betrag ist aber noch eine Million Schilling für Notstandshilfen für Arbeitslose enthalten.Der Herr Gemeinderat Kohl,der sich gestern hier als Fabriksproleet ausgegeben hat,sollte die Courage haben den Antrag zu stellen, diese Summe zu verdoppeln.Ich selbst stelle den Antrag nicht,weil Sie mir sonst als Mitglied der Minderheit Demagogie vorwerfen würden(Zustimmung bei der Minderheit).

GR.Hiess (Soz.dem.) :Ihre Parteigenossen sollen im anderen Haus die Arbeitslosenunterstützung erhöhen!

GR.Holoubek :Sie haben auch die Pflegebeiträge verkürzt Wir können aber zu dieser Gemeindeverwaltung schon deshalb kein Vertrauen haben, weil sie die christlichen Arbeiter in einer Weise behandelt, die jeder Demokratie Hohn spricht.Der Proporz,der sich in der Wahl der Gemeinderäte ausdrückt, sollte auch bei den Anstellungen im Gemeindedienst gelten.Heute werden nicht einmal alle Sozialdemokraten angestellt,die sich um einen Gemeindeposten bewerben,sondern nur die,die den Sektionsleiter der politischen Organisation kennen Es ist ein schwerer Defekt,wenn der Anstellungswerber,diesen Mann nicht kennt.Sie stopfen die Betriebe voll mit ihren Anhängern,aber Ihre Methoden der Gewalt erzeugen Gegendruck.Er hatbereits dazu geführt,dass heute die durch Versetzung zu sehr gepeinigten Christlichen Arbeiter und Angestellten der Gemeinde Wien sich vor Ihnen nicht mehr fürchten.Wenn man aber weiss, dass diese Arbeiterschaft nur drangsaliert wird,nur Nachteile und keine Vorteile hat,dann hat man alle Ursache gegen dieses Budget zu stimmen.(Beifall).

GR Angermayer (E.L.)meint,dass die Redner der Minderheit zum Voranschlag eine rein sachliche Kritik geübt haben und weit entfernt von faktiöser Opposition waren.Die Minderheit müsse insbesondere gegen die Finanzpolitik der Gemeindeverwaltung Stellung nehmen.Eine Finanzpolitik muss aufbauend wirken.Die des Stadtrates Breitner wirkt aber zerstörend.Dies geschieht absichtlich auf Weisung seiner Partei die die Zerstörung der Privatwirtschaft wünscht.Wir können deshalb Ihre Finanzpolitik nur als Wirtschaftszerstörend bezeichnen.Dies ergibt sich aus verschiedenen Momenten.Wir wissen,dass bei der Erlassung von Steuergesetzen die Gutachten wichtiger wirtschaftlicher Körperschaften entweder gar nicht eingeholt werden, oder wenn sie vorliegen,einfach ignoriert worden sind.Ihre Finanzpolitik huldigt dem Grundsatz,dass alles der Gegenwart aber nichts der Zukunft aufgelastet wird.Unsere Wirtschaft ist aber durch den Krieg und die Nachkriegszeit hart mitgenommen und es ist ein unhaltbarer Zustand,der sich ruinös auswirken muss,wenn sie weiter die gesamte Last auf die Gegenwart wälzen.

Redner beschäftigt sich nun mit den einzelnen Steuergattungen

Die Einnahmen der Gemeinde sind für das Jahr 1929 um 20 Millionen Schilling höher veranschlagt, als für das laufende Jahr. Sie zerfallen in zwei Gruppen. Die eine Gruppe sind die Abgabenertragsanteile. Für 1928 waren sie mit über 110 Millionen Schilling präliminiert, für 1929 sind sie mit 123 Millionen veranschlagt. Der Bund ist also für die Gemeinde ein sehr tüchtiger Steuereinnehmer, wofür ihm die Gemeinde sehr dankbar sein muss. Es ist daher der Kampf der Gemeinde gegen den Bund vollkommen unbegreiflich. Diese 123 Millionen Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen sind mehr als ein Drittel der gesamten Einnahmen. Die zweite Gruppe der Einnahmen sind die Gemeinde- und Landesabgaben. Der Redner bespricht nun die Fürsorgeabgabe, die für die Wirtschaft eine ganz unerträgliche Belastung darstellt. Die Lustbarkeitsabgabe ist von der wirklichen Besteuerung des Schlemmertums schon sehr weit abgerückt und die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist auch keine Besteuerung nur der Reichen mehr. Von ruinöser Wirkung ist die Hausgehilfinnenabgabe und die Wertzuwachsabgabe ist ebenfalls eine ganz ungerechtfertigte Steuer. Die Steuereintreibung wird zu oft brutal/ betrieben. Durch Ihr Steuermaxim ist die Privatwirtschaft um eine Milliarde Schilling ärmer geworden und sie wird im kommenden Jahr um 184 Millionen Schilling mehr, die Sie für Häuserbauten und Investitionen ausgeben, ärmer werden. Der schwerste Vorwurf aber, der Ihr Steuerverwaltung trifft, ist der, dass diese parteipolitisch eingestellt ist. Der Redner bespricht dann die Kleinrentnerhilfe, die von den Sozialdemokraten reichlich zum Mitgliederfang ausgenützt wurde. Der Redner bemängelt es schliesslich, dass gegen einen ausdrücklichen Gemeinderatsbeschluss im Budget nur der Betrag von 500 000 Schilling für die Kleinrentner eingestellt ist und beantragt dass der laut Gemeinderatsbeschluss vom 31 Mai 1927 festgelegte Betrag von einer Million für die Kleinrentner auch tatsächlich im Budget aufscheint(Beifall bei der E.L.)

STR Breitner beschäftigt sich einleitend mit dem im Laufe der Debatte gestellten Anträgen und empfiehlt, die Anträge die eine Erstreckung des Baubegünstigungsgesetzes zum Gegenstande haben, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen da beabsichtigt sei, eine Verlängerung dieses Gesetzes eintreten zu lassen, ohne dass im gegenwärtigen Zeitpunkt schon über das Ausmass der Verlängerung etwas gesagt werden kann. Im übrigen lehnt Stadtrat Breitner die gestellten Anträge ab.

ST.R.Breitner kommt sodann auf die Ausführungen der Debatteredner über die Frage der Abgabenteilung zu sprechen und erklärt er nehme es mit Dank zur Kenntnis, dass Stadtrat Kunschak die Auffassung vertreten hat, seine Partei fühle sich hier doch über die sonstigen Gegensätze hinaus als Wiener Partei mit der Mehrheit Eingriffe
Identisch und es können zu harte nicht zugelassen werden. Allerdings hat sich Dr.Wagner,der Vertreter des zweiten Teiles der Einheitsliste ohne alle Einschränkung auf den Standpunkt der Bundesländer gestellt und sich durch keine Rücksichtnahme auf die Wiener Wähler beschränkt gefühlt. Er überlässt diese Sorge offenbar der christlichsozialen Partei(Sehr gut bei der Mehrheit) aber wir nehmen es zur Kenntnis,dass in dieser Frage,wie es oft in der Vergangenheit war, die Parteiengegensätze schweigen,dassbeide grosse Parteien darin einig sind,dass Dinge nicht erfolgen dürfen, die das Wiener Budget zu erschüttern in der Lage sind.

sagt Stadtrat Breitner
Es war sehr gut, dass rechtzeitig die Wiener Steuerträger aufmerksam gemacht wurden, von welcher Gefahr sie bedroht sind.Vielleicht waren die Erörterungen in der Oeffentlichkeit ganz nützlich.Mindestens dürften sie mit dazu beigetragen haben ,dass sich die Verhandlungen, deren eine erst heute vormittag mit dem Bundesfinanzminister geführt wurde, allmählich günstiger gestalten.Es wird zwar nicht ohne eine Steuerbelastung für einen Teil der Wiener Bevölkerung abgehen, aber es kommt doch nicht zu Massnahmen, die das vorliegende Budget sprengen würden.(Beifall bei der Mehrhei

Es ist selbstverständlich,wie dies Stadtrat Kunschak dargelegt hat, dass Wien nicht losgelöst von den Bundesländern seine eigenen Wege gehen kann.Auch wir wünschen,dass die Länder ein entsprechend hohes Verwaltungsniveau haben, wir wünschen aber auch, dass sie ihre eigenen Anstrengungen machen, und es sich nicht allzubequem gestalten.' Ebenso geben wir zu, dass Niederösterreich durch die Trennung von Wien wenigstens in der Uebergangszeit sich in einer schwierigen Lage befindet doch ist man bei der Verteilung der 21 Millionen aus den Bundespräzipuum nicht nach den vom Gemeinderat Kunschak vertretenen Grundsätzen vorgegangen, vielmehr hat man dem Lande Niederösterreich auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet am wenigsten von allen österreichischen Bundesländern gegeben. (Hört' Hört bei der Mehrheit).

Stadtrat Breitner erklärt dann,dass es vollständig unrichtig sei, dass die Renovierung des Kaffee Prückl zu einer Erhöhung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe benutzt worden sei. Das Kaffeehaus war drei Monate nicht geschlossen. Es handelt sich dabei um eine normale Renovierung, sondern um eine völlig neue Gestaltung. Die Genossenschaft hat den Abgabesatz von 14 Prozent für zu hoch erklärt und 12 Prozent für angemessen bezeichnet. Der Magistrat hat sich daran gehalten. Die Bemessung der Steuer erfolgte am ersten Tag der Eröffnung des Kaffeehauses und steht daher mit dem Konflikt, den die Besitzerin mit den Angestellten hatte, in keinem Zusammenhang. Die Steuerrevisionen können gewiss nicht besonders wenn sie die Stundenhotels betreffen, als Annehmlichkeit bezeichnet werden. Aber es blieb kein anderer Ausweg. Es wurden drei Viertel der schuldigen Steuern von den Stundenhotels hinterzogen. Das bedeutet eine schwere Schädigung der anständigen Betriebe. Von 132 Hotels haben nur 65 tadellos und anständig verrechnet. Durch die von der Minderheit so sehr bekämpfte Revision wurden Nachbemessungen in der Höhe von 730.000 Schilling vorgenommen. Schon daraus geht der grosse Umfang der Steuerhinterziehungen hervor. Vom Juli 1927 bis Juli 1928 ist der Jahresertrag dieser Steuer um eine Million Schilling gestiegen. Unrichtig ist auch, dass beim Carl-Theater die Bezahlung der von dem Vorgänger schuldig gebliebenen Lustbarkeitssteuer nicht verlangt wurde. Direktor Berisch hat vierzehn Tage vor der Einbringung seines Konzessionsgesuches 30.000 Schilling gezahlt und bis zum Tage seiner Abreise täglich 50 Schilling als Abstattung der rückständigen Steuer entrichtet.

Was die Pauschalierungen anlangt so will ich feststellen,dass der Prozentsatz der Pauschalierungen im Jahre 1925 nur 25 Prozent ausmachte und er heuer auf 52 Prozent gestiegen ist.Pauschalierungen können eben nur auf Grund langer Erfahrungen erfolgen.Die Abschaffung der Wasserkraftabgabe ist keine einfache Sache,da im Falle ihrer Abschaffung der Preis für den elektrischen Strom erhöht werden müsste.Der Weg einer Anleihe für den städtischen Wohnhausbau ist nicht zu gehen. Dass vom besonderen Härten der Steuereintreibung nicht gesprochen werden kann,beweist,dass von 11.673 Stundungsgesuchen 10.970 bewilligt worden sind Mein Bericht über die Wirtschaftslage war von dem Wunsch getragen ,gewisse günstige Momente im Hinblick auf die traditionelle Raunzerei der Wiener in den Vordergrund zu stellen Ich bin der Ueberzeugung,dass auch der Voranschlag für das Jahr 1929 wieder ein Stück Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bringen wird,und bitte daher den Gemeinderat,dem Voranschlag seine Zustimmung zu geben (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit)

Damit ist die Generaldebatte über den gesamten Voranschlag und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen erledigt Die Anträge Angermayer,Zimmerl und Rummelhardt werden abgelehnt,der Antrag Elend-Zimmerl der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt und die Positionen der Verwaltungsgruppe II beschlossen

Der Vorsitzende GR.Weigl schliesst um 22'30 Uhr die Sitzung. Die Beratungen werden am Montag um 16 Uhr fortgesetzt Es beginnt die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe I

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: Karl H o n a y

392

Wien,am Samstag,den 15.Dezember 1928

-.-

Reichsverband der Arbeitsinvaliden.Der Reichsverband der Arbeitsinvaliden,deren Witwen und Waisen Österreichs,hat gestern bekanntgegeben, dass es ihm gelungen ist,bei der Gemeinde auch für Pfründner,Altersrentner und Unfallsrentner eine Weihnachtsunterstützung durchzusetzen. Die Pfründner,Alters-und Unfallsrentner sollen sich zwecks Gewährung der Weihnachtsaushilfe an ihren zuständigen Fürsorgerat wenden.Demgegenüber wird nochmals festgestellt,dass der Reichsverband der Arbeitsinvaliden weder bei der Wiener Gemeindeverwaltung vorgesprochen, noch von dieser die Gewährung einer Weihnachtsunterstützung an Pfründner, Alters-und Unfallsrentner zugesichert erhalten hat./Es handelt sich wieder um eine ganz unverantwortliche Irreführung von armen Leuten, die nicht nur eine Enttäuschung erleiden,sondern auch noch zu unnützen Auslagen und Wegen verleitet werden.Der gleiche Missbrauch hat sich auch zu Ostern ereignet und wurde auch damals in der Oeffentlichkeit gebrandmarkt.

-.-

Ueberreichungen des Ehrenringes der Stadt Wien.In Vertretung des Bürgermeisters überreichte heute amtsführender Stadtrat Linder den verdienten Fürsorgeräten Hugo Lux des vierten und Ignaz Hörnisch des ersten Bezirkes den ihnen von der Stadt Wien in Anerkennung ihres mehr als 25jährigen verdienstvollen Wirkens auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege verliehenen Ehrenring.Die feierliche Ueberreichung fand in der Wohnung der Ausgezeichneten in Anwesenheit der Bezirksvorsteher und Vorstände der betreffenden Fürsorgeinstitute statt.

-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in Ottakring der Gehweg auf dem Lerchenfeldergürtel längs der Stadtbahnbogen und in Hernals die Neuwaldeggerstrasse mit der elektrischen Beleuchtung ausgestattet.

-.-

Die Komzakgasse eine Einbahnstrasse.Wegen ihrer Enge hat der Wiener Magistrat die Komzakgasse zwischen der Strasse "Am Freihof" und der Meissauergasse als Einbahnstrasse erklärt.Sie darf nur in der Richtung zur Meissauergasse befahren werden.

-.-

Frauengewerbeschule der Stadt Wien.Anfangs Jänner beginnen an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien,V.,Margaretenstrasse 152,folgende neue Abend- und Nachmittagskurse:Weissnähen,Kleidermachen,Schnittzeichnen,Frisieren und Modistenarbeiten.Einschreibung und Einzahlung bis einschliesslich 22.Dezember an Werktagem täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr.Fernsprecher B 27-0-76.

-.-

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929.Zur Beratung des städtischen Voranschlages für 1929 hält der Wiener Gemeinderat in der kommenden Woche jeden Tag eine Sitzung.Die Sitzungen beginnen um 16 Uhr. Die Beratungen in der kommenden Woche werden am Montag mit der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform eingeleitet.Der Wiener Stadtsenat tritt am Donnerstag um 10 Uhr vormittags zusammen.

-.-

Kunst ins Volk. Die durch die Bezirke Wiens wandernde,von namhaften österreichischen Künstlern beschickte Ausstellung "Kunst ins Volk" wird morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags im Lassallehof in der Leopoldstadt eröffnet.Besuchsstunden: Sonntags von 10 bis 16 Uhr,von Montag bis Freitag von 17 Uhr bis 20 Uhr und an Samstagen von 14 bis 18 Uhr.Eintritt 30 Groschen.

-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 393
Karl H o n a y

Wien,am Samstag,den 25.Dezember 1928 Zweite Ausgabe

.-.

Das Wiener Schubgesetz verfassungsmässig.Der Verfassungsgerichtshof hat heute sein Erkenntnis über die Anfechtung des Wiener Schubgesetzes durch die Bundesregierung verkündet.Angefochten wurde die Bestimmung des Wiener Landesgesetzes über das Schubwesen,wonach an Stelle der bisher zuständigen Polizeibehörde der Magistrat als Schubbehörde bestellt wurde. Die Anfechtung wurde damit begründet,dass es sich hier um eine Änderung einer organisatorischen Bestimmung handle,die nach dem Verfassungsübergangsgesetz nicht mit 30.September dieses Jahres ausser Kraft getreten sei,und dass der Polizeibehörde ihre Kompentenz durch Landesgesetz nicht genommen werden dürfe,weil der Paragraph 10 des Verfassungsübergangsgesetzes die Fortführung der bisherigen Geschäfte der Polizeidirektion verfassungsmässig verbürge.Den letzeren Anfechtungsgrund hat der Verfassungsgerichtshof bereits anlässlich des Wiener Kinogesetzes und seines Erkenntnisses über das Strassenpolizeigrundsatzgesetz als unzutreffend bezeichnet.Der Verfassungsgerichtshof hat die Anfechtung der obigen Bestimmung des Schubgesetzes durch die Bundesregierung abgewiesen und ausgesprochen,dass diese Bestimmung nicht verfassungswidrig ist, und zwar deshalb,weil es sich bei der Übertragung der Kompetenz an den Magistrat um keine grundsätzliche Frage der Organisation handle und weil dem Paragrahp 10 des Verfassungsübergangsgesetzes,wie der Verfassungsgerichtshof bereits zweimal erkannt hat,nicht die Auslegung gegeben werden dürfe,die ihm die Bundesregierung gibt.

.-.-.-.-.-.-.-.

Brand in Hernals.Heute früh wütete in der Hernalserhauptstrasse 34 ein grösserer Brand,dem eine zweiräumige Tischlerwerkstätte,die in einem ebenerdigen Hoftrakt untergebracht war,und ein Teil des Dachstuhles des Hoftraktes zum Opfer fielen.Die erste Brandanzeige lief um 6 Uhr 17 in der Feuerwehrzentrale Am Hof ein.Diese alarmierte sofort die Feuerhauptwache Ottakring,die unter dem Kommande des Brandrates Lischka mit fünf Gerätenauf dem Brandplatz ausrückte. Um 6 Uhr 28 traf Branddirektor Ingenieur Wagner auf dem Brandplatz ein. Um 6 Uhr 29 erhielt die Feuerwehrzentrale folgende Meldung:Brennt Hoftrakt,arbeiten mit drei Schlauchlinien,ein Mann mit Sprungtuch besorgen,ersuchen um Rettungsgesellschaft.Um 6 Uhr 30 war die Kraft des Feuers gebrochen und um 6 Uhr 52 war der Brand lokalisiert.

.-.-.-.-

.-.

Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck".Bekanntlich schreibt die Gemeinde Wien schon seit Jahren den Wettbewerb"Wien im Blumenschmuck"aus.Diese für die Verschönerung des Stadtbildes sehr wertvolle Aktion der Gemeinde Wien erfreut sich von Jahr zu Jahr einer immer regeren Teilnahme der Bevölkerung.Auch heuer hat die Gemeinde diesen Wettbewerb ausgeschrieben.Von der bisher geübten Ausschreibung von Diplompreisen wurde heuer abgesehen,dafür aber wurde sie Zahl der Geldpreise entsprechenderhöht.Für den Wettbewerb"Wien im Blumenschmuck"wurden heuer 802 Anmeldungen abgegeben,gegenüber 761 im Jahre 1927,679 im Jahre 1926,494 im Jahre 1925 und 217 im Jahre 1924.Während die Zahl der Auszeichnungen im Jahre 1924 erst 170 betrug,wurden heuer 647 Teilnehmer an den Wettbewerb mit Geldpreisen ausgezeichnet.Es erhielten 20 Teilnehmer den ersten Preis von vierzig Schilling,112 den zweiten Preis von zwanzig Schilling und schliesslich 515 den dritten Preis von zehn Schilling.Die Preisverteilung nahm gestern Sonntag in Stellvertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder im reich mit Blumen geschmückten Gemeinderatssitzungssaale vor.Stadtrat Linder würdigte die Bedeutung des Blumenschmuckes für eine Grosstadt und rief die Bevölkerung auf,mitzuarbeiten,um die Gartenstadt Wien auch zu einer Blumenstadt zu gestalten.Das gemeinderätliche Komitee,dem unter dem Vorsitz des Gemeinderates Schütz die Preiszuerkennung oblag,setzte sich aus den Gemeinderäten Erban, Hartmann,Iser,Rzehak und Ullreich zusammen.Mit der Durchführung des Wettbewerbes war die Magistratsabteilung 22 betraut.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Der Schneefall in Wien.Der in der Nacht von Samstag auf Sonntag eingesetzte Schneefall hat die Strassen Wien mit reichen Schneemengen bedeckt.Der städtische Fuhrwerksbertrieb und die städtischen Strassenbahnen setzten sofort mit der Schneesäuberung der Strassen und Strassenbahngleise ein.Gestern Sonntag wurden vom städtischen Fuhrwerksbetrieb 757 Strassenarbeiter und 1226 Schneearbeiter mit der Schneesäuberung beschäftigt.Den maschinellen Betrieb besorgten 223 Pferdeschneepflüge und 11 Autoschneepflüge.Ausserdem stellten die städtischen Strassenbahnen 1200 Schneearbeiter und 90 Motorpflüge mit 134 Anhängern sowie 12 Pferdeschneepflüge in den Dienst der Schneesäuberung.Heute sind 1064 Strassenarbeiter und 6626 Schneearbeiter mit der Schneesäuberung beschäftigt.Neben 224 Pferdeschneepflügen und 11 Autoschneepflügen werden 201 fremde Pferdepaare für zweispännige Fuhrwerke,37 fremde Pferdepaare für Kabszüge und 13 fremde sowie 12 eigene Lastkraftwagen für die Schneeabfuhr verwendet.

.-.-.-.-.-.-.-.-.

Überreichungen des Ehrenringes der Stadt Wien.Bekanntlich hat die Gemeinde Wien für Persönlichkeiten,die sich um die Stadt Wien besondere Verdienste erworben haben,einen Ehrenring gestiftet.Diese Auszeichnung wurde kürzlich den Fürsorgeräten des neunten Bezirkes Franz Buchner,Alois Seidl und Hans Wielander in Anerkennung ihrer mehr als 25jährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege verliehen.Bürgermeister Seitz wird morgen Dienstag mittags den Ausgezeichneten den Ehrenring feierlich überreichen.

.-.-.-.-.-.

Ablenkung der Bahnhofrundlinie.In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch von Mittwoch auf Donnerstag,von Donnerstag auf Freitag und von Freitag auf Samstag wird der Bahnhofrundverkehr wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel vom Mariahilfergürtel in beiden Fahtrichtungen über die Gumpendorferstrasse und Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorferplatz geführt.

.-.-.-.-.-.-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur :
Karl H o n a y 495

Wien, Montag, den 17. Dezember 1928.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 17. Dezember 1928.

Beginn der Spezialdebatte über den Voranschlag.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung nach vier Uhr nachmittags. Amtsführender Stadtrat Speiser leitet sofort die Debatte über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten mit folgenden Ausführungen ein:

Der Gesamtpersonalaufwand für die eigentliche Hoheitsverwaltung, für die unter Hoheitsverwaltung stehenden Betriebe und für das Schulwesen macht rund 182 Millionen Schilling aus. Der Personalaufwand der städtischen Unternehmungen, der im vorliegendem Budget nicht erscheint, beträgt rund 160 Millionen Schilling. Die Personalkosten der Gemeinde Wien betragen daher jährlich einschliesslich der Pensionen insgesamt rund 342 Millionen Schilling. Die Bezüge der in der Hoheitsverwaltung beschäftigten Angestellten machen 28.6 Millionen Schilling aus, die Bezüge des Schulpersonales 42.6 Millionen Schilling und die Bezüge der Angestellten der Wohlfahrtsanstalten und Betriebe 59.6 Millionen Schilling. Für Dienstkleider, Beiträge für Sozialversicherung und Angestelltenfürsorge wendet die Gemeinde rund 4.6 Millionen Schilling auf. Die Bezüge der Aktiven werden im kommenden Jahr um rund acht Millionen Schilling (6.25 Prozent) und die Bezüge der Pensionsparteien um rund 4.5 Millionen (11 Prozent) steigen, so dass sich hierfür insgesamt eine Erhöhung für 1929 um rund 12.5 Millionen Schilling oder 7.33 Prozent ergibt. Die Zahl der Angestellten in der Hoheitsverwaltung, in den Betrieben und Schulen ist um 300 gestiegen. Im ganzen hat die Gemeinde jetzt in der Hoheitsverwaltung 4.910 Angestellte, in den Betrieben unter Hoheitsverwaltung und in den Anstalten 14.656, im Schulwesen 6704 und im Kontrollamt 66.

Von diesen stehen unter einer Dienstordnung 21.370 und unter Kollektivverträgen oder im Einzelvertrag 4984 Angestellte und Arbeiter. In den vorgenannten Gruppen gibt es 10.013 Pensionsparteien, um 230 mehr als im Vorjahre. In den ausserhalb der Hoheitsverwaltung stehenden Unternehmungen gibt es 25.971 Aktive und 6250 Pensionsparteien. Die Gemeinde beschäftigt also in der Hoheitsverwaltung und in den Unternehmungen zusammen 52.307 Angestellte und zahlt an 18.263 Personen Ruhe- und Versorgungsgenüsse. Es sind daher insgesamt 70.570 Personen Gehalts- oder Pensionsempfänger der Gemeinde. Stadtrat Speiser führt nun die einzelnen Massnahmen an, durch die im Jahre 1928 die Lage der städtischen Angestellten verbessert wurde. Er verweist insbesondere auf die Gehaltsregulierung, die mit 1. Juni 1928 für die dienstordnungsmässig Angestellten in Kraft getreten ist und durch die die Schemaansätze um durchschnittlich 5.6 Prozent erhöht wurden. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Massnahmen für einzelne Angestelltengruppen beschlossen. Insbesondere ist hervorzuheben, dass den Kanzleibeamten und Kanzleibeamtinnen, den Kindergärtnerinnen, den Lehrerinnern der französischen Sprache und des Handarbeitsunterrichtes, den Strassenaufsehern, den Badewarten und Badewärterinnen, sowie allen Kategorien von ungelernten Arbeitern der Aufstieg in eine höhere Gruppe des Gehaltsschemas durch Systemisierung von 25 Prozent des Gesamtstandes in der höheren Gruppe ermöglicht wurde. Einzelnen Beamtengruppen wurden in der Frage der Anrechnung der Vordienstzeiten Zugeständnisse gemacht. Einige Bedienstetenkategorien, die unter besonders schwierigen Verhältnissen oder vorwiegend im Freien ihren Dienst versehen, erhielten entsprechende Dienstkleider. Auch das Arbeitsverhältnis jener Kollektivverträgler, die bei der Hoheitsverwaltung beschäftigt sind, hat mannigfache Verbesserungen erfahren. Stadtrat Speiser kommt dann auf die Aeusserungen der Gemeinderäte Kunschak und Gschladt über die Spannung zwischen den Bezügen der Bundes- und Gemeindeangestellten zu sprechen. Er stellt richtig, dass mit 1. Jänner 1927 bei der Gemeinde eine Erhöhung des Gehaltsschemas im Durchschnitt von 5.7 Prozent und ausserdem der dreizehnte Monatsgehalt von den so erhöhten Bezügen, insgesamt also mehr als 14 Prozent gegeben wurden, während zur gleichen Zeit beim Bund bloss eine 12.5prozentige Bezugserhöhung gewährt wurde, so dass also tatsächlich die Gemeinde im Jahre 1927 um rund zwei Prozent mehr als der Bund bewilligt hat. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich diese Gehaltsregulierungen bei der heurigen Gemeinde ebenso wie die Regulierung auf die Pensionisten voll ausgewirkt haben, während beim Bund die Pensionisten ausdrücklich von der Regulierung ausgenommen wurden. Es ist auch die Ansicht irrig, dass die Gemeindeangestellten im Frieden in ihren Bezügen dem Bundesangestellten weiter vorausgewesen wären als jetzt. Die Akademiker der Gemeinde waren vor dem Kriege dem Akademiker beim Staate um 26 Prozent und sind ihm heute um 29 Prozent voraus; die Maturanten der Gemeinde waren vor dem Kriege den Maturanten des Bundes um 18 Prozent und sind ihnen jetzt um 26 Prozent voraus. Die Kanzleiangestellten der Gemeinde waren vor dem Kriege den Kanzleiangestellten des Staates um 19 Prozent voraus, welches Verhältnis heute um ein Prozent niedriger ist. Diese Prozentsätze ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Gesamtlebensverdienste der betreffenden Angestelltengruppen. Die Kanzleibeamten der Gemeinde haben das eine Prozent Einbusse im Vorsprunge durch die Möglichkeit eines Aufstieges in eine höhere Gruppe und durch die Auguststufe 1925 reichlich eingebracht. Stadtrat Speiser bespricht nun die Fortschritte auf dem Gebiete der Verwaltungs- und Betriebsreformen, die zum grossen Teil den städtischen Angestellten und Arbeitern zu danken sind. Während die Wiener Lehrerschaft eine zeitgemässe Reform der Schule schon zum grossen Teile durchgeführt hat, haben sich in den Aemtern und Betrieben Reformideen erst in der letzten Zeit stärker durchgesetzt. Fast alle Gruppen von städtischen Angestelltem haben zum Zwecke der Erneuerung und der Vereinfachung der Arbeitsgebarung, der Wegschaffung unnötigen bürokratischen Ballastes und im Interesse einer raschen Amtsgebarung Arbeitsgemeinschaften gegründet, die gerade jetzt fleissig am Werke sind, um für eine kommende Reform die notwendigen Vorarbeiten zu machen. Eine solche Reform lässt sich nur im engsten Einvernehmen mit dem Personal durchführen, weshalb die Gemeinde allen Angestelltem, die dabei mitwirken, zu Dank verpflichtet ist. In der Magistratsabteilung I ist ein Referat für alle diese Arbeiten geschaffen worden und es wird voraussichtlich in der nächsten Zeit schon dem Personalausschuss ein Bericht über die bisher geleisteten Arbeiten vorgelegt werden. Vieles ist auf dem Gebiete der Reform schon in aller Stille geschehen. Im Rechnungswesen, im mittleren Verwaltungsdienst, in den Wohlfahrtsanstalten und insbesondere in den Betrieben haben sich schon bedeutende Arbeitsumwälzungen ohne besondere Hindernisse vollzogen. Die fast vollständige Sperre der Aufnahme von Personal hat trotz normalen Abganges infolge Pensionierungen nicht zu einer Verminderung der Leistung geführt. Die städtischen Angestellten und Arbeiter sind mit anerkennungswerter Einsicht bemüht, sich den neuen Bedürfnissen und Arbeitsverhältnissen anzupassen. Die Gemeindeverwaltung ist stets bestrebt, der Wiener Bevölkerung eine praktische und klaglose Verwaltung und eine ebensolche Führung der städtischen Betriebe und Unternehmungen zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde sucht auch der Erfüllung der Wünsche der Angestellten und Arbeiter der Gemeinde in finanzieller Hinsicht näher zu kommen, doch hängen die Leistungsmöglichkeiten in dieser Richtung von der allgemeinen Wirtschaftslage ab. Stadtrat Speiser gibt sodann seiner Hoffnung Ausdruck, dass das gute Verhältnis, das zwischen der Gemeindeverwaltung und ihren Angestellten und Arbeitern besteht, auch weiterhin andauert, weil es allein die Bürgschaft für die Erfüllung der Aufgaben ist, die den gewählten und den im Amte, Schule oder Werkstätte angestellten Mitarbeitern gestellt sind. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Stöger (E.L.) bemängelt, dass der Stand des Rechnungspersonals ganz ungerechtfertigt gedrosselt wird. Der veranschlagten Summen für Aushilfen und für Gehaltsvorschüsse sind nur ein Tropfen auf einen heissen Stein. Es wäre unbedingt Pflicht der Gemeindeverwaltung, dass auf diesem Gebiet ein durchgreifender Wandel geschaffen werde. Die Personalvermehrung ist keine entsprechende. Der tödliche Unfall eines Hortkindes in der Lobau sowie der Fall Stodolak sollte in der Gemeinde zu denken geben. Gemeinderat Stöger stellt sodann die Gehaltspolitik des Bundes der der Gemeinde gegenüber und bemerkt, dass der Bund insbesondere auchhinsichtlich der Anfallstermine der Aufbesserungen humaner gegenüber seinen Angestellten vorgehe als die Gemeinde. Er weist sodann auf die Winexaffäre hin, bei der unter schwerer Mitschuld der Leitung des Verbandes der städtischen Angestellten sechs Milliarden verlumpt worden seien, und verlangt eben mit Rücksicht auf diese Vorfälle, dass sich die Gemeinde nicht weiter hin zum Handlanger des Verbandes machen solle. Er stellt den Antrag, dass der Abzug der Beiträge für den Verband der städtischen Angestellten von ihren Gehaltsbezügen vom 1.Jänner 1929 zu unterbleiben hat. Weiterhin beantragt er, dass zu allen Verhandlungen des Dienstgebers lohn- und dienstrechtlicher Natur auch die Gewerkschaften der Minderheit gleichberechtigt beizuziehen sind, dass die Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien dahin abzuändern sei, dass die Mitglieder der Personalkommission aus dem Stande der Gemeindeangestellten von den Angestellten selbst in unmittelbarer freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt werden, und dass der Gemeinderat einen diesbezüglichen Entwurf im Einvernehmen mit allen Gewerkschaften der Gemeindeangestellten auszuarbeiten und ehestens dem Gemeinderat vorzulegen hat, schliesslich beantragt er, der Gemeindeausschuss für Personalangelegenheiten sei zu beauftragen, die Frage ob und in welcher Weise den Abgebauten oder sonst aus den Diensten der Gemeinde entlassenen ehemaligen Gemeindeangestellten und deren Familien dauernd oder doch vorübergehend geholfen werden könnte, eingehend zu studieren und über das Ergebnis dem Gemeinderat ehestens zu berichten. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GRin. Schlösinger (E.L.) wendet sich dagegen, dass gegenüber dem Vorjahre der Stand an aktiven Lehrpersonen um beiläufig 200 vermindert wurde, obwohl sich ein ausserordentlicher Mangel an Lehrkräften bemerkbar macht. Die häufigen Supplierungen werden geradezu zur Qual. In einer Knabenvolksschule im 11.Bezirk mussten z.B. in einer Klasse drei und vier Lehrkräfte an einem Vormittag unterrichten und das durch Wochen. Dabei macht sich auch hier der Parteigeist geltend. An manchen Schulen werden supplierende Kräfte überhaupt nicht eingestellt. Dasselbe gilt für Kindergärten, Kindergärtnerinnen haben oft bis zu 50 und 60 Kinder zu betreuen. Es muss endlich an Neueinstellungen gedacht werden, wobei allerdings wieder zu befürchten ist, dass der Parteistandpunkt allein massgebend sein wird. Die Lehrer, die sich zur christlich-deutschen Weltanschauung bekennen, werden schikaniert, versetzt, sie können nicht avancieren und fast keinen Schulleiterposten erreichen. Durch die Personalpolitik sind die Schul- und Erziehungsstätten zu Stätten des Kulturkampfes des Parteiterrors geworden. Auf der ganzen Linie ist der Kampf gegen des katholischen Religionsunterricht und die Katholischen Religionslehrer entbrannt. Den katholischen Religionslehrern wird die Erteilung des Religionsunterrichtes nach Möglichkeit erschwert. Es dauert Monate nach Schulbeginn, bevor der katholische Religionsunterricht geregelt ist, die Katecheten bekommen die ungünstigste Diensteinteilung, neuernannte bekommen monatelang keine Dienstzuweisung. Ebenso ist es bei den weltlichen Kräften, die Religionsunterricht erteilen. Auf diese Weise wird viel Geld erspart. Religionsstunden dürfen niemals suppliert werden. Man hat es geduldet, dass sich katholische Kinder vom Religionsunterricht abmeldeten, wann es ihnen beliebte. Wozu die Abmeldungszettel des Freidenkerbundes oder eines ähnlichen Vereines genügten. Die Mindereinschätzung der Religionslehrer zeigt sich auch in der Besoldung. Die Rednerin urgiert das Anstellungsdekret für die am 1.Jänner 1926 ernannten Katecheten und beantragt, dass den mit Remuneration entlohnten katholischen Religionslehrern auf der Strassenbahn dieselben Begünstigungen zu gewähren sind, wie den übrigen Lehrpersonen.

Wohin die Personalpolitik der Gemeinde führt, zeigt der Fall Stodolak. In dem kurzen Zeitraum von dreiviertel Jahren hatten nicht weniger als vier Fürsorgerinnen mit dem armen Kind zu tun. Im Anfang dieses Jahres sind von 268 Fürsorgerinnen ungefähr 120 versetzt worden. Der Fall Stodolak müsste eine furchtbare Mahnung auch an das Personalreferat sein. In diesem Fall ist der Schaden besonders sichtbar geworden, aber auch bei den Lehrerversetzungen ist er sehr gro gross, wenn auch nicht so greifbar. Die vielen Versetzungen erfolgen, um die Lehrerschaft mürbe zu machen. Die Rednerin beantragt, den Artikel 3 aus dem Lehrerdienstgesetz zu streichen, wonach eine Lehrkraft jederzeit pensioniert werden kann, wenn man sie im Schuldienst nicht mehr braucht, da diese Bestimmung nur für die Zeit des Genferübereinkommens getroffen worden sei. Sie bringt sodann ein vom Freidenkerbund und vom Zentral-Lehrerverein hinausgegebenes Merkblatt an die Eltern zur Kenntnis, indenen die freiheitlich gesinnten Eltern aufgefordert werden ihre Kinder an den religiösen Uebungen nicht teilnehmen zu lassen und es nicht zu dulden, dass sich ihre Kinder während des Gebets von den Sitzen erheben oder gar mitbeten.(Hört! Hört! bei der Minderheit). Die Folge dieser Verhetzung ist, dass die Kinder den Religionsunterricht stören und ihre katholischen Mitschüler verspotten, welche an dem Religionsunterreicht teilnehmen. Im 16.Bezirk muss vor der Kirche ein Wachposten aufgestellt werden, wenn die Kinder zum Sakrament kommen, weil sie von aufgehetzten sozialistischen Kindern überfallen werden. Es ist kein Zufall, dass sich im 16.Bezirk ein Fall von Kirchenschändung durch Schulkinder zugetragen hat. Drei Mädchen aus der Herbstgasse sind in die Heiligengeistkirche eingedrungen, haben Steine gegen den Altar geworfen und den Blumenschmuck vom Altar heruntergerissen. Was kann aus solchen verhetzten Kindern werden, die nicht einmal zur primitivsten religiösen Duldsamkeit erzogen werden. Heute greift die sittliche Verwahrlosung unter den Kindern in einer erschreckenden Weise um sich. Im 16.Bezirk wurde ein Mädchen, das von dem eigenen Vater missbraucht worden ist, in der Klasse weiter belassen. Es kommt vor, dass syphilitische Kinder unter den normalen belassen werden. Die schamlosesten Zeichnungen kursieren in den Schulen. Gemeinderätin Schlösinger beantragt in diesem Zusammenhang, der Bürgermeister als Präsident des Stadtschulrates sei aufzufordern, dahin zu wirken dass Sonderklassen für sittlich verwahrloste Kinder geschaffen werden. Es wäre auch hoch an der Zeit, dass der Stadtschulrat von seinem Befugnis Gebrauch macht, auf Grund des Paragraf 11 des Pressgesetzes, gegen die sittliche Gefährdung der Jugend durch schamlose Kunstwerke, einzuschreiten. Gemeinderätin Schlösinger bemerkt sodann, dass sich die Misserfolge der Schulreform in den letzten Jahren besonders krass gezeigt haben. Die Kinder in der Bürgerschule haben noch nicht einmal die Grundkenntnisse des Schrifftwesens. Handelsschulen nehmen Aufnahmsprüfungen vor, weil sie den Zeugnissen nicht mehr trauen. Eine Firma hat den Präsidenten Glöckel sogar einen Brief geschrieben, worin sie sich für die Schulreform bedankt, da diese absolut nicht imstande ist, die Kinder für das praktische Leben zu erziehen. Das sind fürchterliche Zeichen des Misserfolges der Schulreform. Die Rednerin führt dann Beschwerde, dass man der Lehrerschaft die Methodenfreiheit des Unterrichtes genommen und sie auch in dem Rechte der Klassifikation sehr eingeschränkt hat. Während die Kinder revolutioniert werden, werden die Lehrer geknechtet. Dadurch auch, dass viele nichtqualifizierte Kräfte insbesondere im Fürsorgewesen eingestellt werden, ergeben sich die vielen Misstände. Schliesslich bemängelt Gemeinderätin Schlösinger die Benachteiligung der Frauen seitens der Personalverwaltung deren praktisches Wissen und Können durch keine bürokratischen Juristen auch nur annähernd ersetzt werden kann. (Lebhafter Beifall).

GR. Pfeiffer (E.L.) wendet sich zunächst gegen die parteipolitische Einstellung, die bei den Aufnahmen in den Gemeindedienst und bei Beförderungen beobachtet werden kann. Trotzdem immer von der Gemeindeverwaltung versichert wird, dass das Personalreferat unparteiisch verwaltet wird, klagen die Leute, die bei der Gemeinde eine Anstellung suchen, immer wieder, dass von ihnen in erster Linie die Parteizugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verlangt wird. Der Redner führt dann Beschwerde über Lehrerversetzungen, die ihm ganz ungerechtfertigt erscheinen. So wurde ein definitiver Hauptlehrer mit 25 Dienstjahren, gegen dessen dienstliche Wirksamkeit keine Klage erhoben werden konnte, plötzlich versetzt. Der Lehrer ist Funktinär des Hernalser-Männerturnvereines und grossdeutscher Fürsorgerat. Der Abend hat ihn beschuldigt, dass er in der Schule für den deutschnationalen Turnverein Propaganda mache. Statt dass man ihn in Esziplinaruntersuchung gezogen und die Anschuldigung überprüft hätte, wurde er ohne Untersuchung einfach in die Leopoldstadt versetzt. Ein anderer Lehrer, der nur zehn Dienstjahre hat, Leitungsmitglied des republikanischen Schutzbundes ist, an derselben Schule wirkt und sich parteipolitisch betätigt, bleibt unbehelligt. Ein anderer Lehrer wurde von der Alseggerschule nach Heiligenstadt versetzt. Der Elternverein hat an den Wiener Stadtschulrat eine Bittschrift gerichtet, diesen Lehrer an der Schule zu belassen. Sie wurde überhaupt nicht erledigt. Der Lehrer hat sich parteipolitisch nicht betätigt; er hat aber ein Haus und in seiner Eigenschaft als Hausbesitzer hatte er einen Konflikt mit einem sozialdemokratischen Mieter. Er wurde deswegen in einer Zeitung verrissen und das war schon der Grund, dass er versetzt wurde. Ein anderer Lehrer ist schon der reine Wanderlehrer. Er diente schon an den Schulen in der Hörnesgasse, in der Dietrichgasse, in der Hainburgerstrasse, auf dem Sterneckplatz und in der Bachmayergasse. Heuer zum Schulanfang erhielt er ein Belobungsdekret, gleichzeitig damit aber auch seine weitere Versetzung auf dem Enkplatz. Es ist auch Beschwerde darüber zu führen, dass bei Geldbelobungen nicht die Bezirksschulinspektoren die Anträge stellen, sondern der sozialdemokratische Lehrerverein. Ein solches System erzieht die Lehrer zur Charakterlosigkeit, die sie nicht mehr dafür eignet, die Kinder zu Charaktere zu erziehen. Auf die Besprechung der Bezahlung der öffentlich Angestellten überhaupt übergehend, erklärt Gemeinderat Pfeiffer, dass die Vollvalorisierung der Bezüge aller öffentlichen Angestellten angestrebt werden soll. Jede Behörde soll verpflichtet sein, endlich einmal einen Valorisierungsplan auszuarbeiten. Die Stückarbeit in dieser Beziehung ist sowohl für die Behörden, als auch für die Angestellten unwürdig. Der Redner wünscht sodann, dass in den Amtsblattprotokollen über die Sitzungen des Wiener Gemeinderates angeführt werde, was die Redner gesagt haben. Diese werden in diesen Protokollen nur namentlich angeführt. Hinsichtlich der Bezüge der führenden Funktionäre in der Gemeindeverwaltung erklärt Gemeinderat Pfeiffer, dass sich diese als beamtete Funktionäre und nicht als Parteipolitiker fühlen mögen. Man kann vom Bürgermeiste Seitz nicht sagen, dass er einen Januskopf hat, denn er weiss mehr als zwei Seiten auf. Einmal spricht er ganz als Bürgermeister, dann wieder als Deutschnationaler, dann wieder tritt er für die Diktatur des Proletariats ein. Bei der Eröffnung der Wohnhausanlage Sandleiten hat er eine Rede gehalten, die wir wegen ihres parteipolitischen Charakters zurückweisen müssen. Die parteipolitische Verwaltung, wie auch die parteipolitische Einstellung des Herrn Bürgermeisters machen es uns unmöglich, für das Budget zu stimmen. (Beifall).

GR. Prinke (E.L.) führt aus, dass es keinen brutaleren und rücksichtsloseren Arbeitsgeber gibt, als die Gemeinde Wien, weshalb auch die Angestellten ihre Fähigkeiten nicht entfalten können, weil ja nicht diese, sondern nur ihre Parteizugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei für die Gemeindeverwaltung von Belang ist. So hat man am 7. Oktober auf die Arbeiter und Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke einen Druck ausgeübt, beim republikanischen Schutzbund mitzuwirken und nachdem sich dazu nicht viele gemeldet hatten, hat man ihnen versprochen, dass sie, wenn sie nach Wiener Neustadt gehen, den Samstag und Sonntag frei bekommen und diese Tage bezahlt erhalten. Das hat man dann auch getan, dafür wurden die Angestellten, die dienstfrei waren, zum Dienst einberufen und haben für Ueberstunden entlohnt werden müssen. Am 7. Oktober hat man auch die Flurhüter in Simmering beauftragt, von Samstag auf den Sonntag und am Sonntag die Simmeringer Pfarrkirche und den Pfarrhof zu beobachten, ob dort nicht von den Heimatschützlern Waffen herausgetragen werden. Ja diese Flurhüter haben sogar die Kirchenbesucher darauf hin angesehen, ob sie nicht Waffen heraustragen. Das ist schamlosester Missbrauch der Amtsgewalt. Gemeinderat Prinke bespricht sodann den Fall des Beamten der Gaswerke Schanderer, der, weil er am Begräbnis eines Frontkämpfers als Frontkämpfer teilgenommen und dabei als Kreuzträger fungiert hatte, auf Betreiben der Betriebsräte versetzt wurde. Aus diesen wie aus anderen Fällen zeigt sich, dass in den Betrieben nur die Vertrauensmänner der Sozialdemokraten, nicht aber die Leiter der Betriebe und der amtsführende Stadtrat etwas dreinzureden haben. Man verlangt von den Betriebsangestellten nicht nur, dass sie der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaft angehören, sondern auch, dass sie aus der katholischen Kirche austreten und den Freidenkern beitreten. Dafür hat es die Mehrheit zustande gebracht, dass die Angestellten und Arbeiter der Gemeindebetriebe schlechter gestellt sind, als die Angestellten der Privatindustrie. Vor allem bei der Gemeinde wird der Achtstundentag gebrochen. Die Angestellten des Zentralfriedhofes werden gezwungen ohne Entlohnung und ohne Ersatzruhezeit Überstunden zu machen und die freie Gewerkschaft hat erklärt, dass sie nicht imstande sei, für die Forderungen der Angestellten, dass der Achtstundentag eingehalten werden solle, einzutreten.)Hört! Hört! bei der Minderheit). Das ist eine wirklich gelbe Gewerkschaft. Der Redner erklärt zum Schlusse, dass er gegen den Voranschlag stimmen werde. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Gemeinderat Uebelhör (E.L.) kommt auf den Brand zu sprechen, der am 15. Dezember in einer Möbeltischlerei auf der Hernalser Hauptstrasse 35 ausgebrochen ist. Die Feuerwache am Johann Nepomuk Bergerplatz wurde gleich, nachdem der Brand von Passanten entdeckt worden war, angerufen, sie hat sich durch Rückruf überzeugt, dass keine Mystifikation vorliegt, und wurde ausserdem von der Wache verständigt. Trotz alledem ist sie erst ungefähr nach dreissig Minuten am Brandplatz erschienen. (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Einheitsliste). Es ist schon der zweite Fall, dass diese Feuerwache zu spät eingreift. Diese Fälle beweisen, wie gerechtfertigt unsere Bedenken waren, dass die Feuerwache Hernals am Elternleinplatz und die Freiwillige Feuerwehr Ottakring aufgelöst wurde. Mit Rückwicht auf die Aufregung, die in der Hernalser Bevölkerung wegen dieser Vorfälle besteht, stellen wir den Antrag: Es ist unverzüglich eine Untersuchung einzuleiten, warum die Feuerwehr verspätet auf dem Brandplatz erschienen ist und hierüber dem Gemeinderat unter Bekanntgabe der Massnahmen zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse raschest Bericht zu erstatten. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Höppeler (E.L.) bezeichnet den für Gehaltsvorschüsse in den Voranschlag eingesetzten Betrag als viel zu gering. Er bemängelt sodann die Verminderung der Post für den Religionsunterricht im Nebenberuf und führt Beschwerde über die Verringerung der Zahl der Leiterposten an Bürger- und Hauptschulen. Sodann verlangt er die Ausschreibung der nichtbesetzten Bürgerschulkatechetenstellen und wirft die Frage der Verfassungsmässigkeit des Wiener Stadtschulrates auf. In einer Polemik gegen die vorjährigen Ausführungen des Personalreferenten stellt Gemeinderat Höppeler fest, dass im Jahre 1926 nur 44 Prozent der in Niederösterreich vergebenen Lehrerstellen an christliche Lehrpersonen und 56 Prozent an Angehörige der nationalen Gewerkschaft und der freien Gewerkschaft verliehen wurden, im Jahre 1927 wurden 56 Prozent christliche Lehrpersonen und 44 Prozent nationale und freie Gewerkschaft Lehrpersonen ernannt. Der Redner führt darüber Beschwerde, dass sich bei den Leiterernennungen viele Doppelversorger befinden, ja sich schon ganze Dynastien unter den Direktoren und Leitern gebildet haben. Es ist auch zu tadeln, dass ebenso wie bei den Ernennungen, auch bei den Beförderungen die Qualifikation nicht massgebend ist. Von 295 ausgezeichneten Lehrpersonen gehörten 238 der freien, 25 der nationalen und 32 der christlichen Gewerkschaft an. Ein schlagender Beweis dafür, dass auch bei Auszeichnungen die Parteizugehörigkeit entscheidet. Bei den Umreihungen in eine höhere Gruppe ergeben sich ebenfalls viele Misstände. Während christliche Lehrer mit über 2o Dienstjahren und noch mehr von der Umreihung ausgeschlossen werden, werden freie gewerkschaftliche Lehrer schon mit 12 und 13 Dienstjahren umgereiht. Der Redner stellt schliesslich folgende Anträge: Zur Erstellung der Vorschläge ist eine aus Gemeinderatsmitgliedern dem Parteienverhältnis entsprechend zusammengesetzte Schulleiterernennungskommission einzusetzen. Der zweite Antrag geht dahin, den Wiener städtischen Lehrpersonen eine Personalvertretung zu bewilligen und dem Gemeinderate die erforderlichen Abänderungsvorschläge für das derzeitige Lehrerdienstgesetz vorzulegen. Bezüglich der Schulreform erklärt Gemeinderat Höppeler, dass die christlichen Lehrer die eigentlichen Träger der Schulreform sind. der katholische Lehrerbund hat schon seit Jahren eigene Arbeitsgemeinschaften geschaffen, die sich mit schulreformatorischen Arbeiten beschäftigen. Um die Schulreform verdiente Lehrer werden aber ohne Unterschied weder zu Schulleitern ernannt, noch ausgezeichnet. (Beifall).

Stadtrat Linder berichtet über die Aktion der städtischen Berufsfeuerwehr beim kürzlich stattgefundenen Brand in der Hernalser-Hauptstrasse. Die Feuerwehrzentrale wurde um 6 Uhr 17 Minuten alarmiert Um 6 Uhr 18 Minuten rückte bereits die Feuerwache Ottakring aus Um 6 Uhr 29 Minuten erhielt die Feuerwehrzentrale schon die Meldung, dass am Brandplatz drei Schlauchlinien gelegt worden sind und ein Mann gerettet worden ist. Von der ersten Meldung bis zu dieser vollendeten Aktion waren nicht mehr als 12 Minuten vergangen. Es kann daher von einem späten Eintreffen der Feuerwehr auf dem Brandplatz keine Rede sein. Um 6 Uhr 52 Minuten war das Feuer lokalisiert. Die Alarmbereitschaft der Feuerwehr ist so gut als möglich ausgestattet. Es ist Vorsorge getroffen, dass jede Feuerwache nach eingelangter Meldung innerhalb vier Minuten auf dem Brandplatz sein muss. Das Feuer wurde zu spät gemeldet, aber die Feuerwehr ist rechtzeitig am Brandplatz eingetroffen. Es muss wiederholt werden, dass unser Feuerschutz mustergültig ist und unsere Alarmbereitschaft immer besser wird. (Beifall).

GR. Kunschak (E.L.): Ich bin unmittelbar Tatzeuge des Brandes gewesen, weil die Fenster meiner Wohnung auf den Brandplatz gehen. Durch zehn Minuten habe ich den Brand gesehen, aber keine Feuerwehr. Ein Milchausträger namens Wild, der die Milch in das Haus, das dem Brand zum Opfer gefallen ist, zustellt, bestätigt, dass er nach seiner Auffassung der erste war, der das Feuer bemerkt hat. Er hat den Brandgeruch verspürt und um 5 Uhr 50 Minuten vom Kaffeehaus nebenan die Meldung an die Feuerwache Ottakring telefonisch erstattet Ein zweiter Mann, der Milchhändler Teufel hat gleichfalls um 3/4 6 oder einige Minuten nach 3/4 6 Uhr die Meldung vom selben Kaffeehaus erstattet. Ein dritter Zeuge erklärt auf das bestimmteste vor sechs Uhr das Feuer telefonisch der Feuerwache Ottakring mitgeteilt zu haben. Es sind also drei Zeugen vorhanden, die angeben, die Feuerwache telefonisch angerufen zu haben. Es hat also die Feuerwehr 25 bis 30 Minuten gebraucht, um auf dem Brandplatz zu kommen. Hier liegt zweifellos ein arger Verstoss vor. Es könnte noch behauptet werden, dass die Meldungen nicht richtig verstanden wurden, aber die Feuerwehr hat bestätigt, dass der Brand gemeldet wurde. Auf dem Brandplatz wurde erzählt, dass die Ottakringer Feuerwehr in derselben Nacht acht Ausrückungen gehabt hätte. Es wurde die Hernalser freiwillige Feuerwehr aufgelassen, die nur zwei Minuten vom Brandplatz entfernt war. In Hernals hat die Bevölkerung die Ueberzeugung, es gibt keinen verlässlichen Feuerschutz. Dieser Brand zeigt deutlich, dass das System verwerflich ist, das jetzt beim der Feuerwehr eingeführt wurde. Der Mann, der es erfunden hat, gehört in Disziplinaruntersuchung gezogen und davongejagt, wenn er ein Beamter ist, ist er ein Gewählter, verdient er das gleiche Schicksal. Für einen so grossen Brandbezirk stellt man eine einzige Feuerwehr hin. Da müssen die Dinge zu einer Katastrophe führen. Wir erklären ganz offen, dass die Hernalser ihre Feuerwehr wieder kriegen müssen. Mit diesem Selbstbetrug durch ein paar Zentralen den Branddienst einer Grosstadt zu leisten, muss aufgeräumt werden. Sie sind gewarnt Herr Stadtrat, aber auch der Herr Bürgermeister Wir haben eine solche Sache einmal schon erlebt. Damals ist der Bürgermeister gegangen. Solches verlangen wir nicht, aber es muss mit dem verwerflichen System gebrochen werden. (Beifall).

Stadtrat Linder stellt neuerlich auf Grund des amtlichen Depeschenbuches fest, dass vier Meldungen über den Hernalser Brand vorliegen. Die erste erfolgte um 6 Uhr 17 Minuten, die zweite um 6 Uhr 18 Minuten und eine um 6 Uhr 19 Minuten. Eine andere Möglichkeit der Kontrolle gibt es nicht.

Stadtrat Kunschak: Die Anzeige an die Staatsanwaltschaft Ich werde sie erstatten. Die wird sich die Zeugen suchen!

Stadtrat Linder: Ich möchte noch feststellen, dass das Aufrufen der Feuerwache Ottakring überhaupt nicht möglich ist, wenn jemand telefonisch "Feuerwehr" verlangt. Es meldet sich die Feuerwehrzentrale, die dann die Meldung weitergibt. Unrichtig ist, dass in der Brandnacht acht Ausrückungen waren, in Wirklichkeit war nur eine. Eines ist gewiss, dass wir gerade da draussen sehr viel mit der Politisierung der Feuerwehr zu tun haben.

Rufe bei der Minderheit: Hätten Sie die freiwilligen Feuerwehren nicht aufgelöst! Weil dort nicht lauter Genossen waren, mussten sie verschwinden!

Stadtrat Linder: Die Feuerwehr rückt sehr oft in Wien aus, aber nirgends hat man jemals solche Dinge gehört. Wir haben alles getan, um die Feuerwehr zu entpolitisieren. Die freiwilligen Feuerwehren waren in früherer Zeit eine sehr nützliche Einrichtung. Sie haben sich durch die Mechanisierung der Betriebsmittel überlebt und es spielt heute die Entfernung vom Brandplatz zur Feuerwache gar keine Rolle. Dass unsere Berufsfeuerwehr mustergültig ist, geht aus einem Schreiben des bedeutendsten Fachmannes Europas, des Düsseldorfer Branddirektors Petersen hervor, das vor einigen Tagen eingelangt ist. Der Mann schreibt, dass er alle Einrichtungen der Wiener Berufsfeuerwehr eingehend studiert hat und kommt zu dem Urteil, dass jetzt nicht

mehr die reichsdeutschen Feuerwehren an erster Stelle stehen, sondern die Wiener Berufsfeuerwehr und die deutschen Feuerwehren etwas nachholen müssen. Das ist das Urteil eines Fachmannes und für uns entscheidend. (Beifall bei der Mehrheit).

Gemeinderat Uebelhör (E.L.) erklärt, nocheinmal feststellen zu müssen, dass ein Arbeiter der Kunsteisbahn Engelhart um 5 Uhr 38 Minuten dorthin gekommen ist, den Brand bemerkt hat, der dann auf seine Veranlassung um 5 Uhr 50 Minuten gemeldet wurde. Wieso es kommt, dass eine telefonische Brandmeldung um 5 Uhr 50 Minuten erstattet wird, die Feuerwehr aber erst um 6 Uhr 18 Minuten erfährt, das muss aufgeklärt werden. Ich muss deshalb auf meinen Antrag bestehen.

Stadtrat Speiser lehnt in seinem Schlusswort zunächst den Antrag Rummelhardt betreffend Erhöhung der Budgetposten für Unterstützungsbeiträge und Vorschüsse ab, ebenso den Antrag Stöger betreffend der Abgebautenfrage, indem er darauf hinweist, dass die Abbauaktion bei der Gemeinde im Gegensatz zum Bunde eine vorwiegend freiwillige Abbauaktion war. Die übrigen Anträge Stöger empfiehlt er der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen. Sodann beschäftigt sich Stadtrat Speiser mit den Ausführungen der Gemeinderätin Schlösinger und hält ihr den Vorwurf, dass zu wenig Lehrer ernannt würden, die verhältnismässig niedrige Schülerzahl sowie die Notwendigkeit einer sparsamen Personal- und Finanzpolitik entgegen. Von den 5400 Lehrern sind, wenn man die Versetzungen im eigenen Wohnbezirk abrechnet, im ganzen 46 Versetzungen amtswegig erfolgt. Solche Versetzungen sind oft im Dienstinteresse notwendig und waren vielfach auch durch die Umwandlung der Bürger- in die Hauptschulen geboten. So wenig im übrigen allzu häufige Versetzungen am Platze sind, so wenig empfiehlt es sich Beamten und Lehrer allzu lange auf einen Dienstposten zu belassen. Den Antrag der Gemeinderätin Schlösinger auf Abschaffung des Artikels 3 des Lehrerdienstgesetzes schlägt Stadtrat Speiser vor der geschäftsmässigen Behandlung zuzuweisen, ebenso den Antrag auf Schaffung von Sonderklassen für sittlich verwahrloste Kinder. Dass Schulkinder den Religionsunterricht wie auch den Unterricht in andern Lehrgegenständen gestört haben, ist auch früher vorgekommen. Auf dem religiösen Gebiet würde es aber vielleicht am besten sein, dem Zustande ein Ende zu machen, dass dort, wo Schule und Haus nicht übereinstimmen, die Schulkinder zum religiösen Unterricht gezwungen werden. Dem Behauptun der GRin.Schlösinger von einem Misserfolg der Schulreform stellt Stadtrat Speiser die Behauptung des GR.Höppeler gegenüber, dass die christlichen Lehrpersonen den hervorragendsten Anteil an der Schulreform hätten. Sind beide Behauptungen richtig, so würde das besagen, dass die christlichen Lehrpersonen den Misserfolg der Schulreform verschuldet haben. Sodann gibt Stadtrat Speiser bekannt, dass im Jahre 1913 22 weibliche und 174 männliche, im Jahre 1918 24 weibliche und 178 männliche, im Jahre 1927 aber 141 weibliche Schulleiterinnen an Mädchenschulen ernannt worden sind. Auf den Vorwurf des GR.Pfeiffer, dass die Rede des Bürgermeisters anlässlich der Eröffnung von Sandleiten eine parteipolitische gewesen sei, erwidert der Referent, dass die Rede des Bürgermeisters durchaus sachlich gewesen ist. Im übrigen ersucht er, den Positionen der Verwaltungsgruppe II zuzustimmen. (Beifall).

Bei der Abstimmung werden die Positionen der Verwaltungsgruppe II angenommen. Ebenso der Antrag Uebelhör wegen des Brandes in der Hernalser Hauptstrasse. Die übrigen Anträge der Minderheit werden gemäss den Vorschlägen des Stadtrates Speiser zum Teil der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, zum Teil abgelehnt.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

396

Wien, am Dienstag, den 18. Dezember 1928

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom Dienstag, den 18. Dezember 1928

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und Sozialpolitik ein. Der Berichterstatter amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler erstattet über die ihm unterstellte Verwaltungsgruppe ein eingehendes Exposee. Er führt einleitend aus, dass die budgetären Ausgaben für die Wohlfahrtspflege seit Jahren ständig steigen. Während im Jahre 1923 für das Wohlfahrtswesen 35 Millionen Schilling ausgegeben worden sind, werden für das kommende Jahr nicht weniger als 109 Millionen Schilling veranschlagt. Das ist nahezu eine Verdreifachung. Bemerkenswert ist, dass die Ausgaben für die produktive Bevölkerungspolitik in dem gleichen Masse steigen, als die unproduktiven Ausgaben sinken. Die produktiven Ausgaben im Jahre 1923 umfassten 43 Prozent. Sie sind bis heute auf 61 Prozent gestiegen. Ein Vergleich der Ausgaben der Gemeinde Wien für das Wohlfahrtswesen mit den Ausgaben der Bevölkerung Oesterreichs für Alkohol zeigt den ganzen Wahnsinn des Alkoholismus. Das arme Oesterreich hat im Jahre 1927 rund 800 Millionen Schilling für Alkohol ausgegeben, das ist achtmal so viel, als die Wiener Wohlfahrtspflege kostet. Betont muss werden, dass ein Grossteil der Ausgaben für Alkohol leider dazu verwendet wird, der Wohlfahrtspflege systematisch entgegen zu arbeiten. Die rund tausend Alkoholiker, die die Irrenanstalten Wiens bevölkern, sprechen dafür eine beredte Sprache. Es wäre schon die höchste Zeit, dass endlich einmal die Menschen die notwendige moralische Energie aufbringen, durch die der Volksseuche Alkohol Einhalt geboten werden kann. Hinsichtlich des Alkoholverbrauches beträgt die Kopfquote in Oesterreich rund 120 Schilling jährlich. Dabei trinken natürlich die Väter und leider vielfach auch die Mütter die Kopfquote ihrer Säuglinge und Kinder mit. Ein Oesterreicher trinkt im Jahr 76 Liter Bier, 14 Liter Wein und 1'7 Liter Schnaps. Während die Kopfquote für den Alkoholverbrauch, wie schon erwähnt, 120 Schilling jährlich beträgt, macht die gesamte Belastung eines Wieners aus dem Titel der Wohlfahrtspflege pro Kopf und Jahr nur 44 Schilling aus, das ist ein Drittel von dem, was er vertrinkt. Stadtrat Professor Dr. Tandler berichtet dann über die Leistungen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und teilt mit, dass schon nahezu dreitausend Menschen der systematischen Blutgruppenuntersuchung unterzogen worden sind. Der Zentralkataster über die Blutspender funktioniert auch schon. So konnte vor einiger Zeit ein Patient des Rainerspitals durch einen von der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Blutspender, einem Arbeitersamariter gerettet werden. Hinsichtlich der Tuberkulose ist vor allem bei Kindern und Frauen ein Rückgang festzustellen. Besonders bemerkenswert ist die grosse Zahl der Untersuchungen in den Tuberkulosefürsorgestellen der Gemeinde, die ein Beweis dafür ist, dass die Bevölkerung an der Bekämpfung der Tuberkulose lebhaften Anteil nimmt. Der Rückgang der Geschlechtskrankheiten, insbesondere der Syphilis, macht sich insbesondere in den Anstalten der Gemeinde Wien im Rückgang der Fälle von angeborener Syphilis bemerkbar. Der allgemeine Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung kann als günstig bezeichnet werden. Die Befürchtungen, dass die schweren Diphtherieepidemien, die im Vorjahr in den Nachbarstaaten aufgetreten sind, auch in Wien ihre Opfer fordern werden, sind glücklicherweise überflüssig gewesen. Die Zahl der Diphtherietodesfälle ist gegegnüber früheren Jahren nicht gestiegen, wenn auch die Zahl der schweren Krankheitsfälle vielleicht ein wenig grösser geworden ist. Zu irgendeiner Beunruhigung aber ist keinerlei Veranlassung gegeben. Die im Frühjahr 1927 und auch heuer häufigeren Erkrankungen an Masern und Scharlach haben wenig Opfer gekostet, da es sich nur um leichte Epidemien gehandelt hat. Im heurigen Sommer war in Wien eine durch die Bemühungen des Gesundheitsamtes streng lokalisierte Typhusändemie. Auch sie hat nur wenig Opfer gefordert. Die schon im Vorjahr begonnenen systematischen Untersuchungen der Quelleneinzugsgebiete der ersten Hochquellenleitung wurden heuer fortgesetzt. Durch diese Untersuchungen gelang es, die einzelnen Einzugsgebiete abzugrenzen und die Abhängigkeit des Keimgehaltes des Quellen von athmosphärischen Einflüssen festzulegen Das ist von ganz besonderer Bedeutung, weil dadurch die Möglichkeit gegeben ist, Quellen, die aus irgendeinem Ereignis eine Steigerung ihres Keimgehaltes aufweisen, auszuschalten. Für die Erhaltung unserer Hochquellenleitung ist aber noch von besonderer Wichtigkeit die Hintanhaltung weiterer Besiedlung jener Gebiete, die das Einzugsgebiet unserer Quellen darstellen. Es ist zu hoffen, dass das Land Niederösterreich im wohlverstandenen Interesse für Wien und auch für die an die Hochquellenleitung angeschlossenen Gemeinden in Niederösterreich unsere Bemühungen für die Reinhaltung der Quellen unterstützen würde. Eine schwere Belastung des Budgets bilden noch immer die in den Gemeindeanstalten befindlichen Ausländer, für deren Verpflegung eine Reihe von Nachbarstaaten keinen Groschen zahlten. Hingegen kommt es noch immer vor, dass irrsinnige durch Vermittlung der Konsulate ihrer Staaten nach Wien gebracht werden, wo sie einfach von den Behörden aufgegriffen werden und dann unseren Irrenanstalten zur Last fallen. Der Nachweis der Staatszugehörigkeit erfordert meistens mehrere Jahre, in einem Fall laufen zum Beispiel die Verhandlungen schon seit dem Jahre 1922. Stadtrat Professor Dr. Tandler bespricht dann die Leistungen des Jugendamtes, das durch den Prozess Stodolak in den letzten Wochen im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gestanden ist. Der Referent verweist zunächst darauf, dass die Zahl der Sprengelfürsorgerinnen anfangs dieses Jahres um fünfzehn vermehrt worden ist, um den grossen Aufgaben, die dem Jugendamt gestellt sind, gerecht zu werden. Die Zahl der Mündel des Jugendamtes betrug am 1. November dieses Jahres rund 22.000. Die Zahl der Kinder, die mit Pflegebeiträgen der Gemeinde versehen werden, erreichte am 1. Oktober dieses Jahres die Zahl von rund 13.000. Am 1. Oktober dieses Jahres haben rund 8500 Kinder die städtischen Kindergärten besucht. Bis Ende November hat das Jugendamt nicht weniger als 11.000 Säuglingswäschepakete ausgegeben. Alles in allem stehen rund 36.000 Kinder in der Dauerfürsorge der Gemeinde Wien. Eine ungeheure Belastung sind die gerichtlichen Interventionen. Diese erreichten im Vorjahr die Zahl von 8000. Darunter waren 3700 Vaterschaftsfeststellungen. Man hat der Meinung Ausdruck gegeben, dass das Jugendamt viel zu sehr statistisch arbeitet. Das ist jedoch ganz unrichtig. Das Gegenteil ist wahr. Es fehlt leider die Statistik, da wir vor lauter Arbeit nicht einmal dazu kommen, die Resultate unserer Arbeiten zusammenzufassen und sie wissenschaftlich zu bearbeiten. Wer die Jugendfürsorge praktisch kennt, und nicht darüber nur theoretisch geschrieben hat, weiss, wie schwierig die Arbeiten des Jugendamtes sind und wie leicht es zu Unglücksfällen kommen kann. Es gibt keinen Beruf, der so sehr an die Menschen gebunden ist, wie den Fürsorgeberuf. Nichts ist leichter als die beliebte Verallgemeinerung, aus einem Einzelfall auf das ganze zu schliessen und dieses in Bausch und Bogen zu verurteilen. Im Falle Stodolak wurde gesagt, dass die Fürsorgerinnen zu jung sind. Die beiden Fürsorgerinnen, die sich mit der Angelegenheit Stodolaks beschäftigt haben, sind 29 Jahre alt. Man hat behauptet, dass diese Fürsorgerinnen zu wenig geschult seien. Die beiden Fürsorgerinnen stehen seit 1919 in städtischen Diensten und haben alle vorgeschriebenen Schulen, Kurse und Prüfungen abgelegt. Insbesondere wurde im Falle Stodolak der Bürokratismus beschuldigt. Gewiss liegt die Gefahr der Verbürokratisierung nahe, aber wir sind immer bemüht, ihr entgegen zu treten. Schon in einem Vortrag im Februar 1927 habe ich die Fürsorgerinnen auf diese Gefahr

aufmerksam gemacht und seither wurde immer wieder betont, dass die Unmittelbarkeit des Verfahrens das Um und Auf der Fürsorge sei. Professor Dr.Tandler gibt dann eine tabellarische Uebersicht über den Fall Stodolak, die zeigt, wie schwer es war, die Wahrheit zu erfahren. Man hat im Gerichtsaal immer wieder betont, dass es doch hätte möglich sein müssen, mit dem Kind allein zu sprechen. Man stelle sich nun eine Fürsorgerin vor, die einer Mutter oder einem Vater, die mitunter auch oft kein reines Gewissen haben, in irgendeiner Form nahe legen soll, sie mit dem Kind allein zu lassen, und frage sich erst, ob das so einfach ist und ob nicht in der Majorität der Fälle die Eltern mit allen Mitteln die Fürsorgerin in ihrem Bestreben zu hindern versuchen. Man frage auch die Polizeiärzte, die ja auch im Falle Stodolak Untersuchungen angestellt haben, ob es so leicht ist, Verletzungen als durch Misshandlung entstandene zu qualifizieren. Man überlege sich auch, was es heisst, einer Mutter ihr Kind abzunehmen. Vor zwei Jahren ist eine Mutter, der das Kind abgenommen worden war, schnurstracks in die Donau gegangen. In einem anderen Falle, der sich erst vor kurzer Zeit ereignet hat, hat der Vater den Beamten, der das Kind abnehmen sollte, in Anwesenheit eines Polizeimannes überfallen und gewürgt. Solche Szenen spielen sich ununterbrochen ab. Es muss doch bedacht werden, dass ein Drittel aller Kinder, die in der Fürsorge der Gemeinde stehen, wegen Alkoholismus ihrer Eltern in die Fürsorge gekommen sind. Die Zahl der Misshandlungen ist eine unglaublich grosse. Sie entspricht dem Wüten des Alkoholismus. Alle Fälle, bei denen es sich um den Verdacht einer Kindermisshandlung handelt, müssen dem amtsführenden Stadtrat angezeigt werden. Eine Liste dieser Fälle steht dem Jugendamt zur Verfügung. Wir zählen etwa 250 Fälle, bei denen die Fürsorgerinnen ununterbrochen bemüht sind, entweder den Verdacht auf Kindermisshandlung zu erhärten oder als nichtberechtigt nachzuweisen. Die Zahl der anonymen Anzeigen, die immer wieder an das Jugendamt kommen, geht in die hunderte. Stadtrat Professor Dr.Tandler bespricht dann eine Reihe von ganz unglaublichen Fällen von Kindermisshandlungen. Nichtsdestoweniger ist die Zahl der bei der Polizei angezeigten Fälle von Kindermisshandlungen im steten Rückgang. Gegenüber von 150 Fällen im Jahre 1919, betrug die Zahl der Anzeigen im Jahre 1927 nur mehr 65 und sank bis Mitte des heurigen Jahres auf 15. Das ist der beste Beweis dafür, dass sich die Verhältnisse dennoch bessern. Es soll niemand, der schuldig ist, von seiner Schul frei gesprochen werden, aber es dürfen nicht Unschuldige beschuldigt werden. Es widerspricht der Würde unserer Stadt wo unabhängig vom Glaubens- und Parteibekenntnis das Kind im Vordergrund des Interesses steht, durch Pauschalverdächtigungen die Arbeit des Jugendamtes zu erschweren. Die Fehler, die vorgekommen sind, sind zum Teil schon abgeschafft worden, zum Teil werden sie abgeschafft. Es liegt in der menschlichen Natur über einen Misserfolg tausende von Erfolgen zu vergessen. Es geht da dem Jugendamt genau so wie den grossen Operateuren. Sie retten Tausenden das Leben, in einem Falle aber gelingt es nicht. Der Operateur ist dann selbstverständlich kein Lebensretter mehr, sondern ein Patzer. Ich habe nie die Mängel, auf die man mich aufmerksam gemacht hat, geleugnet, vielmehr ihre Existenz freiwillig zugegeben. Ich habe auch jedem Einzelnen gedankt, der bei mir eine berechtigte Beschwerde vorgebracht hat. Stadtrat Professor Dr.Tandler gibt am Schlusse seiner Ausführungen seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass, so schrecklich auch der Fall Stodolak sein möge, er der gesamten Jugendfürsorge eine ernste Warnung gewesen sei und das Jugendamt zur weiteren intensiveren Arbeit und zu einem weiteren Fortschritt verhalten werde. (Grosser Beifall bei der Mehrheit).

GRin. Dr. Motzko (E.L.) bemerkt, Stadtrat Tandler habe den Aufriss eines interessanten Wohlfahrtsprogramms gegeben. Namentlich seine Ausführungen über die gesundheitliche Fürsorge verdienen die Zustimmung. Es ist befriedigend zu hören, dass gewisse Errungenschaften der modernen Medizin auch Gemeingut der Bevölkerung geworden sind, wie die bei Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und verschiedener anderer Krankheiten. Ebenso ist es zu unterstützen, wenn der Referent die ganze Bevölkerung zur Mitwirkung im Kampf gegen den Alkoholismus aufruft. Allerdings wäre hier nicht das Konsumverbot das wirksamste Mittel, andere Massnahmen wären weit wirksamer. Volltrunkenheit dürfte nicht, wie dies jetzt in unserem Strafgesetz der Fall ist, ein Milderungsgrund für das in der Trunkenheit begangene Delikt sein, es müsste beides, die Trunkenheit und das Delikt ausgiebig gestraft werden. (Zustimmung bei der Einheitsliste). Man müsste darüber nachdenken, ob den Leuten, die sich durch den Alkoholismus ein Leiden zugezogen haben, nicht den Anspruch auf Kranken- oder Altersunterstützung entziehen und ob man nicht überhaupt dem Alkoholiker das Recht nehmen sollte, den Lohn, selbst in die Hand zu bekommen. Stadträtin Dr.Motzko beschäftigt sodann im einzelnen mit dem Voranschlag und bemerkt, dass die für das Fürsorgewesen aufgewendeten Summen gewiss nicht klein seien, dass aber die Leistungen nicht im richtigen Verhältnis zum Aufwand stehen. In der offenen Armenfürsorge sind wir so weit gekommen, dass man von einem System der Stacheldrahtverhaue sprechen kann, vor dem die Hilfesuchenden stehen. Auch die Gemeinde müsste, wie dies durch die staatliche Altersfürsorge geschehen ist, den Armen ein Recht auf die Fürsorge geben. Andere Städte, wie z.B. München, geben bedeutend höhere Summen für die offene Fürsorge aus. Stadträtin Dr.Motzko stellt in diesem Zusammenhang die Anträge, dass die Anfallspfründe von neun auf zwölf Schilling zu erhöhen ist, dass die Wartefrist von einem Jahr auf ein Halbes Jahr herabgesetzt, dass an Stelle der üblichen Erhöhungsstufen von zwei oder vier Schilling die Erhöhungen je nach den individuellen Erfordernissen des Falles gegeben werden, dass schliesslich die Post "Erhaltungsbeiträge" auf 15 Millionen Schilling erhöht wird. Zu tadeln ist auch,dass für die Ausspeisungsaktion kein Sonderbetrag ausgewiesen ist.In der offenen Fürsorge unterlaufen immer wieder die Versuche, sie mit Parteipolitik zu zersetzen.Ein Beispiel dafür ist die Behandlung,die Sie dem Reichsverbandder Arbeitsinvaliden und seinen Mitgliedern zuteil werden lassen Da hat ein Beamter in missbräuchlicher Anwendung seiner Amtsgewalt einem Reichsverbandsmitglied gesagt,dass es solange nichts von der Gemeinde bekommt,solange es diesem Verein angehört.(Rufe Bei der Minderheit:Das ist ein Skandal,eine Niederträchtigkeit!Das ist der Geist der Verwaltung!)Stadtrat Dr.Motzko bespricht dann die Anstaltspflege für Erwachsene und tadelt insbesondere die vielen Amtshandlungen bei der Aufnahme eines Bedürftigen indie Anstaltspflege.Ebenso schwer für die alten Leute vollzieht sich der Uebergang von der geschlossenen in die offene Fürsorge.In Lainz werden den Leuten 40 Schilling Pfründe versprochen,und wenn sie dann entlassen sind,wird ihnen diese Pfründe bis auf 20 Schilling gekürzt.Es darf nicht vorkommen,dass zwei Abteilungen des Fürsorgeamtes so neben einander arbeiten.Auch hier muss ein Einvernehmen getroffen werden,und wenn Sie den Fürsorgeapparat mit Leben und nicht mit Bürokratie erfüllen, werden solche Unzukömmlichkeiten gewiss vermieden werden.Die Anstaltspflege führen Sie zu teuer.DerHauptaufwand sind die Personalkosten.Die Lebensmittelkosten hingegen sind sehr bescheiden.Während in München in einer Versorgungsanstalt für 340 Pfleglinge der Jahrespersonalaufwand rund 55.000 Schilling beträgt,kostet Ihnen das Personal für eine Anstalt, wie eine in Mauerbach ist,nicht weniger als 155.000 Schilling. Bei den Pfleglingen hingegen verstehen Sie es zu sparen.Diese klagen über ein unzureichendes Essen. Es wäre eine freiere Hand dafür wohl sehr am Platze.Sie rauben auch den Menschen das Gefühl,dass siefreie Menschen sind.Für die Anstalten bestehen Vorschriften,die diesen einen gefängnisartiken Charakter auferlegen.Nicht ohne ernste Kritik kann man an der Fürsorge für Kinder und Jugendliche vorbeigehen.Da verfolgen Sie auch Tendenzen,die sehr oft am richtigen Ziel vorbeigehen.Auch bei diesem Kapitel finden wir einegesunde Sparpolitik.Die Rednerin wendet sich dann der Besprechung des

Falles Stodolak zu und meint,dass es sich ergeben hat,dass Personen mit einem Amt betraut sind,deren Fähigkeiten den Erfordernissen ihres Amtes nicht entsprechen.Im Falle Stodolak wurden wohl Akten geschmiert aber das Notwendige wurde nicht gemacht.Er ist ein Beweis dafür,wie schablonenhaft in der Fürsorge gearbeitet wird.Dass die verantwortliche Fürsorgerin vom Gericht nicht eruiert werden konnte,gibt einen Aufriss von der entsetzlichen Verbürokratisierung Ihres Apparates. Der Akt Stodolak ist eben unter Ihrem System untergegangen,weil sich jede Fürsorge bei Ihnen nur in Erhebungen auslebt. Sie haben den Menschen die Verantwortung weggenommen und ihnen dafür Vorschriften gegeben.Wenn Sie ihnen die Verantwortung wiedergeben,wird gewiss der Instanzenweg wesentlich abgekürzt werden.In Ihrem Jugendfürsorgeapparat grenzen die Kompetenzen wie chinesische Mauern die einzelnen Abteilungen von einander ab.Wenn der Fall Stodolak nicht so traurig wäre,so müsste in aller Welt ein Gelächter über die Parodie der Fürsorge anheben,die das Jugendamt betreibt.(Beifall beider Minderheit).Wir sind mit dem Bericht des Herrn Stadtrates über den Fall Stodolak nicht zufrieden und verlangen eine ausführliche Darstellung.Stadtrat Dr.Alma Motzko stellt dann den Antrag,ebenso wie dem Verband wie freiwillige Jugendfürsorge auch dem Caritasverband eine Subvention von 80.000 Schilling zu gewähren.Die weiteren Ausführungen der Rednerin beschäftigen sich mit dem Kindergartenwesen,wobei die Rednerin ihrer Meinung Ausdruck gibt, dass durch die Aufdrängung der Kindergärten an die Mütter diesen das Gefühl der Pflicht gegenüber dem Kinde genommen werde.Es ist hinter den ganzen Kindergartenaktion nichts anderes zu vermuten,als dass Ihnen kein Mensch jung genug ist,um nicht in die sozialdemokratische Parteischule zu gehen.

Zum Schlusse verlangt GR.Motzko, dass sich der Wohlfahrtsreferent als Jugendschützer auch um die Dinge kümmere, die im Fortbildungsschulwesen vor sich gehen. Da ist in der städtischen Fortbildungsschule für das Schneidergewerbe an die Kinder ein Aufruf verteilt worden, der sie dazu animiert das Kleine Blatt zu lesen und ihnen gleichzeitig eine Probenummer des Kleinen Blattes in die Hand gegeben worden, in der die Verhütungsmethoden gesprochen wurden (Hört! Hört! bei der Minderheit). Von der Zentrallehrlingsbibliothek aus wurde den Lehrlingen das Buch Novembre von Flaubert in die Hand gegeben, das ein Bordellbuch ist)Hört! Hört!bei der Minderheit). Die Leute, die dergleichen zu verantworten haben, haben abzutreten. Sie kämpfen gegen die physischen Seuchen an, lassen es aber zu, dass der Jugend dieses Senkgrubenmilieu bereitet wird, das der Wiener Fortbildungsschulrat propagiert. Stadträtin Motzko erklärt schliesslich, dass sie gegen das Budget stimmen werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste. - Die Rednerin wird beglückwünscht).

GR.Hörmayer (E.L.) bezeichnet die Post "Erhaltungsbeiträge"als zu niedrig, und weist darauf hin, dass die im Jahre 1913 eingesetzte Post höher war. Er beschäftigt sich sodann ausführlich mit der Armenfürsorge und wendet sich dagegen, dass die ganze Fürsorge heute politisiert ist. Es kommt vor, dass Leute abgewiesen werden, weil sie nicht sozialdemokratisch organisiert sind. Akten bleiben Monate lang liegen. Wenn sich ein sozialdemokratischer Fürsorgerat für eine Sache einsetzt,wird sie bewilligt, auch wenn das Ansuchen noch so unberechtigt ist. Da wurde z.B. aus politischen Gründen einem Mann ein Mittellosigkeitszeugnis verweigert und als er es bekommen hat, hat ihm der Fürsorgerat gedroht, er werde zum Revolver greifen, wenn der Betreffende seine Wohnung nicht verlasse. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Ein besonderes Kapitel ist es auch, wie die Leute in den Fürsorgeinstituten durch die Schuwa behandelt werden. Gemeinderat Hörmayer wendet sich dagegen, dass die Nikolofeier in den städtischen Anstalten abgeschafft wurde und bespricht sodann die für Körperkultur eingesetzte Post. Er ersucht, das Projekt Stadion endlich dem Gemeinderat vorzulegen und die Wünsche der Minderheit dabei zu berücksichtigen. Ebenso verlangt er, dass den christlichen Organisationen Subventionen in höherem Ausmass zugewendet werden. Er stellt schliesslich den Antrag, dass allen über 70 Jahre alten erwerbsunfähigen Befürsorgten, die höchsten Unterhaltsbeiträge im Ausmass von 40 Schilling im Monat zugewendet werden sollten. (Beifall bei der Einheitsliste)

NR.Merbaul (E.L.) bespricht die Kohlenaktion der Gemeinde für die Befürsorgten und meint, dass diese Aktion nur geringen praktischen Wert habe, da für die Zufuhr der Kohle nicht gesorgt sei. Den alten Leuten ist es unmöglich, sich die Kohlen selbst zu holen. Er bestreitet sodann die Behauptung des Stadtrates Tandler, dass an die Fürsorgeräte keine Weisungen hinausgegeben werden und stellt demgegenüber fest, dass in die an Fürsorgeräte verteilten Hefte Aufforderungen an die Fürsorgeräte hineingeschmuggelt worden seien, dass nur Erhöhungen der Pfründen im Ausmass von zwei Schilling bewilligt werden dürfen. Die Sozialdemokraten haben die bestandenen guten Einrichtungen auf dem Gebiet des Armenwesens beseitigt und sie durch einen Apparat ersetzt, der so arbeitet, wie man es an dem Fall Stodolak sieht. Der Redner führt Klage über die Beseitigung der Waisenräte und über die mangelhafte Pflege der Kinder in den Waisenhäusern und bezeichnet auch die Fürsorge in Lainz als unzulänglich. Man möge endlich von dem heutigen System abgehen und den alten versorgungsbedürftigen Wienern das geben, was ihnen gebührt. (Beifall bei der Minderheit).

GR.Dr.Pfeiffer (E.L.) begrüsst auf das freudigste die energische Stellungnahme des Stadtrates Tandler gegen den Missbrauch des Alkohols und schliesst sich der Meinung der Gemeinderätin Dr.Motzko an, dass Trunkenheit kein Milderungsgrund bei Verbrechen sein dürfe, dass sie vielmehr ebenso bestraft werden müsse, wie das Verbrechen selbst. Es wäre vor allem die Aufgabe der sozial höher gestellten Schichten gegen den Missbrauch des Alkohols aufzutreten. Man ist sehr gerne bereit einen trunkenen Arbeiter zu verurteilen und es andererseits für fesch zu halten, wenn sich Leute von Bildung einen gründlichen Rausch ansaufen. Es müsste aber auch endlich ein praktischer Weg zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauches beschritten werden, und zu diesem Zweck eine strenge Besteuerung aller fremdländischen Schnäpse und Weine Platz greifen. GR.Pfeiffer beschäftigt sich sodann mit der für das Stadion eingesetzten Post. In dieser Frage hätten zuerst die Fachleute Stellung nehmen sollen, bevor der sozialdemokratische Klub gesprochen hat, dann wäre auch die schwierige Situation vermieden worden, in die wir jetzt hinsichtlich der Platzwahl geraten sind. Infolge der notwendig gewordenen Platzverlegung sind die eingereichten Stadionprojekte wertlos geworden. Gemeinderat Pfeiffer richtet an Stadtrat Tandler das dringende Ersuchen in den Fragen des Körpersports und der körperlichen Erziehung den einseitigen Parteistandpunkt aufzugeben. Schliesslich kommt er auf den Fall Stodolak zu sprechen, der gewiss ein Zeichen für die um sich greifende Verrohung sei. Wenn aber Stadtrat Tandler wünscht, dass hier eine Verbesserung eintritt, muss er sich vor allem an seine eigene Partei wenden und dafür sorgen, dass der Klassenkampf und Klassenhass, der schon in die Herzen der Kinder gelegt wird, abgebaut wird. Diejenigen, die den Klassenkampf und Klassenhass predigen, haben nicht das Recht vom Abbau des Hasses und der Verrohung zu sprechen.

(Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Vierter Bogen der Budgetdebatte vom 18.Dezember 1928.

GR.Dr.Friedjung (Soz.Dem.) bemerkt, es sei nötig, gegenüber der abfälligen Kritik, die die Redner der Minderheit an den städtischen Fürsorgewesen üben, einmal die Verdienste des Stadtrates Tandler um die Fürsorge ins rechte Licht zu stellen. In der Bevölkerung ist z.B. zu wenig bekannt, welche Wandlung sich auf dem Gebiet der Kinderspitäler in Wien vollzogen hat. Wir haben drei Kinderspitäler in Betrieb genommen, die nahe dem Zusammenbruch waren. Aus diesen Anstalten wurden und das ist vor allem das Verdienst Tandlers, Musterbetriebe geschaffen. Gemeinderat Dr.Friedjung wendet sich sodann gegen die Ausführungen der Gemeinderätin Motzko, die das Alkoholverbot abgelehnt hat, weil ein solches Verbot eine Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeute. Um was für Freiheit handelt es sich hier? Um die Freiheit, Frau und Kinder zu prügeln und alle möglichen Unglücksfälle hervorzurufen und sich dann damit zu entschuldigen, dass man volltrunken war.

Frau Stadträtin Dr.Motzko hat gefordert, dass sich die Gemeinde die Gewissensfrage vorlegen möge, den alten Leuten eine gewisse Altersversorgung zu geben. Da ersuchen wir nun die Frau Stadträtin, ihren Einfluss doch bei ihrer Partei geltend zu machen, und zwar mit dem Hinweis darauf, dass der Nationalrat eine Altersversorgung, aber mit Prosperitätsklauseln festgelegt hat, die ein günstiges Auswirken des Gesetzes erst dann ermöglichen, "wenn es uns so gut geht, dass wir uns es auch leisten können." Wenn man sich also heute die günstige Auswirkung des Altersversorgungsgesetzes nicht leisten kann, kann man sich auch nicht die Leistung erlauben, den Mieterschutz abzubauen. (Beifall bei der Mehrheit). Der Redner tritt dann der Behauptung der Stadträtin Dr.Motzko entgegen, dass die Gemeinde die Kinder in die Kindergärten zwinge. Die Gemeinde hat nie darauf abgezielt. Der Redner erklärt dann, dass er ein Anhänger der allgemeinen Kindergartenpflicht sei, wonach die Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr an einige Stunden in Kindergärten zu verbringen haben. Professor Dr.Tandler hat das schwerste Referat; er soll gutmachen, was die gesellschaftlichen Schäden an Wunden geschlagen haben. Wir werden seine Tätigkeit mit aller Kraft unterstützen. (Beifall bei der Mehrheit).

GR.Binder (E.L.) führt über die Sparmassnahmen in der offenen Fürsorge Beschwerde, die er als grausam bezeichnet. Er bespricht dann einige Fälle, bei denen bedürftige Menschen die Pfründen oder Erhaltungsbeiträge entweder herabgesetzt oder ganz eingestellt wurden. Er tadelt, dass das Fürsorgewesen nicht individuell behandelt werde und wünscht schliesslich eine raschere Akterledigung. Der Hauskrankenpflege wäre ebenfalls ein grösseren Augenmerk zuzuwenden. Es wäre auch sehr notwendig, dass die aus Heilanstalten entlassenen Menschen, wenn sie kein Obdach haben, mehr vom Wohnungsamt berücksichtigt werden würden. Vor der Wiederbelegung von eigenen Gräbern soll der frühere Grabeigentümer verständigt werden, dass seine Grabmiete abgelaufen ist. Dadurch werden viele Unzukömmlichkeiten vermieden werden. (Beifall bei der E.L.)

GR.Wawerka (E.L.) wünscht, dass den Gemeinderäten Gelegenheit geboten werde, die Fürsorgeanstalten der Gemeinde kennen zu lernen. Es wäre auch angezeigt, wenn der gesamte Ausschuss in die Anstalten mitunter Exkursionen machen würde. Unter Hinweis auf die Gesamtausgaben für Wohlfahrtswesen von 109 Millionen Schilling erklärt der Redner, dass die Ausgaben für Sport und Körperkultur nur rund ein Prozent der Ausgaben darstellen. Das sei herzlich wenig. Ebenso wird bei anderen Ausgaben gespart. Während für Geld- und Sachaushilfe im Jahre 1927 noch 2'57 Millionen Schilling ausgegeben wurden, sind für 1929 nur mehr 1'85 Millionen Schilling veranschlagt. Es wäre eine ausgiebige Erhöhung dieser Post notwendig. Wenn Stadtrat Tandler bestritten hat, dass an die Fürsorgeräte Weisungen zur Sparsamkeit hinausgehen, so sind solche Weisungen gar nicht nötig, da die Knappheit der den Fürsorgeräten zugewiesenen Mittel sie zur Sparsamkeit zwingt. Es ist eine Schande, dass die reiche Gemeinde Wien an den Aermsten der Armen sparen will. Gemeinderat Wawerka bezeichnet die dem Wiener Jugendhilfswerk zur Verfügung stehenden Mittel als ganz unzulänglich, ebenso die Post für die sogenannten Fürsorgefahrscheine und erhebt darüber Beschwerde, dass einzelne Fürsorgeräte mit dem Parteiabzeichen amtieren. Endlich müsste die Entpolitisierung des Fürsorgewesens und insbesondere auch des Subventionswesens herbeigeführt werden und verlangt, dass der Opposition klarer Einblick in alle Subventionsansuchen gegeben wird. Schliesslich erinnert er an seine in der vorjährigen Budgetdebatte vorgebrachte Beschwerde, dass Mitglieder sozialdemokratischer Jugendorganisationen gelegentlich des Parteitages in Klagenfurt in geradezu verabscheungswürdigerweise über die katholische Religion und die katholischen Priester geäussert haben. Kurze Zeit darnach ist es vorgekommen, dass Jugendliche in der Kirche bis zum Presbyterium vorgedrungen sind und darüber gespuckt haben. Die sozialdemokratische Partei ist für solche Dinge verantwortlich, da sie im Gegensatz zu ihrem Programm, dass Religion Privatsache sei, den Kampf gegen die Religion und speziell gegen die katholische Religion predigt. Kein Sozialdemokrat wird ein Beispiel nennen können, dass eine christliche Jugendorganisation sich eine ähnliche Verhöhnung einer gegnerischen Organisation oder einer gegnerischen Idee geleistet hätte. Der Unterschied ist eben der, dass Sie die Jugend verhetzen und wir sie erziehen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GRin.Ammon (Soz.Dem.) hält den Rednern der Minderheit, die sich über Sparmassnahmen der Gemeinde auf dem Gebiete des Fürsorgewesens beklagt haben, die Budgetpost "Säuglingswäsche" entgegen. Auch an dieser Post wurde Kritik geübt. In Wirklichkeit ist es aber rührend, was man von den Frauen, die dieses Geschenk erhalten, zu hören bekommt. Die Aktion kommt tausenden Frauen zugute, die bei den heutigen schlechten Verhältnissen nicht in der Lage wären, Säuglingswäsche anzuschaffen und diese Aktion hat nicht nur materiellen, sondern auch ethischen Wert, da sie die Frauen, die das mit grösster Liebe ausgestattete Wäschepaket in die Wohnung bekommen, auch aneifert, ihren Kindern das Möglichste an Liebe zu bieten. Wie unrecht diejenigen haben, die diese Aktion deshalb kritisiert haben, weil sie auch reichen Leuten zugute komme, geht aus einer Statistik hervor, aus der sich ergibt, dass in den proletarischen Bezirken, Favoriten, Ottakring und Brigittenau, die grösste Zahl solcher Wäschepakete abgegeben wurden. Im Jahre 1927 sind in neun Monaten in Favoriten 907, in Ottakring 586 Pakete, in Döbling, einem bürgerlichen Bezirk, aber nur 177 solcher Pakete verteilt worden. Dieser Säuglingswäscheaktion, reihen sich noch andere Aktionen der Gemeinde an, die Mütterhilfe- und die Frischmilchaktion, die darin besteht, dass Kindern bis zu sechs Monaten ein halber Liter und Kinder bis zu einem Jahr ein Liter Milch täglich gegeben wird. Gemeinderätin Ammon dankt dem Stadtrat Tandler für diese wahren Fürsorgeaktionen und erklärt der Wohlfahrtsausschuss werde dem Stadtrat Tandler, wie bisher auch in Zukunft in seinen Bestrebungen um die städtische Fürsorge unterstützen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR.Körber (E.L.) stellt gegenüber der Gemeinderätin Ammon fest, dass schon vor dem Kriege auf dem Gebiete der Säuglingsfürge alles erdenkliche geschehen sei. Im Übrigen lohnt es sich, wenn man 76 Millionen an Fürsorgeabgabe einnimmt schon, 600.000 Schilling für die Wäscheaktion auszugeben, GR.Körber beschäftigt sich sodann mit dem Bürgerspitalsfond und führt über den grossen Abgang Beschwerde. Dieser Abgang wird einmal aufhören müssen, da sonst das grosse Vermögen dieses Fonds ganz aufgezehrt wird. Es ist gewiss zu begrüssen, dass der Prozentsatz der Sterberfälle, bei Tuberkulose Erkrankungen auf die Hälfte gesunken ist, aber auch dieser Prozentsatz ist noch viel zu hoch. Wenn man die Tuberkulose bekämpfen will, müsste man vor allem auch die Mistablagerungsstätte am Bruckhaufen, diese Brutstätte von Krankheiten endlich entfernen. Schliesslich stellt GR.Körber den Antrag, der Gemeinderat möge den seinerzeitigen Beschluss, wegen Erbauung eines Stadions dahin abändern, dass das Stadion nicht zwischen dem Friedrich Engels Platz und der Hauptallee, sondern auf den von der Meiereiwiese gelegenen Wiesengründen erbaut wird. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Fünfter Bogen der Budgetdebatte vom 18.Dezember:

Stadtrat Professor Dr.Tandler erinnert zunächst gegenüber den Vorwürfen über parteimässiges Vorgehen von Fürsorgeräten an seine Rundschreiben, das er in der letzten Zeit an alle Fürsorgeinstitutsvorstehen gerichtet habe und vondem er sich einen Erfolg verspreche. Es wurde auch über die schlechte Behandlung der Pfleglinge in den Versorgungsanstalten geklagt. Diese Beschwerden erwider e ich nicht, dass christlichsozial e Fürsorgeräte und Mandatare z.B. Lainz besucht haben und sowhl die Verpflegung als auch die Leitung der Anstalt als mustergültig bezeichneten. Was die Beschwerden über die Gewährung von Erhaltungsbeiträgen anlangt, so kann ich nur sagen, dass wir nach bestem Können die Leute unterstützen. Stadtrat Professor Dr.Tandler nimmt sodann zum Reichsverband der Arbeitsinvaliden Stellung. Dieser Verband hat erst vor einigen Tagen eine ganz falsche Nachricht über eine Weihnachtsaushilfe der Gemeinde Wien in die Zeitungen gebracht. Was er da bekannt gab, war eine bewusste Lüge. Das Vorgehen dieses Verbandes berechtigt uns, ihm mit grössten Misstrauen zu begegnen. Der Reichsverband hat den Fürsorgefall eines Mannes anhängig gemacht, bei dem unsere Erhebungen ergaben, dass zwei Söhne dieses Mannes ein Hotel in Baden betreiben. (Szadtrat Kunschak: Die sind aber in Konkurs gegangen! GR.Kolassa: Das hätten Sie auch sagen müssen!) Mir liegt die Hinterhältigkeit nicht und ich lasse auch nicht an meiner persönlichen Anständigkeit anzweifeln. Ich bestehe darauf, so behandelt zu werden, wie es sich unter Gentlemen gehört. (Beifall bei der Mehrheit). Der Reichsverband hat auch einen anderen Fürsorgefall anhängig gemacht. Er betrifft eine Frau, die auf dem Lande wohnt. Unsere Erhebungen haben ergaben, dass das Einkommen des Sohnes dieser Frau, der Arzt ist, monatlich 1200 Schilling beträgt. Wenn sich also der Reichsverband so benimmt, sind wir zu unserem Misstrauen ihm gegenüber berechtigt. Stadtrat Professor Dr.Tandler kommt nun auf die Alkoholfrage zu sprechen und erklärt, dass es ihm gelungen ist, alle Heilanstalten der Gemeinde alkoholfrei zu machen, sicher ein anerkennenswerter Fortschritt zur Bekämpfung des Alkoholismus. Es wird auch kein magistratisches Kostkind in eine Familie in Pflege gegeben, wo ein Trinker ist, weil schon an den widerlichen Szenen, die ein Alkoholiker bietet, ein Kind zugrundegehen muss. Die nächsten Ausführungen des Redners beschäftigen sich dann mit dem Stodolakangelegenheit, wobei er feststellt, dass die eine Fürsorgerin die andere speziell auf die Sache aufmerksam gemacht hat. Die Versetzung von Fürsorgerinnen musste vorgenommen werden, da die Mehr zahl von diesen schon jahrelang in einem und demselben Sprengel arbeitete, eine Versetzung daher im Interesse des Dienstes und der Fürsorgerinnen sowie der Sache selbst gelegen war. Aus dem Fall Stodolek abzuleiten, dass das Fürsorgewesen zu bürokratisch verwaltet werde, ist gewiss ungerechtfertigt.

In einer Besprechung des Kindergartenwesens verweist schliesslich Stadtrat Tandler daraufm, dass von den 100.000 Wiener Kindern zwischen 2 und 6 Jahren sich im Ganzen 8000 in städtischen Kindergärten befinden, was gewiss nicht zu viel sei.

Ueber die religiösen Fragen habe er immer zu sprechen vermieden, da er der Ueberzeugung sei, dass der Kampf der Weltanschauungen nicht in diesem Saal ausgetragen werden wird. Bis dahin sei aber jedermann verpflichtet der ehrlichen Ueberzeugung des anderen seine Achtung zu bezeugen. Stadtrat Tandler ersucht schliesslich dem Budget seiner Gruppe zuzustimmen.

GR.Kolassa (E.L.) stellt in seiner tatsächlichen Berichtigung fest, dass er mit seinem Zwischenruf dem Referenten nicht vorwerfen wollte, dass dretwasverschwiegen habe. Der Zwischenruf sollte nur besagen, dass die Erhebungen nicht vollständig waren. Wären die Erhebungen vollständig gewesen, so hätte sich die Sachlage geändert.

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe III wird genehmigt die Minderheitsanträge abgelehnt.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 397
Karl H o r n a y

Wien, am Dienstag, den 18. Dezember 1928 Zweite Ausgabe

Ueberreichung von Ehrenringen durch den Bürgermeister. Die Gemeinde Wien ehrt Männer und Frauen, die sich besondere Verdienste um die Stadt erworben haben, durch die Ueberreichung des goldenen Ehrenringes, der-edelsteingefasst-das Wappen der Stadt Wien trägt. Bürgermeister Seitz hat heute im Rathaus den seit einem Vierteljahrhundert tätigen Fürsorgeräten Franz Bucher, Alois Seidl und Hans Wielander diesen Ehrenring feierlich überreicht. An der Ueberreichung nahmen auch Vizebürgermeister Hoss, die Stadträte Linder, Kunschak und Rummelhardt, Bezirksvorsteher Schober, eine Abordnung des "Alt-Wiener-Klub" unter Führung des Leitungsmitgliedes Jünger und zahlreiche Freunde der Ausgezeichneten teil.

Bürgermeister Seitz begrüsste die Erschienenen. Wir feiern, sagte der Bürgermeister, ein ganz eigenartiges Fest. Die Gemeinde Wien hat von alters her je nach der Eigenart der Zeit, einzelne Bürger, die sich ganz besondere Verdienste auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kunst oder sonst im öffentlichen Leben erworben haben, besonders geehrt. Die Zeit der Titel und Orden ist vorüber. In anderer Art wollen wir heute drei Männer, die sich im Amt der Fürsorge besonders verdient gemacht haben, ehren. Die Fürsorge ist ein Gebiet, auf dem Parteipolitik ausgeschlossen ist. Allerdings lehrt uns die Wissenschaft der Politik, dass es - genau genommen - keine Frage des menschlichen Lebens gibt, die nicht nach einem bestimmten politischen System entschieden werden kann und wehe dem System, dem Parteiprogramm dass für die Lösung irgend einer Frage des öffentlichen Lebens versagt. Es hätte das Recht verwirkt bei Wahlen ernsthaft beachtet zu werden. Das sagt natürlich nicht, dass die Parteien in allem und jedem sich nur in Gegensätzen bewegen, sie kommen oft auch verschiedenen Weges zu gleichen Resultaten. In der Steuerpolitik gehen die Meinungen sehr schroff gegeneinander. Anders ist es auf dem Gebiet der Fürsorge. Man kann wohl auch hier zwei Systeme gegenüberstellen; zum Beispiel Patronage und Fürsorgerecht. Aber schliesslich kommt es bei dem einen wie bei dem anderen System doch letzten Endes darauf an, dass man dem Menschen hilft, dem Menschen in seiner Not. Ob liberal oder deutschnational, christlichsozial oder sozialdemokratisch, wenn die Menschen in Not sind, müssen wir uns alle finden, vor dem kranken Kind, vor dem notleidenden Familienvater, vor dem hilflosen Greis schweigen alle Gegensätze... Der Mensch steht zum Menschen!

Mehr als 25 Jahre haben Sie in unserer Stadt auf dem weiten Gebiet der Fürsorge gewirkt. Wenn Sie zurückschauen auf diese vielen Jahre werden Ihnen im Geist ungezählte Menschen erstehen, denen Sie geholfen haben. Sie werden allerdings auch an Enttäuschungen erinnert werden; denn das wäre kein idealer Fürsorger, der nicht Enttäuschungen erlebte und je grösser der Idealismus, desto mehr Enttäuschungen. Sie haben selbstlos an dem schönen Werk der Nächstenliebe gewirkt, viel Zeit und Mühe und gewiss auch Familieninteressen geopfert. Die Stadt Wien ist stolz darauf, dass aufopfernde Männer ihr dienen. Die Stadt, mit der Sie durch Ihre hingebungsvolle Arbeit innig verbunden sind, will auch äusserlich durch diesen Ring ihre Verbundenheit bekunden. Mögen Sie, was immer die Zeit bringt, Wiens treue Bürger sein. Mit einem Dank an die Ausgezeichneten schloss der Bürgermeister seine Ansprache.

Fürsorgerat Wielander dankte im eigenen und im Namen seiner Kollegen für die Ehrung. Dann übermittelte Stadtrat Kunschak als Obmann der Wiener christlichsozialen Partei, der die Ausgezeichneten angehören, den Bürgermeister den Dank für die Ehrung. Stets und immer sagte Stadtrat Kunschak, habe ich die Meinung vertreten, dass die Fürsorge von der Politik vollständig getrennt sein muss. Nicht so sehr der Verstand, sondern mehr das Herz muss in der Fürsorge sprechen. Stadtrat Kunschak dankte auch namens der christlichsozialen Partei den drei Fürsorgeräten für ihre fünfundzwanzigjährige Ar-

Der Bürgermeister hat diese Anregung aufgegriffen, wofür wir allen Anwesenden danken. Bürgermeister Seitz überreichte dann jedem Einzelnen den Ehrenring.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: Karl H o n a y

398

Wien, am Mittwoch, den 19. Dezember 1928

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 19. Dezember 1928.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Wiener Gemeinderat tritt in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen ein. Amtsführender Stadtrat Anton Weber leitet die Verhandlungen mit einem ausführlichen Bericht ein. Er führt aus, dass im Voranschlag für 1929 für die Herstellung von 6000 Wohnungen rund 76 Millionen Schilling veranschlagt sind. Die Wohnungen werden in der bisherigen Grösse und Ausstattung ausgeführt werden. Von den vorgesehenen Wohnungen sind 4oo bis 5oo Wohnungen in Flachbauten und Siedlungen geplant. Für die Kleingartenbewegung sind 311.000 Schilling vorgesehen. Davon werden 200.000 Schilling zur Herstellung von Neuanlagen verwendet werden. Die Ausgaben für das Wohnungswesen im allgemeinen werden im kommenden Jahr von über 700.000 Schilling auf über eine Million Schilling steigen. Diese Steigerung ist in den Kosten für die Instandhaltung der Notwohnungen in den sogenannten Demolierungshäusern und Wohnbaracken begründet, da die Kosten der Erhaltung dieser Wohnungen nicht auf die Mieter überwälzt werden können. In den Kosten für das Wohnungswesen im allgemeinen sind auch die Ausgaben für die Schlichtungsstellen enthalten. Diese werden von der Bevölkerung nach wie vor sehr in Anspruch genommen. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres wurden bei den Schlichtungsstellen 18.225 Anträge angebracht, von diesen 12 163 auf Erhöhung des Instandhaltungszinses. In 6 399 Fällen wurde die Erhöhung entweder vereinbart oder zugebilligt. Bei 1.102 Anträgen erfolgte die Erledigung durch Vergleich. In 1.122 Fällen wurde die Erhöhung des Instandhaltungszinses bis zum 5oofachen in 1.182 Fällen bis zum 1000fachen, in 2.494 Fällen bis zum 2000fachen, in 1.019 Fällen bis zum 3000fachen und schliesslich in 482 Fällen über das 3000fache des Friedensmietzinses zugestanden. Stadtrat Weber bespricht sodann die Instandhaltung der Wiener Häuser. Von 1923 an bis 31. Oktober dieses Jahres wurden 74.097 Anträge auf Erhöhung des Instandhaltungszinses bei den Schlichtungsstellen überreicht. Bei 41.267 Fällen wurde die Erhöhung zugebilligt und in 6.646 Fällen kam die Erhöhung durch Vergleich zustande. In Wien gibt es nach der letzten Zählung ohne Neubauten 42.000 Häuser. Da 47.913 Instandsetzungen vorgenommen wurden, ergibt sich dass eine grosse Zahl von Häusern wiederholt repariert wurden. An Instandhaltungskosten wurden von den Schlichtungsstellen im Jahre 1923 rund 3'83 Millionen Schilling, 1924 rund 21'23 Millionen Schilling, 1925 rund 33'84 Millionen Schilling, im Jahre 1926 rund 45'50 Millionen Schilling, im Vorjahre rund 36'19 Millionen Schilling und schliesslich vom 1. Jänner bis 31. Dezember des heurigen Jahres 34'81 Millionen Schilling bewilligt, das sind insgesamt 175'42 Millionen Schilling. Ein Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Kriege ergibt, dass heute für Reparaturen mehr aufgewendet wird. Der Bruttozins betrug im Jahre 1913 rund 360 Millionen Goldkronen. In der Annahme, dass fünf Prozent für die Instandhaltung verwendet wurden, welche Annahme aber eher zu hoch als zu niedrig gegriffen ist, wurden in Schilling umgerechnet rund 26 Millionen Schilling jährlich verausgabt. Die immer wiederkehrende Behauptung, dass die Wiener Häuser schlecht instandgehalten werden, ist damit widerlegt. Es kann vielmehr festgestellt werden, dass die Häuser Wiens niemals so gut erhalten worden sind, wie heute. Gewiss gibt es noch eine grosse Anzahl Häuser, die reparaturbedürftig sind. Es hat aber zu jeder Zeit Hausbesitzer gegeben, die ihre Häuser vernachlässigen. Wo die Möglichkeit besteht, greift die Gemeinde durch Vornahme einer Ersatzausführung ein, um den Wohnungsbestand zu erhalten. Von 1923 an bis Ende Oktober dieses Jahres wurden durch Ersatzausführungen dem Wohnungsmarkt 6.596 Wohnungen und 373 Geschäftslokale erhalten. Die Arbeiten der Wohnhäuserverwaltung haben durch den Zuwachs neuer Wohnungen einen gesteigerten Umfang angenommen. Mit 31. Dezember dieses Jahres werden voraussichtlich 523 Wohnhäuser, 167 Wohnhausanlagen, 31 Siedlungsgruppen und 7 Barackenlager mit 53 Objekten, zusammen 39.799 Wohnungen und 2.416 Geschäftslokale von der städtischen Häuserverwaltung verwaltet werden. Ausserdem unterstehen noch der städtischen Häuserverwaltung städtische Betriebe, Unternehmungen und Anstalten mit 5.662 Wohnungen und 55 Geschäftslokalen. Insgesamt wird die städtische Häuserverwaltung Ende dieses Jahres 45.461 Wohnungen und 2.471 Geschäfte verwalten. Die Einnahmen und Ausgaben werden den Zuwachs an Wohnungen entsprechend steigen. So wird zum Beispiel der Mietzins eine Erhöhung von 3'15 Millionen Schilling auf 4'22 Millionen Schilling im Jahre 1929 erfahren. Die Gebäudeerhaltung wird um rund eine halbe Million mehr als heuer kosten. Dafür sind 1'70 Millionen Schilling veranschlagt. Der Reserve für grössere Instandsetzungen sind im kommenden Jahr 1'17 Millionen Schilling vorbehalten. Die Einnahmen der Wäscherei- und Badeanlagen, die für das Jahr 1928 mit rund 917.000 Schilling veranschlagt waren, werden 1929 voraussichtlich 1'16 Millionen Schilling betragen. In den städtischen Wohnhausanlagen sind gegenwärtig zwanzig Zentralwaschanlagen mit 488 Waschständen, 164 Waschmaschinen, 115 Zentrifugen, 623 Trockenkulissen, 15 Bügelmaschinen, 143 Bügelstände, 26 elektrische Rollen, 30 Handrollen und schliesslich 50 Badeanlagen mit 320 Brausebadzellen und 300 Wannen. Stadtrat Weber gibt dann einen Ueberblick über die in den Neubauten befindlichen Wohlfahrtseinrichtungen. Gegenwärtig sind 36 Kindergärten, 12 Jugendhorte, 7 Mütterberatungsstellen, 5 Schulzahnkliniken, 5 Tuberkulosefürsorgestellen und 6 Ambulatorien der Gebietskrankenkasse in den städtischen Neubauten untergebracht. Nicht uninteressant ist, dass in den Wohnhausanlagen 163 Gartenanlagen in der Grösse von insgesamt 170.000 Quadratmetern angelegt sind. Diese Gärten sind wertvolle Ergänzungen der Wohnungen, da sie insbesondere der Gesundheit der Bewohner dienen. Die Verwaltung des ungeheuren Wohnungsbestandes geht fast reibungslos vor sich. Die Zinse werden pünktlich bezahlt, die Rückstände sind minimal. Die befürchteten Schwierigkeiten in der Verwaltung sind nicht eingetreten. Heuer mussten nur 6 Räumungsklagen erhoben werden, wegen Nichtbenützung in zwei Fällen, wegen Verwahrlosung der Wohnung ebenfalls in zwei Fällen, in einem Fall wegen Verkauf der Wohnung und im letzten Fall wegen Nichtbezahlung des Mietzinses. Der überaus harte und lange Winter, die Schwierigkeiten in der Grundfreimachung sowie auch bis zu einem gewissen Grad die Behebung der Baugebrechen in der Heiligenstädterstrasse haben den Baufortschritt im laufenden Jahr verzögert. Es konnten bis 15. Dezember nur 5.001 Wohnungen fertiggestellt werden. Der Rest auf 6000 Wohnungen wird in den ersten Monaten des kommenden Jahres fertig werden. Gegenwärtig sind 8.419 Wohnungen im Bau. Für die Projektverfassung für 110 Bauten mit rund 14.000 Wohnungen sind die Aufträge bereits erteilt. Die Projekte werden fast zur Gänze an freie Architekten vergeben, denen damit zur Entfaltung ihres Könnens die grösste Möglichkeit gegeben ist. Bisher wurden von der Gemeinde 190 Architekten beschäftigt. Das Architekturbüro des Stadtbauamtes, das sich natürlich auch unter den Projektverfassern befindet, ist hauptsächlich mit der Prüfung der Projekte befasst. Die Wohnungsvergebung ist nach wie vor recht schwierig. Wer wohnbedürftig ist oder seine Wohnung zu verändern wünscht, weil sie im zu enge geworden ist oder aus einem sonstigen Grunde nicht mehr behagt, wendet sich begreiflicherweise an die städtische Häuserverwaltung. Leider kann diese nicht immer so schnell, als es gewünscht wird, helfen. Heuer konnten durch Vermietung in städtischen Häusern und durch Zuteilung in alten Häusern und durch Wohnungstausch 6.516 Parteien befriedigt werden. Die gericht-

lichen Kündigungen bereiten der städtischen Häuserverwaltung immer eine grosse Sorge.Heuer beträgt die Zahl der gerichtlichen Kündigungen 14.367.Es ist selbstverständlich,dass,wenn nicht eine selbst verschuldete Kündigung vorliegt,die städtische Häuserverwaltung bemüht ist,den schuldlos Gekündigten eine Wohnung beizustellen.Durch die grosse Zahl von Kündigungen werden oft die schönsten Pläne der Wohnhäuserverwaltung über den Haufen geworfen.Darauf ist es auch zurückzuführen,dass Vorgemerkte oft lange warten müssen,bis sie an die Reihe kommen.Die Zahl der bei der städtischen Häuserverwaltung in Evidenz stehenden wohnungssuchenden Parteien betrug am 1.November 17.056,darunter 4.076 mit I klassifizierte Bewerber.Die Zahl der Wohnungssuchenden in Wien ist natürlich weit grösser.Um den wirklichen Bedarf an Wohnungen kennen zu lernen,wäre eine Zählung notwendig,die aber nur durch ein Bundesgesetz ermöglichst werden kann.Diese Zählung wäre gerade jetzt sehr aktuell,da das Mieten und Wohnungsproblem zur Diskussion steht und von der Regierung eine Wohnbauaktion angekündigt wurde.Es versteht sich von selbst,dass der Umfang der Bauaktion von der Grösse des Bedarfes abhängig sein muss.Was die Regierung ankündigt,ist nicht einmal hinreichend,den Bedarf an Wohnungen ausserhalb Wiens innerhalb eines Jahres zu dekken,noch viel weniger ein Versuch,der Wohnungsnot ernstlich an den Leib zu rücken.Eine gründliche Besserung des Vorsatzes der Regierung ist da unbedingt notwendig.Die Gemeinde wird jedenfalls in der Erfüllung ihres Versprechens,jährlich mindestens 6000 Wohnungen zu bauen,kraftvoll vorwärts schreiten und auch im nächsten Jahr etwa 24.000 Menschen ein gesundes,allen Anforderungen der Wohnkultur und der Hygiene entsprechendes Obdach geben und daneben aber Tausenden von Arbeitern,Angestellten und Gewerbetreibenden Arbeit und Verdienst sicherstellen.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR.Ullreich (E.L.) verlangt zunächst Aufklärung über einen Bericht des Kontrollamtes für das Jahr 1927 betreffend die Badekarten in den städtischen Wohnhausbauten, da diese Bemerkung den Verdacht nahelege, dass hier unzulässige Manipulationen von Hausvertrauensmännern vorkommen.Er bespricht sodann das Kleingartenwesen und verlangt, dass möglichst bald die Dauerzonen für Kleingärten bekanntgegeben werden, damit die Kleingärtner wissen, auf welche Bestanddauer sie für ihre Siedlungen zu rechnen haben und darnach ihre Investitionen einrichten können.Er wünscht Aufklärung über eine Reihe von Positionen betreffend die Siedlungen.Die Post Mietzinse in Siedlungen ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 120.000 Schilling höher eingestellt.Hat man etwa die Absicht, die Mietzinse in den städtischen Siedlungen so enorm zu erhöhen?Sodann beschäftigt sich GR. Ullreich mit der städtischen Wohnbautätigkeit und bezeichnet es angesichts des Umstandes, dass die Gemeinde den Wohnbedarf auch nicht annähernd decken kann, als verfehlt, dass die Mehrheit an dem Standpunkt festhält, nur auf Gemeindegrund zu bauen und die Mitwirkung von Privaten und gemeinnützigen Baugenossenschaften abzulehnen.Es gibt in Wien 1594 Wohnungen und 1091 Geschäftslokalen die sich in Baracken befinden oder sonst abbruchreif sind und die beseitigt werden müssen. Insbesondere wäre es allerhöchste Zeit, dass die Barackenlager in denen sich noch immer ca 700 Wohnungen befinden, verschwinden.GR.Ullreich errechnet sodann, die Einheitspreise pro Kubikkilometer für eine Reihe von Wohnhausbauten und stellt fest,dass die Differenz zwischen dem niedrigsten Einheitspreis von 38'4 Schilling und dem höchsten Preis von 62'60 Schilling sechzig Prozent beträgt.Woher kommt dieser Unterschied?Dasscheint doch zu beweisen, dass die Gemeinde in manchen Fällen zu teuer doch baut. Nach den amtlichen Aufklärungen wird in den städtischen Wohnhausbauten höchstens der tausendfache Instandhaltungszins gezahlt und die darüber hinausgehenden Reparaturskosten aus einem Ausgleichsfonds bestritten.Dieser Ausgleichsfonds ist eine aus Steuergeldern genommene Reserve, das heisst, die gewähren den Mietern in den städtischen Häusern aus Steuergeldern billige Mietzinse.Die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes mit solchen Mitteln ist unzulässig.Zum Schlusse beschäftigt sich GR.Ullreich mit dem Wohnbauförderungsprogramm der Regierung und lehnt die scharfe Stellungnahme des Wohnungsreferenten gegen dieses Programm ab.Mit gewissen von den Sozialdemokraten verlangten Massnahmen wie Einweisungsrecht und Ausgleichsfonds könnte man sich befreunden, wenn sie eben nicht für Wien gefordert würden wo man ja die Erfahrung gemacht hat, dass alle solche Massnahmen von den Sozialdemokraten parteipolitisch ausgenützt werden.Die Sozialdemokraten verlangen auch, dass die Werkswohnungen unter den Mieterschutz kommen. Wenn sie so begeisterte Anhänger des Mieterschutzes sind, warum stellen Sie nicht die Wohnungen in den Gemeindehäusern unter den Mieterschutz (Zustimmung bei der E.L.) Endlich einmal müsste über das Wohnbauförderungeprogramm gesprochen werden und dieses Wohnbauförderungsprogramm wird für die Sozialdemokraten der Prüfstein sein, ob sie es mit der Wohnungsfürsorge ernst meinen(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Schiener (E.L.) bezeichnet als Hauptgrund dafür, dass eine Besserung im Wohnungswesen nicht eintritt, die Art der sozialdemokratischen Verwaltung und die Einstellung der Sozialdemokraten zum Mieten- und Wohnbaufrage.Das Wirken der sozialdemokratischen Mietervereinigungen ist ja bekannt.Sooft Reparaturen an schadhaften Häusern vorgenommen werden sollen, sind die Gehilfen des GR.Schleifer zur Stelle um das zu verhindern.Wenn man rechtzeitig vorgesorgt hätte, wäre es zu den Hauseinstürzen der letzten Zeit nicht gekommen. Vonn Gemeindewegen wird das Pfuscherwesen dadurch unterstützt,dass im Rekurswege verhängte Strafen wegen fahrlässiger Bauführung nachgesehen werden.Mit Ihrer Gewaltpolitik im Wohnungswesen haben es die Sozialdemokraten so weit gebracht, dass sie gezwungen sind, für 74 Wohnhäuser den Demolierungsauftrag zu erteilen, wenn sie nicht die Schuld auf sich laden wollen, dass diese Häuser der Bevölkerung dabei über den Kopf zusammenstürzen.Hätten die Sozialdemokraten mitgewirkt, dass in die private Bautätigkeit Leben kommt, so wäre die Wohnungslosigkeit längst behoben.Die Tatsache, dass es Wohnungen gibt, die heute schon über den 3000fachen Instandhaltungszins bezahlen zeigt, wie unzweckmässig Ihr Festhalten an dem alten Mietengesetz ist. Es ist eine Schande für die Gemeindeverwaltung, den alten Hausbesitzern ihr Vermögen einfach zu konfiszieren. Ich ersuche Sie in ihrer Politik endlich einmal einen anderen Kurs einzuschlagen. (Beifall bei der Minderheit).

GR.Dr.Wagner (E.L.) bezeichnet das Wohnungswesen als das politisch wichtigste Kapitel der Verwaltung. Stadtrat Weber hat im März 1925 erklärt, dass das Wohnungsdefizit rund 100.000 betrage und die Gemeinde Wien vermöge ihrer Wohnbaupolitik in drei Jahren alle Wohnungslosen werde untergebracht haben. Erst kürzlich hat Stadtrat Weber in der Vertrauensmännerversammlung der Mietervereinigung gesprochen, wobei er das jetzige Wohnungsdefizit höher als 100.000 bezeichnet hat. Er hat damit zugegeben, dass das Wohnungswesen im allgemeinen sich nicht nur nicht gebessert, sondern vielmehr bedeutend verschlechtert hat. Der Redner gibt dann einen Ueberblick über die Wiener Wohnbautätigkeit. Von 1869 bis 1880 wurden 27.493 Wohnungen hergestellt, von 1880 bis 1890: 25.642, in den nächsten zehn Jahren wurden 32.534 Wohnungen geschaffen, von 1900 bis 1910 rund 42.400, in den Jahren von 1910 bis 1920 nur 9023 und von 1920 bis 1923 rund 14.350. Die private Wohnbautätigkeit war vor dem Kriege also sehr lebhaft. Wenn Stadtrat Weber behauptet, dass der Bauzustand der Wiener Häuser kein besonders schlechter ist, so stelle ich fest, dass man von einem guten Bauzustand nicht reden kann. Der Bauzustand der Wiener Häuser wird vielmehr von Jahr zu Jahr schlechter.

Der Referent hat sich auch sehr milde über die Zahl der Wohnungssuchenden geäussert und gemeint,dass sie nur 17 056 betrage.Diese Politik ist falsch,was auch im Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie im Leitaufsatz vom 19.November zugegeben worden ist. Das Wohnungsproblem hätte niemals eine Sache der Parteipolitik werden dürfen.Jetzt redet man wenigstens schon darüber.Aber es muss offen gesagt werden, dass eine dauernde öffentliche Wohnbauförderung nicht der Standpunkt der Minderheit im Gemeinderat und der Mehrheit im Nationalrat sein kann.Es kann sich da zum grössten Teile nur um transitorische Massnahmen handeln.Gewiss wird ein Teil davon auch in die Zukunft hinübergerettet werden müssen.Aber die gesunden Grundlagen privater Wohnbautätigkeit müssen wieder hergestellt werden (Beifall bei der Minderheit).

Die Sozialdemokraten haben ein Gesetz über die staatliche Wohnbauförderung eingebracht.Sie halten fest an der Sozialisierung. Selbst wenn man annimmt,dass die Gemeinde in den fünf Jahren alle 30.000 Wohnungen baut, so werden insgesamt 75.000 Wohnungen geschaffen.Dadurch kann aber keineswegs das Wohnungsdefizit beseitigt werden.Es wächst immer mehr an.Im Jahre 1913 wurden in Wien 13.128 Wohnungen gebaut und im Jahre 1914,von dem ein Teil bereits in die Kriegszeit zu rechnen ist, noch immer 8.666.Kann man diese Zahlen überhaupt mit der gegenwärtigen öffentlichen Bautätigkeit vergleichen? Das ist eine Bankrotterklärung der Wohnbaupolitik die die Gemeinderatsmehrheit seit 6 Jahren betreibt.Wir hoffen,dass die Verhandlungen im anderen Haus mit jenem Ernstbgeführt werden, der einen vernünftigen Weg aus dieser Situation schafft.

Redner erklärt,dass in Oesterreich vor dem Krieg die Wohnverhältnisse deswegen besonders schlecht gewesen sind, weil eine abnorm hohe Realsteuer eingehoben wurde.Er polemisiert dann gegen den Nationalrat Pölzer,der beispielsweise im Nationalrat über die Zahl der Bettgeher in den einzelnen Wiener Bezirken Zahlen gebracht hat, die von dem amtlichen Material sehr verschieden sind.So soll es im X.Bezirk vor dem Krieg 26.336 Wohnungen ohne Bettgeher und 12.202 Wohnungen mit Bettgehern gegeben haben.Die amtliche Statistik stellt aber 29.042 Wohnungen ohne Bettgeher und 4.899 mit Bettgehern fest. Das ist noch immer genug und wir sehnen uns keineswegs nach einer Wiederkehr solcher Zustände.In ganz Wien hat es 402.606 Haushalte ohne Bettgeher und 47.848 mit Bettgehern und Untermietern gegeben, das heisst zehn Prozent der Wohnungen waren mit Bettgehern oder Untermieter besetzt.Wie die Ausführungen der Abgeordneten Dr.Bauer und Richter beweisen, scheint es jetzt in Wien keineswegs besser zu sein. GR.Dr.Wagner stellt sodann an der Hand eines Berichtes der Wiener Handelskammer über das Jahr 1927,dem Jahre der stärksten Bautätigkeit der Gemeinde Wien fest,dass in der Hauptkategorie der Baugewerbearbeiter innerhalbeines Jahres 6.994,ein volles Drittel nicht mehr beschäftigt waren, dass die Arbeitslosenzahl im Baugewerbe im Jahre 1927 grösser war als im Jahre 1926.Aus diesem Bericht geht auch hervor,dass in der Bausaison Bauarbeiter von Wien abwandern.Im Jahre 1928 betrug die Zahl der Arbeitslosen Baugewerbearbeiter 26'3 Prozent des Gesamtstandes der Arbeitslosen in Oesterreich.Diese Zahlen müssten die Sozialdemokraten veranlassen, von ihrem starren Standpunkt abzugehen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Reismann (Soz.Dem.) erklärt, dass die Streitfrage, ob private oder öffentliche Wohnbautätigkeit, keine lokale Angelegenheit sei. Auch im Ausland steht diese Frage im Vordergrunde des Interesses Wir lehnen die private Bautätigkeit ab, da sie auch dort versagt, wo sie aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird. Die Wohnungsverhältnisse in Wien vor dem Kriege waren unnatürlich. Trotz leerstehender Wohnungen in Wien musste die damalige christlichsoziale Gemeindeverwaltung im Jahre 1911 Notwohnungen errichten, weil eben die breiten Schichten der Bevölkerung von der privaten Bautätigkeit keinen Nutzen hatten. Der einfache Arbeiter konnte den Mietzins nicht erschwingen, da die private Bautätigkeit nur darauf eingestellt ist, gewissen Oberschichten der Bevölkerung Wohnungen zu erstellen. Auf das Wohnbedürfnis der kleinem Massen nimmt die private Bautätigkeit keine Rücksicht. Das Problem des Wohnbaues tritt uns in der Frage entgegen, wie das Wohnbedürfnis der kleinen Leute befriedigt werden kann. Dies kann nur durch eine gemeinnützige Wohnbautätigkeit geschehen, wie ja auch bürgerliche Oekonomen darauf verwiesen haben, dass die zukünftige Wirtschaftsform die gemeinnützige sein muss. In Deutschland, das ein Wohnungsmanko von 950.000 Wohnungen hat, will man auch schon vom System der Wohnbauförderung abkommen, weil man eingesehen hat, dass sie keine wirksame Methode ist. Der Arbeiter in Deutschland, der ein Wocheneinkommen von 50 bis 55 Reichsmark hat, muss für seine Wohnung bis 45 Reichsmark zahlen. Wir sind bereit, über jede Vorlage zu verhandeln, die unserer Auffassung entspricht, dass die öffentlichen Mitteln nur für die gemeinnützige Wohnbautätigkeit gegeben werden dürfen. (Beifall bei der Mehrheit)

GR.Millik (E.L.) wünscht, dass im Interesse des Abbaues der Arbeitslosigkeit Bauten, die im Sommer genehmigt werden, auch schon im Herbst in Angriff genommen werden sollen. Er kommt dann auf den Wohnhausbau in Neustift am Wald zu sprechen, und erklärt, dass bei dem Kauf des Grundes für die Wohnhausanlage ein schwerer Missgriff geschehen ist. Ein besonders schwerer Vorwurf muss gegen die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien deswegen erhoben werdan, weil den Wohnbedürfnissen des Mittelstandes in keiner Weise Rechnung getragen wird. Der Redner führt dann Beschwerde, dass ein Mandatar der Mehrheit sich bei Arbeitsvergebungen schwere Missgriffe zuschulden kommen lässt, indem er den Abteilungsvorständen, die die Arbeiten vergeben, Listen vorlegt, und auf sie einwirkt, die auf der Liste verzeichneten Personen zu berücksichtigen. Ein schwerer Mangel ist es auch, dass uns jede Möglichkeit fehlt, die Bauabrechnungen zu kontrollieren. Schliesslich ersucht der Redner darauf hinzuwirken, dass das Steuerbegünstigungsgesetz hinsichtlich neuer Häuser verlängert werde. (Beifall bei der Minderheit).

GR.Heinrich (E.L.) erklärt, dass trotz der Erstellung von 35.000 neuen Wohnungen die Sozialdemokraten ihr Wahlversprechen vom Jahre 1923 noch nicht erfüllt haben. Es ist auch sehr zu bedauern, dass noch immer über 4000 mit I qualifizierte Wohnungssuchende ohne Wohnung sind. Wäre die städtische Häuserverwaltung mit der richtigen Objektivität vorgegangen, müssten die Wohnungswünsche dieser Leute schon längst erfüllt sein. Der Redner führt darüber Beschwerde dass die Wohnungen nicht nach der Wohnbedürftigkeit eines Wohnungssuchenden, sondern nach der Parteizugehörigkeit vergeben werden. Ebenso führt er Beschwerde über die Bevorzugung von sozialdemokratisch organisierten Gewerbetreibenden bei der Vergebung von Arbeiten und bezeichnet es als unzulässig, dass nur Arbeiter auf den Gemeindebauten Beschäftigung finden, die zumindest ein halbes Jahr bei der freien Gewerkschaft organisiert sind. Gemeinderat Heinrich appelliert an Stadtrat Weber, sich das Elend der Obdachlosen vor Augen zu halten und bei Vergebung von Wohnungen zuerst an die Obdachlosen zu bedenken. (Beifall bei der Einheitsliste).

GR Uebelhör (E.L. weist darauf hin, dass von den 77 Millionen, die für städtische Wohnhausbauten ausgeben werden, nur 36 Millionen aus den Mitteln der Wohnbausteuer aufgebracht werden. Das ist die reine Sozialisierung. In einer Zeit, in der die Wirtschaft kein Betriebskapital hat, laufende Steuern für die Wohnbautätigkeit zu verwenden, ist eine Enteignung der Staatsbürger. Wie lange wird im übrigen noch die Lüge auf den Wohnhausbauten erscheinen, dass die aus den Mitteln der Wohnbausteuer erbaut sind? Die Sozialdemokraten scheinen sich nicht bewusst zu sein, mit was für Schwierigkeiten die Gewerbetreibenden zu kämpfen haben, sonst würden sie nicht eine Politik betreiben, die unweigerlich zum Ruin

der Gewerbetreibenden führt. Den Milliardenaufwendungen für Wohnhausbauten stehen 100.000 Schilling gegenüber, die für die Förderung des Gewerbestandes ausgegeben werden. Gemeinderat Uebelhör schliesst sich den Beschwerdem des GR.Müllik hinsichtlich parteimässiger Vergebung der Lieferungen für die Wohnhausbauten an und verlangt, dass bei den Wohnhausbauten eine weit aus grössere Zahl von Gewerbetreibenden beschäftigt wird, auch wenn dies mehr kostet. Heute werden nur eine Reihe von grossen Firmen herangezogen. Von dem Wohnhausbau in der Heiligenstädterstrasse sagt der Redner, dass die Lösung des Grundrisses eine ganz kolossale Leistung ist und dass sich der Bau als solcher sehen lassen kann, aber es ist kein städtischer Wohnhausbau, sondern eine Festung. Schliesslich bemängelt es Redner, dass die Wohnungen in den städtischen Wohnhausbauten zu klein sind und stellt den Antrag, künftig in Volkswohnungen allgemein Waschnischen anzubringen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Stadtrat Weber beantwortet in seinem Schlussworte die an ihn gestellten Anfragen. Der sogenannte Ausgleichsfond für die städtischen Wohnhausbauten wird nicht aus Steuergeldern, sondern aus den Ueberschüssen der Mieten gespeist. Amtliche Badekarten sind in den Wohnhausbauten wegen der Einheitlichkeit und wegen der Kontrolle eingeführt worden. Einige Dauerkleingärtengebiete sind bereits erschlossen worden, andere werden, sobald die Arbeiten des Regulierungsbüros es gestatten und eine Notwendigkeit dazu vorhanden ist, folgen. Einer Mahnung, nur gute Baugründe zu kaufen, hätte es nicht bedurft, da wir dies ohnehin tun.

Die Abrechnungen über die vollendeten Wohnbauten stehen jederzeit zur freien Einsicht zur Verfügung.Die Behauptung, dass die Gemeinde sehr teuerbaut,ist völlig unrichtig.Hervorragende Fachleute haben festgestellt, dass die Gemeinde billiger baut,als jeder Private.Wir müssen oft den Vorwurf hören,dass wir die Bauunternehmer im Preis drücken.Es ist also ein Widerspruch,wenn behauptet wird,dass wir teuer bauen.Freilich,der Politiker,der ein Argument gegen die öffentliche Bautätigkeit braucht,stellt diese Behauptung auf,die Urteile der Fachleute sind aber darüber einig,dass die Gemeinde billiger baut wie jeder andere Bauherr.So hat beispielsweise die Eisenbahner Baugenossenschaft ein Haus auf dem Margaretengürtel gebaut,wo dieselbe Wohnung,wie in unseren Gemeindebauten 13.400 Schilling kostet,während sie bei uns nur 12.000 Schilling Kosten verursacht.

Redner beschäftigt sich dann ausführlich mit dem Wohnbauförderungsgesetz der Regierung, dass er als absolut unzulänglich und verfehlt in der Methode bezeichnet.Unzulänglich deshalb, weil mit dem dort genannten Beträgen nicht viel anzufangen ist und verfehlt, weil der Streit viel tiefer geht.Es ist selbstverständlich, dass die Sozialdemokraten einen Gegenvorschlag gemacht haben. Es handelt sich um die Frage,ob die Mietzinse in den alten Häusern so hoch gesteigert werden können,dass sich der Bau von Wohnungen für das private Kapital rentiert.Wir stehen auf dem Standpunkt,dass der neue Weg, den Wien eingeschlagen hat,der einzig mögliche ist. Es muss bezweifelt werden, ob die Hausbesitzer,selbst wenn sie den valorisierten Zins bekommen,neue Wohnungen bauen.Aber absolut sicher gestellt ist der Bau von 6000 Wohnungen jährlich durch die Gemeinde. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt.

Es wird nun die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten beraten.

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten leitete amtsführender Stadtrat Karl Richter mit einem ausführlichen Bericht ein. Er führte aus, dass die Ausgaben für technische Angelegenheiten mit 80.31 Millionen Schilling veranschlagt sind. Fast ein Viertel dieser Summe ist für die Strassenpflege einschliesslich der Kehrichteinsammlung vorgesehen, die 19.67 Millionen Schilling erfordert. Das Kolonia-System ist bis auf einige exponierte Stadtteile schon zur Gänze durchgeführt. Die Mechanisierung der Strassenpflege wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Es wird eine zweite Kehricht-Aufsammelmaschine in Betrieb gesetzt; die Anschaffung einer dritten solchen Maschine ist budgetär vorgesehen. Es ist auch geplant, im kommenden Jahr Sandstreumaschinen anzuschaffen. Zur Bekämpfung der Staubplage werden 350 Kilometer alte Makadamstrassen geölt. 700 Strassenkilometer werden allnächtlich maschinell gereinigt. Die Kehrichtverwertung ist Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und im nächsten Jahr wird eine eigene Studienkommission die grössten Städte des Auslandes besuchen, um die Kehrichtbeseitigung in anderen Ländern kennen zu lernen. Für Erneuerung und Erhaltung der Strassen, sowie für den Bau neuer Verkehrswege sind 16.42 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag ist es möglich, etwa 594.000 Strassenquadratmeter zu erhalten und 330.000 Strassenquadratmeter einschliesslich der Gehsteige neu herzustellen. Es werden 250.000 Quadratmeter alter Makadamstrassen neu hergestellt. 50.000 Quadratmeter davon werden gepflastert, 100.000 Quadratmeter erhalten eine neue Porphyritmakadamisierung und 100.000 Quadratmeter werden durch Asphalt ersetzt. Da die Strassen während des Krieges und unmittelbar nach dem Krieg vollkommen vernachlässigt wurden, ist das Strassenwesen Gegenstand schwerer Sorge und erfordert den grössten Aufwand an Mitteln. Für die Wasserversorgung werden 11.31 Millionen Schilling aufgewendet. 700.000 Schilling davon sind für den Umbau und die Erweiterung des Schöpfwerkes in Pottschach und 200.000 Schilling für Quellenschutzmassnahmen im Gebiete der ersten Hochquellenleitung vorgesehen. Die ständigen Untersuchungen der Quellen in hygienische und bakteriologischer Beziehung finden regelmässig statt. Das Kanalisationswesen erfordert 8.66 Millionen Schilling. Davon werden rund fünf Millionen Schilling für den Umbau und Neubau von Kanälen aufgewendet. Sowohl die Haus-, als auch die Strassen- und Hauptsammelkanäle werden monatlich regelmässig geräumt. Der Umbau der Kanäle erfolgt systematisch um die alten Ziegelkanäle, die das Vorkommen von Ratten begünstigen, durch Betonkanäle mit Steinzeugsohlen zu ersetzen. Den erfreulichen Aufschwung nimmt das Bäderwesen. In der Verwaltung der Gemeinde stehen 54 Badeanstalten, davon sind 18 Volksbäder, 4 Dampf- und Wannenbäder, 14 Sommerbäder und 18 Kinderfreibäder. Die städtischen Bäder wurden im Vorjahr von 9.56 Millionen Badegästen aufgesucht./ Heuer wurden die Kinderfreibäder von 1.55 Millionen Kindern besucht. Im November dieses Jahres /allein zählte das Amalienbad 108.989 Badegäste. Im nächsten Jahr erfahren alle Sommerbäder weitgehende Ausgestaltungen, vor allem das Bad in Ottakring auf dem Kongressplatz. Das Gartenwesen sieht einen Aufwand von 4.10 Millionen Schilling vor. Seit 1919 ist der Bestand an öffentlichen Gärten von 1.91 Millionen Quadratmertern auf 2.58 Millionen Quadratmetern gestiegen. Die Steigerung beträgt rund 40 Prozent. In den städtischen Wohnbauten stehen ausserdem über 145.000 Gärten zur Verfügung. Um die Anlagen besser pflegen zu können, wird auch die Gartenpflege immer mehr mechanisiert.Auch im kommenden Jahr werden einige Gartenneuanlegen errichtet. Die Anlegung von Baumpflanzungen,die Aufstellung von Bänken, sowie die Schaffung von Spielsandflächen für die Kinder werden auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Die Brücken- und Wasserbauten erfordern im kommenden Jahr einen Aufwand von 2.25 Millionen Schilling. Neu im Budget ist die Post für die städtischen Häfen mit einer Ausgabe von 124.000 Schilling. Die Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung macht wesentliche Fortschritte. Für das Jahr 1929 sind rund 117 Strassenkilometer dafür vorgesehen. Es gelangen 239 Strassenzüge in allen Bezirken Wiens zur Ausstattung mit elektrischem Licht.Im nächsten Jahr werden auch sechs neue öffentliche Uhren aufgestellt. (Beifall bei der Mehrheit).

GR.Biber (E.L.) wünscht, dass die Voranschläge der einzelnen Verwaltungsgruppen vor allem zunächst in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen verhandelt werden sollen, und stellt auch einen diesbezüglichen Antrag. Ein weiteres Verlangen des Redners geht dahin an die Spitze der Verwaltungsgruppen keinen Politiker, sondern Fachleute zu stellen. Gemeinderat Biber führt dann darüber Beschwerde, dass für die Erhaltung der Kirchen und Kapellen nur 11.000 Schilling im Budget vorgesehen sind. Das ist viel zu wenig. Die meisten Kirchen sind hervorragende Baudenkmäler und es wäre eine Schande für die Stadt Wien, diese verfallen zu lassen. Auch die Ausgaben für die Erhaltung der Denkmäler sind viel zu gering veranschlagt. Während im Jahre 1926 rund 51.000 Schilling, im Vorjahr 56.ooo Schilling dafür veranschlagt gewesen sind, scheinen Sie im nächsten Jahr mit 26.ooo Schilling auskommen zu wollen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Von eminentem Interesse für die Bauwirtschaft wäre die Erneuerung des städtischen Baupreistarifes. Der alte Tarif stammt aus dem Jahre 1912 und ist in vielen Belangen heute nicht mehr anwendbar. Bei der Vergebung der Arbeiten wird trotz allen Leugnens Ihrerseits Protektion geübt. Es ist ein unerhörter Skandal, dass die Baufirma Grundstein ohne jede Konkurrenzausschreibung den Riesenbau in Heiligenstadt zur Ausführung bekommen hat. Gemeinderat Biber macht sodann darauf aufmerksam, dass es vorkommt, dass durch alle möglichen Winkelzüge die Bedingungen der Offerten illusorisch gemacht werden. Es müsste auch hier die Kontrolle durch das Kontrollamt geübt werden und zu diesem Zweck ein Fachmann ins Kontrollamt kommen. Bei der Post Lastkraftwagenbetrieb errechnet er den Wert der Fuhrwerksleistungen statt mit 7.2 mit 6 Millionen (Hört! Hört! bei der Minderheit) und bei der Post Hauskehrichtzüge den Benzin- und Oelverbrauch eines Wagens mit 10 ooo Schilling und die Reparaturstangente mit 8000 Schilling. Die Wertabschreibung von drei Prozent ist viel zu gering. Der Redner beantragt, bei den Ansätzen des Voranschlags über Wertabschreibungen, überall die Ziffer des Gesamtwertes, von welchem die Abschreibung geschieht, zu nennen, ferner beantragt er unter Hinweis auf die Müllablagestätte in der Laxenburgerstrasse, das Stadtbauamt zu beauftragen, bei Anlage von Müllablageplätzen und sonstigen Objekten, die auf die sanitäre Verhältnisse von Einfluss sind, das Einvernehmen mit den Sanitätsstellen zu pflegen, damit ein neuerlicher Fehlgriff, wie auf der Müllablagestätte auf der Laxenburgerstrasse, künftig vermieden wird. Er bespricht sodann die Ziffern der Post Personenkraftwagenbetrieb, verlangt, dass bei der Strassenbespritzung auf die gemachten Beanständungen Rücksicht genommen wird und fordert den Ausbau der Einrichtungen für die Schneesäuberung. Schliesslich stellt er den Antrag, die Aufwendungen für die Strassenerhaltung und den Strassenbau um fünf Millionen zu erhöhen. (Beifall bei der Einheitsliste).

Die Verhandlung wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen Donnerstag, Beginn 16 Uhr.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

-.-.-.-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 19.Dezember 1928. Zweite Ausgabe

Weihnachtsverkehr in der Grossmarkthalle.Am goldenen Sonntag und am Christtag ist die Abteilung für Fleischwaren in der Grossmarkthalle geschlossen.Dagegen dauert der Marktverkehr am 24.Dezember von 6 Uhr bis 16 Uhr und am 26.Dezember von 7 Uhr bis 12 Uhr.

Pädagogische Zentralbücherei der Stadt Wien.Die bisher im Gebäude des Stadtschulrates für Wien provisorisch untergebrachte Pädagogische Zentralbücherei der Stadt Wien übersiedelt in das Gebäude der Zentralsparkasse der Stadt Wien in Hernals auf dem Elterleinplatz.Wegen der Uebersiedlung wird die Pädagogische Zentralbücherei vom 2.Jänner an bis auf weiteres für jeden Parteienverkehr gesperrt.Der Tag der Wiedereröffnung wird zeitgerecht bekannt gegeben werden.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.In den nächsten Tagen wird in Meidling in der Bendelgasse,auf dem Migazziplatz,in der Roesnergasse,Klährgasse und in der Michael Bernhardgasse,in Fünfhaus in der Schanzstrasse,in der Possingergasse,in einem Teil der Poschgasse und auf dem Akkonplatz und Sporkplatz und schliesslich in Floridsdorf in der Kaiser-Franz-Josef-Strasse die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt.In Hietzing wird die Linzerstrasse vom Linienamt bis zur Gemeindegrenze mit der elektrischen Beleuchtung ausgestattet.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien.Anfangs Jännerbeginnen an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien,V.,Margaretenstrasse 152,folgende neue Abend- und Nachmittagskurse:Weissnähen,Kleidermachen,Schnittzeichnen,Frisieren und Modistenarbeiten.Einschreibung und Einzahlung bis 22.Dezember an Werktagen täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr.Fernsprecher B 27-0-76.

Die Schneesäuberungsarbeiten.Der städtische Fuhrwerksbetrieb hat alle Kräfte mobilisiert,um die Strassen Wiens vom Schnee so rasch wie möglich zu säubern.Gestern Dienstag waren 1.086 Strassenarbeiter und 9.279 Schneearbeiter und heute sind 1.079 Strassenarbeiter und 9.175 Schneearbeiter bei der Schneesäuberung beschäftigt.In den Dienst der Schneesäuberung wurden auch 70 Pferdeschnellpflüge,11 Autokehrzüge und 2 Pferdekehrmaschinen gestellt.Für die Schneeabfuhr wurden neben den neuen Schneeaufladem aschine gestern und heute 810 Pferdepaare für zweispännige Fuhrwerke,52 Pferdepaare für Kapszüge,45 eigene und 36 fremde Lastkraftwagen verwendet.

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.Am 1.Jänner beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien,VI.,Brückengasse 3, neue dreimonatige Kurse.Ein täglicher Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche,zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, ein Abendschneiderkurs und ein Weissnähkurs und einmal wöchentlich ein Servierkurs.Der Abendkochkurs wird in Abteilungen für Anfänger und Vorgeschrittene geführt.Ein Anfängerkurs findet auch in der Zweigstelle auf der Landstrasse in der Petrusgasse 10 statt.Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr,an Samstagen von 10 bis 13 Uhr.

Bezirksvertretung Favoriten.Die Bezirksvertretung Favoriten hält ihre nächste Plenarsitzung am Freitag,den 28.December,um 16 Uhr im Amtshause Favoriten ab.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: Karl H o n a y

400

Wien, am Donnerstag, den 2o. Dezember 1928.

-.-

Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hat am Montag wieder eine Reihe von Subventionen beschlossen. So erhält der Touristenverein "Die Naturfreunde" eine Subvention von zwölftausend Schilling. Der Verein zählt jetzt in Wien 60.000 Mitglieder. Die Naturfreunde haben sich um der Erschliessung der Alpen grosse Verdienste erworben. Der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein sowie der Verein gegen Verarmung in Wien wurden mit je dreitausend Schilling subventioniert. Der Ingenieur- und Architektenverein hat in den letzten Tagen das Fest seines achtzigjährigen Bestandes begangen. Aus diesem Anlass hat er zwei Preisfragen ausgeschrieben. Die eine Preisfrage behandelt die Aufgaben der Grosstadtverwaltungen auf dem Gebiete der Grünflächenpolitik, Wohnungsfürsorge und Stadtregulierung überhaupt und die Mittel zu ihrer Verwirklichung. Die zweite Preisfrage beschäftigt sich mit der Energiewirtschaft der Gemeinde Wien, in welcher Weise Elektrotechnik und Maschinenbau die modernen Grosstädte beeinflussen und wie die Errungenschaften der Elektrotechnik und des Maschinenbaues den Grosstadtbewohnern stärker dienstbar gemacht werden können. Der Verein gegen Verarmung in Wien ist bestrebt, durch Unterstützung der Armen und Darlehensgewährung an vorübergehend in Not geratene Leute erspriessliche Fürsorgearbeit zu leisten. Für den Verband der christlichen Hausgehilfinnen hat der städtische Finanzausschuss eine Subvention von fünfhundert Schilling beschlossen. Der Verband hat in der Inneren Stadt in der Steindlgasse 6 eine Fortbildungsschule für Hausgehilfinnen eröffnet, die von 30 Schülerinnen besucht wird.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Wiener Landtag. Morgen Freitag um 15 Uhr 30 tritt der Wiener Landtag zusammen. Auf der Tagesordnung steht das Gesetz betreffend die Einhebung einer Abgabe vom Verbrauche von Bier im Gebiete der Bundeshauptstadt Wien. Anschliessend an die Sitzung des Wiener Landtages setzt der Wiener Gemeinderat die Spezialdebatte über den Voranschlag für 1929 fort.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Verkehrsregelungen. Der Wiener Magistrat hat angeordnet, dass mit Rücksicht auf den durch das rasche Tempo von Schwerfuhrwerken gefährdeten Bauzustand von Häusern der zwischen der Lainzerstrasse und der Verbindungsbahn gelegene Teil der Versorgungsheimstrasse von sämtlichen Fuhrwerken nur sehr langsam befahren werden darf. Aus sicherheits-und gesundheitspolizeilichen Gründen hat der Wiener Magistrat weiters angeordnet, dass der von der Wagramerstrasse abzweigende, an der Unteren alten Donau gelegene Weg als Promenadenweg zu erhalten ist. Es ist demnach das Befahren dieses Weges mit Fuhrwerken verboten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Spenden. Die Zentraleuropäische Länderbank, Niederlassung Wien, hat zu Handen des Bürgermeisters zur Verteilung nach freiem Ermessen fünftausend Schilling gespendet. Herr Leopold Blum, XIII., Angermayergasse 1, hat zu Handes des Bezirksvorstehers für die Armen von Hietzing fünfhundert Schilling gespendet. Ferner hat der unter dem Decknamen "Wilhelm" wirkende Wohltäter für arme Schulkinder der Knabenvolksschule, Vorgartenstrasse 50,35 Paar Schuhe und 10 Dutzend Strümpfe gespendet. In der letzten Gemeinderatssitzung hat der Bürgermeister den Spendern den Dank ausgesprochen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Verkauf von Wildpret und Geflügel in der Grossmarkthalle. Auf Grund eines Ansuchens der Vereinigung der Gewerbetreibenden der Grossmarkthalle wird die Abteilung für Fleischwaren am goldenen Sonntag für den Verkauf von Wildpret und Geflügel von 8 Uhr bis 11 Uhr vormittags offengehalten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: Karl H o n a y

401

Wien, am Donnerstag, den 2o.Dezember 1928 Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 2o.Dezember 1928 .

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten fort.Als nächster Redner der Minderheit nimmt GR.Erban zu den Positionen der Verwaltungsgruppe Stellung. Er führt zunächst darüber Beschwerde,dass bei der Gartenpflege zu wenig geschulte Gärtner verwendet werden.Der im Budget vorgesehene Betrag für die Erhaltung von Kirchen und Kapellen ist schon aus dem Grunde viel zu gering,da die Gemeinde für sieben Kirchen Patronatsherrin ist und für die Erhaltung dieser Kirchen allein mit 11.000 Schilling nicht einmal das Auslangen finden kann.Ein schwerer Mangel ist es auch dass in Wien zu wenig öffentliche Uhren aufgestellt sind.Der Betrag von 10.000 Schilling für die Aktion "Wien im Blumenschmuck" ist ebenfalls ein viel zu geringer.Bei der Besprechung des Bäderwesens wünscht GR.Erban,dass im Bad Mühlschüttel und im Sommerbad Hohe Warte endlich einmal Rasenflächen hergestellt werden.Das Coloniasystem hat auch nicht gehalten,was es versprochen hat.Viele Gefässe sind in einem sehr desolaten Zustand, was die Staubentwicklung sehr fördert.Hinsichtlich der Strassenpflege tadelt der Redner,dass diese weit hinter den zurückbleibt, was notwendig ist.Die seinerzeitige Wiener Gemeindeverwaltung hat im Frieden jährlich etwa 15 Millionen Schilling für die Strassenpflege und Strassenerhaltung aufgewendet,welchen Leistungen aber die jetzige Gemeindeverwaltung in keiner Beziehung auch nur annähernd gleichkommt.(Beifall bei der Minderheit).

GR. Dirisamer (E.L.) beschäftigt sich zunächst mit der Gartenpflege.Er wünscht eine Vergrösserung des Schweitzer Parkes sowie den Ausbau der Baumpflanzungen auf der Erdbergerlände. Um der Badelust der Bevölkerung eines so ausgedehnten Bezirkes,wie der Landstrasse,entsprechen zu können,ist es notwendig,auf der Landstrasse ein zweites Bad zu errichten.Die Strassenpflege und Strassenerhaltung ist vollkommen ungenügend.Diesem wichtigen Kapitel der Verwaltung hat die frühere christlichsoziale Mehrheit im Gemeinderat vielmehr Aufmerksamkeit zugewendet.In München hat man für diesen Zweig der Verwaltung ein eigenes Amtsgebäude errichtet.Dort wird der Strassenpflege alle nur erdenkliche Aufmerksamkeit zugewendet,sogar die Gehwege sind in die Strassenpflege einbezogen.In Wien wird in der Strassenpflege viel gekündigt. Trotz der grossen Arbeitslosigkeit wurden fünfzig Prozent des Strassenreinigungspersonals abgebaut.Es wäre höchste Zeit,hier Wandel zu schaffen.(Beifall bei der Minderheit).

GRtin. Wielsch (E.L.) bezeichnet den für die Denkmal- und Bautenerhaltung eingesetzten Betrag und insbesondere auch die für die Erhaltung des Stefansdoms dieses altehrwürdigen Kunstdenkmals, gewährte Subvention als viel zu gering. In Besprechung der Strassenerhaltung bemängelt sie es, dass die Strassen viel zu viel geflickt, anstatt gründlich repariert werden. Sie verlangt den Ersatz der in den äusseren Bezirken mit den Gaskandelabern weggenommenen Abfallkörbe und stellt den Antrag, bei der Neuerrichtung von Bedürfnisanstalten auf die äusseren Bezirke und die Ausflugsorte Bedacht zu nehmen. Die Gartenanlagen müssten vermehrt, die Gärten besser gepflegt, die Bänke, insbesondere auch bei den Endstationen, der Strassenbahn vermehrt werden. Sie stellt den Antrag, dass bei der vorgesehenen

Vergrösserung des Bades Schwedenbrücke, dieses Bad auch gärtnerisch ausgeschmückt werden soll, dass das Baden verbilligt und Freibäder im Zentrum der Stadt, wie es ein solches im Sommer gewöhnlich zwischen der Holland- und Aspangbrücke gibt, verboten werden. Sie bringt sodann über die Mistabfuhr Beschwerden vor und verlangt die Bekämpfung der Fliegenplage auf den Mistablagerungsstätten im Bruckhaufen und im 10.Bezirk. (Beifall bei der Einheitsliste.)

GR.Dr.Wagner (E.L.) findet es merkwürdig, dass die alte Donaustadt Wien für ihre Häfen bloss ein 25 Tausendstel ihrer Gesamtausgaben verwendet. Dem Einwand, dass es sich hier um ein Bundesinteresse handelt, hält Gemeinderat Dr.Wagner entgegen, wie sehr der Bund durch seine zahlreichen Bestimmungen über Zollfreilager, über den Vormerk- und damit auch den Veredlungsverkehr dem Interesse Wiens als Hafenstadt dient. Auch die Aufgaben hinsichtlich der Brücken- und Wasserbauten erfüllt die Gemeinde in gar keiner Weise. Der Bau der Hafenbrücke im 11. Bezirk ist unterblieben, obwohl schon im Februar dieses Jahres das Einvernehmen zwischen dem Magistrat und dem Handelsministerium vollständig hergestellt war und nur in der ganz untergeordneten Frage des Servitutsentgelts Differenzen bestanden. Auf mehrfache Anfragen hat das Ministerium die Antwort erhalten, dass es dem Magistrat mit Rücksicht auf das geforderte Servitutsentgelt unmöglich sei, die Verhandlungen fortzuführen und auf eine weitere Anfrage des Ministeriums im September ob sich die Schwierigkeiten nur auf das Servitutsentgelt beziehen oder ob die Gemeinde von dem Brückenbau überhaupt abgekommen sei ist vom Magistrat bis heute eine Antwort überhaupt noch nicht erteilt worden. (Hört! Hört! bei der Einheitsliste) So lassen sich Lebensfragen der Wiener Bevölkerung nicht behandeln. Da ist z.B. im Voranschlag als erste Rate für den Bau der Augartenbrücke der Betrag von 1.2 Millionen eingesetzt, für Beitragsleistungen zu den Kosten des Baues dieser Brücke 915.000 Schilling. Das sind fast vier Fünftel der ersten Rate. Das zeigt, welche hohe Beitragsleistungen die Gemeinde von ihren Unternehmungen für die Benützung ihres Eigentums verlangt. Warum soll nicht auch der Bund für sein Eigentum eine Beitragsleistung zu fordern berechtigt sein. Im Voranschlag fehlt auch eine Post für den Umbau der Reichsbrücke. Auch hier besteht ein alter Kampf zwischen Bund und Gemeinde. Schon die alte Reichsstrassenverwaltung hat im Jahre 1913 der Gemeinde Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Reichsbrücke übermittelt und nur der Krieg hat die Verhandlungen zwischen Ministerium und der Gemeinde unterbrochen. Im Jahre 1926 wurde die Direktion der städtischen Strassenbahnen vom Ministerium zur Uebersendung eines Sonderentwurfs wegen Verbreiterung der Fahrbahn am linken Donauufer aufgefordert, wurde darauf aber bis heute keine Antwort erteilt. Man muss bedenken, dass vor allem die Strassenbahn die Verkehrsverstopfung auf der Reichsbrücke hervorruft und da hat der Bund dasselbe Recht von der Gemeinde ebenso Beitragsleistungen zu verlangen, wie die Gemeinde Beitragsleistungen von ihren Unternehmungen fordert und die Gemeinde wird sich auch zu wesentlichen Beitragsleistungen verstehen müssen. Uber diese wichtige Frage muss einmal geredet werden. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass die skandalösen Zustände auf der Reichsbrücke je eher je besser ein Ende nehmen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR.Dr.Hengl (E.L.) beantragt zunächst die elektrische Beleuchtung der Sandgasse und der Hohen Warte von der Endstation der Strassenbahn bis zur Grinzingerstrasse.Eine Notwendigkeit wäre auch die Aufstellung von zwei öffentlichen Uhren.Diese sollen an der Kreuzung der Billrothstrasse,Sieveringerstrasse undder Grinzingerallee und auf dem Nussdorfer Platz aufgestellt werden.Ein weiterer Antrag des Gemeinderates Dr.Hengl geht dahin,auch den Siedlern und landwirtschaftlichen Betrieben den begünstigten Wasserpreis von vier Groschen zu gewähren.Der Redner regt schliesslich an,der Ueberführung des Kehrichts zu Dünger besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.(Beifall bei der E.L.)

GR.Prinke (E.L.) verlangt die Vergrösserung des städtischen Bades in Simmering.Simmering hat 48.000 Einwohner.Das städtische Bad ist das einzige Bad,dass den Leuten zur Verfügung steht. Es hat nur 11 Wannen,die im Vorjahr von nicht weniger als 18.000 Menschen, und 36 Brausen,die von nicht weniger als 117.000 Personen benützt wurden.Es ist also für die Badebedürfnisse der Simmeringer ganz unzulänglich.Ebenso unzulänglich ist die für Simmering aufgenommene Strassenpflege.In Simmering sind ganze Bezirksteile unpassierbar, weshalb es dringend geboten wäre,den Simmeringer Strassen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.Der Redner kommt dann auf den projektierten Bau der Hafenbrücke zu sprechen und erklärt,dass die Simmeringer Bezirksvertretung,die aus 22 Sozialdemokraten und 8 Einheitslistlern besteht,gestern neuerlich einstimmig beschlossen hat,an dem Bau der Hafenbrücke unbedingt festzuhalten.Die Brücke ist eine unbedingte Notwendigkeit,weshalb die Gemeinde in den Verhandlungen mit dem Ministerium absolut keine Schwierigkeiten machen darf.Der Redner stellt den Antrag,für den Bau der Hafenbrücke als erste Baurate 1¼ Millionen Schilling im Budget einzustellen(Beifall bei der Minderheit).

GR.Hörmayer (E.L.) bezeichnet den für die Renovierung des Pfarrhofes in der Leopoldsgasse eingesetzten Betrag von 11 000 Schilling als viel zu gering. Es wäre auch an der Zeit, wenn endlich das Tegetthoff-Denkmal zu Krenovieren. Das Denkmal hat Fugen von acht bis zehn Zentimetern, aus denen das Gras wächst. Die Entfernung des Steinlagerplatzes in der Oberen Donaustrasse hat man immer für unmöglich erklärt, sich doch dazu aber entschlossen. Warum hat man sich solange geweigert? Der Redner beantragt, den amtsführenden Stadtrat zu beauftragen, sofort die Vorbereitung für die Schaffung eines städtischen Bades im Bezirksteil Donaustadt zu treffen und die Kredite so rechtzeitig anzusprechen dass mit dem Bau im Jahre 1929 noch begonnen werden kann. Gemeinderat Hörmayer beschwert sich dann über die mangelhafte Strassenerhaltung. Die Obere Donaustrasse ist z.B. im Vorjahre viermal, heuer achtmal und das letztemal vor vierzehn Tagen ausgebessert worden und heute sind wieder die Schlaglöcher offen. Die Böcklinstrasse ist noch ein gewachsener Grund. Sie müsste endlich einen Ueberzug bekommen. Der Redner verlangt sodann die Ausbesserung der Aspernbrücke und urgiert dringend den Bau der Reichsbrücke. Die für den Umbau verwendeten Beträge würden vor allem der Gemeinde selbst zugute kommen. Es wäre am besten wenn man sich entschliessen würde, auf der linken Seite der Brücke die Strassenbahn zweigeleisig auszubauen, in der Mitte ein Geländer zu machen rechts die Fahrbahn und den Gehsteg hinauszuhängen. Der Bau dieser Brücke wäre auch schon im Interesse der neugeschaffenen Stadtteile im 21. Bezirk dringend nötig. Die Fachleute der Gemeinde müssten sich endlich über diese Frage schlüssig werden. Schliesslich verlangt Gemeinderat Hörmayer, dass die Marienbrücke endlich beleuchtet werde. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Vizebürgermeister Hoss erklärt, dass früher die Gemeinde vor allem Makadam zum Strassenbau verwendet hat, weil es das bessere Material damals gar nicht gegeben hat. Die christlichsoziale Gemeindeverwaltung hat auf dem Gebiete des Strassenbaues grosse Leistungen aufzuweisen. Im Jahre 1891 wurden die Vororte einverleibt Die Strassen waren natürlich schlecht. Im Jahre 1905 wurde Floridsdorf einverleibt, ein Gebiet das die Hälfte des ganzen alten Wien umfasst. Es ist da für die christlichsoziale Verwaltung sehr viel zu tun übrig geblieben. Das erste war, dass die Hauptdurchszugsstrassen gepflastert worden sind. Dann wurden auch die Seitengassen makadamisiert. Es wäre jetzt höchst notwendig, dass man endlich daran geht und Teile der Ringstrasse und die Innere Stadt mit Holzstöckel oder Asphalt belegt. Viele Stellen sind schon sehr schadhaft und man kann sich schwer vorstellen, dass dort wieder gepflastert werden soll. Die alten Pflastersteine würden ihren Zweck an der Peripherie sehr gut erfüllen. Mit allem Nachdruck muss auf die Leistungen der früheren Stadtverwaltung auf diesem Gebiet verwiesen werden. Die Menschen haben jetzt nur den Zustand der Strassen nach dem Krieg im Gedächtnis. Die wenigsten erinnern sich an die Strassen vor dem Krieg, die dank der christlichsozialen Verwaltung in einem sehr günstigen Zustand waren. Der jetzt im Budget vorgesehene Betrag für den Strassenbau sieht sehr gross aus, aber im

Verhältnis kann damit nicht viel gemacht werden. Es wird eben für andere Zwecke zu viel ausgegeben. Wir alle anerkennen, dass in den letzten Jahren etappenweise Fortschritte zu verzeichnen sind, aber es ist noch viel nachzuholen.

Redner bemängelt, dass die Gemeindeverwaltung den Kahlenberg vollständig vernachlässigt. Es ist eine Schande für Wien, dass man ein solches Gebiet zugrunde gehen lässt. Die Gemeinde müsste alles daransetzen, dass für den Kahlenberg etwas geschieht, Sie müsste den Leuten, die den Kahlenberg erschliessen wollen, durch den Bau der Wasserleitung, der Beleuchtungsanlagen und des Verkehrsmittels entgegenkommen. Es wird gewiss möglich sein, dieses Entgegenkommen so einzurichten, dass die Gemeinde dabei nicht die Wurzen ist. (Beifall bei der Minderheit).

Sehr ernst sollte die Mehrheit die Frage der Untergrundbahn prüfen. Die Pläne liegen noch von der früheren Verwaltung vor. Insbesondere muss bei Strassenregulierungen und grossen Umbauten auf dieses zukünftige Verkehrsmittel Rücksicht genommen werden.

Vizebürgermeister Hoss verlangt dann den Bau eines Schwimmbades in Floridsdorf und erklärt, dass der Wasserpark keine Notwendigkeit war, weil dort so viele Bäder bestehen, so dass das Planschbad für die 50 Kinder keinen Sinn hat. Es wird übrigens bald verschottert sein und man sollte daraus eine Rasenfläche machen. Beim Kuchelauerbad sollten Baggerungen vorgenommen werden. Schliesslich bezeichnet der Redner den Bau der Reichsbrücke als eine dringende Notwendigkeit. Der Handelsminister hat bereits im August dem Bürgermeister in der Sache geschrieben. Im Ausschuss wurde aber gesagt, dass der Bund sabotiere. Das ist ganz unrichtig. Es ist zu begrüssen, dass der Referent gestern erklärt hat, dass die Gemeinde bereit ist, einen Beitrag zu leisten, wenn der Bund herantritt. Es ist unverständlich, dass man ein Schreiben der vorgesetzten Behörde solange unbeantwortet lässt. Die gegenwärtige Minderheit hat schon im Jahre 1912 vorgesehen gehabt, dass nach der Fertigstellung der Floridsdorferbrücke zuerst die Innstrassenbrücke und dann der Umbau der Reichsbrücke in Angriff zu nehmen sei. Zehn Jahre nach dem Krieg wäre es hoch an der Zeit dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit zu entsprechen. Eine Notwendigkeit ist auch die Unterfahrung der Erzherzog Karl Strasse. Ich hoffe, dass diese meine Ausführungen genügen werden, um endlich diesen wichtigen Problemen näherzutreten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Schelz (E.L.) beklagt sich darüber, dass für die Brigittenau, einen Bezirk mit 120.000 Einwohnern nur die Neuherstellung einer einzigen gepflasterten Strasse vorgesehen ist. Das zeigt, dass die Mehrheit gar kein Bestreben hat, das Wiener Strassenwesen zu verbessern. Die Strassenreinigung ist mangelhaft. In der Brigittenau ist eine Strassenwalze eine Sehenswürdigkeit. Es gibt Strassen, die so lange die Sozialdemokraten verwalten, überhaupt noch nie einen Spritzwagen gesehen haben. Die Brigittenau hat ein einziges Douchebad in der Traustrasse. Es wäre die höchste Zeit, dass die Brigittenau ein wirkliches Bad bekommt. GR. Schelz stellt den Antrag, den amtsführenden Stadtrat zu beauftragen, zur Erleichterung des Personanverkehrs zwischen dem inneren Teil des XX. Bezirkes und dem Bezirksteil Zwischenbrücken dem Ausschuss für technische Angelegenheiten den Entwurf für den Bau eines Gehsteges über die Bahnhofanlage der Nordwestbahn im Zuge der Wallensteinstrasse und ebenso einen Entwurf über die Errichtung eines Gehsteges an der Nordbahnbrücke über den Handelskai und die Geleise der Donauuferbahn vorzulegen und die zur Durchführung notwendigen Verhandlungen mit der Bundesbahndirektion ehestens einzuleiten (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Daffinger (E.L.) bezeichnet die Klagen über die mangelhafte Instandhaltung der Strassen als berechtigt. Auch bei Strassenwiederherstellungen wird sehr nachlässig gearbeitet. Die Strassenreinigung ist für die Bevölkerung eine Plage. Der durch die Kehrmaschinen an den Strassenrändern und in den Strassenrinnsalen aufgehäufte Unrat wird erst nach Tagen weggeräumt. Nur die Hauptstrassen werden vom Schnee gesäubert, in den Seitenstrassen bleibt der Schnee liegen. Die Strassen sind nicht gleichmässig beleuchtet. Die Strassenbeleuchtung müsste entweder so hoch angebracht werden, dass sich die Lichtkegel schneiden oder die Beleuchtungskörper müssten näher aneinandergerückt werden. GR. Daffinger fragt, welche Pläne man mit der abgetragenen Brigittsbrücke hat. Man hat die Brücke einfach ohne jeden Schutz liegengelassen, der Rost setzt an und bald werden die Brückenbestandteile gar nichts mehr wert sein. Man müsste die Brücke bald unter Dach bringen. Der Redner macht der Mehrheit den Vorwurf, dass sie die alten von ihr nicht geschaffenen Gartenanlagen verfallen lasse und führt darüber Klage, dass sowohl im Gartenwesen wie im Bäderwesen mit Personal zu sehr gespart wird. Schliesslich stellt er den Antrag, in Würdigung der grossen Verdienste, die sich der im Jahre 1925 verstorbene Gemeinderat Hans Angeli um das städtische Bäderwesen und den Schwimmsport erworben hat, wird zur Ehrung seines Andenkens das Bad Hohe Warte in Angelibad umbenannt. (Lebhafter Beifall bei der E.L.).

GR. Untermüller (E.L.) bemerkt, dass er schon in der vorjährigen Budgetdebatte eine Reihe von Wünschen vorgebracht hat, die aber alle unberücksichtigt blieben. Er könnte also heute eigentlich dieselbe Rede halten. Gebessert hat sich nur die Strassenbeleuchtung. Die Colonia-Züge bilden in den engen Gassen Mariahilfs sehr störende Verkehrshindernisse. Die Strassenpflege lässt viel zu wünschen übrig. Die sehr nützliche Aktion der Abfallsammelkörbe beschränkt sich leider nur auf die Hauptstrassen, in den Seitengassen sucht man einen Abfallkorb vergebens. Die Bedürfnisanstalt am Mariahilfergürtel ist seit Jahren unzulänglich; dort müsse endlich eine unterirdische Anstalt gebaut werden. Seinerzeit sollte beim Mariahilfergürtel das Zweighaus der Urania errichtet werden. Man ist dann davon abgekommen und hat der Urania freigestellt, einen anderen Platz zu suchen. Es scheint nun, dass dieser Plan ganz eingeschlafen ist. Das Dampfbad in Mariahilf ist viel zu klein. Dort müsste endlich ein Stockwerk aufgesetzt werden. Die Leute können auch nicht nach Margareten gehen, weil das dortige Bad verkleinert wurde. Redner wünscht dann noch die gärtnerische Ausgestaltung der Rettungsinsel bei der Dreihufeisengasse und die Beleuchtung des Obelisken am Mariahilfergürtel.

Stadtrat Richter erwidert auf die Redner der Minderheit. Der Antrag des Gemeinderates Biber den Voranschlag jeder Verwaltungsgruppe auch im zuständigen Gemeinderatsausschuss zu verhandeln, ist kaum zweckmässig, weil jede Position des Voranschlages ohnehin noch den Ausschuss beschäftigt. Es soll aber der Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen werden. Die Beschwerde über die Pflege der Gärten ist unbegründet. Die neue Verwaltung hat hier wirklich Grosszügiges geschaffen. Vom Jahre 1919 bis heute wurden rund 600.000 Quadratmeter neue Gartenanlagen geschaffen, was einer Vermehrung um 40 Prozent entspricht. Niemals hat die frühere Verwaltung eine solche Ausgestaltung in einer so kurzen Zeitspanne vorgenommen. Auf dem Gebiet des Strassenbaues leistet die Gemeinde ebenfalls sehr viel. Im Jahre 1913 wurden rund 15 Millionen Schilling für Strassenbauten verausgabt, jetzt sind es 16.4 Millionen Schilling. Trotz der schwierigeren wirtschaftlichen Lage gibt die Gemeinde jetzt für diesen Zweck mehr aus, als im Frieden. Die Beschwerden über die städtische Wäscherei entbehren schon deswegen jeder Berechtigung, weil kaum anzunehmen ist, dass wenn dort die Verhältnisse nicht vollständig einwandfrei wären, der Bund die Wäsche sämtlicher Krankenanstalten reinigen liesse.

Hinsichtlich der gewünschten Ausgestaltung der Bäder erklärt Stadtrat Richter,dass auf dem Gebiet des Bäderwesens in den letzten Jahren mehr geleistet worden ist,als je einmal vorher.Wir sind selbstverständlich bemüht,allen Wünschen Rechnung zu tragen.Wien ist nicht zur Bäderstadt,sondern auch zur Badestadt in öffentlichen Badeanstalten geworden.Während jeder Wiener/ siebenmal im Jahr badet,badet der Berliner nur zweimal im Jahr,der Londoner einmal und der Pariser in vier Jahren einmal.(GR.Untermüller : Das sind sicher die Ziffern aus den Judenvierteln).Auch bei der Aufstellung von Gartenbänken haben wir das möglichstegleistet.Gegenüber 708 Gartenbänken im Jahre 1914 haben wir heute 11.300.Eine schöne Leistung haben wir auch auf dem Gebiete der Gartenpflege und des Gartenwesens zu verzeichnen.Seit 1924 haben wir nicht weniger als 3.280 Bäume gepflanzt(Zwischenrufe bei der Minderheit:Ihre Rede ist auch ein Pflanz!) Zur Frage des Baues der Hafenbrücke erklärt Stadtrat Richter,dass die Gemeinde die Absicht gehabt habe,diese Brücke zu bauen.Der Bund aber hat infolge der gewissen Animosität,die gegen Wien besteht,ungeheure Schwierigkeiten gemacht.Hinsichtlich der Reichsbrückenfrage weiss ich nichts davon,dass irgend jemand wegen des Brückenbaues an uns herangetreten ist.Welche Schwierigkeiten seitens des Bundes der Gemeinde gemacht werden,ist am besten aus folgenden Fall zu ersehen:In Floridsdorf gibt es eine Werndlgasse.Sie ist eine Privatstrasse,wird aber wie jede andere Strasse benützt.Wir wollten diese Werndlgasse elektrisch beleuchten und Kabel für Gas und elektrischen Strom legen.Nach zweijährigen Verhandeln hat die Bundesbahnverwaltung,der die Gasse gehört,uns dazu wohl ihre Zustimmung gegeben, das Bundesministerium jedoch hat uns seine Zustimmung zur Ausgestaltung der Strasse glattwegs verweigert.(Rufe Bei der Mehrheit:Unerhört!)Es wurde während der Debatte auch die Frage der Untergrundbahn aufgeworfen. Die Untergrundbahn wird einmal sicher gebaut werden,gegenwärtig aber ist ein solcher Plan nicht durchführbar.

Bezüglich der Anfrage wegen des Baugrundes des zweiten Uraniagebäudes teilt Stadtrat Richter mit,dass die Gemeinde bereit war und ist,jeden Platz,den die Urania wünscht,ihr zur Verfügung zu stellen.Bis jetzt aber ist noch kein Vorschlag der Urania eingelangt.(Beifall bei der Mehrheit).

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Technische Angelegenheiten ist beendet.Bei der Abstimmung werden die Anträge Dr.Motzko auf Erhöhung der Ausgabenpost für die Erhaltung der Kirchen und Kapellen,des Gemeinderates Biber auf Erhöhung der Ausgabenpost für Strassenbau und Strassenpflege um fünf Millionen Schilling,des Gemeinderates Zimmerl auf Einsetzung von 1¾ Millionen Schilling als erste Baurate für den Bau der Hafenbrücke und schliesslich des Stadtrates Rummelhardt auf Erhöhung der Ausgabenpost für Radioanlagen abgelehnt.Die Positionen der Verwaltungsgruppe werden genehmigt und die sonstigen von den Gemeinderäten Biber,Hengl,Daffinger,Hoss,Hörmayer,Schelz,Wielsch und Zimmerl gestellten Anträge dem Antrag des Referenten entsprechend der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Es gelangt nun die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten zur Verhandlung.Die Spezialdebatte leitet amtsführender Stadtrat Kokrda mit einem ausführlichen Bericht ein.

Das Gesamterfordernis beträgt für diese Verwaltungsgruppe 85'53 Millionen Schilling.Das Lagerhaus hat einen gesonderten Voranschlag und berührt das Präliminare der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten nicht. Die grössten Aufwendungen erfordert,wie alljährlich,das Schulwesen mit einem Betrag von 74;27 Millionen Schilling.Ausser den allgemeinen Erfprdernissen für das Schulwesen ist noch ein Betrag von 700.000 Schilling vorgesehen,der für den Schulbau in Floridsdorf als erste Baurate bestimmt ist.Die Lagerhäuser der Stadt Wien schliessen das kommenden Jahr mit einem Nettoabgang von rund 240.000 Schilling ab.Daraus ist eine entschiedene Besserung der Verhältnisse im städtischen Lagerhausbetrieb zu ersehen. Es ist die Hoffnung nicht unbegründet, diesen Betrieb vollständig aktiv zu gestalten,da die Direktion gemeinsam mit den Beamten und der Arbeiterschaft im Interesse des Betriebes zusammenarbeiten.Die in letzter Zeit in Angriffgenommene Reformierung der städtischen Lagerhäuser schreitet weiter fort.Zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit werden verschiedene Adaptierungs- und Ausgestaltungsarbeiten in der nächsten Zeit in Angriff genommen werden. Die dem Lagerhausbetrieb angeschlossenen Veredelungsanlagen,sowie auch das Kühllagerhaus haben in der letzten Zeit eine ihrem Umfange nach entsprechende Beschäftigung zu verzeichnen.Für die Märkte und Schlachthöfe werden im Verwaltungsjahr 1929 3'25 Millionen Schilling aufgewendet.Für die Fortsetzung der Ausgestaltungsarbeiten in der Grossmarkthalle sind 2'8 Millionen Schilling,für die Vergrösserung der bestehenden Vorkühlhalle im Rinderschlachthof St.Marx 400.000 Schilling und für die Fertigstellung der schon in Angriff genommenen Arbeiten in der Kontumazanlage sind 50.000 Schilling veranschlagt.In der Grossmarkthalle wird im kommenden Jahr auch die Erweiterung der bestehenden Verbindungsbrücke zwischen den beiden Hallen in Angriff genommen werden. Die Belieferung aller Märkte war auch heuer befriedigend.Was die Belieferung der Grossmarkthalle im besonderen anlangt,ist eine geringe Abnahme der Zufuhren zu verzeichnen.Die Belieferung der Halle mit Fleischwaren ist jedoch an sich noch kein Gradmesser für die Belieferung im allgemeinen.Trotz der schwächeren Belieferung der Halle im Vorjahr und heuer sind die Mengen von Fleischwaren noch immer bedeutend grösser als jene,die in der Vorkriegszeit in der Halle umgesetzt worden sind.Der Kühlraum für Schweine in der Kontumazanlage ist heuer der Benützung übergeben worden.Das städtische Wirtschaftsamt hat seine gesamten Lagerungen zusammengelegt,wodurch es möglich geworden ist,alle für die Bedürfnisse der Aemter,Anstalten und Betriebe notwendigen Materialien in einem Lager zu halten.Ausser dem Zentrallager unterhält das Wirtschaftsamt eine moderne Bäckerei,die die Humanitätsanstalten der Gemeinde mit Brot und Weissgebäck aller Art versorgt.Für Grundankäufe sind fünf Millionen Schilling veranschlagt.Der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten ist seit heuer auch die Baustoffebeschaffung angegliedert.Für diese hat der Gemeinderatsausschuss ein Spezialkomitee eingesetzt, das sich heuer wiederholt mit wichtigeren Angelegenheiten zu beschäftigen hatte.Der Umsatz der Waren, die im Laufe des letzten Jahres angeschafft wurden, beträgt ungefähr 115.000 Waggons zu zehn Tonnen.Der Wert dieser Waren dürfte 35 Millionen Schilling betragen.Die Magistratsabteilung 40, der die Baustoffebeschaffung obliegt,hat bisher zur Einlagerung von Waren,die nicht unmittelbar auf die Baustellen geliefert werden können, unzulängliche Räume im aufgelassenen Kesselhause des Wasserbehälters Spinnerin am Kreuz zur Verfügung gehabt.Infolge der Liquidation der Donauregulierungskommission ist der Gemeinde Wien der Erdbergerrangierbahnhof zugefallen,wodurch es möglich geworden ist, dort ein Zentrallager zu errichten.Dieses Lager umfasst auch den Steinlagerplatz. Die bisherigen Steinlagerplätze in der Leopoldstadt und auf dem Alsergrund werden aufgelassen und der Vorrat auf dem neuen Platze untergebracht.Dieser eignet sich dafür sehr gut,da er nicht nur mit der Donau,sondern durch ein Bahnabgeleise auch mit den Bundesbahnen verbunden ist.(Beifall bei der Mehrheit).

Vizebgm.Hoss (E.L.) weist darauf hin,dass an der Umgestaltung der Grossmarkthalle schon vier Jahre gebaut wird und noch weitere drei Jahre gebaut werden soll, eine viel zu lange Bauzeit für ein so wichtiges Objekt. Man hat in dieser wichtigen Frage es an Grosszügigkeit fehlen lassen.Wenn man schon so hohe Mittel aufwendet hätte man gleich einen grossen Bau für Jahrzehnte aufführen sollen. Die Grossmarkthalle wird auch nach der Umgestaltung nach einigen Jahren nicht mehr ausreichen,wenn man sie nicht durch die Vergrösserung und Vermehrung der Markthallen in den Bezirken entlastet, was aber an Wert einer grossen modernen Markthalle nicht gleichkommt.Für ein solcher Flickwerk darf nicht soviel Geld ausgegeben werden.Man hat sich gescheut einen hohen Betrag auf einmal auszugeben,obzwar zum Beispiel , wenn statt des Amalienbads ein anderes Bad gebaut worden wäre, dieser Betrag leicht hätte erspart werden können.Was das Lagerhaus betrifft, hat die Mehrheit das alte Lagerhaus mit zwei grossen Neubauten,dem Getreidespeicher und der Kühlanlage übernommen, und hätte diese Betriebe sehr zweckmässig ausnützen können.Statt dessen hat man in den Betrieben die Parteipolitik hineingetragen und den Betrieb so fast an den Rand des Ruins geführt.Es war auch ein Fehler, den grossen Neubau neben die gerade Prateranlage hinzustellen.Jetzt ist endlich an die Spitze des Lagerhauses ein tüchtiger Direktor gestellt worden, der das Unternehmen kaufmännisch führen will und der erklärt, dass der Betrieb zu sehr zerrissen ist.Jetzt muss auch ein ganz neuer Arbeitsvertrag gemacht werden, damit das Personal besser ausgenützt werden kann. Heute da wir mit der Konkurrenz der Tschechoslowakei aufzunehmen haben und gerade deshalb hätte das Lagerhaus von vornherein rein kaufmännisch geführt werden müssen. Man muss es begrüssen, dass seitdem Stadtrat Kokrda den Betrieb in sein Referat übernommen hat, versucht wird, den Betrieb besser auszugestalten und es wäre nur zu wünschen, dass sich da nicht wieder ein Politiker einmengt. Vizebgm. Hoss betreibt sodann den Bau einer Schule in Grossjedlersdorf,indem er darauf hinweist, dass dieser Bau, der ursprünglich geplant sei, weider aufgegeben wurde, weil die Bezirksvertretung die ihr vorgelegten Projekte nicht gutgefunden hat.Er fragte Stadtrat Kokrda, aus welchen Gründen diese Schule nicht gebaut würde.

Ich will nur hoffen, dass dem projektierten Schulbau in Kagran nicht dasselbe Schicksal des Projektes des Schulbaues in Gross-Jedlersdorf zuteil wird. Dann verlangt Vizebürgermeister Hoss Aufklärung, warum heuer für die Post Forste nur 3270 Schilling eingestellt worden sind, während im Voranschlag für 1928 17.800 Schilling veranschlagt wurden und im Rechnungsabschluss für 1927 dafür 15.200 Schilling ausgewiesen sind. Zum Schlusse gibt Vizebürgermeister Hoss seiner Zufriedenheit über die Führung der Verwaltungsgeschäfte durch den amtsführenden Stadtrat Kokrda Ausdruck und wünscht, dass dieser erspriessliche Kurs in der Geschäftsführung auch beibehalten werden möge. (Beifall).

Die Verhandlung wird nun abgebrochen.Die Spezialdebatte wird morgen anschliessend an die Landtagsitzung fortgesetzt.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H on a y

Wien, am Freitag, den 21.Dezember 1928

Historisches Museum der Stadt Wien. Die in den letzten Wochen wegen Vornahme von A dptierungen geschlossen gewesene dritte Abteilung des Historischen Museums der Stadt Wien wird übermorgen Sonntag mit einer Schaustellung von Alt-Wiener Porzellan, worunter sich auch die Neuerwerbungen aus der Sammlung Karl Mayer befinden, für den allgemeinen Besuch wieder eröffnet. Das Historische Museum der Stadt Wien ist jeden Dienstag, Donnerstag und Sonn-und Feiertag von 9 bis 13 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich.

Schliessung der Rechnungsabteilungen in den Bezirksämtern. Die Rechnungsabteilungen der magistratischen Bezirksämter, die unter anderem als Einhebungsstellen für Steuern und Abgaben fungieren, bleiben vom 24. bis einschliesslich 31 Dezember für den Parteienverkehr geschlossen, weil in dieser Zeit die Steuerkonten abgeschlossen werden. Für die Erledigung unabweislicher Fälle und für die unentgeltliche Ausgabe von Postsparkassenerlagscheinen ist Vorsorge getroffen. Die Möglichkeit der Einzahlung von Steuern und Abgaben erfährt keine Beschränkung, weil der für die Steuerzahler viel bequemere Weg der Postsparkassenzahlung offen bleibt.

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamte Neubau. Im Jänner finden die Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamte Neubau am 2., 9., 16., 23. und 30. Jänner im Büro des Bezirksvorstehers um 10'30 Uhr vormittags statt.

Wintersport der Wiener Fortbildungsschuljugend. Dem Fortbildungsschulrat für Wien ist es heuer wieder gelungen, bedeutend ermässigte Saisonkarten für die Fortbildungsschuljugend bei den städtischen und privaten Eislaufplätzen zu erlangen. Den Fortbildungsschülern und Schülerinnen stehen zu dem ermässigten Preis von zwei Schilling fünfhundert Dauerkarten für den Eislaufplatz IX., Wasserleitungsstrasse, 1500 für den Eislaufplatz, X., Gudrunstrasse-Steudelgasse, 25 für den Eislaufplatz Steinbauerpark in Meidling, 200 für den Eislaufplatz Westendplatz in Hietzing, 2000 für den Eislaufplatz auf dem Lehrersportplatz in Hernals, 60 für den Eislaufplatz auf dem Allerheiligenplatz in der Brigittenau und schliesslich 140 für den Eislaufplatz auf dem Sachsenplatz für die ganze Eissaison zur Verfügung. Die Karten werden auf den genannten Eislaufplätzen gegen Vorweisung der Schülerausweiskarten und Erlag von zwei Schilling von den Aufsichtsorganen der Sportgruppen ausgegeben. Ausserdem geniessen die Fortbildungsschüler und Schülerinnen nach Arbeitsschluss auf den Eislaufplätzen Schweizergarten, Draschepark, St. Johannpark, Mollardgasse, Schmidtgasse, Wasserleitungsstrasse, Gudrundtrasse, Steinbauerpark, Westendplatz, Cal itzinstrasse, Osterleitengasse, Allerheiligenplatz und Sachsenplatz bei Vorweisung der Schülerausweiskarte dieselben Ermässigungen, wie sie die Schüler aller anderen Lehranstalten in den Nachmittagsstunden haben. Die Eishockeysektion trägt ihre Spiele auf dem Eislaufplatz in der Gudrunstrasse und auf dem Lehrersportplatz aus. Die Spielerausrüstung wird von der Leitung der Sportgruppe unentgeltlich beigestellt. Anmeldungen zu den Veranstaltungen der Eishockeysektion werden auf den genannten Plätzen entgegengenommen.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Uebermorgen Sonntag spricht in der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses um 10'30 Uhr vormittag Dr. Zrzavy über "Stand der Rationalisierung in Oesterreich."

Verhältnis kann damit nicht viel gemacht werden. Es wird eben für andere Zwecke zu viel ausgegeben. Wir alle anerkennen, dass in den letzten Jahren etappenweise Fortschritte zu verzeichnen sind, aber es ist noch viel nachzuholen.

Redner bemängelt, dass die Gemeindeverwaltung den Kahlenberg vollständig vernachlässigt. Es ist eine Schande für Wien, dass man ein solches Gebiet zugrunde gehen lässt. Die Gemeinde müsste alles daransetzen, dass für den Kahlenberg etwas geschieht, Sie müsste den Leuten, die den Kahlenberg erschliessen wollen, durch den Bau der Wasserleitung, der Beleuchtungsanlagen und des Verkehrsmittels entgegenkommen. Es wird gewiss möglich sein, dieses Entgegenkommen so einzurichten, dass die Gemeinde dabei nicht die Wurzen ist. (Beifall bei der Minderheit).

Sehr ernst sollte die Mehrheit die Frage der Untergrundbahn prüfen. Die Pläne liegen noch von der früheren Verwaltung vor. Insbesondere muss bei Strassenregulierungen und grossen Umbauten auf dieses zukünftige Verkehrsmittel Rücksicht genommen werden.

Vizebürgermeister Hoss verlangt dann den Bau eines Schwimmbades in Floridsdorf und erklärt, dass der Wasserpark keine Notwendigkeit war, weil dort so viele Bäder bestehen, so dass das Planschbad für die 50 Kinder keinen Sinn hat. Es wird übrigens bald verschottert sein und man sollte daraus eine Rasenfläche machen. Beim Kuchelauerbad sollten Baggerungen vorgenommen werden. Schliesslich bezeichnet der Redner den Bau der Reichsbrücke als eine dringende Notwendigkeit. Der Handelsminister hat bereits im August dem Bürgermeister in der Sache geschrieben. Im Ausschuss wurde aber gesagt, dass der Bund sabotiere. Das ist ganz unrichtig. Es ist zu begrüssen, dass der Referent gestern erklärt hat, dass die Gemeinde bereit ist, einen Beitrag zu leisten, wenn der Bund herantritt. Es ist unverständlich, dass man ein Schreiben der vorgesetzten Behörde solange unbeantwortet lässt. Die gegenwärtige Minderheit hat schon im Jahre 1912 vorgesehen gehabt, dass nach der Fertigstellung der Floridsdorferbrücke zuerst die Innstrassenbrücke und dann der Umbau der Reichsbrücke in Angriff zu nehmen sei. Zehn Jahre nach dem Krieg wäre es hoch an der Zeit dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit zu entsprechen. Eine Notwendigkeit ist auch die Unterfahrung der Erzherzog Karl Strasse. Ich hoffe, dass diese meine Ausführungen genügen werden, um endlich diesen wichtigen Problemen näherzutreten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Schelz (E.L.) beklagt sich darüber, dass für die Brigittenau, einen Bezirk mit 120.000 Einwohnern nur die Neuherstellung einer einzigen gepflasterten Strasse vorgesehen ist. Das zeigt, dass die Mehrheit gar kein Bestreben hat, das Wiener Strassenwesen zu verbessern. Die Strassenreinigung ist mangelhaft. In der Brigittenau ist eine Strassenwalze eine Sehenswürdigkeit. Es gibt Strassen, die so lange die Sozialdemokraten verwalten, überhaupt noch nie einen Spritzwagen gesehen haben. Die Brigittenau hat ein einziges Douchebad in der Treustrasse. Es wäre die höchste Zeit, dass die Brigittenau ein wirkliches Bad bekommt. GR. Schelz stellt den Antrag, den amtsführenden Stadtrat zu beauftragen, zur Erleichterung des Personenverkehrs zwischen dem inneren Teil des XX. Bezirkes und dem Bezirksteil Zwischenbrücken dem Ausschuss für technische Angelegenheiten den Entwurf für den Bau eines Gehsteges über die Bahnhofanlage der Nordwestbahn im Zuge der Wallensteinstrasse und ebenso einen Entwurf über die Errichtung eines Gehsteges an der Nordbahnbrücke über den Handelskai und die Geleise der Donauuferbahn vorzulegen und die zur Durchführung notwendigen Verhandlungen mit der Bundesbahndirektion ehestens einzuleiten (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Daffinger (E.L.) bezeichnet die Klagen über die mangelhafte Instandhaltung der Strassen als berechtigt. Auch bei Strassenwiederherstellungen wird sehr nachlässig gearbeitet. Die Strassenreinigung ist für die Bevölkerung eine Plage. Der durch die Kehrmaschinen

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 21.Dezember 1928 Zweite Ausgabe

W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 21.Dezember 1928

Präsident Dr.Danneberg eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Das Haus tritt sofort in die Verhandlung über das Gesetz betreffend die Einhebung einer Abgabe vom Verbrauche von Bier im Gebiete der Bundeshauptstadt Wien ein.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Breitner führt aus,dass der Gesetzesvorlage zwei Gesetze des Nationalrates zugrunde liegen.Die bis 31.Dezember 1928 begrenzt gewesene Beitragspflicht der Bundesländer zu den Kosten der Arbeitslosenunterstützung und Altersrenten ist bis 31.Dezember 1930 verlängert worden.Es erweist sich deshalb als notwendig,die seinerzeit als Deckung dieser Ausgabe eingeführte Landesbiersteuer von sechs Schilling pro Hektoliter gleichfalls bis 31.Dezember 1930 einzuheben. Durch die 6. Abgabenteilungsnovelle wird dem Lande Wien von seinen Abgabenertragsanteilen die Summe von sechs ein halb Millionen Schilling und,falls die Erhöhung der Landesbiersteuer um 3'80 Schilling pro Hektoliter einen darüber hinausgehenden Nettoertrag bringen sollte, auch dieser zugunsten der übrigen Länder und Gemeinden in Abzug gebracht.Es ist infolgedessen notwendig,diesen Entgang zu bedecken,weshalb eine Erhöhung der derzeit bestehenden Landesbiersteuer von sechs Schilling auf 9'80 Schilling erfolgen soll.Die Vorlage kann uns zwar keineswegs befriedigen,sie ist aber solcher Art,dass wir uns mit ihr abfinden können.(Beifall).

Abg. Kunschak (E.L.)erklärt,dass die vorgelegten Anträge zeigen,dass es möglich war,in der Frage einen Ausweg zu finden. Es fragt sich jetzt nur angesichts dieses Ergebnisses,wozu die grosse Aufregung in einem Teil der Wählerschaft,insbesondere in die Kreise der Gewerbetreibenden getragen worden ist.Ich verkenne nicht,dass es Pflicht des Finanzfeferenten war,dahin zu trachten,dass die von der Gemeinde Wien zu übernehmenden Lasten möglichst geringfügig bleiben. Der Bundesfinanzminister hat sich ebenfalls in einem Verpflichtungsverhältnis befunden,aber diesmal nicht gegenüber den Bundeskassen,sondern gegenüber den Budgetinteressen der Länder und der Gemeinden ausserhalb Wiens.Die Verhandlungen,die wir von allem Anfang an verlangt haben, haben einen Ausweg aus dieser Kollission beiderseitiger Verpflichtungen ergeben.Es ist dabei die Wahrheit bestätigt worden,dass das Interesse irgendeines Teiles des österreichischen Bundesgebietes nicht isoliert und nicht losgelöst von den Interessen der anderen Bundesgebieten behandelt werden kann.Unter dem Gesichtswinkel der Wahrung der Wiener Budgetinteressen kann Stadtrat Breitner auf einen Erfolg blicken,den auch die Opposition neidlos anerkennt.Ich glaube auch gemeinsam mit dem städtischen Finanzreferenten feststellen zu dürfen,dass wir uns vom ersten Augenblick an bewusst waren,dass diese Frage,die dan gemeinsame Interesse der einzelnen Bundesgebiete betrifft,nicht als eine parteipolitische Frage,sondern als eine solche behandelt werden soll, innerhalb deren sich die Existenzinteressen eines jeden einzelnen Beteiligten zum Ausdruck bringen.Dieses Urteil kann mich allerdings nicht hindern,auszusprechen,dass wir mit den Anträgen,die im Speziellen uns vorgelegt worden sind,nicht einverstanden sind,weil wir glauben,dass der immerhin geringfügige Betrag von sechs ein halb Millionen Schilling im Budget sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite untergebracht oder zu gleichen Teilen auf beiden dieser Kontis untergebracht werden könnte.Es besteht kein Zweifel,dass die Budgetziffern noch immer eine sehr starke Aufnahms-und Anpassungsfähigkeit aufweisen.Es wäre daher richtiger gewesen,die Verbindlichkeit,die die Gemeinde in Ansehung des allgemeinen und damit auch ihres eigenen Interesses übernehmen musste,in das Budget selbst einzubauen.Der städtische Finanzreferent ist aber anderer Meinung.Dieser können wir nicht beipflichten, weshalb wir uns daher auch an der Abstimmung über die Erhöhung der Biersteuer nicht beteiligen können.(Beifall bei der E.L.)

Abgeordneter Pfeiffer erklärt, dass es ganz überflüssig war, in der Fragen der Abgabenteilung die Bevölkerung in panischen Schrecken zu jagen. Es ist erfreulich, dass eine so glückliche Lösung gefunden worden ist. Es ist ohne Zweifel, dass der Betrag von 6½ Millionen Schilling im Budget hätte untergebracht werden können. Das ist aber nicht geschehen und so hindert uns die Erhöhung der Steuerbelastung der Wiener Bevölkerung, für die Anträge zu stimmen. (Beifall bei der E.L.)

Der Referent verzichtet auf das Schlusswort, worauf das Gesetz in erster und zweiter Lesung beschlossen wird.

Schluss der Sitzung 16 Uhr.

Morgen Samstag Gemeinderat 15 Uhr. In Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929 beginnt morgen Samstag der Wiener Gemeinderat nicht wie sonst um 16 Uhr, sondern schon um 15 Uhr.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 21. Dezember 1928 Dritte Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 21. Dezember 1928

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 6 Uhr die Sitzung. Der Wiener Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen fort. Als nächster Redner spricht

GR. Dr. Hengl (E.L.) erklärt, dass die Steuerkraft der Wiener Landwirtschaft unbedingt erhalten bleiben möge. Die Wiener Landwirtschaft, wie auch die Wiener Weinbauer geniessen aber keine wie immer geartete Unterstützung von Seiten der Gemeinde Wien. Gemeinderat Hengl betreibt die Errichtung einer Musterkellerei im Wiener Weinbaugebiet und beantragt den amtsführenden Stadtrat zu beauftragen, dem Wiener Landtag binnen vier Wochen eine Gesetzesvorlage über den Verkehr mit Direktträgerreben zu unterbreiten, wobei der Entwurf des österreichischen Weinbausausschusses tunlichst zu berücksichtigen ist. Was den Rathauskeller betrifft, so hat es die Mehrheit so weit gebracht, dass dieser für den Wiener Weinbau so wichtige Keller abgestossen werden musste. Herr Mentasti hat seine Stellung als Weineinkäufer aufgeben müssen und es wäre auch interessant, zu erfahren, ob er auch lohnbefriedigt entlassen worden ist. Man hätte erwarten sollen, dass wenigstens dem Uebernehmer Bindungen wegen der Provinienz der zum Verkauf und Ausschank kommenden Weine auferlegt worden wäre. Das ist natürlich nicht geschehen, weil an der Weinbautreibenden Bevölkerung gar kein Interesse die Mehrheit hat. Gemeinderat Hengl beklagt sich sodann über die weit reichere Dotierung des Kleingartenwesens für das eine Post von 311.000 Schilling eingesetzt ist, während für die Wiener Landwirtschaft nur 5000 Schilling eingesetzt sind und beantragt, die Post "Förderung der Landeskultur" auf 50.000 Schilling zu erhöhen, sowie die landwirtschaftliche Hauptkörperschaft Wiens zur Einsendung eines die verschiedenen Gruppen der Wiener Landwirtschaft umfassenden Verwendungsplans zu veranlassen, welcher Plan weitgehend zu berücksichtigen ist. Ferner beantragt er, den amtsführenden Stadtrat zur Vorlage eines Elementarschadengesetzes binnen acht Wochen zu beauftragen, wobei die Grundsätze des entsprechenden niederösterreichischen Gesetzes weitestgehend zu übernehmen sind. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GRin. Schlösinger (E.L.) begrüsst es, dass im Voranschlag dieser Gruppe zum erstenmal ein Schulneubau, nämlich der Bau der Schule in Kagran aufscheint. Nur wurde dieser Schulbau etwas zu spät in Angriff genommen. Die Rednerin beklagt sich über die laxe Reinigung der Schulen, die Sparmassnahmen bei der Heizung und über die unzureichende Lüftung. Sie beantragt, die im Schulgebäude VIII., Lerchengasse 19 zu Zwecken der Jugendherberge verwendeten Klassenzimmer für den Unterricht frei zu machen und die Herberge anderswo unterzubringen. Sie führt Klage über die zu häufigen Umschulungen der Kinder und über die Zusammenlegung von Klassenzügen, was zur Folge hat, dass die begabten Kinder durch die minderbegabten aufgehalten werden und dass die minderbegabten nicht mitkommen. In den Schulen fehlt es an den notwendigen Lehrmitteln. Die Lehrmittel der aufgelösten Schule in der Stumpergasse wurden z.B. auf drei Schulen verteilt. Gemeinderätin Schlösinger stellt den Antrag, die Volks- und Hauptschulen mit den für den katholischen Unterricht vorgeschriebenen Diözesan-Gebetbüchern sowie mit Klassenlektüre für den katholischen Religionsunterricht zu versorgen und kritisiert sodann eine Reihe der in den Schulen zur Verwendung gelangenden Bücher, so ein Buch über den naturkundlichen Unterricht, das aus lauter Fragen und Aufgaben besteht und das Regel- und Wörterverzeichnis, das überaus schwerfällig verfasst ist und eine Menge von Fremdwörtern enthält, die nicht einmal ein Erwachsener braucht. Einer eingehenden Kritik unterzieht sie die beiden Republikbücher, die nichts anderes als Geschichtsfälschungen und Parteipolitik enthalten. Ein Buch, das den Kindern die Liebe zur Republik beibringen soll, müsste ganz anders aussehen. Die Kaiser werden als Lumpen und Trottel hingestellt und gezeigt, wie dumm die Untertanen waren, die sich diesem Regime gefügt haben. Es wird auch viel von der Speichelleckerei gegenüber den Regenten erzählt, aber die Verfasser dieser Bücher leisten sich an Speichelleckerei der Roten Gemeinde gegenüber nicht wenig. Die Bücher enthalten revolutionäre Gedichte und auch Gedichte, die Hass gegen die Religion ausdrücken. Einer der tonangebenden Schriftsteller ist der Herr Kanitz, der Führer der Kinderfreunde, der in einer Versammlung der Arbeiterjugend einmal gesagt: die Bereitschaft für die kommenden Revolutionen muss unserer Arbeit die Richtung geben. Derartige Bücher zu schreiben ist eine Beschmutzung unseres Vaterlandes und Kindern solche Bücher in die Hand zu geben, ist geradezu ein Verbrechen. Rednerin stelle daher den Antrag, dass bei Einführung neuer Lehr- und Lesebücher in öffentlichen Schulen das Recht der Lehrerschaft auf Mitberatung durch die Lehrerkonferenzen zu wahren ist. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Preyer (E.L.) verlangt, dass von den Schlachthöfen und Märkten die Parteipolitik ferngehalten werden möge. Die parteipolitik zeigt sich vor allem auch bei Vergebung von Ständen. Das Lagerhaus bereitet der Gemeinde seit der Entlassung des tüchtigen Fachmannes Nübel, grosse Sorgen. Man hat den Direktor Nübel ganz grundlos entlassen. Wir sind durchaus nicht der Auffassung, dass jetzt die Sicherheit geboten ist, dass die Situation im Lagerhaus sich bessern wird. Eine wirkliche Besserung kann erst dann eintreten, wenn dieses Unternehmen nur vom fachlichen Gesichtspunkt geleitet wird. Ueber das Lagerhaus wird auch verschiedenes geredet. So soll der Betriebsratsobmann Kasparek in einer Versammlung der Lagerhausbediensteten gesagt, haben, dass im nächsten Jahr aus diesem Betrieb eine Aktiengesellschaft gebildet wird. Die Minderheit hat das Recht, darüber lückenlos informiert zu werden.

Redner bespricht dann das Fortbildungsschulwesen und führt Beschwerde, dass dort Rekrutenschulen für die sozialdemokratischen Gewerkschaften bestehen. Auch werden sozialdemokratische Parteizeitungen verbreitet, insbesondere das Kleine Blatt. Die Fortbildungsschule soll der Ausbildung tüchtiger fachlicher Arbeiter dienen und nicht der parteipolitischen Verhetzung. (Beifall bei der Minderheit)

Gemeinderat Witzmann (Soz. Dem.) erklärt, dass auf dem Gebiet des Marktwesens von der neuen Verwaltung sehr viel geleistet worden ist. Es wurden die bestehenden Märkte ausgestaltet und neue Anlagen geschaffen. Mit besonderem Nachdruck muss die Gemeinderatsmehrheit sich gegen den demagogischen Kniff der Opposition verwahren, der darin besteht, dass immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, die städtischen Marktgebühren verteuern die Waren. Ein Vergleich mit den Gebühren der Vorkriegszeit beweist die Unsinnigkeit dieser Behauptung. Im Jahre 1914 war ein 400 Kilogramm schweres Rind mit

12 S 13 g städtischer Gebühren belastet, die gegenwärtige Belastung ist nur 10 S 14 g. Das Kilogramm Rindfleisch wies 1914 eine Belastung von fünf Groschen auf, gegenwärtig von nicht ganz vier Groschen. Eine geradezu wahnsinnige Steigerung weisen aber die staatlichen Gebühren auf. Im Jahre 1914 betrugen die staatlichen Gebühren und Steuern für ein Rind mit 400 Kilogramm 20 S 45 g, jetzt für ein inländisches Rind 34 S 40 g und für ein ausländisches gar 73 S 37 g. Alle Gebühren der Gemeinde für ein Fettschwein beliefen sich im Jahre 1914 auf 6 S 85 g, sie betragen gegenwärtig nur 4 S 81 g. Das Kilogramm Schweinefleisch war vor dem Krieg mit 5 S 14 g städtischer Gebühren belastet, jetzt sind es nur 4 S 28 g. Auch hier muss die starke Steigerung der staatlichen Gebühren festgestellt werden. Der Staat hat vor dem Krieg für ein Fettschwein 5 S 82 g eingehoben, heute betragen die Gebühren 15 S 62 g. Für die Benützung der Kühlräume mussten im Jahre 1914 jährlich 100 S 80 g bezahlt werden. Die erhöhte Gebühr, die am 1.Jänner 1929 in Kraft tritt, beträgt nur 60 S. Dies musste einmal aufgezeigt werden, um die Lächerlichkeit der Behauptung, dass die Gemeinde die Lebensmittel durch ihre Gebührenpolitik, verteuert, zu beweisen. Wenn hier von einer Verteuerung gesprochen werden kann, dann trifft vor allem die Regierung die Schuld, die durch die schlechte Zoll- und Handelspolitik, und durch die hohen Frachtsätze die Teuerung verschärft. (Beifall bei der Mehrheit).

GR Höppeler (E.L.) erklärt, dass die Aufmerksamkeit, die die heutige Mehrheit dem Schulwesen entgegenbringt, auch nicht annähernd mit jener Sorgfalt verglichen werden kann, die die seinerzeitige christlichsoziale Mehrheit dem Schulwesen hat angedeihen lassen. In den 23 Jahren der christlichsozialen Verwaltung wurden nicht weniger als 105 Schulen erbaut und insbesondere der innere Schulbetrieb hat die grösste Sorgfalt erfahren. Die Pflege die die heutige Mehrheit dem Schulwesen angedeihen lässt lässt sehr viel zu wünschen übrig. Der Redner führt dann Beschwerde über den Zustand von Tafeln, Turnsälen, Reisszeugen, der Kreide, der Tafelbücher, der Schulhefte und der Schulbänke. Insbesondere im inneren Schulbetrieb wütet eine unbegreifliche Sparsamkeit die nicht streng genug gerügt werden kann. Gemeinderat Höppeler protestiert dagegen, dass wie im vorigen Jahre die Beethovenfeier heuer die Schubertfeier im Auftrag der Arbeitsgemeinschaften der Obmänner der Elternvereine im Arbeiterheim abgehalten wurden. Christliche Lehrer und Katheheten wurden gezwungen ins Arbeiterheim zu gehen. Jede Schule wurde verpflichtet, zu für diese Schubertfeier 25 S zu zahlen und der Skandal war so gross, dass sich sogar der Obmann des Zentrallehrervereins in Ottakring dagegen gewendet hat. Zum Schlusse beschwert sich Gemeinderat Höppeler, dass trotz der Vergrösserung der Schülerzahl in Ottakring die Schulen nicht vermehrt werden und wendet sich gegen die Benützung der Schulen zu parteipolitischen Zwecken. (Beifall bei der Einheitsliste).

Stadtrat Kokrda erwidert auf die Bedenken des Vizebürgermeisters Hoss, wegen Ausgestaltung der Grossmarkthalle, dass der Platz der heutigen Grossmarkthalle sich für diesen Zweck als ausserordentlich günstig erweist mit Rücksicht darauf, dass die meisten Zufuhren vom Norden kommen und die Verbindung von der Nordbahn zu diesem Platze sehr gut ist. Die Schwierigkeiten für die Wahl eines anderen Platzes sind ausserordentlich grosse. Was die Aufforstungen betrifft, so waren in den zwei vorhergehenden Jahren hiefür deshalb höhere Beträge eingestellt, weil die wildgeschlägerten Weile des Wienerwaldes wieder aufgeforstet wurden. Zu den Vorwürfen des Gemeinderats Hengl wegen Vernachlässigung der Landwirtschaft in Wien, bemerkt Stadtrat Kokrda, dass es an sich schon schwer sei, für die "Landwirtschaft" in Bundeslande Wien eine Lanze zu brechen und die Wiener Landwirtschaft gar mit der Landwirtschaft in anderen Bundesländern zu vergleichen. Jeder Landwirt von draussen wäre wahrscheinlich noch gegen eine Aufzahlung bereit, sein Anwesen mit einem Anwesen in Wien zu vertauschen. Den Antrag Hengl wegen Erhöhung der Dotationen der Landeskultur, beantragt Stadtrat Kokrda abzulehnen, die übrigen Anträge Hengls der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. Sodann antwortet Stadtrat Kokrda auf die vorgebrachten Schulbeschwerden und macht darauf aufmerksam, dass die Beschwerden wegen der Schulbücher, wegen Verwendung der Schulräume und der Schulgebäude in die Kompetenz des Stadtschulrates gehören. Soweit es sich um die sachlichen Fordernisse der Schulen handelt, sind nur ganz wenige Beschwerden im Laufe des vergangenen Jahres an die zuständigen Stellen eingelangt und allen Beschwerden wurde nachgegangen. Die Vorwürfe wegen parteipolitischer Vergebung der Stände auf den Märkten weist Stadtrat Kokrda mit der Aufforderung zurück, in die Parteizugehörigkeit der Ständeinhaber bekanntzugeben. Dann würde es sich wahrscheinlich erweisen, dass viel weniger der sozialdemokratischen Partei, als der christlichsozialen Partei angehören. Den Minderheitsantrag Rummelhardt, die Stände auf den Märkten an bodenständige Firmen oder Gewerbetreibende zuzuweisen, lehnt Stadtrat Kokrda unter Hinweis darauf ab, dass unter der gegenwärtigen Verwaltung viel mehr Stände den Bodenständigen zugewiesen werden, als unter der früheren Verwaltung, ebenso lehnt er den Minderheitsantrag Rummelhardt wegen Auflassung des pädagogischen Instituts ab, da ein solcher Antrag vom Stadtschulrat gestellt werden müsste. Den Antrag Schlösinger wegen Heranziehung von Lehrerkonferenzen der Einführung neuer Lehrbücher, empfiehlt Stadtrat Kokrda abzulehnen, da ohnedies heute schon so vorgegangen werde, die übrigen Anträge empfiehlt er der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag der Verwaltunggruppe VI wird angenommen. Die im Laufe der Debatte gestellten Anträge werden gemäss dem Vorschlage des Berichterstatters, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, beziehungsweise abgelehnt.

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Angelegenheiten leitet amtsführender Stadtrat Linder mit einem Bericht ein: Der Voranschlag für die Gruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten erfordert 15'32 Millionen Schilling. Die Einnahmen betragen 1'52 Millionen Schilling, sodass sich ein Nettoerfordernis von 13'80 Millionen Schilling ergibt. Dieses Erfordernis bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1'19 Millionen Schilling. Die ausschlaggebende Post im Budget dieser Verwaltungsgruppe ist das Feuerlöschwesen, das rund siebzig Prozent aller Ausgaben beansprucht. Das Feuerlöschwesen erfordert insgesamt 9'59 Millionen Schilling und hat gegenüber dem Vorjahr ein Mehrerfordernis von rund fünfhunderttausend Schilling. Die Investitionen bei der Feuerwehr machen 1'28 Millionen Schilling aus. Für die Verbesserung der Geräte ist der Ersatz von 19 Geräten vorgesehen und ausserdem die Erwerbung einer Magirusleiter. Für die Ausgestaltung und Instandhaltung der Telegrafenanlage und Feuermelder ist der Betrag von 1'37 Millionen Schilling eingestellt. Mit dem Ausbau der Feuerwachen Am Steinhof, Cobenzlgasse, Wiegandgasse und Rafaelgasse ist der grösste Teil der Reform des Feuerlöschwesens durchgeführt.

Das Sicherheitswesen, das rund 213.000 Schilling erfordert, hat gegenüber dem Vorjahr ein Mehrerfordernis von rund 34.000 Schilling. Dieses Mehrerfordernis wird durch die erhöhte Zahl der Zuschübe von Schüblingen und der dadurch bedingten erhöhten Kosten erklärt. Desgleichen ist in der Anstalt Wiener Neudorf eine Erhöhung der Verpflegsgebühr eingetreten. Die Baupolizei hat ein Mehrerfordernis von rund 15.000 Schilling, das durch den Ankauf von Maschinen und Apparaten für die Baustoffprüfung entstanden ist. Die Baustoffprüfung erfolgt nicht allein für Bauten der Gemeinde Wien, sondern es kann erfreulicherweise festgestellt werden, dass auch private Bauherren die Baustoffe bei der städtischen Baustoffprüfungsanstalt überprüfen lassen. Die Gemeindewache hat ein Mehrerfordernis von rund 715.000 Schilling, was auf die am 25. Juni durchgeführte Bezugsregelung zurückzuführen ist. Das Budget

ist für einen Personalstand von tausend Personen berechnet.Die Budgetposten für die Volksbücherei,Kunstführungen und Preise,sowie für die Städtischen Sammlungen und das Uhrenmuseum sind unverändert.Die Städtischen Sammlungen haben durch die Erwerbung des Bildes von Danhauser "Der Augenarzt",sowie durch den Ankauf von Altwiener Porzellan aus der Sammlung Mayer und einer Anzahl wertvollen Handschriften eine wertvolle Bereicherung erfahren. Für das Uhrenmuseum wurde die Cajetan'sche Uhr angekauft.Bei der Post Wahlangelegenheiten ergibt sich ein Mehrerfordernis von rund 130.000 Schilling,das seine Begründung in den Kosten für die Neuanlage der Geschworenen-,Schöffen-und Wählerlisten hat. Die Erhöhung der Post"Rechtsgeschäfte"um 6000 Schilling ist durch das Steigen der Zahl der Rechtsstreitkräfte erklärt.Für die Ehrengabe für goldene Hochzeiter werden um rund 6000 Schilling, wie bisher ausgegeben.Die goldenen Hochzeiter bekommen ein Diplom in Goldrahmen und eine Kasette mit 50 Silberschilling.Die Verleihung des Ehrenringes wird sicherlich von allen verdienstvollen Funktionären der Gemeinde angenehm empfunden.In der nächsten Zeit wird dem Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet werden,die die Schaffung eines städtischen Gewerbeförderungsamtes vorsieht.

Stadtrat Linder berichtet nun über das Ergebnis der Untersuchung über die Ausrückung der Feuerwehr zu dem Brande in der Hernalserhauptstrasse 3/4.Er stellt fest,dass alle auf das genannte Feuer bezughabenden Anzeigen in der Feuerwehrzentrale von 6'17 Uhr bis 6'23 Uhr registriert sind Die Zeitangabe des Depeschenprotokolles der Feuerwehrzentrale und der Hauptwache Feuerwehr stimmen überein,da die Uhren der Feuerwachen von der Sternwarte zentral synchronisiert werden.Bei der Feuerwehr besteht die Einrichtung,dass die Polizeidirektion unmittelbar nach der Abfertigung eines jeden Alarmsmit einer eigenen direkten Telegraphenverbindung von der erfolgten Ausrückung verständigt wird.Diese Anzeige der Feuerwehrzentrale ist in der Polizeidirektion um 6'20 Uhr registriert.Daraus geht hervor,dass die Registrierung der Zeitangabe des Einlaufens der ersten Meldung um 6'17 Uhr richtig ist.Es hat sich durch das Ergebnis dieser Untersuchung nun neuerlich ergeben,dass die Schlagfertigkeit unserer Feuerwehr auf der Höhe ist.(Beifall bei der Mehrheit).

GR.Dr.Kolassa (E.L.)beantragt zunächst die Drucklegung der Sitzungsprotokolle des Wiener Gemeinderates sowie die Veröffentlichung einer Liste der in den Gemeindeverband aufgenommenen Parteien,im Amtsblatt der Stadt Wien.Der Redner bezeichnet dann die überaus hohen Ausgaben für die Gemeindewache als höchst überflüssig. Die Gemeindewache ist aus Ihrem Hass gegen die Bundespolizei entstanden, weil diese sich am 15.Juli ihren Wünschen nicht gefügt hat.Die Gemeindewache kann nie ihren Zweck erfüllen,weil ihr die Möglichkeit der Exekutive fehlt.Es wäre daher am zweckmässigsten,die Post überhaupt zu streichen,woraus wir auch ersehen würden, dass Sie endlich einmal mit der Hetze und dem Hass gegen die Polizei ein Ende machen wollen.Schliesslich wünscht GR.Dr.Kolassa,dass die Gemeinde mehr als bisher die Kunst fördern möge. (Beifall).

GR.Stöger (E.L.) beschäftigt sich vorwiegend mit den Verhältnissen bei der städtischen Feuerwehr.Die Kosten für die Radioanlagen bei der Feuerwehr stehen in keinem Verhältnis zu ihrer Leistung.Es wäre auch sehr wünschenswert,dass endlich einmal den Kabeln mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden würde.Weiters sollen die Feuerwehrmänner mit entsprechenderen Monturen ausgestattet werden.Nach Bränden langen bei der Feuerwehr sehr oft Spenden für die Mannschaft ein.Diese wurden früher in einem Mannschaftsspendenfond gesammelt,der dann zu Weihnachten verteilt wurde.Heute werden diese Spenden in Rum umgesetzt,und wenn eine Mannschaft von einem Brand einrückt,geht dann die Rumflasche um.Schliesslich betont der Redner,dass die Personalpolitik bei der städtischen Feuerwehr eine ganz verlogene ist. Gegenüber den Berufungen der Mehrheit auf ausländische Beispiele, verweist der Redner auf das Berliner Beispiel, wo eine ganze Reihe von Feuerwehren neu organisiert worden ist. Und zitiert den Ausspruch des Branddirektors von Berlin,als diesem von der Auflösung der freiwilligen Feuerwehren in Wien Mitteilung gemacht wurde, dass könne nur ein Phantast gemacht haben. Sorgen wir dafür, sagt der Redner, dass die Feuerwehr wieder gesunde und dass sie jene Höhe erreiche, die sie Jahrzehnte lang inne gehabt hat. Der Redner richtet an den amtsführenden Stadtrat das Ersuchen dafür zu sorgen, dass ein möglichst grosser Teil der Feuerwehrmannschaft, natürlich ohne Beeinträchtigung der Sicherheit des Weihnachtsfriedens teilhaftig werde. Wegen der geschilderten Missstände ist es uns heuer nicht möglich für den Voranschlag dieser Gruppe zu stimmen, wir hoffen aber, dass es unter der neuen Leitung möglich sein wird, im nächsten Jahr den Voranschlag zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Linder dankt in seinem Schlusswort zunächst der Opposition für ihre sachlichen Ausführungen. Er antwortet sodann auf die Bemerkungen des Gemeinderats Stöger über die Feuerwehr. Wir sind uns der Wichtigkeit der Kabelbewachung und der ständigen Ueberprüfungder Feuermelder bewusst und es werden auch die Kabel und Feuermelder täglich von geschulten Organen der Gemeindewache begangen. Jeder Feuerwehrmann hat vier Garnituren. Was die vom Gemeinderat Stöger zitierte angebliche Aeusserung des Berliner Oberbranddirektos anbelangt, so hat sich unser Branddirektor,da schon einmal eine solche angebliche Aeusserung hier wiedergegeben wurde, an den Berliner Oberbranddirektor gewendet und dieser hat erklärt, niemals eine solche Aeusserung gemacht zu haben. Die Anträge des GR.Kolassa bittet Stadtrat Linder abzulehnen, da hiedurch eine Belastung von etwa 120.000 Schilling erwachsen würde. Dass die Kunstpreise mit 9000 Schilling sehr gering bedacht sind, ist richtig. Wir wollen aber den Künstlern weniger durch Zuwendung von Geldbeträgen helfen, da die Künstler selbst nicht Almosen wünschen, wir unterstützen die Wiener Künstler vornehmlich durch die Wohnhausbauten, durch die Aufstellung von Plastiken und durch die Anbringung von Wandgemälden in den Wohnhausbauten. Das ist eine würdige Unterstützung der Kunst. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag der Gruppe VII wird angenommen, die Anträge Dr.Kolassa werden abgelehnt.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über den Voranschlag und die Wirtschaftspläne der Unternehmungen pro 1929. Für das Jahr 1929 werden insgesamt Einnahmen von 339 Millionen veranschlagt, denen Ausgaben von 340 Millionen gegenüberstehen. Alle Unternehmungen, mit Ausnahme der Strassenbahnen werden voraussichtlich Ueberschüsse ausweisen. Nach wie vor wird der Ueberschuss den Unternehmungen mit Ausnahme des Brauhauses und der Gewista zum Ausbau der Betriebe überlassen. Nach wie vor bauen wir unseren Voranschlag nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung auf. Wir haben seit Jahren keine Tarifänderung vorgesehen, obwohl die Ausgaben von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Wir haben in den letzten Jahren alle Mehrausgaben im Budget unterbringen können. Ein Teil der Mehrbelastungen wird durch Oekonomisierung der Betriebe, durch die wirtschaftliche Betriebsführung, ein Teil durch die Entwicklung der Unternehmungen hereingebracht. Für das Jahr 1929 haben wir wohl mit den durch die Erhöhung der Frachtsätze bedingten Mehrausgaben zu rechnen, die sehr schwer unterzubringen sein werden und daraus möge man ersehen, wie notwendig es ist, dass wir in unserer Bilanz gewisse Rücklagen haben. Vizebürgermeister Emmerling bespricht sodann die Investitionen und teilt mit, dass von dem Erlös der Donauanleihe ungefähr 41.9 Millionen im Jahre 1929 zur Ausgabe gelangen, wobei es sich zum Teil um Zahlungen für Anschaffungen handelt, die schon in früheren Jahren beschlossen worden sind, zum Teil um Neuanschaffungen.

Der Referent bespricht nun die Voranschläge der einzelnen Unternehmungen. Das Elektrizitätswerk rechnet im Jahre 1929 mit einer Stromerzeugung von 566 Millionen Kilowattstunden, das sind um 85 Millionen mehr als 1928 vorgesehen war. Aus dem Erlös der Dollaranleihe für die Elektrizitätswerke 17,2 Millionen Schilling investiert. Hier wird insbesondere der Ausbau des Leitungsnetzes betrieben. Beim Gaswerk wird mit einer Erzeugungssteigerung von 2o Millionen Kubikmeter gerechnet. Die Investitionen werden rund 17 Millionen Schilling ausmachen. Bei den Strassenbahnen ergibt sich ein Abgang von 2,5 Millionen Schilling. Wegen Beseitigung dieses Abganges werden den zuständigen Körperschaften zeitgerecht Vorschläge erstattet werden. Wir befassen uns mit einer Reorganisation des Betriebes und untersuchen genau, wo etwas zu ersparen ist. Kein Zweig des Betriebes wird davon ausgenommen. Wenn mit diesen Ersparungen der Abgang nicht gedeckt werden kann, dann müsste freilich eine entsprechendere Regulierung der Tarife vorgenommen werden. Aber wir wollen zunächst den lückenlosen Nachweis erbringen, dass alles was überhaupt möglich war, geschehen ist, um eine Erhöhung des Fahrpreises zu vermeiden. Anfangs Jänner werden bereits die neuen Autobusse verkehren. Auch der Wagenpark der Strassenbahn wird unablässig vermehrt. Im Jahre 1928 sind 185 grosse moderne Wagen dazugekommen, bis Ende März 1929 werden weitere llo geliefert und Ende April kommen noch 85 dazu. Die Strassenbahnen investieren im kommenden Jahr 23,7 Millionen Schilling, davon entfallen 4 Millionen Schilling auf die elektrische Stadtbahn.

Redner tritt dann noch den Gerüchten über den Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien entgegen und erklärt, dass davon keine Rede sein könne. Die städtischen Unternehmungen sind durch ihre Tarifpolitik, die auf dem Prinzip der Selbstkostendeckung für die Monopole aufgebaut ist, zu volkswirtschaftlich nützlichen Einrichtungen geworden. Die Voranschläge geben ein Bild der ungeheuren Entwicklung dieser Betriebe. Sie können mit ruhigem Gewissen beschlossen werden. (Beifall)

GR. Zimmerl (E.L. ? teilt mit, dass kürzlich im Ausschuss für die städtischen Unternehmungen die Liquidierungsbilanz der Ybbstaler-Steinkohlenwerke vorgelegt wurde. Sie stand schon vor Monaten auf der Tagesordnung, ohne erledigt zu werden. Nun wurde sie doch in der letzten Sitzung vorgelegt. Es ergibt sich nun folgender Tatbestand. Die Gemeinde Wien war an dieser Aktiengesellschaft beteiligt. Sie hatte die Mehrheit der Aktien. Der Betrieb wurde nicht sachgemäss geführt, worauf die Arbeiterschaft selbst aufmerksam gemacht hat. Mit dem Vorbesitzer, einem Herrn Demajo wurde ein sehr ungünstiger Vertrag abgeschlossen. Als der Betrieb nicht mehr zu halten war, hatbder Verwaltungsrat mit den Stimmen der Christlichsozialen die Liquidierung beschlossen. Herr Demajo hat dann Ansprüche erhoben, die zu einer Reihe von Prozessen führten. Schliesslich hat man den Mann für seine Forderung von 2,8 Milliarden Kronen, Immobilien im Werte von sechs Milliarden überlassen. Die Gemeinde, respektive das Elektrizitätswerk war der einzige unbefriedigte Gläubiger, der an die Aktiengesellschaft Forderungen von 9,3 Milliarden zu stellen hatte. Um nun die Liquidierung durchführen zu können, mussten die Elektrizitätswerke auf ihre Forderung verzichten. Davon hat man aber dem zuständigen Ausschuss kein Wort gesagt. Die Elektrizitätswerke haben das Kohlenkonto um 9,3 Milliarden belastet und man hat die Sache so dargestellt, als ob die Kohlen aus dem Ybbstaler Werk um diesen Betrag teurer eingekauft worden wären. Ich kann das nicht anders bezeichnen, als eine offenkundige Fälschung der Bilanz. (Beifall bei der Minderheit). Ich erkläre hier, dass ich selbst vom Landtag die Auslieferung verlangen werde, um nachweisen zu können, dass die Bilanzen der Unternehmungen gefälscht sind, sollte mich der Schuldige belangen. Ich habe im Ausschuss damals den Antrag gestellt, diese Bilanz zurückzustellen. Aber Vizebürgermeister Emmerling hat in seiner Sickköpfigkeit und Leichtfertigkeit den Antrag ablehnen lassen. Ich bin also gezwungen gewesen, die Sache im Gemeinderat vorzubringen.

Fünfter Bogen der Budgetdebatte vom 21.Dezember 1928.

Die Buchungen dürfen unter keinen Umständen gefälscht werden.Im Organisationsstatut für die städtischen Unternehmungen ist die Kompetenz der Fälle genau festgesetzt,die vor den Gemeinderat oder vor dem zuständigen Ausschuss kommen müssen.Von dem Verlust von über neun Milliarden hat man den Ausschuss aber keinerlei Mitteilung gemacht.Auch der Kontrollamtsbericht hat den Verlust festgestellt,er ist also kaufmännisch,finanztechnisch und juristisch ausser Frage.Wenn man Stadtrat Breitner auf solche Dinge aufmerksam macht,zeigt er sich dafür dankbar.Vizebgm.Emmerling aber ist jedem vernünftigen Vorschlag unzugänglich.Die städtischen Unternehmungen werden nicht nach rechnerischen Grundsätzen geführt,ihre Grundsätze muss man vielmehr als kaufmännische Hochstapelei bezeichnen.Um weitere Schäden zu verhüten,muss entweder Vizebgm.Emmerling unter Kuratell gestellt oder von seinem Posten als amtsführender Stadtrat enthoben werden.Es ist ausser Zweifel, dass Stadtrat Breitner der Oberamtsführende Stadtrat ist.Er hat die unbedingte Pflicht hier Ordnung zu machen.Wenn ein solcher Verlust da ist,müssen Sie den Mut haben,für seine verfassungsmässige Deckung zu sorgen.Ich werde einen diesbezüglichen Antrag einbringen und erkläre,wenn Sie diesen ablehnen,wir uns alle nach der Verfassung anderweitig gegebenen Schritte vorbehalten.Der Redner stellt den Antrag:Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis,dass sich anlässlich der Liquidierung der Kohlentaler Steinkohlenwerke ein ungedeckter Verlust von 9.37 Milliarden Kronen ergeben hat,für dessen Deckung der Gemeinderat eintreten muss.Der amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird beauftragt,für die Deckung des Verlustes nach den Vorschriften der Verfassung dem Gemeinderate die entsprechenden Anträge zu stellen.(Beifall bei der Minderheit).

GR.Schelz (E.L.)führt Beschwerde über die Behandlung der Konsumenten durch die städtischen Unternehmungen.Diese machen geradezu schon jüdische Geschäfte.Nach dem der Redner beantragt hatte, den Konsumenten von Gas und elektrischen Strom die seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen nun in natura zurückzuerstatten,teilt er mit,dass der Tagbau Zillingdorf vor etwa acht Wochen einem Subpächter übergeben worden ist.Er verlangt darüber Aufklärung.Die Dollaranleihe wird schlecht verwendet,es werden noch immer namhafte Investitionen zum grössten Teil aus Betriebsmitteln bedeckt.Der Redner wendet sich sodann den Zuständen bei den städtischen Strassenbahnen zu und erklärt, dass diese der am schlechtesten geführte Betrieb ist.Hinsichtlich Geschwindigkeit,Bequemlichkeit und Belastung der Strassen entsprechen die städtischen Strassenbahnen schon lange nicht mehr den Anforderungen die die Grosstädter und eine Grosstadt an sie stellt.Die Strassenbahnwagen werden nicht ordentlich gereinigt.Die Heizkörper sind aus den Wagen schon lange entfernt worden und nur die Holzverschallungen sind übriggeblieben.Nach unseren Erfahrungen mit den Autobussen zweifeln wir daran, ob wie versprochen wirklich neue Strassenbahnwagen bald in Betrieb kommen werden.Der Redner unterzieht sodann die neuen Autobustarife einer Kritik und bemängelt es,dass diese Tarife teurer sind, als die der deutschen Städte und dass wir bei all dem noch mit dem Auslande schlechter daran sind.Er erklärt schliesslich gegen den Voranschlag zu stimmen(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der SDAP).

GR. Vizebgm.Hoss (E.L.) findet es nicht nötig,dass immer so sehr betont wird,dass wir neben den Wasserkraftwerken auch noch kalorische Werke haben.Auch wenn wir Wasserkraftwerke in dem Umfange haben werden, wie wir sie brauchen,werden wir daneben mehrere kalorische Werke haben müssen.Die entscheidende Frage ist, dass zwischen beiden Gruppen von Werken ein zweckmässiges Verhältnis besteht und dass die einzelnen Werke zweckmässig verwendet werden.So sehr die Steigerung der Zahl der Abnehmer zu begrüssen ist,ist es doch nicht recht einer Gemeinde würdig, dass Agenten in die Häuser geschickt werden, die Aufgabe der Gemeinde ist es zunächst, Kraft abzugeben nicht aber den Verschleiss von Artikeln selbst zu besorgen oder Artikeln in Provision zu nehmen. Dass der Strom verbilligt worden ist, ist keine Zauberei, das ist auf den technischen Fortschritt zurückzuführen. Die in Aussicht genommene Reorganisation bei den Strassenbahnen halten wir für zweckmässig, nur haben wir kein rechtes Vertrauen dazu, da man sich erst in dem Moment, wo sich eine so schlechte Situation bei den Strassenbahnen ergeben, hat, daran schreiten will.Schon vor Jahren hätte man sehen müssen, dass sich die Verhältnisse bei der Strassenbahn ungünstig entwicklen.Der Grund für die misslichen Verhältnisse bei der Strassenbahn liegt ebenso wie beim Lagerhaus in der Personalpolitik.Wenn nicht eine vernünftige Personalpolitik eintritt, wenn nicht jemand herkommt, der eine Reorganisation in grossem Stile durchführt, wird es bei der Strassenbahn nicht besser werden. Es wäre nur zu wünschen, dass mit der Reorganisation bald begonnen wird.Vizebgm.Hoss bringt sodann Beschwerden wegen Ueberfüllung der Strassenbahnwagen namentlich auf der Floridsdorferstrecke vor und bemängelt,dass die Stromstörungen sich in der letzten Zeit sich in einem so starken Masse häufen.Es ist eine allgemeine Klage, dass die festgesetzten Intervalle nicht eingehalten werden.Der Redner bespricht sodann ausführlich die Verkehrsverhältnisse im XXI.Bezirk und gibt der Meinung Ausdruck, dass sich die Verkehrsverhältnisse dort solange nicht bessern werden, solange die Reichsbrücke nicht für eine zweigeleisige Strassenbahn ausgebaut ist.Es wäre daher auch die Pflicht des Referenten der Gruppe VIII sich für den Umbau der Reichsbrücke einzusetzen.Vizebgm.Hoss bringt sodann Wünsche auf Besserung der Fahrtmöglichkeiten von Floridsdorf herein und von der Stadt nach Floridsdorf hinaus vor und wünscht die möglichst baldige Inbetriebsetzung der neuen Autobusse.(Beifall bei der EL.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

Die Spezialdebatte wird morgen um 15 Uhr fortgesetzt.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 405
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 22.Dezember 1928

-.-

Wien, die grosse Badestadt.

Vergleiche mit Berlin, Paris und London.

Der Wiener städtische Bäderbetrieb, der bezüglich der verschiedensten Fragen im Bäderwesen mit den übrigen Grosstädten Europas immer in Fühlung steht, veröffentlicht auf Grund von amtlichen Berichten nachstehende Besucherzahlen der kommunalen Badeanstalten aus den drei grössten europäischen Hauptstädten und stellt diesen den Besuch der Wiener städtischen Bäder gegenüber.

Die Stadt Berlin hatte mit einer Bevölkerungszahl von 4,024.165 Personen im Vorjahr in den städtischen Badeanstalten einen Gesamtbesuch von 9,181.416 Badegästen. Davon entfielen 6,046.226 Personen auf die Warmbadeanstalten und 3,135.190 Badegäste auf die Sommerbäder. Der Berliner besucht daher etwas mehr als zweimal im Jahr eine städtische Badeanstalt.

Die Stadt Paris mit einer Einwohnerzahl von 4,682.637 Personen hatte im Jahre 1927 in den städtischen Bädern einen Besuch von 1,180.835 Badegästen. Davon besuchten wieder 1,175.863 die Warmbäder und der Rest von 4.972 Badegästen die Sommerbäder. In Paris besucht somit blos jeder vierte Pariser einmal im Jahr eine der städtischen Badeanstalten.

London mit 7,480.201 Einwohnern hat bisher erst die Besucherdaten der städtischen Warmbäder vom Jahre 1926 zusammengestellt. Ueber die Sommerbäder, die hauptsächlich auf öffentlichen Gut gelegen sind und durch den Londoner Grafschaftsrat unterhalten werden, liegen keine näheren Angaben vor. Im Jahre 1926 wurden die Londoner städtischen Warmbäder von 10,746.289 Badegästen besucht. Der Londoner besucht daher nur mehr als einmal im Jahre eines der städtischen Warmbäder.

Wien mit 1,862.168 Einwohnern hatte im Vorjahr in den 56 städtischen Badeanstalten einen Gesamtbesuch von 8,992.399 Gästen. Davon besuchten 6,904.800 die städtischen Warmbäder und 2,087.599 die städtischen Sommerbäder.

Die übrigen 34 Wiener Privatbadeanstalten waren im Vorjahr von 3,563.465 Personen besucht. Davon entfielen 2,643.511 Badegäste auf die privaten Warmbäder.

Die 90 öffentlichen Bäder Wiens wurden somit im Jahre 1927 von insgesamt 12,555.864 Badegästen benützt. Es besucht daher jeder Wiener fast siebenmal im Jahr eine Wiener öffentliche Badeanstalt, darunter fünfmal ein städtisches Bad. In eine städtische Warmbadeanstalt geht der Wiener fast viermal im Jahre und mehr als einmal in eine städtische Sommerbadeanlage.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Grosse Russlandaufträge unter Gemeindehaftung. Der Russenbeirat hat gestern seine zehnte Sitzung abgehalten, in der ausserordentlich umfangreiche Geschäfte zur Vorlage gelangten. Es sind Aufträge um 2'51 Millionen Dollar erfolgt. Es befindet sich darunter die Gesamteinrichtung für eine grosse Zuckerfabrik mit einem Fakturenbetrag von rund 1'10 Millionen Dollar. Insgesamt sind bisher durch die Haftung der Gemeinde Wien Russlandgeschäfte im Ausmasse von rund 46 Millionen Schilling zustande gekommen, die sich je zur Hälfte auf zweijährige und vierjährige Kredite verteilen. Die Frist für Bestellungen unter der Gemeindegarantie endet am 31.Dezember 1928. Es dürften bis dahin noch einige Abschlüsse zur Gutheissung gelangen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Bauschalierung der Lustbarkeitsabgabe bei Tanzfesten. Die Anmeldungen für die Faschingssaison erfolgen in sehr starkem Ausmass. Es häufen sich dabei die Anfragen, ob Tanzfeste der kommenden Faschingssaison Pauschaliert werden oder ob die Lustbarkeitsabgabe bei gleichen Bemessungsverhältnissen wie im Vorjahr mit dem doppelten Betrage bemessen wird. Wie der Magistrat nun bekannt gibt, werden Einzelfeste (Tanzfeste) nach wie vor in aller Regel pauschaliert, um den Unternehmern solcher Veranstaltungen die bei der Prozentualabgabe vorgeschriebene Handhabung der Kartengebarung und die mit der Abrechnung verbundenen Mehrarbeiten zu ersparen. Die Bemessung erfolgt nach den gleichen, in den Amtsräumen der Magistratsabteilung 5 seit Dezember 1926 affichierten Grundsätzen. Darnach ist auch eine endgültige Abfindung der Lustbarkeitsabgabe dann möglich, wenn die angezeigte Besucherzahl den Fassungsraum des Veranstaltungsortes ungefähr entspricht. Bei der Bemessung der Pauschalabgabe für Veranstaltungen, die über ein Uhr nachts dauern, wird wie in den früheren Jahren ein ebensolches weitgehendes Entgegenkommen geübt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Strassenbahnfahrpreis zu Weihnachten und Neujahr. In der Weihnachtswoche wird am Christtag und Stephanietag auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis eingehoben. Ebenso am Neujahrstag. Die Frühfahrscheine, Hin- und Rückfahrscheine, Wochenkarten, Arbeitslosenfahrscheine, Fürsorgefahrscheine und Schüleranweisungen haben daher an diesen Tagen keine Giltigkeit.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Dem raschen Einsetzen der Schneesäuberungsarbeiten durch den städtischen Fuhrwerksbetrieb ist es zuzuschreiben, dass die Schneesäuberungsarbeiten in den inneren Bezirken Wiens schon vollendet sind. In den letzten drei Tagen wurden in den Dienst der Schneesäuberungsarbeiten nicht weniger als 3.143 Strassenarbeiter und 19.930 Schneearbeiter gestellt. Für die Schneeabfuhr wurden die neue Schneeauflademaschine, 7 Autokehrzüge, 77 eigene und 29 Fremde Lastkraftwagen sowie 1.249 Pferdepaare für zweispännige Fuhrwerke und Kapszüge verwendet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Landarbeiterversicherung. Die neue Landarbeiterversicherung tritt in den Bundesländern Niederösterreich und Wien am 1.Jänner 1929 in Kraft. Zur Zahlung der Renten aus der Unfall-und Invaliden(Altersfürsorge)versicherung aurde für die Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland eine eigene Rechtsanstalt mit dem Sitze in Wien, I., Löwelstrasse 16, ins Leben gerufen. Zum vorläufigen Verwalter dieser Anstalt wurde vom Bundesministerium für soziale Verwaltung Kammeramtsdirektor Dr. Dollfuss ernannt. Die bestehenden Krankenkassen bleiben Krankenkassen im Sinne des Gesetzes. Mit der neuen Landarbeiterversicherung werden für die in der Land- und forstwirtschaft beschäftigten Arbeitspersonen und Hausgehilfinnen die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Alters- und Invalidenversicherung geregelt. Die Beiträge zur Kranken-, Unfall-und Invalidenversicherung(Altersfürsorge) hebt die Krankenkasse ein.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Anfangs Jänner beginnen an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, folgende Abend-und Nachmittagskurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Frisieren und Modistenarbeiten. Einschreibung und Einzahlung bis 22.Dezember an Werktagen täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr. Fernsprecher B 27-0.76.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: Karl H o n a y

406

Wien, am Samstag, den 22. Dezember 1928 Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 22. Dezember 1928

Vizebürgermeister Hoss eröffnet um 15 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe VIII fort. Als nächster Redner erklärt

GR. Prinke (E.L.) dass heute bei den städtischen Strassenbahnen schlechtere Verhältnisse zu verzeichnen sind, als während des Krieges. Der heutige Zustand der städtischen Strassenbahn ist unhaltbar. Das Personal der städtischen Strassenbahnen ist schon so weit verpolitisiert, dass Ueberstunden nur mehr sozialdemokratisch organisierte auch Strassenbahner machen können. Dem Strassenbahnpersonal wurde die Dienstzeit schon so weit eingeschränkt, dass die Angestellten während ihrer Dienststunden keine freie Zeit mehr haben. Während in allen anderen Städten die Strassenbahn ein glänzendes Geschäft ist, arbeiten die Wiener städtischen Strassenbahnen Jahr für Jahr mit einem Defizit. Der Redner beantragt schliesslich, die Linie 74, Wollzeile-Zentralfriedhof, vom 1. Jänner 1929 an wieder in Betrieb zu nehmen und dem Gemeinderat binnen vier Wochen einen Plan zum Bau einer neuen Strassenbahnlinie in Simmering vorzulegen. Die neue Linie soll entweder durch die Krausegasse, Rappbachgasse, Kopalgasse, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Erdbergerl lände, Schlachthausgasse oder durch die Schlachthausgasse, Rennweg, Simmeringer-Hauptstrasse, Kopalgasse, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Erdberger Lände, Schlachthausgasse geführt werden. (Beifall bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) nimmt ebenfalls ausführlich zu dem Wiener Strassenbahnwesen Stellung. Er führt Beschwerde, dass ein unhaltbarer Mangel an Wartehäuschen besteht, und tadelt schliesslich, dass einzelne Strassenbahnangestellte gegenüber den Fahrgästen sehr unhöflich sind. Hinsichtlich der gesamten städtischen Unternehmungen erklärt der Redner, dass diese als Wohlfahrtsunternehmungen nicht nach dem Standpunkte der Rentabilität, sondern vom Gesichtspunkte der Bedürfnisse der Bevölkerung geführt werden sollen. Die seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen für Gas und elektrischen Strom wären unbedingt den Leuten rückzuvergüten. Die Bilanzen der städtischen Unternehmungen sind verschleiert. Wenn die Gemeinde Wien bei ihren eigenen Unternehmungen auf die Fürsorgeabgabe verzichten würde, könnte z.B. das Defizit der städtischen Strassenbahnen bald beseitigt werden. Uebrigens hat auch der Fortschritt der Technik in den letzten Jahren die Erzeugungskosten von Gas und elektrischen Strom so weit verbilligt, dass sich diese Verbilligung auch in einer Senkung des Preises für Gas und elektrischen Strom ausdrücken sollte. Eine darauf gerichtete Geschäftsführung wäre im Interesse der gesamten Bevölkerung Wiens überaus notwendig. Es muss anerkannt werden, dass die Strassenbahn während des Sängerbundesfest das menschenmöglichste geleistet hat. Man war geradezu überrascht, wie klaglos sich damals der Verkehr abgespielt hat. Aber es war eine Rekordleistung, über die man nicht hinaus kann. Man wird sich doch endlich entschliessen müssen, vom Oberflächenverkehr unabhängige Schnellbahnen zu schaffen. Die vorliegenden Projekte über die Untergrundbahn sollten ernsthaft studiert und es sollte dem Gemeinderat berichtet werden, ob diese Projekte durchführbar sind oder nicht. Für den Anfang würde vielleicht um Kosten zu sparen, eine kreuzweise Unterführung der Stadt genüge. Schnellbahnen würden auch die einzige Möglichkeit bieten, die Umgebung der Stadt zu erschliessen. GR. Pfeiffer erklärt schliesslich, seine Partei könne für diesen Vorschlag eines eng begrenzten Horizonts, nicht stimmen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Dr. Hengl (E.L.) bespricht die Unglücksfälle durch Sickergas und verlangt, zur Verhütung solcher Unglücksfälle eine regelmässige Kontrolle der Gasrohre und die Durchführung von Versuchen um zu verhindern, dass das Gas seinen Geruch verliert. GR. Hengl bespricht sodann die Verkehrsverhältnisse in Döbling und anerkennt, dass da eine bescheidene Besserung eingetreten ist. Aber trotzdem sind die Verhältnisse noch immer desolat. Er beschwert sich über die Ueberfüllung, über die mangelhafte Reinigung und Beheizung der Wagen, darüber, dass das Abfahrtssignal vom Schaffner oft zu früh gegeben wird und bringt Beschwerden bezüglich der Stadtbahn insbesondere über den Verkehr auf dem Heiligenstädterbahnhof vor, verlangt die Verlegung der Haltestelle des 39er Wagens bei der Kreuzung der Grinzingerallee und beantragt, die Strassenbahndirektion aufzufordern, dem Gemeinderatsausschuss eine Vorlage über die Verlängerung der Strassenbahnlinie bis zur Billrothstrasse oder bis zur Grinzingerallee zu unterbreiten, weiters eine Vorlage, welche die Einführung eines ermässigten Fahrpreises für direkte Fahrten auf den Radiallinien der Strassenbahn zu den Kopfstationen am Ring und Kai zum Gegenstande hat, ferner beantragt er dass der besondere Tarif von acht Groschen auf der Kraftstellwagenlinie Billrothstrasse-Neustift und Pötzleinsdorf-Neustift Salmannsdorf auch allen im Krottenbachgebiet beschäftigten Arbeiter und Angestellten zuzuerkennen ist, dass an Sonn- und Feiertagen die Kraftwagenlinie Billrothstrasse-Neustift am Walde bis zur Stadtbahnstation Nussdorferstrasse zu führen ist und dass die auf der Kraftstellwagenlinie Billrothstrasse-Neustift und Pötzleinsdorf-Neustift- Salmannsdorf ab 21. Dezember durchgeführte Verlängerung der Intervalle unverzüglich aufgehoben und dass der frühere Fahrplan wieder eingeführt wird (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

GR. Daffinger (E.L.) bemerkt, dass, obwohl alle Unternehmungen prosperieren, das finanzielle Ergebnis doch nicht befriedigend ist. Das ist nicht zu verwundern, wenn solche Dinge vorkommen, wie bei den Ybbstaler Kohlenwerken und wenn man fortfährt Investitionen aus laufenden Betriebsmitteln zu machen. Alle Ratschläge und Beschwerden der Minderheit wegen Ueberfüllung der Strassenbahnwagen, wegen der langen Intervalle, wegen des Nichteinhaltens der Fahrzeiten, über die schlechte Revision und die Instandhaltung der Fahrbetriebsmittel werden missachtet. Wenn man hört, dass ein einziger Schlosser zwanzig Triebwagen in einer Nacht revidieren soll, kann man sich vorstellen, wie die Revision aussieht. Wenn man mit dem Personal in einer solchen Art spart, darf man sich über die Vermehrung der Unfälle nicht wundern. In Besprechung der Unfälle auf der Strassenbahn bezeichnet GR. Daffinger die Bremse als reformbedürftig und hält es für notwendig, dass auf Fahrschaltern ein weiterer Kontakt angebracht wird, der eine Stromzufuhr von der Oberleitung ermöglicht, da heute nach einmaligen Abbremsen für die Bremse kein Strom mehr zur Verfügung steht. Der Redner kommt sodann auf die Unfälle durch Sickergas zu sprechen und verlangt, dagegen zur Beruhigung der Bevölkerung weitgehende Sicherungen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Dirisamer (E.L.) wünscht kürzere Intervallen bei der Linie J. Diese Linie soll auch ausgebaut werden, weil zu den städtischen Werken ein grosser Verkehr ist. Die Linie J2 wird viel zu früh eingezogen. Die Linien J und J2 werden überhaupt sehr schlecht behandelt. Die Wagen fahren immer hintereinander und dann ergeben sich sehr grosse Intervalle. In der Lechnerstrasse wurden viele städtische Neubauten errichtet, weshalb die Errichtung einer Haltestelle unbedingt notwendig ist. Der Verkehr auf der Linie F muss verstärkt werden. Diese Linie sollte nicht über die Taborstrasse, sondern auf der 2er Linie zum Praterstern und auf der 5er Linie zum Norwestbahnhof geführt werden. Sehr zweckmässig wäre auch, die Verglasung der Plattformen, was insbesondere den Motorführern ihren schweren Dienst wesentlich erleichtern würde. Bei den Uniformen der Strassenbahner macht sich ein furchtbares Sparsystem bemerkbar. Es wäre sehr notwendig, dass hier der Friedensstand herbeigeführt wird. Bei der Kärntnerstrasse ergeben sich trotz der besseren Führung der Linie 61 und 63 noch immer sehr grosse Stauungen und es wäre zu prüfen, ob dort nicht für die Fussgänger ein unterirdischer Uebergang geschaffen werden könnte. Schliesslich verlangt der Redner, dass die neue Autobuslinie bis Lobau St. Marx hinausgeführt werden soll. (Beifall bei der E.L.)

GR. Panosch (E.L.) begrüsst es, dass die Reklamebeleuchtung grosse Fortschritte macht, wodurch Wien grosstädtischen Charakter erhält. Er beantragt, dass nicht nur mit den grossen Unternehmungen wegen der ermässigten Preise für den elektrischen Strom verhandelt wird, sondern auch die mittleren Betriebe herangezogen werden. Dadurch wird es vielleicht möglich sein, dass auch solche Unternehmungen ihren Betrieb erweitern können. Die Gaswerke haben mit der Feststellung des Konsums zugleich auch das Inkasso eingeführt. Es wäre wünschenswert, dass über die Erfahrungen ein Bericht erstattet würde. Bei der Gewista ist im Wirtschaftsplan für das Jahr 1926 ein Platzzinspauschale von 165.000 Schilling vorgesehen, während im Jahre 1927 200.000 Schilling berechnet wurden. Jetzt soll ein Nachlass für das Jahr 1927 von 50.000 Schilling gewährt werden. Der Betrieb ist keineswegs in finanziellen Schwierigkeiten, sondern aktiv. Die Begründung, dass die von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Plakatierungsflächen geringer geworden sind, ist nicht stichhältig und auch hier wäre Aufklärung sehr am Platz. Redner spricht sich dann sehr lobend über das Personal der Strassenbahn aus, dass trotz der grossen Ueberfüllung mit Kaltblütigkeit und Ruhe das Publikum behandelt, wodurch viele Unstimmigkeiten beseitigt werden. Es muss festgestellt werden, dass das Benehmen der Schaffner gegenüber den Fahrgästen in der letzten Zeit wesentlich gebessert hat. Die Instandhaltung der Wagen steht aber nicht auf der Höhe. Man hat vor längerer Zeit zum Anhalten sehr hygienische emaillierte Bügel eingeführt, jetzt aber sieht man wieder die unhygienischen Riemen. Hier wird am unrechten Platz gespart. Bei den Strassenbahnen kommt auch sehr viel Altmaterial zum Verkauf. Nun wollen die Gerüchte nicht verstummen, dass sich da ein Kartell gebildet hat, weshalb einmal eine öffentliche Ausschreibung notwendig ist. Gemeinderat Panosch urgiert dann noch die schon unter der früheren Verwaltung verfassten Pläne der Untergrundbahn. Er beschäftigt sich dann mit verschiedenen Strassenbahnbeschwerden und verlangt, dass bei der Sezession eine Wartehalle oder zu mindesten ein Schutzdach aufgestellt werde. Es wäre auch sehr wünschenswert, der Ventilation der Stadtbahnwagen eine entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Beifall).

Die Ausführungen des GR. Stöger (E.L.) beschäftigen sich vorwiegend mit dem städtischen Brauhaus. Das Brauhaus wurde seinerzeit von Lueger als Preisregulator ins Leben gerufen. Heute wird es von der sozialdemokratischen Mehrheit als rein kapitalistischer Betrieb geführt. Mit allen Mitteln verfolgt Vizebürgermeister Emmerling das Ziel, das städtische Brauhaus zur grössten österreichischen Brauerei zu machen. Während das städtische Brauhaus im Jahre 1917 rund 43.000 Hektoliter Bier erzeugte, stieg die Biererzeugung im Jahre 1927 auf nicht weniger als 424.000 Hektoliter. Die Gemeinde hat mit allen Aufgebot an Steuergeldern ihr städtisches Brauhaus in den Dienst des Alkohols gestellt. Dasselbe Bild zeigt sich bei den Ausreihungen aus der Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Von 854 Ausreihungen überhaupt wurden 79 bei Cafesiedern, 98 bei Delikatessengeschäften, 197 bei Gasthäusern und nicht weniger als 212 bei Branntweinschänkern vorgenommen. Trotz der füchterlichen Anklagen des Stadtrates Professor Dr. Tandler gegen den Alkohol ist die Mehrheit dieses Hauses bemüht, an Stelle eines umfassenden Kampfes gegen den Alkohol alles was in ihrer Macht steht, in den Dienst des Alkohols zu stellen. Während den alten Pfründnern eine Erhöhung ihrer Rente mit der Ausrede, dass kein Geld dafür da ist, verweigert wird, werden für den Ausbau des Brauhauses alle notwendigen Steuergelder zur Verfügung gestellt. Dieser Schande könnte nur dann abgeholfen werden, wenn das Brauhaus dem Herrn Professor Dr. Tandler unterstellt werden würde. (Beifall).

Stadtrat Breitner kommt nun auf die von Gemeinderat Zimmerl in der gestrigen Sitzung besprochenen Bilanzen der Ybbstaler Kohlenwerke zurück. Er führt aus: Die ungewöhnliche Vehemenz und Schärfe mit der Gemeinderat Zimmerl über die Ybbstaler Kohlenwerke und ihre Liquidierung gesprochen hat, steht in schreiendem Missverhältnis zum Tatbestand. Er hat behauptet, dass dieser Betrieb nicht sachkundig und überhaupt ganz unkaufmänisch geführt worden sei. Das ist vollständig unrichtig. Wäre es aber richtig, so würde es den schwersten Vorwurf gegen die Minderheit bedeuten. Im Verwaltungsrat dieser Werke sind nämlich immer auch Vertreter der Minorität gewesen. Sie tragen für alles, was dort geschehen ist, die volle Verantwortung. Aber nicht allein diese Einzelpersonen, sondern die ganze christlichesoziale Fraktion, wäre für Missgriffe haftbar zu machen, weil sie jahraus jahrein an Beschlüssen über dieses Werk mitgewirkt hat, ohne rechtzeitig die gerade einer Minderheit obliegende Pflicht der Kritik zu üben. (Beifall)

Es darf aber von irgendeinem Verschulden gar nicht gesprochen werden. Stadtrat Breitner bespricht nun ausführlich die Gründungsgeschichte der Ybbstaler Kohlenwerke. In der Zeit der furchtbarsten Kohlennot, von der sich selbst die Menschen, die dieses Elend miterlebt haben, nicht mehr die richtige Vorstellung machen können, hat der Wiener Gemeinderat zum erstenmal eine Vorlage über diesen Betrieb beraten. Das war am 17. Oktober 1919, in jenen Tagen, in denen die schärfsten Sparmassnahmen beim Verbrauch von Gas und Strom verfügt werden mussten, wo auch weite Teile des Wiener Waldes infolge des absoluten Mangels an Brennmaterial von der Bevölkerung abgeholzt worden sind, und wo der Strassenbahnverkehr stillgelegt werden musste, weil keine Kohle vorhanden war. In dieser Stimmung wurde die Vorlage vom Gemeinderat verhandelt. Ich selbst war Referent und habe damals wörtlich folgendes erklärt: "Was den de Majo'schen Kohlenbergbau anlangt, so kann man nicht mit unbedingter Gewissheit sagen, dass wir auch jenen Erfolg erzielen werden, den wir erwarten. Das ist stets bei Bergbauen, die noch nicht erschlossen sind, zu befürchten. Es ist nicht dasselbe, wie wenn wir z.B. das Kohlenbergwerk in Mährisch-Ostrau kaufen würden. Wir müssen erst die Kohle suchen, wobei Enttäuschungen nie ausgeschlossen sind." Wenn Gemeinderat Zimmerl gestern gemeint hat, dass wir mit dem Besitzer des Bergwerkes einen ungünstigen Vertrag abgeschlossen haben, so habe ich in der erwähnten Gemeinderatssitzung auch darüber berichtet. Ich sagte, dass es vielleicht möglich gewesen wäre, zu einem etwas günstigeren Abkommen zu gelangen, wenn nicht von Anbeginn die beiden Interessentengruppen, die Gemeinde Wien und die lokalen Bewerber, in einem Konkurrenzkampf gestanden wären. Sie haben sich gegenseitig überboten. Damals ist nicht eine einzige Wortmeldung erfolgt und der Vertrag wurde ohne Debatte angenommen. Der Gemeinderat hat dann am 12. Jänner 1922 das ursprünglich mit 16 Millionen Kronen festgelegte Kapital auf 48 Millionen erhöht. Auch dieser Beschluss erfolgte ohne Debatte. Niemand hat damals von der Minderheit über schlechte Betriebsführung auch nur ein einziges Wort gesprochen. Ebenso hat der Gemeinderat am 7. Juli 1922 das Kapital auf 96 Millionen Kronen hinaufgesetzt, ohne dass eine Wortmeldung erfolgt wäre. Ganz der gleiche Vorgang wiederholte sich am 27. April 1923, als die Erhöhung des Aktienkapitals auf 150 Millionen Kronen beschlossen wurde. Wir können heute sagen, dass der Ybbstaler Verlust einfach durch die Wiederkehr zu den normalen Wirtschaftsverhältnissen auf dem Gebiet der Kohlenversorgung erfolgt ist. Wir haben aus den Ybbstaler Kohlenwerken tatsächlich für die damaligen Verhältnisse eine sehr bedeutende Menge Kohle bezogen, deren Fehlen eine fürchterliche Verschärfung der Leideszeit bedeutet hätte. Zu dem Verlust ist es deshalb gekommen, weil man bei jedem Bergbau die Tilgung der Aufschliessungsarbeiten auf einen langen Zeitraum verteilen muss. Bei dem Ybbstaler Werk hat man diese Abschreibungen für die zehnjährige Pachtdauer in Aussicht genommen. Es wäre vielleicht besser gewesen,

wenn man die ganzen Abschreibungen nur auf zwei oder drei Jahre verteilt hätte. Dann wären sehr hohe Kohlenpreise für die städtischen Elektrizitätswerke herausgekommen, die nahezu der einzige Abnehmer waren. Es hätte sich also immer wieder ergeben, dass die Elektrizitätswerke, weil sie eben nahezu restlos die Gesamtförderung bezogen haben, für das Defizit aufzukommen hatten. Ob dies in der Form von hohen Kohlenpreisen von Anbeginn geschehen wäre, oder in Form einer Rückvergütung zum Schluss,ist der Sache nach ganz gleich. Mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft wurden die Ybbstaler Kohlenwerke noch eine Zeit fortgeführt, aber dann doch eingestellt. Man hätte diesen Betrieb bis heute fortschleppen und hohe Preise bezahlen. Auf diese Weise wären sang und klanglos die ganzen Investitionen allmählich abgeschrieben worden und es würde eine solche Debatte überhaupt nicht gegeben haben. Gerade die kaufmännische, jeder Selbsttäuschung ausweichende Führung der städtischen Monopole durch den Herrn Vizebürgermeister Emmerling hat dies verhindert, was ganz ausdrücklich hervorgehoben und festgestellt sei. Auch die Uebergabe der vorhanden gewesenen Investitionen der Ybbstaler Kohlenwerke an den ursprünglichen Betriebsführer de Majo, stellt kein Geschenk unzulässiger Art dar. Wir haben uns mit Herrn de Majo herumgeschlagen, soweit es nur möglich war und nach der Meinung aller beteiligten Rechtsanwälte am Ende ein günstiges Uebereinkommen zustandegebracht. Die Ybbstaler Aktiengesellschaft war nämlich nie Besitzerin der Kohlenwerke, sondern nur die Pächterin. Ein Prozess wegen Valorisierung, der von jedem geförderten Waggon an de Majo zu zahlenden Abgabe ist verloren worden. Diese Belastung, die in der Kohlennot keine Rolle spielte, und durch die Inflation ganz gegenstandslos geworden war, wäre bei normalen Kohlenverhältnissen drückend gewesen. Es drohte aber noch ein viel gefährlicherer Prozess. De Majo wollte wegen Unterlassung mehrerer im Jahre 1919 in Aussicht genommener Aufschliessungsarbeiten klagen. Da handelte es sich um ganz grosse Beträge. Nach langwierigen Verhandlungen wurden ihm die gemachten Investitionen einfach überlassen, zumal es ohnehin ganz aussichtslos gewesen wäre, irgendeinen Verkauf zu bewerkstelligen, da der ganze Betrieb nach den Vorschriften der Bergbehörde baufähig gehalten werden musste. Der Antrag der Minderheit verlangt, dass die Gemeinde den Verlust tragen soll. Es wird gefordert, dass hiezu Steuergelder verwendet werden. Damit ist das politische Ziel der ganzen Rede klar erkennbar. Dieses Verlangen entbehrt jedweder Begründung. Die Gemeinde hat gleich dem Bund wie einer Reihe anderer öffentlicher und privater Stellen Aktien der Ybbstaler Kohlenwerke besessen. Dem Aktionär haftet aber bekanntlich nicht für die Schulden der Gesellschaft. Es ist merkwürdig, dass der Antrag der Minderheit den gleichen Standpunkt einnimmt, den de Majo in seiner Klage vertreten hat. Es kann nicht im entferntesten davon die Rede sein, dass auch nur ein Groschen von Steuergeldern für die Ybbstaler Kohlenwerke herangezogen wird. Der Antrag muss daher rundwegs abgelehnt werden.

Was die Formfrage anlangt, so erkläre ich, dass ich selbst im Sommer 1926 den entscheidenden Akt in Vertretung des Herrn Vizebürgermeisters Emmerling unterschrieben habe. Es ist mir dabei völlig ferne gelegen, die Verfassung zu verletzten oder das Kontrollrecht der Minderheit zu beschränken. Es ist ganz zweifellos, dass das Elektrizitätswerk als der einzige Kohlenabnehmer und als der einzige Gläubiger den Betrag zur Löschung zu bringen hatte. Die Ybbstaler waren nämlich den Elektrizitätswerken, die auf künftige Kohlenlieferungen Vorschüsse gegeben hatten, rund 900.000 Schilling schuldig. Dieses Geld wurde zu Aufschlussarbeiten im Bergwerk verwendet. Andere Gläubiger gab es nicht. Auf Grund einer einfachen kaufmännischen Erwägung, habe ich es für ganz einwandfrei gehalten, dass die Löschung dieses Betrages in Form einer Nachtragszahlung für die seinerzeit bezogene Kohle geschieht. Wie wenig dabei der Gedanke mitspielte, irgendetwas zu verheimlichen, geht ja daraus hervor, dass der schon vor neun Monaten an alle Mitglieder des Finanzausschusses und Stadtsenates versendete Bericht des Kontrollamtes ausdrücklich die Löschung der Forderung der Elektrizitäswerke im Betrag von 900.000 Schilling mitteilt. Die nachträgliche Gutheissung der Abschreibung durch den Unternehmungsausschuss wird erfolgen; dies kann nicht Gegenstand eines Streites sein.

Stadtrat Breitner stellt zusammenfassend fest, dass die Gebarung vollkommen der Ybbstalerkohlenwerke eine einwandfreie war, dass der Verlust sich naturgemäss aus der Wiederkehr der normalen Kohlenverhältnisse ergeben hat und dass die Elektrizitätswerke, die die Nutzniesser der Kohlenförderung in den schwersten Zeiten gewesen sind, auch für die nicht mehr hereinbringbaren Investitionen aufzukommen hatten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR.Zimmerl (E.L.) erwidert sofort auf die Ausführungen des Stadtrates Breitner.Er erklärt,dass es ihm schon eine Genugtuung sei,dass Stadtrat Breitner einen so ausführlichen Bericht gegeben habe,und seine Ausführungen der Anstoss gewesen sind,dass dem Gemeinderat endlich einmal über die Ybbstaler Angelegenheit in so eingehender Weise berichtet werde.

Es ist richtig, wie Stadtrat Breitner feststellt, dass diverse Kapitalerhöhungen ohne Debatte angenommen worden sind. Aber mann muss bedenken, dass damals die Zeit der Kronenentwertung war,in der allenthalben Kapitalserhöhungen vorgenommen worden sind und wir haben eben ihren Berichte dass Kapitalserhöhungen notwendig sind, Vertrauen geschenkt. Wenn Sie wünschen, dass wir in ihre Bericht Zweifel setzen, kann auch das geschehen.Dass der Betrieb unkaufmännisch geführt worden ist darüber kann keinnZweifel bestehen da sich ein solcher Verlust in so kurzer Zeit ergeben hat.Ich habe nichts von einem Geschenk an den Herrn De Majo gesprochen, sondern nur davon, dass ihm für eine Forderung von 2'8 Milliarden Werte von 6'5 Milliarden überlassen wurden. Ebenso steht in meinem Antrag nichts davon, dass der Verlust aus den eigenen Mitteln der Gemeindegedeckt werden soll.Allerdings könnte man auch der Meinung sein.Ganz kurz hat Stadtrat Breitner meinen Hauptvorwurf abgetan,dass die Bilanz unrichtig ist.Sie bezeichnen das als eine formelle Frage,meine Behauptung bleibt aber aufrecht und in der Beziehungem bin ich mit den Ausführungen des Stadtrates Breitner einverstanden.(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Kunschak(E.L.)kommt zunächst auf die Bemerkung des Stadtrates Breitner zurück, dass er schon seinerzeit darauf aufmerksam gemacht habe, es handelt sich hier um ein gewagtes Geschäft.Aber gerade der Umstand,dass der Gemeinderat dem Antrag auf Errihhtung der Ybbstaler Werke unter den Aspekten, die Stadtrat Breitner eröffnet hat, zustimmte,hätte die Mehrheit ermuntern sollen, über das Ergebnis des Experimentes mit den Ybbstaler Werken dem Gemeinderat unverhüllt Bericht zu erstatten.Das ist nicht geschehen und das ist ein arges Versäumnis und zwar wie wir hören von Stadtrat Breitner selbst verschuldet.Wir kommen erst heute nach zwei Jahren dazu über diese Dinge zu sprechen,und zwar nur dadurch, dass Stadtrat Zimmerl die Dinge hier zur Sprache gebracht hat.Es ist richtig,dass es finanziell betrachtet gleichgültig gewesen wäre, ob die Elektrizitätswerke in Konkurs die 9'3 Milliarden verlorenhätten oder ob sie darauf verzichten.

Aber der Verlust einer Summe und der Verzicht auf eine Summe ist nicht dasselbe. Zu dieser Verzichtserklärung ist weder das Elektrizitätswerk, noch Stadtrat Breitner berechtigt. Mir kommt es auch unglaubwürdig vor, dass das Kontrollamt sich mit der blossen Feststellung begnügt haben sollte, dass der Verzicht erfolgt ist und dass es nicht auch gefunden hätte, dass dieser Verzicht gegen die Bestimmungen der Gemeindeverfassung, gegen das Statut der städtischen Unternehmungen verstösst. Ich glaube, auf dem Wege vom Kontrollamt zum

Bürgermeister und dann in die Druckerei ist etwas verloren gegangen. Und ich möchte doch gerne, dass das auch gefunden wird. Auch dieser Fall zeigt, dass es zweckmässig wäre, dem Kontrollamtsdirektor das Recht der mündlichen Berichterstattung im Gemeinderat zu geben. Stadtrat Breitner nimmt das Verschulden offenherzig auf sich und trägt die Verantwortung dafür, was ich respektiere und anerkenne, aber er muss sich selbst sagen, dass er hier sich eines schweren Fehlers schuldig gemacht hat was umso auffälliger ist, als er sonst bei sehr kleinen Angelegenheit, so sehr auf die Einhaltung der Form sieht. Die Hauptfrage ist aber: ist es möglich, dass städtische Werke auf Beträge Verzicht leisten können, ohne dass der Gemeinderat, der Stadtrat der Finanzausschuss und der Unternehmungsausschuss vorher in Kenntnis gesetzt werden? Wenn das möglich ist, müssten wir die Bilanzen und die Geschäftsführung der städtischen Unternehmungen mit dem grössten Misstrauen beobachten. (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.). Dann ist ja die Möglichkeit frauduloser Gebarung schrankenlos gegeben. Darüber müssen wir Beruhigung haben. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich auch einer anderen Sache, über die ich bisher nicht gesprochen habe. Das städtische Brauhaus hat eine gewaltige Summe zur Errichtung eines Arbeiterheims in Baden zur Verfügung gestellt, das dann zugrunde gegangen ist Ist vielleicht diese Summe auch irgendwo abgeschrieben worden oder ist auch eine Verzichtserklärung erfolgt? Nach dem Vorkommnis mit den Ybbstaler Werken bin ich auch da nicht beruhigt. Es ist hier an dem Körper der städtischen Verwaltung eine Wunde aufgedeckt worden die pestartigen Beruch verbreitet. Und diese Wunde auszubrennen, ist Ehr- Ihre Aufgabe, Herr Stadtrat Breitner Sonst wird niemand an die lichkeit der Buchhaltung der städtischen Unternehmungen und vor allem des städtischen Elektrizitätswerkes glauben können. Was die Frage der Deckung anlangt, gehe ich weiter als Gemeinderat Zimmerl. Die Ybbstaler Werke waren ein Unternehmen der Gemeinde Wien. Hätten Sie ein Erträgnis gehabt, so hätte Stadtrat Breitner sicher darauf bestanden, dass es an die Kassen der Gemeinde Wien abgeführt wird. Und daher muss auch die Gemeinde das Defizit auf sich nehmen. Zwischen dem Elektrizitätswerk und den Ybbstaler Werken besteht keinerlei Zusammenhang. Es wäre auch in Ordnung gewesen, für dieses Unternehmen das erforderliche Investitionskapital vom Gemeinderat zu beanspruchen. Wie kommen die Elektrizitätswerke dazu, Betriebs- und Investitionskredite für andere Unternehmungen in der Form von Vorauszahlungen zu leisten.

Es gibt keine Bestimmung, die den Werken dazu das Recht gibt. Tatsache ist, dass die Bilanz der Elektrizitätswerke in der diese Dinge aufscheinen, nicht stimmt, sondern dass der Gewinn der Elektrizitätswerke um den Betrag von 9.3 Milliarden kleiner angesetzt wurden. Wir sind der Meinung, dass es sich hier um eine ernste sachliche Frage handelt, In öffentlicher Gemeinderatssitzung muss ein Bericht über die Bilanz der Ybbstaler Werke vorgelegt werden, mit dem Antrag den Betrag von 9.3 Milliarden aus Gemeindemitteln zu decken, und diesen Betrag in die Gebarung und Bilanz der Elektrizitätswerke wieder zurückzuführen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Stadtrat Breitner stellt zunächst fest, dass nicht die geringste Sorge zu einer Beunruhigung vorliegt. Alle Vorkommnisse bei den Ybbstaler Werken haben sich nicht nur im vollen Lichte des Gemeinderates, sondern der ganzen Oeffentlichkeit abgespielt. Im Juni 1926 ist die Liquidation dieses Unternehmens einhellig beschlossen worden. Es wurde damals die Lage des Unternehmens, die Gründe die zur Einstellung geführt haben und die Verluste, die sich ergeben haben, offen dargelegt. Ich kann nur noch einmal erklären, es war eine Verwaltung, an der Aussenstehende und Vertreter der Gemeinde teilgenommen haben, es war die Minderheit durch zwei Mitglieder vertreten, die an dem Beschluss mitgewirkt und zweifellos pflichtgemäss auch ihrem Klub berichtet haben. Bei den Ybbstaler Werken hat es kein Geheimnis zu enthüllen, oder zu verbergen gegeben. Es ist nichts geschehen, was das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätte. Und wir mussten annehmen, dass die Vertreter der Minderheit über alle Vorkommnisse unterrichtet sind und ich glaube auch nicht, dass sie es unterlassen haben, Erkundigungen einzuziehen. Wir haben auch sonst kein Geheimnis gemacht. Bereits im März d.J. ist der Bericht des Kontrollamtes versendet worden. Darin erscheint der Verlust ganz klar auf und es wird darin ganz offen von einem Verzicht der Elektrizitätswerke von 9.3 Milliarden gesprochen. Es ist daher nicht richtig, die Dinge so darzustellen, als ob man erst durch die Wachsamkeit der Minderheit auf all das gekommen wäre. Wir selbst haben ihnen den Bericht in die Hand gegeben und auf Grund des Berichtes hat Gr.Zimmerl dann die Formfrage aufgeworfen. in der Rückvergütung der Elektrizitätswerke Wenn die Minderheit/ einen Fehler sieht persönlich und allein andere ich nehme diesen Formfehler/auf mich. Die Frage, ob die Gemeinde zu zahlen ~~ix~~ hat, ist keine Formfrage. Man muss untersuchen, mit welchem Recht die Gemeinde zu zahlen hätte. Die Gemeinde hat sich an der Ybbstaler Werken mit 51 Prozent des Aktienkapitals beteiligt. Warum soll der Aktionär jetzt den Verlust zahlen, nachdem die Gesellschaft liquidieren musste. Haben etwadie Aktionäre der verschiednenen zusammengebrochenen Banken oder Industriegesellschaften die Verluste gezahlt? der Ybbstaler niederösterr. Würden sich die anderen Aktionäre,/der Bund und die/Stadtgemeinde, die sich an dem Unternehmen beteiligt haben, nicht mit Recht wehren, zu einer solchen Leistung herangezogen zu werden? Die Sachlage ist die, dass die städtischen Elektrizitätswerke gegen die Ybbstaler Werke eine Forderung aus für Kohle Vorausszahlungen/hatte und es ist im kaufmännischen Leben durchaus üblich, dass der alleinige Abnehmer dem Lieferanten Kredite zu Investitionszwecken gewährt. Im Uebrigen war es zu jener Zeit der Kohlennot ganz selbstverständlich, dass die Elektrizitätswerke alles aufgewendet haben, um Kohle zu bekommen und nur zu diesem Zweck sind die Vorschüsse gewährt worden. Das ist die Rechtslage Wenn der Verlust, der sich bei den Ybbstalern ergeben hat, gedeckt werden soll, so können dazu nur die Elektrizitätswerke, niemals aber die Gemeinde dazu herangezogen werden . Stadtrat Breitner stellt schliesslich noch fest, dass der Kontrollamtsbericht, selbstverständlich von keiner Seite auch nur der leisesten Korrektur unterzogen worden ist. Es mag sein,dass in diesem ganz klaren und eindeutigen Fall eine Formfrage verletzt wurde zweifellos aber steht fest /, dass aber sonst bei städtischen Unternehmungen eine Verzichtsleistung gegenüber einem dritten niemals vorgekommen ist, ohne dass der Ausschuss befragt worden wäre und auch niemals wird vorkommen können. In dieser Beziehung liegt kein Anlass zur leisesten Besorgnis vor. Dem Antrag Zimmerl verpflichtet Stadtrat Breitner in dem Sinne zu dass der Unternehmungsausschuss über die nochmals einen genauen Ybbstaler Werke Bericht erhalte vom Ausschusse dass nachträglich die Verzichtsleistung gutgeheissen und damit auch die Formfrage in Ordnung gebracht werden soll. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR.Angermayer (E.L.)erklärt,dass es wunschenswert wäre,wenn sich die Mehrheit über die ernste und sachliche Kritik der Minderheit nicht so einfach hinwegsetzen würde.Wir haben die Unternehmungen auf ihre kaufmännische Leitung,auf ihre technische Ausgestaltung und auf ihre Betriebsführung geprüft.Die schärfste Kritik mussten sich diestädtischen Strassenbahnen gefallen lassen.Wenn wir mit Befriedigung feststellen konnten,dass die Gaswerke und Elektrizitätswerke den Anforderungen der Zeit entsprechen,so müssen wir feststellen,dass die Strassenbahnen weit hinter den zurückgeblieben sind,dass sie noch nicht auf den Friedensstand gebracht werden konnten.Die christlichsoziale Ver-

waltung hat in kaum zweiein viertel Jahren das Pferdebahnnetz auf der das Strassenbahnnetz umgebaut.Die Strassenbahn konnte damals als mustergültig bezeichnet werden.Durch das Ueberfüllungsverbot hatte jeder Fahrgast die Möglichkeit,bequem an sein Fahrziel zu gelangen.Die heutige Ueberfüllung in der Strassenbahn aber ist ein unhaltbarer Zustand.Da anlässlich des Sängerfestes die schweren Anforderungen,die damals an die Strassenbahn gestellt worden sind,klaglos bewältigt werden konnten, können es nicht technische Schwierigkeiten sein,um der ständigen Ueberfüllung nicht Herr zu werden.Ihnen ist es eben gleichgültig,wie die Strassenbahnfahrgäste befördert werden.Wenn irgendwo bei der Strassenbah nur eine schwächere Frequenz verzeichnet wird,da werden gleich die Intervalle verlängert.Gegen die Ueberfüllung aber unternehmen Sie nichts. Wir haben von dem Rechte unserer Kritik Gebrauch gemacht,um der Pflicht gerecht zu werden,das Sprachrohr der gesamten Bevölkerung Wiens zu sein (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort beantwortet Vizebgm.Emmerling zunächst die Anfrage des Stadtrates Kunschak bezüglich des Arbeiterheimes Baden.Es ist bei deisem Geschäft noch kein Groschen verloren gegangen.Hinsichtlich des Wunsches nach einer grösseren Reisegeschwindigkeit der Strassenbahn erklärt der Referent, dass diesem Wunsche der Wunsch nach Errichtung von vielen neuen Haltestellen entgegensteht.Die Redner der Minderheit haben die Leistungen der Strassenbahn anlässlich des Sängerfestes einmütig gelobt.Diese Leistung war eine Sonderleistung, um zu zeigen,was die städtischen Strassenbahnen überhaupt leisten können.Einen solchen Betrieb aber immer zu führen,ist bei den gegenwärtigen Tarif nicht möglich.Es gibt keine Stadt,die ein dichteres Strassenbahnnetz hat wie Wien.Der jetzt schon dichte Verkehr wird durch die Einstellung von 300 neuen Wagen noch mehr verdichtet werden,es wird aber auch dadurch die Fahrtgeschwindigkeit herabgedrückt werden.Das verlangte Ueberfüllungsverbot hat die christlichsoziale Verwaltung im Jahre 1911 selbst aufgehoben.Damals hatten die städtischen Strassenbahnen eine Jahresfrequenz von 310 Millionen Fahrgästen,heute haben wir 640 Millionen Fahrgäste.Solcher Art konnte aber nicht der Fahrpark vergrössert werden.Während im Jahre 1913 90 Millionen Wagenkilometer geleistet wurden,beträgt die Leistung der Strassenbahnen heute 160 Millionen Wagenkilometer.Der Vorwurf,dass von Jahr zu Jahr die Störungen zunehmen,ist falsch.1925 hatten wir 71 Störungen,1926 93,1927 54 und heuer 33 Störungen.Die Störungen sind also im Abnehmen Ueber die Verwendung der Dollaranleihe erklärt Vizebgm.Emmerling,dass für 1929 aus den Mitteln der Dollaranleihe für die Strassenbahn und die Elektrizitätswerke 91'9 Millionen Schilling vorgesehen sind.Das Gaswerk wird alle Investitionen aus den Betriebsmitteln bestreiten können. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe VIII ist damit abgeschlossen.Der Antrag der Minderheit auf Rückzahlung der seinerzeit von den Gas-und Stromkonsumenten geleisteten Vorauszahlungen wird abgelehnt,die übrigen gestellten Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.Die Positionen der Verwaltungsgruppe VIII sowie die Wirtschaftspläne für die städtischen Unternehmungen werden dann genehmigt.

Damit sind die Verwaltungsgruppen des Voranschlages genehmigt. Es wird nun das letzte Kapitel: Bilanz und Bedeckung verhandelt. Dazu spricht

Stadtrat Breitner: Die grossen Besorgnisse, die wegen der Abgabenteilung gehegt werden mussten, sind erfreulicherweise durch die seither erfolgte halbwegs glimpfliche Regelung beseitigt worden. Dies ist in erster Linie den vom Herrn Bürgermeister mit dem ganzen Einsatz seiner Persönlichkeit und seines grossen parlamentarischen Ansehens und Einflusses geführten Verhandlungen zu danken. Ausgehend von seiner Rede im Finanzausschuss des Nationalrates hat sich die richtige Einstellung der ganzen Wiener Oeffentlichkeit vollzogen. Ueber alle parteipolitischen Gegensätze hinweg, haben sich Mehrheit und Minderheit des Gemeinderates zur gemeinsamen erfolgreichen Abwehr zusammengefunden. Ich erneuere meinen Dank dafür. Es ist aber doch nur ein Teil der Gefahr abgewendet worden. Noch immer liegen Gesetzentwürfe und Pläne der Regierung, die für Wien eine Belastung von 17 Millionen Schilling vor. Auch das ist natürlich eine gewaltige das Budget sprengende Summe. Ich richte die Bitte an den gesamten Gemeinderat in dieser Beziehung gleichfalls einmütig die Interessen Wiens zu vertreten. Erst dann können wir erwarten, dass das Verwaltungsjahr 1929 für die Gemeinde ein ruhiges, von solchen schweren Störungen und Eingriffen freies sein wird.

GR.Zimmerl erklärt, dass der Finanzreferent wiederholt mitgeteilt hat, dass Steuerermässigungen nicht durchgeführt werden können, weil durch die Aenderung der Abgabenteilung ein Verlust von 40 Millionen Schilling für die Gemeinde zu befürchten sei. Das ist nun nicht eingetreten, die Gemeinde verliert höchstens sieben Millionen Schilling. Es ist in dieser Frage das geschehen, was wir vom Anfang an gewünscht haben, dass nämlich die Verhandlungen frei von jeder Leidenschaft und nur sachlich geführt werden. Diese Art der Verhandlungsführung hat dann zu dem Ergebnis geführt, das uns vorliegt. Ich halte es für gerechtfertigt, dass man bei dieser Gelegenheit an den Bundesfinanzminister Dr.Kienböck erinnert, der in den Zeitungen und Versammlungen als ein Mann hingestellt worden ist, der nicht würdig war, einmal Gemeinderat und Stadtrat von Wien gewesen zu sein. Dr. Kienböck hat gezeigt, dass er auf die Interessen Wiens Rücksicht genommen hat. Wir müssen unbedingt darauf bestehen, dass die Anträge, die wir in der Budgetberatung gestellt haben und die der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen worden sind, auch wirklich im Sinne der Geschäftsordnung behandelt werden. Wenn Sie dies nicht wollen, dann wäre es uns lieber gewesen, wenn Sie diese Anträge gleich abgelehnt hätten. Insbesondere unser Antrag auf Abschaffung der Wasserkraftabgabe wird von uns immer wieder urgiert werden. Auch die Pauschalierung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe und die Errichtung von Wohnbauten aus Anleihegeldern werden wir immer wieder verlangen. Wir haben keine Möglichkeit für das Budget zu stimmen, weil Sie alle unsere Anträge ablehnen. Wir wünschen, dass man sich endlich zusammensetzt und eine durchgreifendere Reform der Landes- und Gemeindeabgaben durchführt. Eine solche Reform wäre gewiss geeignet, eine Besserung der Wirtschaftslage herbeizuführen, die sich insbesondere in der Lebenshaltung der Arbeitenden Bevölkerung äussern müsste. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

St.R.Kunschak (E.L.) sagt,dass er in seinem Präludium zum Voranschlag sehr scharfe Behauptungen aufgestellt hat,die der verwaltenden Mehrheit den Sinn für Sauberkeit in der Verwaltung absprachen.Dazu wurden auch Tatsachen angeführt,die sich nicht nur aktenmässig begründen lassen,sondern für die auch der gerichtsordnungsmässige Nachweis geführt wurde.Ich bin in der Lage nachzuweisen, dass die von mir angeführten Wahlschwindeleien,ohne Kenntnis des Magistrates nicht möglich gewesen wären.Ich war in der Lage einen der Hauptschuldigen zu nennen,es ist dies der Bezirksrat Papouschek aus Währing.Ich bin heute in der Lage diese Dinge zu ergänzen.Der Meidlinger Bezirksrat Hanzlik hat eine Frau deren Mann gestorben ist,eine schriftliche Aufforderung geschickt,ein Dokument ihres Mannes einem Abgesandten auszufolgen.Die Frau hat dies getan und für den Mann wurde gewählt.Gewiss ist dagegen keine Verwaltung, die von Menschen geführt wird,gefeit.Aber dass ist nicht das Gravierende.Es handelt sich darum, ob eine Ahndung eintritt.Dass die Gerichte ahnden,dafür werden wir

sorgen. Sie müssen aber auch daraus die Konsequenzen ziehen. Bei aller Ausführlichkeit der Beantwortung unserer Beschwerden, muss festgestellt werden, dass auf diese Sache überhaupt keine Antwort gegeben wurde Schweigen bedeutet in diesem Fall ein Eingeständnis. Unsere Kritik an der Verwaltung, so umfangreich und berechtigt sie war, kann uns aber nicht den Blick trügen, dass bei der Gemeinde ein grosses Heer von pflichtbewussten Angestellten tätig ist, deren Tätigkeit wir mit Dank quittieren. (Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Breitner macht darauf aufmerksam, dass die Vorkommnisse bei den Währinger Wahlen, angesichts der schwebenden gerichtlichen Untersuchung in öffentlicher Gemeinderatssitzung nicht besprochen werden können. Es muss zunächst das Ergebnis der Untersuchung abgewartet werden. Ueber den heute neu angeführten Fall werden Erhebungen gepflogen werden. Im übrigen spricht Stadtrat Breitner die Hoffnun aus, dass das kommende Jahr ein Jahr der Befruchtung und des Aufblühens der Stadt Wien werden möge, aber auch ein Jahr, in dem alle Gefahren für das Budget abgewendet werden können. Dann werden wir auch in der Lage sein. Steuerermässigungen zu erwägen und bezügliche Anträge dem Gemeinderat zu stellen.

Damit ist die Budgetdebatte beendet. Der Voranschlag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt.

Bürgermeister Seitz dankt unter lebhaftem Beifall dem Finanzreferenten Breitner, den amtsführenden Stadträten für ihre schwere Arbeit im abgelaufenen Jahre, ebenso allen Beamten, vor allem dem Magistratsdirektor Dr. Hartl, der mit der ihm eigenen Bescheidenheit, aber auch Unermüdlichkeit, ungeheuren Fleiss und Opfermut, seine reiche Begabung in den Dienst der Stadt stellt, dem Obermagistratsrat Dr. Neumayer, dem Rechnungsdirektor Knobloch und dem Kontrollamtsdirektor Müllner, sowie den Stenografen des Gemeinderats und der Rathauskorrespondenz.

Es wird hierauf zur Erledigung der übrigen Tagesordnung geschritten.

Stadtrat Speiser berichtet über den Arbeitsvertrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Wäschereibetriebe.

GR. Gschladt (E. L.) wendet sich gegen die Monopolstellung, die die freien Gewerkschaften bei der Gemeinde geniessen. Er beantragt, die Arbeitsverträge mit allen jeweils bestehenden gewerkschaftlichen Berufsorganisationen, denen die Arbeitnehmer der betreffenden Kategorien angehören, zu verhandeln und abzuschliessen. Ein Eventualantrag des Gr. Gschladt geht dahin, bei Aufnehmen in den Gemeindedienst den öffentlichen Arbeitsnachweis der Stadt Wien in Anspruch zu nehmen (Beifall bei der Minderheit). In seinem Schlusswort erklärt St. R. Speiser, dass er dem Gemeinderat empfiehlt, die beiden Anträge Gschladt zur grundsätzlichen Erwägung der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

Der Referentenantrag wird angenommen, die Anträge Gschladt der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Ohne Debatte werden die Aenderung des Kollektivvertrages für die Arbeiter der städtischen Bäckerei sowie der Arbeitsvertrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Lagerhäuser genehmigt.

GR. Pokorny berichtet über den Ankauf des Hauses Eichholzgasse 50-Ratschkygasse 39.

GR. Zimmerl (E. L.) erklärt, dass dieser Kauf nur ein reines Spekulationskauf ist. Trotz ausdrücklicher Erklärung des St. R. Breitner nur Demolierungshäuser anzukaufen, wird hier ein Haus gekauft, das sich in einem sehr guten Bauzustand befindet. Solche Spekulationakäufe muss die Minderheit unter allen Umständen ablehnen. (Beifall).

In seinem Schlusswort erklärt der Referent, dass das Haus zu Arrondierungszwecken angekauft wird.

Der Antrag wird genehmigt.

Bürgermeister Seitz dankt dann allen Mitgliedern des Wiener Gemeinderates für die Arbeit, die sie zum besten der Stadt Wien geleistet haben. Wir leiden noch schwer unter den Nachwirkungen des Krieges, aber wir wissen alle, dass die ungeheure Arbeit, die die Wiener und Oesterreich zu leisten haben, vollbracht werden muss, um das grosse Weltgeschehen vergessen zu machen. Unsere Aufgabe ist es, ein neues Oesterreich, ein neues Wien aufzurichten, uns umzustellen, um der Konkurrenz gewachsen zu sein, die überall mit allen nationalen Mitteln geführt wird. Die grösste Aufgabe der Gemeinde ist es, unsere Wirtschaft zu pflegen, Gewerbe, Handel und Industrie. Wir werden uns in diesem Sinne auch im nächsten Jahr bemühen und ich danke allen, die in ihrer Art dazu beigetragen haben. Ich danke auch dem ganzen Volk von Wien, das so schwer trägt. Ich wünsche dem ganzen Volk ein glücklicheres neues Jahr. Mit dem Dank an den Wiener Gemeinderat und an die städtische Angestelltenschaft schliesst der Bürgermeister um 21 Uhr die Sitzung.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

407

Wien, am Montag, den 24. Dezember 1928

-.-

Für acht Millionen Schilling Arbeitsaufträge der Geemeinde Wien. Die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und Technische Angelegenheiten haben in der letzten Zeit wieder grössere Arbeitsaufträge an die Industrie und an das Gewerbe vergeben, die insgesamt acht Millionen Schilling ausmachen. Vor allen wurden Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten im Ausmass von rund fünf ein halb Millionen Schilling vergeben. Für Elektro-, Gas- und Wasserleitungsinstallation wurden Arbeitsaufträge in der Höhe von 460.000 Schilling erteilt. Für rund 340.000 Schilling wurden Anstreicher-, Tischler-, Glaser- und Zimmermannsarbeiten in Auftrag gegeben. Die Arbeitsaufträge für Schlosserarbeiten machen 310.000 Schilling aus. Für kühltechnische Einrichtungen wurden Arbeitsaufträge und Bestellungen im Betrage von rund 160.000 Schilling erteilt. Schliesslich hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen neben anderen kleineren Bestellungen noch für rund 150.000 Schilling Spenglerarbeiten vergeben.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Goldene Hochzeiter. Letzten Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder dem Ehepaar Oskar und Fridericke Hagen anlässlich seiner goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Spenden. Anlässlich des Weihnachtsfestes hat der Wiener Bankverein zu Handen des Bürgermeisters zur Verteilung nach freiem Ermessen fünftausend Schilling gespendet. Der unter dem Decknamen "Wilhelm" wirkende Wohltäter hat auch heuer für arme Schulkinder der Mädchenschule auf dem Allerheiligenplatz dreissig Paar Schuhe und neun Dutzend Strümpfe gespendet. Die Elternvereinigung an der Knabenvolksschule in der Vierthalergasse hat der Schule einen Skioptikonapparat, der Elternverein der Hilfsschule auf der Favoritenstrasse dieser Schule einen Epidiaskop und schliesslich hat der Elternverein an der Mädchenbürgerschule in der Märzstrasse der Schule ein Klavier gespendet. In der letzten Gemeinderatssitzung hat Bürgermeister Seitz den Spendern den Dank ausgesprochen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit wird die Schüttelstrasse von der Rotundenbrücke bis zum Schlachthausbrücke mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Wiederbelegung von Schachgräbern auf dem Ottakringer und Hernalser Friedhof. Nach dem 15. Februar werden die Schachgräber in den Gruppen A bis J, VII, X und XXXVIII im Hernalser Friedhof wiederbelegt. Nach dem 1. März gelangen die Schachgräber in den Gruppen A, B, C, D, E, F, G, H, J, K, IIIa, IVa und Va im Ottakringer Friedhof zur Wiederbelegung. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelgung zulässig. Die diesbezüglichen Gesuche sind bis längstens 31. Jänner, beziehungsweise 16. Februar bei der Magistratsabteilung 12 einzubringen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

atte vom 21. Dezember 1928:

Landwirt von Braussen wäre wahrscheinlich noch gegen eine Aufzahlung bereit, sein Anwesen mit einem Anwesen in Wien zu vertauschen. Den Antrag Hengl wegen Erhöhung der Dotationen der Landeskultur, beantragt Stadtrat Kokrda abzulehnen, die übrigen Anträge Hengls der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. Sodann antwortet Stadtrat Ko Kokrda auf die vorgebrachten Schulbeschwerden und macht darauf aufmerksam, dass die Beschwerden wegen der Schulbücher, wegen Verwendung der Schulräume und der Schulgebäude in die Kompetenz des Stadtschulrates gehören. Soweit es sich um die sachlichen Fordernisse der Schulen handelt, sind nur ganz wenige Beschwerden im Laufe des vergangenen Jahres an die zuständigen Stellen eingelangt und allen Beschwerden wurde nachgegangen. Die Vorwürfe wegen parteipolitischer Vergebung der Stände auf den Märkten weist Stadtrat Kokrda mit der Aufforderung zurück, die Parteizugehörigkeit der Ständeinhaber bekanntzugeben. Dann würde es sich wahrscheinlich erweisen, dass viel weniger der sozialdemokratischen Partei, als der christlichsozialen Partei angehören. Den Minderheitsantrag Rummelhardt, die Stände auf den Märkten an bodenständige Firmen oder Gewerbetreibende zuzuweisen, lehnt Stadtrat Kokrda unter Hinweis darauf ab, dass unter der gegenwärtigen Verwaltung viel mehr Stände den Bodenständigen zugewiesen werden, als unter der früheren Verwaltung, ebenso lehnt er den Minderheitsantrag Rummelhardt wegen Auflassung des pädagogischen Instituts ab, da ein solcher Antrag vom Stadtschulrat gestellt werden müsste. Den Antrag Schlögl inger wegen Heranziehung von Lehrerkonferenzen der Einführung neuer Lehrbücher, empfiehlt empfiehlt Stadtrat Kokrda abzulehnen, da ohnedies heute schon so vorgegangen werde, die übrigen Anträge empfiehlt er den geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag der Verwaltunggruppe VI wird angenommen werden. Die im Laufe der Debatte gestellten Anträge gemäss dem Vorschlage des Berichterstatters, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, beziehungsweise abgelehnt.

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Angelegenheiten leitet amtsführender Stadtrat Linder mit einem Bericht ein:Der Voranschlag für die Gruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten erfordert 15'32 Millionen Schilling.Die Einnahmen betragen 1'52 Millionen Schilling,sodass sich ein Nettoerfordernis von 13'80 Millionen Schilling ergibt.Dieses Erfordernis bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1'19 Millionen Schilling.Die ausschlaggebende Post im Budget dieser Verwaltungsgruppe ist das Feuerlöschweser das rund siebzig Prozent aller Ausgaben beansprucht.Das Feuerlöschweser erfordert insgesamt 9'59 Millionen Schilling und hat gegenüber dem Vorjahr ein Mehrerfordernis von rund fünfhunderttausend Schilling.Die Investitionen bei der Feuerwehr machen 1'28 Millionen Schilling aus.Für die Verbesserung der Geräte ist der Ersatz von 19 Geräten vorgesehen und ausserdem die Erwerbung einer Magirusleiter.Für die Ausgestaltung und Instandhaltung der Telegrafenanlage und Feuermelder ist der Betrag von 1'37 Millionen Schilling eingestellt.Mit dem Ausbau der Feuerwachen Am Steinhof,Gobenzlgasse,Wiegandgasse und Rafaelgasse ist der grösste Teil der Reform des Feuerlöschwesens durchgeführt.

Das Sicherheitswesen,das rund 213.000 Schilling erfordert,hat gegenüber dem Vorjahr ein Mehrerfordernis von rund 34.000 Schilling.Dieses Mehrerfordernis wird durch die erhöhte Zahl der Zuschübe von Schüblingen und der dadurch bedingten erhöhten Kosten erklärt.Desgleichen ist in der Anstalt Wiener Neudorf eine Erhöhung der Verpflegsgebühr eingetreten.Die Baupolizei hat ein Mehrerfordernis von rund 15.000 Schilling,das durch den Ankauf von Maschinen und Apparaten für die Baustoffprüfung entstanden ist.Die Baustoffprüfung erfolgt nicht allein für Bauten der Gemeinde Wien,sondern es kann erfreulicherweise festgestellt werden,dass auch private Baueherren die Baustoffe bei der städtischen Baustoffprüfungsanstalt überprüfen lassen.Die Gemeindewache hat ein Mehrerfordernis von rund 715.000 Schilling,was auf die am 25.Juni durchgeführte Bezugsregelung zurückzuführen ist.Das Budget

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z
Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y
Wien, am Montag, den 24. Dezember 1928 Zweite Ausgabe

Der Selbstmordversuch der fünfzehnjährigen Fekete. Das Jugendamt der Gemeinde Wien teilt zu dem Selbstmordversuch der fünfzehnjährigem Fekete folgendes mit: Die Familie ist dem Jugendamt sehr gut bekannt. Die Frau hat sechs Kinder, davon sind drei erwachsen. Bei der Mutter leben noch drei Kinder, ein siebzehnjähriges, ein fünfzehnjähriges und ein elfjähriges Mädchen. Das älteste Mädchen treibt sich nächtelang auf der Strasse herum und ist zweifellos der geheimen Prostitution verfallen. Jugendamt und Jugendgericht haben einvernehmlich verfügt, dass sie in einigen Tagen wegen einer Geschlechtskrankheit nach Klosterneuburg kommt. Das fünfzehnjährige Mädchen hat am Samstag den Selbstmordversuch verübt. Auch dieses Mädchen zeigt schon im schulpflichtigen Alter sittliche Verwahrlosung. Der Einfluss des ältesten Mädchens auf dieses kaum der Schule entwachsene Kind war natürlich kein guter. Die Erhebungen haben ergeben, dass die Mutter das Kind sicher nicht zur Prostitution überredet oder gar gezwungen hätte. Die Polizei hat übrigens die Frau, die nach dem Selbstmordversuch ihrer Tochter einvernommen wurde, sofort entlassen. Der ernste Selbstmordversuch hat keinerlei Folgen gezeitigt; im Spital wurden nur ganz geringe Verätzungen an Mund und Wange festgestellt. Nach der Entlassung aus dem Spital kommt das Mädchen in die Anstalt für schwererziehbare Mädchen nach Weinzierl. Die Kinder der Frau Fekete wurden wiederholt in Tagesheimstätten untergebracht; die jüngste Tochter, die noch in die Schule geht, hat die Gemeinde in Pflege genommen.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur: 410
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 28.Dezember 1928

-.-

Auflassung der Strassenbahnvorverkaufsstelle Kagran. Der Wertmarkenvorverkauf für die Zeitkarten im Bahnhof Kagran der städtischen Strassenbahnen wird ab 5.Jänner aufgelassen. Die nächstgelegenen Verkaufsstellen für Wertmarken befinden sich bei der Reichsbrücke, am Praterstern und in Floridsdorf Am Spitz.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sylvesternachtverkehr der Strassenbahnen. Zu Sylvester wird im Anschluss an den Abendverkehr ein Sylvesternachtverkehr auf den Hauptlinien der städtischen Strassenbahnen bis ungefähr 5 Uhr früh am Ring durchgeführt. Auf den Zügen des Nachtverkehrs gilt für Erwachsene und Kinder der Einheitsfahrpreis von 50 Groschen. Die Monats- und Halbjahrsnetzkarten sind giltig. Die Erkennungskarten für die Bahnhofrundlinie berechtigen zur Lösung eines Tagesfahrscheines zur Fahrt auf allen Linien des Sylvesternachtverkehrs. Dagegen sind Streckenkarten, Anweisungen auf freie oder ermässigte Fahrt, sowie im fahrplanmässigen Betriebe des Vortages gelöste Fahrscheine auf den Nachtverkehrswagen ungiltig. Der Bahnhofrundverkehr entfällt in der Sylvesternacht gänzlich. Der Verkehr auf der Wiener Stadtbahn wird in der Sylvesternacht nicht verlängert.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Am 1.Jänner beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, neue dreimonatige Kurse. Ein täglicher Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, ein Abendschneiderkurs und ein Weissnähkurs, sowie einmal wöchentlich ein Servierkurs. Der Abendkochkurs wird in Abteilungen für Anfänger und Vorgeschrittene geführt. Ein Anfängerkurs findet auch in der Zweigstelle auf der Landstrasse in der Petrusgasse 10 statt. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr, an Samstagen von 10 bis 13 Uhr.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Strassenbahnfahrpreis zu Neujahr. Am Neujahrstag wird auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis eingehoben. Die Frühfahrscheine, Hin- und Rückfahrscheine, Wochenkarten, Arbeitslosenfahrscheine, Fürsorgefahrscheine und Schüleranweisungen haben am Neujahrstag keine Giltigkeit.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

411

Wien, am Samstag, dem 29.Dezember 1928

-.-

18.898 Säuglingswäschepakete in anderthalb Jahren. Seit anderthalb Jahren gibt die Gemeinde Wien den Frauen,die sich im sechsten Schwangerschaftsmonat darum bewerben,bei der Geburt des Kindes eine vollständige Säuglingsausstattung vollkommen unentgeltlich.Sie besteht aus einem Tragkleidchen,sechs Hemdchen,sechs Jäckchen, zwei Nabelbinden,einer Flanelldecke,zwei Gummieinlagen,zwei Flanellen,24 Tetrawindeln,Seife,Creme,Hautpulver und einem Badetuch.Die Flanelldecke ist verschieden;hellblau bei einem Jungen,rosa für die kleinen Mädchen.Diese zweckmässigen Dinge in bester Qualität werden der Mutter von einer Beauftragten des Bürgermeisters in einem hübschen Karton, gleichsam als Glückwunsch der Gemeinde Wien,ins Haus gebracht.Viele Mütter werden dadurch einer drückenden Sorge enthoben.Leider machen die meisten Frauen,um das Säuglingswäschepaket zu erhalten,noch immer unrichtige Wege.Der Anspruch auf das Säuglingswäschepaket der Stadt Wien ist in keiner Weise an irgend einem Nachweis der Bedürftigkeit gebunden;wohl aber muss die Bewerberin nach Wien zuständig sein und in Wien ihren ständigen Wohnsitz haben.Es genügt nicht,dass der Lebensgefährte nach Wien zuständig ist oder dass eine Ehefrau ehemals das Heimatrecht in Wien besass,durch die Eheschliessung aber die Zuständigkeit in Wien verloren hat,auch nicht,dass eine Frau gezwungen ist,wegen Wohnungsnot ausserhalb von Wien zu wohnen,oder dass der Gatte in Wien und die Gattin ausserhalb von Wien wohnt.Die dritte ebenfalls unerlässliche Voraussetzung ist die rechtzeitige Anmeldung des Anspruches der Schwangeren.Mit Heimatschein und Meldezettel sollen sich die Frauen schon vom sechsten Schwangerschaftsmonat an beim Bezirksjugendamt ihres Wohnortes persönlich anmelden.Die Aemter befinden sich für den 1.,7.,8.und 9. Bezirk in der Laudongasse 5,für den 2.Bezirk in der Karmelittergasse 9,für den 3.Bezirk in der Landstrasse Hauptstrasse 96,für den 4.,5.und 6.Bezirk in der Siebenbrunnenfeldgasse 7,für den 10.Bezirk in der Laxenburgerstrasse 47,für den 11.Bezirk in der Grillgasse 26,für den 12.Bezirk in der Meidlinger Hauptstrasse 2,für den 13.Bezirk in der Eduard Kleingasse 2, für den 14.und 15.Bezirk in der Gasgasse 8/10,für den 16.aBezirk in der Arnethgasse 84,für den 17.und 18.Bezirk in der Kalvarienberggasse 29,für den 19.Bezirk in der Hofzeile 15 ,für den 20.Bezirk in der Dammstrasse 35 und für den 21.Bezirk in der Brünnerstrasse 24.Es ist bei der Anmeldung nicht zulässig,dass der Gatte oder der Lebensgefährte oder sonst ein Vertreter erscheint.Die Anmeldungen werden in der Zeit von 8 Uhr bis 15 Uhr,am Samstag von 8 Uhr bis 14 Uhr entgegengenommen.Vorteilhaft ist es,wenn die Anmeldung so früh als möglich vorgenommen wird,damit Verzögerungen in der Zustellung des Paketes, die bei einer etwaigen Frühgeburt entstehen,im Interesse der Mütter vermieden werden.Die Anmeldungsbestätigungen,die die Frauen erhalten sind unfrankiert durch die Post oder durch einen Abgesandten der Mutter sogleich nach der Geburt des Kindes dem Bezirksjugendamt zuzusenden,wenn die Geburt in der Wohnung erfolgt ist.Bei einer Anstaltsgeburt ist die Anmeldungsbestätigung erst am Tage nach der Entlassung der Mutter an das Jugendamt zu senden,damit die Beauftragte,die nur der Mutter selbst das Paket überreichen darf,nicht unnütze Wege macht, weil die Wöchnerin noch nicht zu Hause ist.Ueber die Auswirkung dieser Aktion unterrichtet ein Vergleich der Zahl der Lebensgeburten mit der Zahl der abgegebenen Säuglingsausstattungen.Vom März 1927 bis September 1928 gab es in Wien 30.638 Lebensgeburten.Im selben Zeitabschnitt wurden 18.898 Säuglingswäschepakete abgegeben.Abgesehen von der Zahl der fremdzuständigen Mütter,die nicht anspruchsberechtigt sind,ergibt sich also eine sehr starke Inanspruchnahme dieser neuen städtischen Einrichtung,die gewiss auch dazu beigetragen hat,dass die Säuglingssterblichkeit,die im Jahre 1913 noch 15'5 Prozent betrug, auf sieben Prozent gesunken ist.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Wasserrohrgebrechen in der Währingerstrasse.Heute um 8'20 früh trat an dem 185 Millimeter starken Hochquellenrohrstrang in der Währingerstrasse beim alten Bürgerversorgungshaus ein Rohrgebrechen auf, das den gesamten Verkehr auf dieser verkehrsreichen Strassenkreuzung vorübergehend lahmlegte.Die sofort alarmierte Wasserbereitschaft sperrte mit Unterstützung des Bezirkspersonals in zwanzig Minuten die Rohrleitung ab.Um 8'40 Uhr konnte der Verkehr schon in der Richtung Spitalgasse und Alserbachstrasse wieder aufgenommen werden.Nach Untersuchung der Gleisanlage in der Währingerstrasse wurde dort der Verkehr um 9'30 Uhr wieder freigegeben.Das Gebrechen dürfte voraussichtlich morgen Sonntag behoben sein.Bis dahin bleibt die linksseitige Fahrbahn der Währingerstrasse in der Richtung zum Gürtel teilweise abgesperrt.Zur Versorgung der nur wenigen vom Wasserzufluss abgesperrten Wohnhäuser ist eine Notwasserversorgung mittels zu Notbrunnen ausgestalteten Hydranten eingerichtet worden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Behebung der Autosteuertafeln.Um den anlässlich der Behebung der Autosteuertafeln im Jänner zu erwartenden starken Parteienverkehr möglichst klaglos abzuwickeln,werden die Besitzer von Privatautomobilen mit den Steuertafeln P 1 - P 2000 und die Besitzer von Platzkraftwagen mit den Lizenznummern 1 - 1500 ersucht,die Behebung der Tafeln möglichst in der ersten Jännerhälfte zu veranlassen.Die Besitzer von Privatautomobilen mit den Steuertafeln über P 2000 und die Besitzer von Platzkraftwagen mit den Lizenznummern über 1500 wollen die Steuertafeln in der zweiten Jännerhälfte beheben.Die Ausgabe von Probefahrtabgabekennzeichen findet in der letzten Jännerwoche statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum.Morgen Sonntag spricht in der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses um 10'30 Uhr vormittag bei freiem Eintritt Dr.Leo Stern über Rationalisierung und Arbeiterschaft.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.In der nächsten Zeit werden auf der Landstrasse die Obere Viaduktgasse und die Zollgasse,auf der Wieden der Karlsplatz,Brucknerstrasse,die Technikerstrasse,Lastenstrasse,Schelleingasse,Petzvalgasse und Radeckgasse,in Ottakring die Gaullachergasse und Friedmanngasse,in Währing der Michaeler Waldweg und schliesslich in Floridsdorf die Jedleseerstrasse und Moltkegasse bei der städtischen Wohnhausanlage mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Wien, am Montag, den 31. Dezember 1928.

-.-

Das neue Wiener Theater-Gesetz.

Am 2. Jänner 1929 wird das vom Wiener Landtag beschlossene Gesetz betreffend die Veranstaltung von Vergnügungen, das Wiener Theatergesetz, im Landesgesetzblatt für Wien kundgemacht werden und mit diesem Tage in Kraft treten.

Die wichtigste Aenderung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand istdie, dass die überwiegende Mehrzahl aller Vergnügungsbetriebe nunmehr anmeldepflichtig ist und keiner besonderen Bewilligung (Lizenz) bedarf. So werden insbesondere von nun an nur anmeldepflichtig sein: Gesprochene Vorträge und Vorlesungen, Gesangsvorträge, Konzerte, Schrammelquartette, Volkssängerveranstaltungen, Dilettantenvorstellunger ohne Erwerbscharakter, die nicht in Voll-oder Saaltheatern oder in Zirkussen statffinden, ferner Tanzvorführungen, Bälle, Redouten, Kostümfeste, Wohltätigkeitsfeste, Fest-und Faschingszüge, Weihnachts-und Sonnwendfeiern die Veranstaltung von Publikumstänzen in Gastgewerbebetrieben, sportliche Veranstaltungen wie Flug-, Schwimm -, Ruder-, Lauf-und sonstige Athletikveranstaltungen, Ringkämpfe, Tennist urniere, die Veranstaltung von Ausstellungen, ferner die pratermässigen Volksvergnügungen wie Schaubuden, Ringelspiele und so weiter.

Die Anmeldungen, die die genaue Beschreibung, Ort und Zeit(Beginn und Dauer) der Veranstaltung zu enthalten haben, sind unter Verwendung eines amtlich aufgelegten Formulares, das in der Magistratsabteilung 52, I., Neues Amtshaus, Ebendorferstrasse 1, zu erhalten ist, bei dieser Magistratsabteilung zu erstatten. Die Anmeldung hat derart rechtzeitig zu erfolgen, dass der Magistrat noch die notwendigen Feuer-und sicherheitspolizeilichen Feststellungen und Vorkehrungen treffen kann.

Zur Anmeldung verpflichtet ist der Veranstalter, das istjene Person, die sich öffentlich als Veranstalter ankündigt oder den Behörden gegenüber als solche auftritt, im Zweifel derjenige, für dessen Rechnung einkassiert wird. Unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen nicht Veranstaltungen, die in einer Wohnung ohne Erwerbsabsicht stattfinden.

Der Lokalinhaber darf eine Veranstaltung nur zulassen, wenn sich der Veranstalter mit einer Bescheinigung der Magistratsabteilung 52 über die erstattete Anmeldung ausweist und wenn die Eignung des Lokales vom Magistrat festgestellt ist, was bei der Mehrheit der Lokale ein für allemal geschieht oder bereits geschehen ist.

Einer Konzession bedürfen nur Theater, Varietes, Zirkusse und alle jene Veranstaltungen zu Vergnügungszwecken, die im Gesetz nicht ausdrücklich als bloss anmeldepflichtig bezeichnet sind, beispielsweise alle Dilettantenvorstellungen mit Erwerbsabsicht sowie solche ohne Erwerbscharakter, die in Theatern oder Zirkussen stattfinden, ferner Feuerwerke und Boxkämpfe. Diese Konzessionen erteilt der Magistrat, dem auch die behrödliche Ueberwachung aller Vergnügungsveranstaltungen obliegt.

Insoferne auch nach den neuen Vorschriften eine Konzession erforderlich ist, gelten die bisher verliehenen und derzeit noch ausgeübten Konzessionen und Lizenzen als Konzessionen im Sinne des Theatergesetzes weiter und zwar bis längstens 31. August 1929. Wenn aber von nun an die betreffende Veranstaltung an keine Konzession mehr gebunden, also nur anmeldepflichtig ist, so erlischt die bisherige Lizenz mit der bis längsten 16. Jänner 1929 zu erstattenden Anmeldung, spätestens aber mit diesem Tage.

Es bleiben also die derzeit ausgeübten Theaterkonzessionen weiter in Kraft. Hingegen erlöschen zum Beispiel die bisherigen Lizenzen für Publikumstanz, Schrammelmusiken, für sportliche Veranstaltungen und für pratermässige Vergnügungen, weil sie, da diese Veranstaltungen von nun an nur mehr anmeldepflichtig sind, überflüssig geworden sind. Wohl aber sind alle diese Veranstaltungen bis längsten 16. Jänner 1929 bei der Magistratsabteilung 52 anzumelden. Handelt es sich aber nicht um solche Dauerveranstaltungen, sondern um Einzelveranstaltungen und ist für sie bereits eine Bewilligung der Polizei vor dem 2. Jänner 1929 erteilt worden, so bedarf es keiner weiteren Anmeldung beim Magistrat, wenn diese Einzelveranstaltung längstens am 16. Jänner 1929 stattfindet

In einer gleichzeitig mit dem Gesetz in Kraft tretenden Verordnung der Wiener Landesregierung wird die Sperrstunde für Theatervorstellungen, Varietes, Zirkusse, Vorträge, für sportliche Veranstaltungen und für Ausstellungen mit 12 Uhr nachts, für Tanzunterhaltungen mit 2 Uhr nachts und für pratermässige Volksvergnügungen mit 1 Uhr nachts festgesetzt; finden aber derartige Vergnügungsveranstaltungen in einem Gast-und Schankgewerbe statt, so müssen sie in Gasthäusern um halb 12 Uhr nachts, in Cafehäusern um halb ein Uhr nachts und in den Nachtlokalen der Inneren Stadt, die Artisten beschäftigen, um halb vier Uhr früh enden. Es können aber, so wie bisher von der Polizei, jetzt vom Magistrat in einzelnen Fällen oder aus besonderen Auslässen, wie zum Beispiel zur Messezeit, zum Faschingsende oder zu Sylvester Erstreckungen der Sperrstunde bewilligt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Vorbeugungsmassnahmen gegen die Grippe. Nach einer Mitteilung des städtischen Gesundheitsamtes sind, obwohl die Pflicht zur summarischen Anzeige der allwöchentlich neu zugewachsenen Grippefälle für die praktischen Aerzte bereits besteht, gegenwärtig noch keine amtlichen Anmeldungen von Grippeerkrankungen zu verzeichnen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass nach dem starken Auftreten der Grippe in Berlin bei den derzeitigen Witterungsverhältnissen in Wien wohl auch Grippefälle zur Beobachtung kommen werden. Das städtische Gesundheitsamt hat nach Tunlichkeit alles für die Spitalsunterbringung schwerer Grippefälle vorgesorgt. Für die Krankentransporte und für die Medikamentebeschaffung ist ebenfalls in ausreichendem Masse Vorsorge getroffen. Zur Vermeidung der Ansteckung mit dem Grippeerreger empfiehlt es sich, insbesondere auf Körperpflege und Mundpflege zu achten, die Hände namentlich nach Berührung fremder Menschen gründlich zu reinigen, den Besuch von Lokalen, die von Menschen überfüllt sind, nach Möglichkeit zu meiden und beim Husten, Räuspern und Niessen stets ein Taschentuch vor Mund und Nase zu halten, so wie das schon lange bestehende Verbot des freien Ausspuckens in Strassenbahnwagen und dergleichen strenge einzuhalten. Ein gewisser vorbeugender Wert kann auch desinfizierenden Tabletten wie Anacot, Formamint und so weiter nicht abgesprochen werden

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Goldene Hochzeiter. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Rubin und Lieba Beck, Andreas und Renate Heidler und Max und Therese Stössler anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die neuen Feuermelder. Bekanntlich werden in Wien neue Feuermelder aufgestellt. Nunmehr ist die vor etwa sieben Wochen begonnene Umschaltung des Feuermeldenetzes der Inneren Stadt und der angrenzenden Bezirksteile beendet. In diesen Stadtteilen stehen daher schon nur die neuen runden Feuermelder, die an den Häusern angebracht sind, in Betrieb. Die alten, eingemauerten Feuermelder in diesen Stadtteilen sind, soweit sie nicht entfernt worden sind, durch kreuzweises Ueberstreichen mit Farbe als nicht betriebsfähig kenntlich gemacht. Die Alarmierung der Feuerwehr in diesem Feuermeldenetz hat daher nur mit den neuen Felermeldern zu erfolgen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-